

Schriften
Institut für Sozialforschung

Christina Engelmann
Lisa Yashodhara Haller (Hg.)

**Materialistischer
Feminismus**

Gegenwartsanalysen
zu Geschlecht
im Kapitalismus

IfS

campus

Materialistischer Feminismus

Schriften. Institut für Sozialforschung

Schriftenreihe des
Instituts für Sozialforschung,
Frankfurt am Main

Band 2

Die Schriftenreihe des Instituts für Sozialforschung (IfS) schließt seit 2023 an die zuvor ebenfalls im Campus-Verlag veröffentlichten *Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie* an. Im Jahr 2002 eingeführt, hatten diese ihrerseits die Tradition der zwischen 1955 und 1971 vom IfS herausgegebenen und bei der Europäischen Verlagsanstalt erschienenen *Frankfurter Beiträge zur Soziologie* wiederaufgenommen.

Die *Schriften* bieten ein Forum für die theoretischen und empirischen Forschungen am IfS sowie für grundlegende Beiträge zu einer kritischen Gesellschaftsanalyse aus allen sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen. Sie werden für das Institut für Sozialforschung herausgegeben von dessen Kollegium.

Christina Engelmann ist Doktorandin am Institut für Sozialforschung und wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt zu Clara Zetkin an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Lisa Yashodhara Haller, Dr. rer. pol., ist Mitglied des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main.

Die Herausgabe dieses Bandes erfolgte unter Mitarbeit des Forums kritischer Wissenschaften (FkW).

Christina Engelmann, Lisa Yashodhara Haller (Hg.)

Materialistischer Feminismus

Gegenwartsanalysen zu Geschlecht im Kapitalismus

unter Mitarbeit des Forums kritischer Wissenschaften (FkW)

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Die Forschung des Instituts für Sozialforschung wird durch die institutionelle Förderung der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen ermöglicht.

Gefördert durch den Open-Access-Publikationsfonds der Justus-Liebig-Universität-Gießen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Der Text dieser Publikation wird unter der Lizenz »Creative Commons Namensnennung 4.0 International« (CC BY 4.0) veröffentlicht.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Verwertung, die den Rahmen der CC BY 4.0 Lizenz überschreitet, ist ohne Zustimmung des Autors unzulässig.

Die in diesem Werk enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Quellenangabe/Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN 978-3-593-51978-4 Print
ISBN 978-3-593-45973-0 E-Book (PDF)
DOI 10.12907/978-3-593-45937-0

Erschienen bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Copyright © 2024 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Lena Haubner, Weimar
Satz: Ina Walter, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main
Gesetzt aus der Garamond
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).
Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Geschlecht im krisenhaften Kapitalismus der Gegenwart. Zur Einleitung <i>Christina Engelmann, Lisa Yashodhara Haller, Franziska Haug</i> und <i>Max Jansen</i>	7
Grundzüge eines Materialistischen Feminismus: Alexandra Kollontai und Clara Zetkin Alexandra Kollontai – Pionierin des Materialistischen Feminismus <i>Kristen Ghodsee</i>	27
»Die bürgerliche Familie wird aussterben.« Zu Alexandra Kollontais kommunistischem Familienmodell <i>Franziska Haug</i>	37
Zwischen Emanzipation und Unterwerfung. Zur Dynamik der Geschlechterverhältnisse nach Clara Zetkin und Karl Marx <i>Christina Engelmann</i>	49
Befreiung für alle Ausgebeuteten. Clara Zetkins Bedeutung für feministische Bewegungen heute <i>Lou Zucker</i>	67
Materialistisch-feministische Perspektiven in der empirischen Geschlechterforschung Renaissance des Familienkapitals <i>Melinda Cooper</i>	85

Die soziale Ungleichheit der Geschlechter. Zum Nutzen der Marx'schen Methode für die aktuelle Geschlechterforschung <i>Lisa Yashodhara Haller</i>	103
(Un-)Zugehörigkeiten. Eine queere materialistische Perspektive auf Sorgebeziehungen <i>Sarah Mühlbacher</i>	121
 Sprache, Materialität und Commons	
Universelle Sprache. Vicki Kirbys Neomaterialistischer Feminismus <i>Anastassija Kostan</i>	141
Mehr als Güter: feministisch-materialistische Grundlegungen in transformativen Commons <i>Luki Schmitz</i>	155
 Interviews	
Zur Aktualität Materialistischer Feminismen <i>Sarah Speck</i> im Gespräch mit <i>Lisa Yashodhara Haller</i> und <i>Christina Engelmann</i>	173
Zur Frage eines Schwarzen feministischen Materialismus heute Interview mit <i>Vanessa Wills</i>	189
 Zu den Autor:innen	 201

Geschlecht im krisenhaften Kapitalismus der Gegenwart. Zur Einleitung

Christina Engelmann, Lisa Yashodhara Haller, Franziska Haug und Max Jansen

Gegenwärtig sehen wir uns mit einer Vielzahl unterschiedlicher Krisenerscheinungen konfrontiert, die die verschiedenen Sphären unseres Zusammenlebens betreffen und zunehmend destruktive bis hin zu existenziell bedrohlichen Effekten hervorrufen: Explodierende Mieten, Wohnungsnot, Pflegekrisen und eine anhaltende Inflation befördern die rasant steigende soziale Ungleichheit und bringen immer mehr Menschen in Armut und Verschuldung. Nicht zuletzt an globalen Ressourcenkonflikten, Wetterextremen und der Ausweitung der Weltregionen, die kaum noch bewohnbar sind, wird deutlich, dass die kapitalistische Wirtschaft die Voraussetzungen der eigenen Reproduktionsfähigkeit systematisch untergräbt. Begleitet wird dies von einer autoritär-nationalistischen Mobilisierung und von militaristischen Politiken, die auf militärische Abschreckung und nationalstaatliche Abschottung setzen. Während die Rüstungsindustrie infolge aktueller Kriege und der weltweiten Aufrüstungsspirale Milliarden Gewinne verzeichnet, werden die Probleme der durch die Finanzierung von Waffen mit ausgelösten Inflation individualisiert.

Sofern der Appell, Krisen durch Erwerbsarbeit zu bekämpfen, sozialen Aufstieg versprechen und Frauen ermutigen soll, sich gegen traditionelle Rollenzuschreibungen zu wehren, hat diese Position das Potenzial, Frauen aus allen Schichten einzubinden. Kritik am wirtschaftsorientierten Charakter des an Frauen gerichteten Plädoyers, im Erwerbsleben Leistung zu bringen, kommt hingegen von konservativen Kräften – die in ganz Europa auf dem Vormarsch sind. Dem zunehmenden Leistungsdruck begegnen diese allerdings nicht mit Forderungen nach einer grundlegenden Umstrukturierung der Wirtschaft und anderen Arbeitszeitmodellen, sondern mit der Rückkehr zu traditionellen Geschlechterarrangements. Mit einfachen Lösungen gegen die aus den wirtschaftlichen Zwängen resultierenden Überfor-

derungen inszenieren sich die Vertreter:innen rechtskonservativer Positionen dabei als die Stimme der »schweigenden Mehrheit«.

In dieser Konstellation erscheint Widerstand gegen Marktzwänge als konservativ, Gleichstellung der Geschlechter hingegen als Orientierung an elitären Lebensentwürfen. Um im Rückgriff auf einen materialistischen Feminismus der Gegenwart diese Frontstellung aufzulösen und die krisenhaften Phänomene und Entwicklungen unserer Gegenwart in ihrer globalen Komplexität zu erfassen, bedarf es dementsprechend einer umfassenden Analyse, die auch die sozial dominierenden Geschlechterverhältnisse und Versorgungsstrukturen in ihrem widersprüchlichen Wandel in den Blick nimmt. Hier setzt der Sammelband an, indem er aus der Perspektive des materialistischen Feminismus Bereiche des Gesellschaftlichen zum Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung macht, die bis heute vielfach als nicht bedeutsam, nicht verhandelbar oder als »natürlich« erklärt werden. Gleichzeitig lassen sich diese Dimensionen des Sozialen in einer materialistischen Analyse daraufhin befragen, wie sie an der Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse mitwirken. Indem die gegenwärtige Gesellschaft in materialistisch-feministischen Analysen als über viele Jahre hinweg entstandenes Resultat sozialer Kämpfe, alltäglicher Entscheidungen und Alltagsroutinen veranschaulicht wird, verweisen diese Analysen auf die Möglichkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation.

Ideengeschichtliche Bezüge, Theorieansätze und Kontroversen

Geschlechterungleichheiten sind nicht erst im Kapitalismus entstanden, sie lassen sich weit in die Geschichte zurückverfolgen. Im Kapitalismus nehmen diese Ungleichheiten jedoch eine neue, herrschaftsstabilisierende Funktion an und verbinden sich mit anderen Formen struktureller Ausbeutung und Unterdrückung. Anspruch einer materialistisch-feministischen Perspektive ist es, solche Phänomene in ihrem geschichtlichen Gewordensein zu verstehen und darüber auch ihre Funktion innerhalb der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Gegenwart zu begreifen.

Schon früh greift der feministische Materialismus den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Verwertungslogik und den Geschlechterhierarchien auf. Erste systematische Ausführungen zur besonderen Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus finden sich bereits bei August Bebel (1973

[1879]) und Friedrich Engels (1984 [1884]), die sich ihrerseits auf einzelne Passagen zur Frauenarbeit und den dadurch bedingten Wandel der Geschlechterverhältnisse in Marx' *Kapital* (1975 [1867]) beziehen. Clara Zetkin (1889) und Alexandra Kollontai (1976 [1921]) entwickelten diese historisch-materialistischen Analysen weiter zu einer materialistisch-feministischen Theorie des Zusammenhangs von patriarchaler Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung, die sowohl die besonders prekäre Stellung proletarischer Frauen erschließt als auch die unterschiedlichen Interessenlagen von Frauen abhängig von ihrer Stellung im sozialen und wirtschaftlichen Leben zu erklären vermag. Die Kategorie des Geschlechts wird in diesen Analysen nicht isoliert betrachtet, sondern ins Verhältnis zu anderen historisch gewachsenen Unterdrückungsformen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen gesetzt. Als der Internationale Frauentag – inspiriert durch den von der jüdischen Sozialistin Theresa Malkiel 1909 initiierten National Women's Day in den USA – 1910 auf Initiative von Clara Zetkin und Käthe Duncker auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen eingeführt wurde, bestand das Anliegen entsprechend darin, die verschiedenen sozialen und politischen Kämpfe der Zeit miteinander zu verbinden, gemeinsam gegen Geschlechterungleichheit zu demonstrieren ebenso wie gegen kapitalistische Ausbeutung, Militarismus und den drohenden Krieg.

In den 1930er Jahren entwickelten Schwarze Feministinnen, die in einer sozialistischen Tradition standen, eigene Konzepte, um Unterdrückungsmechanismen zu analysieren, von denen vor allem Schwarze Frauen betroffen waren (vgl. Lynn 2014). Ausgehend von den Erfahrungen dieser Frauen stellten sie die bestehende Geschlechterungleichheit in ihrem Zusammenspiel mit anderen Ausbeutungsverhältnissen, Klasse und Race, heraus. Claudia Jones (1949) entwickelte diese Ansätze im Rahmen der Marx'schen Klassenanalyse weiter und öffnete mit ihrem Konzept der *Triple Oppression*, der Dreifachunterdrückung, die Analyse der Frauenunterdrückung so auch für marxistische Diskurse. Entsprechende Analysen wurden später mit verschiedenen geografischen Schwerpunkten und unterschiedlichen theoretischen Bezügen durchgeführt. So hat Angela Davis (1981) für die US-amerikanische Geschichte unter anderem anhand der wirtschaftlichen Rolle Schwarzer Sklavinnen herausgearbeitet, wie sexistische und rassistische Unterdrückungsverhältnisse mit kapitalistischer Ausbeutung verknüpft sind; Silvia Federici (2012 [2004]) hat in Bezug auf die Hexenverfolgungen in Europa und in den kolonisierten Gebieten gezeigt, wie die gewaltsame Unterdrü-

ckung von Frauen und rassifizierten Menschen als fortwährende »ursprüngliche Akkumulation« (Marx 1975: 741–791) die kapitalistische Reproduktion sichert.

Die »neue Frauenbewegung«, die sich Ende der 1960er Jahre im Zuge der Studierendenproteste und der neuen sozialen Bewegungen formierte, nahm die Frage nach dem Zusammenhang von vergeschlechtlicher Ungleichheit und Kapitalismus wieder auf. Ihr Anliegen war es, neben den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen auch andere Herrschaftsverhältnisse in den Blick zu bekommen, die ihren Ort in der als persönlich und daher als unpolitisch geltenden Sphäre des »Privatlebens« hatten. Dieses »Private« sollte in seiner ökonomischen und politischen Bedingtheit herausgestellt und dadurch zum Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse gemacht werden (vgl. Lenz 2010).

In den frühen 1970er Jahren setzte die international geführte »Hausarbeitsdebatte« ein, die mit den Forderungen nach »Lohn für Hausarbeit« (vgl. Dalla Costa und James 1978 [1973]) bzw. »Wages against Housework« (Federici 1975) bekannt wurde. Die Kritik der Protagonistinnen galt einerseits den kapitalistischen Verhältnissen, in denen die zumeist von Frauen verrichtete und nicht entlohnte Reproduktionsarbeit unsichtbar gemacht wurde, andererseits aber auch der Marx'schen Werttheorie, die mit der Kategorie der produktiven Arbeit nur die Mehrwert bildende Lohnarbeit in den Blick genommen habe. Innerhalb einer kontroversen Debatte wurden vier Positionen erarbeitet. Mariarosa Dalla Costa (1973) vertrat die These, dass die Mehrwertproduktion erst durch die Versorgungsleistungen möglich werde und sie deshalb als produktive Arbeit gelten müsse. Wally Secombe (1974) verstand die Versorgungsleistung dagegen als unproduktiv im Marx'schen Sinne und forderte daher deren vollständige Entprivatisierung im Zuge einer Vergesellschaftung. Christine Delphy (1977) bestimmte die Versorgungsleistung als eine Produktionsweise jenseits der Wertform, die in einem Wechselverhältnis zur wertförmigen Produktionsweise stehe. Maria Mies (1983) schließlich betrachtete die Versorgungsleistung als Basis der Kapitalakkumulation und damit als notwendige Bedingung wertförmiger Produktionsweise. In diesen Analysen wurde deutlich, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Voraussetzungen basiert, die es selbst nicht erzeugen kann und die es darüber hinaus systematisch untergräbt (trouble everyday collective 2014: 35–38). Infolge der gesellschaftlich vorherrschenden vergeschlechtlichten Arbeitsteilung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft wird den Frauen einseitig die Verantwortung für die zur sozialen Reproduktion notwendigen

Arbeiten zugeschrieben, die zumeist unbezahlt und im Einzelhaushalt getätigt werden. Reproduktion und Produktion werden so in zwei Sphären aufgeteilt, die unterschiedlichen Prinzipien folgen: Die Reproduktion wird im »Privaten« verrichtet und ist weiblich konnotiert, während in der männlich dominierten öffentlichen Sphäre die produktive Erwerbsarbeit zu deren Finanzierung erfolgt.

Hier knüpfen französische Theorien des materialistischen Feminismus an, die ausgehend vom historischen Materialismus die Binarität der Geschlechterordnung mit ihrer rigiden Teilung in weiblich und männlich als durch soziale Herstellungsprozesse konstituiert begriffen. In Anlehnung an die Marx'sche Klassentheorie theoretisierten sie auch Frauen als Klasse, um damit zu veranschaulichen, dass die Kategorien »Frau« und »Mann« keine naturgegebenen Wesensmerkmale von Subjekten sind, sondern politische und ökonomische Kategorien darstellen (Wittig 1992: 14).

In der Tradition der Kritischen Theorie entwickelte Regina Becker-Schmidt (1987) das Konzept der doppelten Vergesellschaftung von Frauen, das zeigt, dass vergeschlechtlichte Ungleichheit über das gleichzeitige Eingebundensein von Frauen in der häuslich-familialen Sphäre, in der sie unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, und in der Sphäre der Lohnarbeit entsteht. Um dabei zwischen objektiven Strukturproblemen und den subjektiven Problemlagen zu unterscheiden, greift Becker-Schmidt (1980) auf die Kategorien »Widerspruch« und »Ambivalenz« zurück. Dabei zielt die Kategorie »Widerspruch« auf eine Strukturanalyse der objektiven Realität, mit der Frauen bei der alltäglichen Verrichtung ihrer Arbeit in beiden Bereichen sowie bei dem Versuch, diese miteinander abzustimmen, konfrontiert sind, während die aus der Sozialpsychologie entlehene Kategorie der »Ambivalenz« die widerstreitenden Handlungsimpulse, Affekte und Argumente der Frauen benennt.

Ilse Lenz (1995) hat diese These zu der einer »dreifachen Vergesellschaftung« weiterentwickelt. Frauen werden demnach in kapitalistischen Gesellschaften in drei Sphären vergesellschaftet: der Familie, der Arbeitswelt und dem Nationalstaat. So ermögliche die moderne nationalstaatliche Ordnung über territoriale Grenzziehungen und Ausschlüsse, mit denen einerseits Illegalisierung und andererseits die Privilegierung bestimmter Staatsangehörigkeiten verbundenen sind, migrantisierte und rassifizierte Überausbeutung. Ausgehend von den theoretischen Überlegungen von Rosa Luxemburg zur Akkumulationstheorie konzeptualisiert der sogenannte Bielefelder Ansatz die soziale Ungleichheit entlang der Geschlechterhierarchie als Resultat der

Unterdrückung von Frauen im Zuge einer fortwährenden ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Die zentralen Vertreterinnen Claudia von Werlhof, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen sahen die Subsistenz- und nicht die Warenproduktion als die eigentliche Grundlage der Wertschöpfung und den weiblichen Körper als innere Kolonie, ohne die kapitalistisches Wachstum nicht möglich sei. Von hier aus analysierten sie die globalen Ausbeutungsverhältnisse und insbesondere die Arbeitsbedingungen im Globalen Süden. Mit dem Begriff der »Hausfrauisierung« (Mies 1983; Werlhof et al. 1988) sollte aufgezeigt werden, dass Frauen weltweit von der strukturellen Abwertung ihrer Arbeitskraft betroffen sind und koloniale Ausbeutung und vergeschlechtlichte Unterdrückung in der Geschichte des Kapitalismus aufs Engste miteinander verwoben sind.

Mit dem Begriff der Geschlechterverhältnisse wurde die Geschlechterdifferenz als geschichtlich entstandenes und nach wie vor wirksames Organisationsprinzip der sozialen Reproduktion herausgestellt und damit entnaturalisiert. Regina Becker-Schmidt (2003 [1987]) versteht das Geschlechterverhältnis als Ensemble von Arrangements, in denen Frauen und Männer vergesellschaftet werden und durch die sie über Formen der Arbeitsteilung, soziale Abhängigkeitsverhältnisse und Austauschprozesse aufeinander bezogen sind. Indem Beziehungen zwischen den Geschlechtern als gesellschaftliches Verhältnis begriffen wurden, konnte genauer untersucht werden, wie durch sie soziale Ungleichheit sowie Herrschafts- und Machtzusammenhänge reproduziert werden. Gudrun-Axeli Knapp (2012) hat in diesem Zusammenhang den Begriff der herrschaftsförmigen Vermittlung geprägt: Nur wenn wir die aktuelle Gesellschaftsformation in ihren historischen Entstehungszusammenhängen und die für sie konstitutiven Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen untersuchen, können wir, so Knapp, die gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhänge in ihrer Komplexität zur Darstellung bringen, so dass sich darin die unsichtbar gewordenen Zusammenhänge von Herrschaft und Ungleichheit rekonstruieren lassen. Während Knapp für eine Erweiterung kritischer Gesellschaftstheorien um eine intersektionale Perspektive plädiert, hat unter anderen Tove Soiland (2008) intersektionale Analysen dafür kritisiert, dass sie auf einzelne Kategorien fokussierten und ein Sich-Überkreuzen dieser Kategorien konstatierten, welches jedoch nicht näher in seinem geschichtlichen Gewordensein erklärt werde. Ein materialistischer Feminismus habe demgegenüber die historisch spezifische Weise zu untersuchen, in der solche Ungleichheiten in die sozialen Strukturen und die institutionelle Verfasstheit der kapitalistischen Produktion und Reproduktion eingeschrieben

sind. Nach Frigga Haug (2008) zeigt sich die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise darin, dass in ihr die gesellschaftliche Gesamtarbeit einseitig nach den Prinzipien von Wachstum, Zeiteinsparung und Profit organisiert ist, wodurch die reproduktive Sphäre – und damit die Grundlage jener Produktionsweise – systematisch unterminiert werde. Dieser destruktiven Logik des Kapitalismus hat Haug die »Vier-in-Einem-Perspektive« entgegengestellt, durch die neu definiert werden soll, was als Arbeit gilt, um darüber eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Arbeit zu bewirken. Diese Perspektive soll einen Orientierungsrahmen bilden, wie sich die verschiedenen Tätigkeiten – Erwerbsarbeit, Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit, die Tätigkeiten zur individuellen Entfaltung und zur politischen Mitbestimmung – auf alle Gesellschaftsmitglieder in gleichen Proportionen verteilen lassen.

In den vergangenen Jahren wurden neue Ansätze des materialistischen Feminismus an der Schnittstelle von Philosophie und Sozialwissenschaften entwickelt. So wurde von einem »material turn« (Leicht et al. 2017) gesprochen, da insbesondere in der feministischen Forschung verstärkt der Begriff der Materialität zur Analyse von Geschlechterverhältnissen, aber auch für feministische Erkenntnistheorie und Wissenschaftskritik genutzt wird. Unter Rückgriff auf naturwissenschaftliche Forschungen sind Differenzsetzungen wie die von Körper und Geist, Natur und Gesellschaft einer grundsätzlichen Kritik unterzogen worden. Zudem werden Diskussionen über epistemologische Fragen danach, von welchem Standpunkt aus wissenschaftliche Erkenntnis praktiziert wird und welche Wissens- und Erfahrungsbestände dabei systematisch ausgeschlossen werden (vgl. Collins 1990; Haraway 1988), aktuell wieder aufgegriffen und weitergeführt. Darüber hinaus wurden vermehrt globale Bewegungen in den Blick genommen, in denen einerseits Kämpfe um die materiellen Lebensbedingungen im Zentrum stehen und andererseits das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Sexualität.

Die Fragen von Sexualität und subjektivem Begehren stehen auch in den Diskussionen zwischen queerfeministischen und marxistischen Ansätzen der Gesellschaftskritik im Vordergrund (vgl. Beier 2023; Laufenberg und Trott 2023). Beide Ansätze verbindet die Kritik an der hegemonialen Subjektkonstitution im Kapitalismus, durch die soziale Reproduktion an die als Norm gesetzte heteronormative Sexualität geknüpft wird, womit andere Lebens- und Begehrensweisen verunmöglicht werden. In diesem Zusammenhang kommt darüber hinaus der Kritik der Familie als sozial dominierender So-

zialisationsinstanz eine zentrale Bedeutung zu. Aus einer materialistisch-feministischen Perspektive wurde deren Verstrickung in die Reproduktion der bestehenden Eigentumsverhältnisse nachgewiesen (vgl. Cooper 2017). An diese Kritiken schließen sich Fragen nach alternativen Formen der Organisation von Verwandtschafts- und Sorgeverhältnissen an, die mit der herrschaftsstabilisierenden Funktion der Familie zu brechen versuchen.

Nicht zuletzt wird der Gewaltbegriff gegenwärtig verstärkt für eine materialistisch-feministische Gesellschaftskritik fruchtbar gemacht: Aus historischer Perspektive wird die gewaltvolle Durchsetzung der heteronormativen Geschlechterordnung im Zuge von Kolonialprozessen herausgestellt und wie in der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaftsform die Ordnung von Geschlecht und Sexualität mit Kolonialität und Eigentumsverhältnissen verflochten waren und nach wie vor sind. Der Blick auf die Gewaltförmigkeit der Formierung und Aufrechterhaltung des Kapitalismus ermöglicht es, auch neue Ausbeutungsformen, in denen sich koloniale Herrschaft etwa in Form von Überausbeutung (vgl. Puder 2022) und Extraktivismus fortsetzt, in ihrer globalen Komplexität zu fassen. Die aus Protesten gegen Femizide in Buenos Aires entstandene und mittlerweile transnational organisierte feministische Bewegung »Ni Una Menos« (»Nicht eine weniger«) zeigt, wie ein neues Verständnis von Gewalt, das sexuelle und häusliche Gewalt mit den vielfältigen anderen Formen institutioneller, ökonomischer, rassistischer und kolonialer Gewalt verbindet, dazu geeignet ist, solidarische Bündnisse für ein besseres Leben über nationale Grenzen hinweg zu organisieren (vgl. Gago 2019).

Desiderate des materialistischen Feminismus

Bis auf wenige Ausnahmen (Haug 2004; Volk 2018) wurden die Arbeiten der proletarischen Frauenbewegung zur »Frauenfrage« als frühe Grundlagen eines materialistischen Feminismus lange Zeit übersehen. Der Sammelband setzt daher bei zwei Protagonistinnen dieser Bewegung an, die sich aus einer historisch-materialistischen Perspektive mit dem Gewordensein der besonderen Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus auseinandergesetzt und daraus praktische Schlüsse für ihre politischen Kämpfe gezogen haben. Vor dem Hintergrund ihrer Analysen lassen sich auch aktuelle Phänomene

von Geschlechterungleichheit und ihrer Verflochtenheit mit kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen genauer verstehen.

Ein weiteres Desiderat des materialistischen Feminismus stellt eine empiriegeleitete Theorieentwicklung dar: Die soziale Ungleichheit der Geschlechter als Gegenwartsphänomen und ihre empirische Untersuchung werden selten an eine Analyse der ihr zugrunde liegenden gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhänge zurückgebunden. So bleibt eine von Empirie geleitete Theorieentwicklung in Bezug auf den materialistischen Feminismus eine Rarität.

Schließlich eröffnet der Band eine neue Perspektive auf die geläufige Gegenüberstellung von »alten« und »neuen« Materialismen und macht demgegenüber interessante Verbindungslinien zwischen diesen sichtbar. Vor dem Hintergrund eines praxeologischen Verständnisses von Materialität lässt sich der gemeinsame Verbindungspunkt dahingehend bestimmen, dass »materiell« in beiden Spielarten für »Praxis, Tätigkeit, Produktion und Lebensbedingungen« (Lettow 2018: 249) steht und damit etwas bezeichnet, das sich nicht jenseits der konkreten historischen Praxisformen verstehen lässt. Beide Ausrichtungen des Materialismus zeichnen sich entsprechend dadurch aus, das Gewordensein und die gesellschaftliche Produktion von Differenzen zu fokussieren. Um zu verstehen, wie soziale Herrschaft funktioniert, sind die verschiedenen sozialen Differenzierungen und Hierarchisierungen in den Blick zu nehmen, die für die kapitalistische Vergesellschaftung konstitutiv sind. Dies vollzieht sich sowohl über die Klassendifferenz als auch über Differenzsetzungen, die auf die Formierung und Beherrschung von Körper- und Naturverhältnissen zielen. Aus dieser Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse als Produkt materieller Tätigkeit lassen sich ältere und neuere Ansätze des materialistischen Feminismus auf instruktive Weise miteinander verbinden.

Die skizzierten Leerstellen bearbeitet der Sammelband, indem er die Frage verfolgt, was der materialistische Feminismus zur Erschließung von Gegenwartsphänomenen im Bereich der Geschlechterforschung beitragen kann. Damit versteht sich der Band als kritische Intervention in aktuelle feministische Diskurse, um das explorative Potenzial materialistisch-feministischer Perspektiven für eine kritische Gesellschaftstheorie der Gegenwart hervorzuheben. Anhand der Aktualisierung historischer Wegbereiterinnen eines materialistischen Feminismus sowie vermittelt eigener sozialtheoretischer Arbeiten und empirischer Studien zeigen die Autor:innen auf, wie Emanzipationsgewinne für Frauen in kapitalistischen Gesellschaften mit systematischen Ausschlüssen, neuen Formen von Ausbeutung und sozialer Hierar-

chisierung einhergehen. Gleichzeitig geben sie Ausblick auf alternative Formen der Organisation der sozialen und ökonomischen Reproduktion und verhandeln so Möglichkeiten einer emanzipatorischen Praxis.

Um die bislang kaum wahrgenommenen frühen Ansätze des materialistischen Feminismus und ihr Potenzial für eine materialistisch-feministische Gesellschaftskritik näher zu erschließen, wird im *ersten Teil* des Bandes das theoretische und politische Wirken von Alexandra Kollontai und Clara Zetkin als zwei zentralen Protagonistinnen der proletarischen Frauenbewegung in den Blick genommen.

Kristen Ghodsee geht den Gründen für den bemerkenswerten Befund nach, dass Frauen im ehemals sozialistischen Osteuropa noch heute vielfach ökonomisch unabhängiger sind und mit deutlich weniger Hürden auf dem Weg zu beruflichem Erfolg zu kämpfen haben, als dies für Frauen im Westen gilt. Ghodsee zeigt, dass solche Errungenschaften für die weibliche Emanzipation wesentlich auf die Arbeit Kollontais zurückgehen, die als Volkskommissarin für Soziales in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution im damaligen Sowjetrußland entschieden dafür eintrat, dass Frauen sich am Aufbau der neuen Gesellschaft beteiligen und dadurch gleichberechtigte Verhältnisse befördern.

Im Anschluss untersucht *Franziska Haug* den Gedanken Kollontais, dass die Frauenfrage nicht unabhängig von der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet werden kann, und eröffnet damit Perspektiven, um materialistische und aktuelle queere feministische Diskurse zusammenzudenken. Gesellschaftliche Transformationsprozesse können demnach nur dann erfolgreich sein, wenn die Umwälzung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse auch mit einer Revolutionierung der traditionellen Lebensgewohnheiten und Denkweisen einhergeht. Damit erweitert Haug Kollontais Konzept einer neuen, kommunistischen Form der Familie, in der die Mitglieder nicht über »Blutsbande«, sondern über solidarische Arbeit und Selbstbildung miteinander verbunden sind.

Clara Zetkins These von der besonderen Unterdrückung der Frau im Kapitalismus aufgreifend, erschließt *Christina Engelmann* Marx' Analyse der Doppelbewegung des Kapitals in den *Grundrissen* für eine feministisch-materialistische Gegenwartsanalyse: Im Anschluss an Zetkin und Marx ar-

beitet Engelmann die zutiefst ambivalente Rolle der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus für die Transformation der Geschlechterverhältnisse heraus: Einerseits erlangen Frauen durch die Arbeit außerhalb der Familie eine ungekannte ökonomische Selbständigkeit, wodurch auch die tradierte Geschlechterordnung ins Wanken gerät. Andererseits unterwirft dieselbe Bewegung sie zugleich dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang – die Destabilisierung bestehender Geschlechterrelationen geht so mit einer Verfestigung sozialer Hierarchien einher. An die Einsichten von Zetkin und Marx anknüpfend, untersucht Engelmann den inneren Zusammenhang von Befreiung und erneuter Unterwerfung im Kapitalismus und arbeitet im Rückgriff auf gegenwärtige Studien verschiedene Aspekte der Gegenbewegung heraus, die zu neuen Hierarchisierungen und verschärften Ausbeutungsverhältnissen führen.

Lou Zucker geht von der zeitdiagnostischen Beobachtung aus, dass feministische Bewegungen durch gezielte Marketingstrategien und Medienformate vielfach kapitalistisch vereinnahmt werden, während sich an der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt nur wenig ändert. Vor diesem Hintergrund fragt Zucker, inwiefern die Beschäftigung mit Zetkin aktuellen feministischen Bewegungen als Inspiration dienen kann. In Abgrenzung zum liberalen Feminismus werden Errungenschaften der Gleichberechtigung als selektive Emanzipation entlarvt, die lediglich von einer privilegierten Minderheit der Frauen genutzt werden kann. An Zetkin anschließend arbeitet Zucker heraus, was eine feministische Perspektive auf soziale Kämpfe heute impliziert: dass sie *erstens* an der spezifischen Lebenssituation von Frauen anknüpft, *zweitens* auf internationale Bündnisse setzt und *drittens* den Protest gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung mit dem Kampf gegen Krieg und Faschismus verknüpft.

Die Autorinnen im *zweiten Teil* diskutieren ausgehend von ihren empirischen Studien Entwicklungen und Desiderate innerhalb der aktuellen Geschlechterforschung sowie deren Potenzial für eine kritische Analyse der Gegenwart.

Zur theoretischen Begründung gegenwärtiger Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verknüpft *Lisa Yashodhara Haller* die Marx'sche Methode der Formanalyse mit Theorien des Konstruktivismus und macht sie damit für die Geschlechterforschung fruchtbar. Theorien des materialistischen Feminismus arbeiten heraus, dass die kapitalistische Wirtschaft auf Voraussetzungen basiert, die sie selbst nicht erzeugen kann. Hier setzt Haller an und

zeigt auf, wie es in der Verbindung der Marx'schen Formanalyse mit unterschiedlichen Vergesellschaftungsmodellen gelingt, Geschlechterverhältnisse innerhalb des Kapitalismus als verselbständigte Handlungen der Geschlechterdifferenzierung zu theoretisieren. Damit wird der Zusammenhang zwischen den Defiziten kapitalistischen Wirtschaftens und sozialer Ungleichheit entlang der Binarität der Geschlechterordnung mit ihrer rigiden Teilung in weiblich und männlich aufgedeckt.

Melinda Cooper zeigt, inwiefern wir gegenwärtig die Entstehung eines neuen Regimes des Kapitalismus erleben, das zentral über die Absicherung des intergenerationalen Transfers von Vermögen funktioniert. Cooper fragt, welche Ressourcen eine materialistisch-feministische Kritik in die Auseinandersetzung mit dieser neuen Realität einbringen kann. Wie Cooper in ihrer Analyse zeigt, kommt der Übertragung familiären Reichtums über die Erbschaft eine wesentliche Bedeutung für die Herausbildung der gegenwärtigen Klassenverhältnisse zu. Anhand des zu beobachtenden Aufstiegs von Familienunternehmen lässt sich ihr zufolge zeigen, wie diese Form kapitalistischer Unternehmensorganisation die Macht ökonomischer Eliten stützt und so den politischen Erfolg einer patriarchalen und misogynen extremen Rechten befördert. An Coopers Analyse wird deutlich, wie eng die Reproduktion von Geschlecht und Klasse mit der Frage des Erbrechts verbunden ist.

Sarah Mühlbacher entwirft eine materialistische Kritik an der bürgerlichen Kleinfamilie, die einerseits gesellschaftlich so tief verankert ist, dass ihre Abschaffung unvorstellbar erscheint, die andererseits aber auf einer Geschichte von Gewalt und Unterdrückung gründet. Im Anschluss an Melinda Coopers These einer Verschränkung von liberalem Individualismus und konservativem Familialismus erörtert Mühlbacher sowohl den Zusammenhang zwischen einem besitzindividualistischen Verständnis von Verwandtschaftsbeziehungen in kapitalistisch organisierten Gesellschaften als auch einen exkludierenden Begriff von Solidarität, der an der Zugehörigkeit zu familialen und nationalstaatlichen Gemeinschaften seine Grenze findet.

Im *dritten Teil* werden neuere materialistisch-feministische Perspektiven auf Kategorien von Subjektivität, Körperlichkeit, Sprache, Natur und Gesellschaft geworfen.

Anastassija Kostan untersucht Vicki Kirbys Sprachbegriff und diskutiert die Implikationen dieser Spielart eines neomaterialistischen Feminismus für eine an der Natur ausgerichtete feministische Kritik. Eine solche Kritik fordert unsere gängigen Vorstellungen von Subjektivität und Gesellschaft eben-

so heraus wie unser Verständnis von Natur und Körperlichkeit. In Kirbys Sprach-Perspektive auf Natur stellt sich diese nicht als bloß gegebene Verfügungsmasse dar, sondern erweist sich vielmehr als selbst aktiv tätig und in alles menschliche Tun verwoben. Indem Kostan mit Kirby die gesellschaftliche und politische Relevanz der Natur ernst nimmt, hinterfragt sie nicht nur dichotome Differenzsetzungen wie diejenige von Natur und Gesellschaft, sondern auch das traditionellerweise als männlich vorgestellte Subjekt- und Menschenbild.

Abschließend nimmt *Luki Schmitz* die »Commons« in den Blick, als ein Konzept der Herstellung anderer Wirtschafts- und Sozialstrukturen, das seit einigen Jahren vielfach diskutiert wird. Schmitz zeigt, auf welche Weise materialistisch-feministische Analysen neue Perspektiven darauf eröffnen, wie Produktionsverhältnisse soziale Verhältnisse in Form von Sachherrschaft und Phantombesitz hervorbringen, materialisieren und reproduzieren. An der Schnittstelle von transformativer Bewegung, Theorie und Diskurs verhandelt Schmitz Fragen des Zugangs zu lebensnotwendigen Ressourcen und grundlegender Bedürfnisbefriedigung sowie nicht-eigentumsbasierter Sozial- und Gesellschaftsbeziehungen.

Die beiden *Interviews* diskutieren aktuelle Herausforderungen und Perspektiven des materialistischen Feminismus in seinen unterschiedlichen Facetten, sie blicken auf anhaltende Kontroversen und fragen nach Möglichkeiten einer zeitgemäßen Fortentwicklung.

Das *Interview mit Vanessa Wills* verhandelt die Frage nach einem zeitgenössischen Schwarzen feministischen Materialismus. Wills argumentiert dafür, aktuelle Diskurse um das Verhältnis zwischen Geschlecht, Klasse und Race vor dem Hintergrund der Arbeit Schwarzer Feministinnen und deren politischem Engagement neu zu orientieren. Entgegen der gängigen Gegenüberstellung zwischen Critical Race Theory und marxistischer Gesellschaftskritik betont Wills, dass diese sich durchaus auf produktive Weise ergänzen können, wenn sich eine Analyse, die auf das Ganze der gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhänge gerichtet ist, mit dem Fokus auf lebendige Erfahrungen von Unterdrückung verbindet. Dem gegenüber materialistischen Theorien erhobenen Vorwurf des Klassenreduktionismus hält Wills entgegen, dass die Einsicht in den Zusammenhang von sexistischer und rassistischer Unterdrückung mit kapitalistischer Ausbeutung gerade deutlich werden lässt, dass der Kampf gegen kapitalistische Herrschaft nur gelingen kann, wenn er sich mit feministischen und antirassistischen Kämpfen verbindet. In Abgrenzung zu liberalen Feminismen plädiert Wills entsprechend

dafür, dass Befreiungskämpfe die Unterdrückung von Frauen als kollektives soziales Problem angehen müssen. Solche Kämpfe um eine bessere Zukunft für alle seien nicht innerhalb der bestehenden bürgerlichen Institutionen zu führen, sondern in Form der Wiederbelebung und Organisierung solidarischer Bündnisse unter den verschiedenen Bewegungen.

Im *Gespräch mit Sarah Speck* diskutieren wir das Verhältnis von feministischen und marxistischen Ansätzen der Gesellschaftskritik und wie sich dieses vor allem infolge der Krisen der sozialen Reproduktion gewandelt hat. Wie verhalten sich materialistische Theorien, die von den sozialen Verhältnissen aus denken, zu queerfeministischen Ansätzen, die stärker auf Fragen des Begehrens und der Sexualität fokussieren? Wie hängen Kapitalismus und Geschlechterverhältnisse zusammen? Und lässt sich eine Gleichstellung der Geschlechter auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung realisieren? Mit Blick auf die empirische Geschlechterforschung sprechen wir darüber, was der mikrosoziologische Blick auf den Alltag gegenwärtiger Geschlechterarrangements über die makrostrukturelle Perspektive materialistisch-feministischer Theorien hinaus zu erschließen vermag. Welche Bewältigungsstrategien sozialer Widersprüche werden hier sichtbar und welche Rolle spielen dabei Modi der Aufrechterhaltung von Macht und Gewalt? Abschließend betrachten wir die Implikationen des materialistischen Feminismus für feministische Kämpfe der Gegenwart. Welche Rolle spielen Macht- und Eigentumsverhältnisse mit Blick auf die Möglichkeiten einer transformativen Praxis? Inwiefern erweist sich die Opposition von Identitäts- und Klassenpolitik als wenig zielführend, um gegenwärtige Spaltungslinien angemessen zu verstehen? Wie kann es gelingen, solche Spaltungen zu überwinden, und für welche (utopischen) Ziele würde eine breite feministische Bewegung kämpfen?

Der vorliegende Sammelband ist aus der Veranstaltungsreihe »Zur Aktualität materialistischer Feminismen« hervorgegangen, die das *Forum kritischer Wissenschaften* (FkW) im Frühjahr bis Sommer 2022 in Frankfurt am Main organisiert hat. Die Mitglieder des Kollektivs waren über die Konzeption und Durchführung der Reihe hinaus auch am gesamten Prozess der Vorbereitung des Sammelbands und den verschiedenen redaktionellen Arbeiten beteiligt. Ohne ihre aktive Mitarbeit hätte sich der Band nicht realisieren lassen. Unser besonderer Dank gilt daher Max Jansen, der schon die Veranstaltungsreihe mitkonzipiert und an den vielfältigen Aufgaben rund um die Finanzierung und inhaltliche Gestaltung des Sammelbandes, die Organisation der einzel-

nen Arbeitsschritte und die Betreuung der Beiträge bedeutend mitgewirkt hat. Auch Franziska Haug und Tobias Wehrle möchten wir für ihre umfangreiche Unterstützung insbesondere beim Redigieren der Beiträge des Sammelbandes und der Beteiligung an den redaktionellen Arbeiten danken. Bedanken möchten wir uns darüber hinaus bei den Autor:innen des Bandes und unseren Gesprächspartnerinnen für die Interviews, Sarah Speck und Vanessa Wills, die uns wichtige Anregungen für die Frage nach einem zeitgemäßen materialistischen Feminismus gegeben haben. Birgit Lulay danken wir für das professionelle Lektorat und Norma Schneider für ihr überaus umsichtiges Korrektorat, durch beides haben die Beiträge des Bandes sehr gewonnen. Für ihre schönen Übersetzungen sowohl der beiden englischen Beiträge von Melinda Cooper und Kristen Ghodsee als auch des Interviews mit Vanessa Wills bedanken wir uns bei Bettina Engels sowie bei Mira Deuerlein für ihr präzises Transkript des Interviews mit Sarah Speck. Ina Walter danken wir für den Satz des Bandes. Saskia Gränitz möchten wir für die umfassende Betreuung unseres Buchprojekts danken und dafür, dass sie uns jederzeit unterstützend und beratend zur Seite stand.

Schließlich danken wir dem AStA der Goethe-Universität Frankfurt sowie dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und dem Campus Verlag. Wir freuen uns sehr, dass unser Band im Rahmen der IfS Schriftenreihe bei Campus erscheint.

Literatur

- Bebel, August 1973 [1879]: Die Frau und der Sozialismus. Berlin: Dietz.
- Becker-Schmidt, Regina 1980: Widersprüchliche Realität und Ambivalenz. Arbeitserfahrungen in Fabrik und Familie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32(4), 80–102.
- Becker-Schmidt, Regina 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: Lilo Unterkirchner und Ina Wagner (Hg.): Die andere Hälfte der Gesellschaft. Österreichischer Soziologentag 1985. Wien: ÖGB Verlag, 10–25.
- Becker-Schmidt, Regina 2003: Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion, in: Gender Politik Online. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_doppelte_Vergesellschaftung_von_Frauen/becker_schmidt_ohne.pdf.

- Beier, Frederike (Hg.) 2023: *Materialistischer Queerfeminismus. Theorien zu Geschlecht und Sexualität im Kapitalismus*. Münster: Unrast.
- Collins, Patricia Hill 1990: *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. London: Routledge.
- Cooper, Melinda 2017: *Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. New York: Zone Books.
- Dalla Costa, Mariarosa 1973: *Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*, in: Mariarosa Dalla Costa und Selma James: *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin: Merve, 27–67.
- Dalla Costa, Mariarosa und Selma James 1978 [1973]: *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin: Merve.
- Davis, Angela Y. 1981: *Women, Race and Class*. London: Penguin.
- Delphy, Christine 1977: *The Main Enemy. A Materialist Analysis of Women's Oppression*. Women's Research and Resources Centre Publications, London.
- Delphy, Christine 1984: *For a Materialist Feminism*, in: dies.: *Close to Home. A Materialist Analysis of Women's Oppression*. Amherst: University of Massachusetts Press, 211–219.
- Engels, Friedrich 1984 [1884]: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 21. Berlin: Dietz, 25–173.
- Federici, Silvia 1975: *Wages Against Housework*. Bristol: Women Collective and Falling Wall Press.
- Federici, Silvia 2012 [2004]: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Übers. von Max Henninger. Wien: Mandelbaum.
- Gago, Verónica 2019: *La potencia feminista: O el deseo de cambiarlo todo*. Buenos Aires: Tinta Limón.
- Haraway, Donna 1988: *Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective*, in: *Feminist Studies* 14(3), 575–599.
- Haug, Frigga 2004: *Sozialistischer Feminismus: Eine Verbindung im Streit*, in: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: VS Verlag, 49–55.
- Haug, Frigga 2008: *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument.
- Knapp, Gudrun-Axeli 2012: »Intersectional Invisibility«. *Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung*, in: dies.: *Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung*. Wiesbaden: Springer VS, 230–240.
- Kollontai, Alexandra 1976 [1921]: *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdlov-Universität 1921*. Frankfurt a. M.: Verlag Neue Kritik.
- Laufenberg, Mike und Ben Trott (Hg.) 2023: *Queer Studies. Schlüsseltexte*. Berlin: Suhrkamp.
- Leicht, Imke, Christine Löw, Nadja Meisterhans und Katharina Volk (Hg.) 2017: *Material turn. Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus*. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich.

- Lenz, Ilse 1995: Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit, in: Regina Becker-Schmidt und Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 19–46.
- Lettow, Susanne 2018: Die Stofflichkeit von Herrschaft. Materialismus als feministische Gesellschaftstheorie, in: Katharina Pühl und Birgit Sauer (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queer-feministische Positionen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 241–257.
- Marx, Karl 1975 [1867]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, in: Marx-Engels-Werke. Band 23. Berlin: Dietz.
- Mies, Maria 1983: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9(10), 115–124.
- Puder, Janina 2022: Akkumulation – Überausbeutung – Migration. Arbeit im malaysischen Palmöl-Industriellen-Komplex. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Secombe, Wally 1974: The Housewife and Her Labour Under Capitalism, in: New Left Review I/83.
- Soiland, Tove 2008: Die Verhältnisse gingen, die Kategorien kamen. Intersectionality oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie, in: Querelles-Net 26: Dimensionen von Ungleichheit. <<https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/694/702>>.
- trouble everyday collective (Hg.) 2014: Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien. Münster: Unrast.
- Volk, Katharina 2018: Von der Gesellschaftsanalyse zur Utopie. Ein historischer Rückblick auf materialistisch-feministische Theorien. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Werlhof, Claudia von, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen 1988: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek: Rowohlt.
- Wittig, Monique 1992 [1981]: One Is Not Born a Woman, in: dies.: The Straight Mind and Other Essays. London und New York: Harvester Wheatsheaf, 9–20.
- Zetkin, Clara 1889: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Berlin: Verlag der Berliner Volkstribüne.

Grundzüge eines Materialistischen
Feminismus: Alexandra Kollontai
und Clara Zetkin

Alexandra Kollontai – Pionierin des Materialistischen Feminismus

Kristen Ghodsee

In den vergangenen Jahren ist in Amerika und Westeuropa der Druck auf politische Entscheidungsträgerinnen und Wirtschaftsführer gewachsen, etwas gegen die eklatante Ungleichverteilung zu unternehmen, die in angesehenen, gutbezahlten Arbeitsbereichen wie Medizin, Naturwissenschaften und Ingenieurwesen immer noch zwischen Männern und Frauen herrscht.¹ Auch wenn manche dieses Ungleichgewicht angeborenen neurobiologischen Unterschieden zwischen den Geschlechtern zuschreiben möchten, wird dieses Argument durch einen Blick nach Osten schnell entkräftet. Einem OECD-Bericht aus dem Jahr 2015 zufolge lagen sechs der zehn Länder mit dem höchsten Frauenanteil an der Ärzt:innenschaft in Osteuropa. In Estland waren bemerkenswerte drei Viertel aller Ärzt:innen Frauen, in den Vereinigten Staaten dagegen nur ein Drittel. Ein Bericht der UNESCO konstatiert, dass in osteuropäischen Ländern wesentlich mehr Frauen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung arbeiten als in Westeuropa. In Bulgarien stellen Frauen 45 Prozent der im florierenden Technologiesektor ihres Landes Erwerbstätigen, übertroffen nur noch von Litauen. Acht der zehn europäischen Nationen mit der höchsten Frauenquote im Hightech-Sektor befinden sich ebenfalls im Osten.

Das hat einen einfachen Grund: Zum Erbe des jahrzehntelangen Sozialismus gehört, dass Frauen in Osteuropa beruflich weniger Steine in den Weg gelegt werden als praktisch überall sonst auf der Welt. Auf der basalsten Ebene verbürgen die nach 1989 in Kraft getretenen Verfassungen dieser Länder Frauen noch dieselben Rechte wie Männern. Viele Nationen haben darüber hinaus explizit Leistungen für Mütter in ihren Konstitutionen verankert. So garantiert etwa die bulgarische Verfassung »bezahlten Urlaub vor

1 Eine kürzere Version dieses Artikels ist 2018 auf Englisch unter dem Titel »Crashing the Party: The radical legacy of a Soviet-era feminist« im *World Policy Journal* 35(2) erschienen. <doi.org/10.1215/07402775-7085877>.

und nach der Geburt, kostenlose Geburtshilfe, Arbeitserleichterungen und andere soziale Hilfen«. ²

Natürlich bringen aufgeklärte Verfassungen nicht den Alltagssexismus zum Verschwinden, und die osteuropäischen Gesellschaften sind keinesfalls frei von männlichem Chauvinismus. Doch die Kultur des Staatssozialismus hat die Einstellungen tiefgreifend verändert und es für Mütter gesellschaftlich akzeptabler gemacht, Vollzeit zu arbeiten. Fast drei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer bleibt der Gender-Pay-Gap in Ungarn kleiner als im benachbarten Österreich. Noch wichtiger aber ist, dass 73 Prozent der Kinder zwischen drei und sechs Jahren in Ungarn offiziell in einen Kindergarten gehen, während es in Österreich bei Kindern dieses Alters nicht mehr als 26 Prozent sind. Diese Tatsachen lassen sich mit der Arbeit von Alexandra Kollontai in Verbindung bringen, einer russischen Adligen, die sich leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit und Frauenrechte eingesetzt hat.

Überall stolpert man in der Geschichte über Männer mit maßlosen Ambitionen. Für Kollontai aber waren es die frühen Jahre der Russischen Revolution, »reich an herrlichen Illusionen, brennender Initiative«, die es Männern und Frauen gleichermaßen ermöglichten, »das Leben zu verbessern, die Welt neu zu organisieren« (Kollontai 1970: 49). Die Revolution träumte davon, Autokratie und Feudalismus zu beseitigen, um die russischen Arbeiter:innen und Bäuer:innen aus ihrer jahrhundertealten Knechtschaft zu befreien. Kollontai griff das Ideal einer gleichberechtigteren Welt voller Enthusiasmus auf, um für die Interessen derjenigen zu kämpfen, die am konsequentesten unterdrückt wurden: die Frauen. Die amerikanische Journalistin Louise Bryant, die Kollontai im nachrevolutionären Petrograd begegnet war, beschrieb sie wie folgt: »Sie ist eine unermüdliche Arbeiterin, deren Hartnäckigkeit die Voraussetzung ihrer erstaunlichen Leistungen ist.« (Bryant 1982: 61)

1872 in Sankt Petersburg geboren, wuchs Alexandra Michailowna Domontowitsch in relativem Luxus auf. Ihr Vater war General der zaristischen Armee und ihre Mutter, Tochter eines wohlhabenden finnischen Unternehmers, war vor einer arrangierten Ehe geflohen, um mit Alexandras Vater zusammenzuleben, was sie allerdings nicht daran hinderte, Alexandras Schwester später einem vermögenden, 50 Jahre älteren Mann zu versprechen. Die junge Alexandra verabscheute die Vorstellung, an den Meistbietenden versteigert zu werden. Gegen den Wunsch ihrer Eltern heiratete sie mit 21 Jahren Wladimir Kollontai, einen armen Cousin, mit dem sie einen Sohn bekam. Doch das häusliche Leben sollte ihr niemals genug sein.

2 Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991, Art. 47 (2).

Zur damaligen Zeit fanden in Russland große gesellschaftliche Umwälzungen statt. Die Emanzipationsreform von 1861 hatte die Leibeigenen vom Joch der Feudalherren befreit; sie fiel zeitlich mit dem Aufstieg des Industriekapitalismus zusammen. Die befreiten Bauern zog es scharenweise in die urbanen Regionen, und in Städten wie Sankt Petersburg wimmelte es nur so von ehemaligen Leibeigenen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen hatten. Die sozialen Umbrüche des späten 19. Jahrhunderts und der in ganz Europa wachsende Einfluss des Marxismus trafen bei vielen Gegner:innen des Zaren, dessen Geheimpolizei unzählige potenzielle Reformer:innen und Revolutionär:innen in die eisigen Lande Sibiriens verschleppte, auf große Resonanz. Vor diesem Hintergrund begann Kollontai mit der politischen Mobilisierung der Textilarbeiterinnen von Sankt Petersburg. Sie verteilte Informationsmaterial und sammelte Geld für selbstorganisierte Frauenstreiks, sie gab Abendkurse für die Arbeiterinnen und schloss sich geheimen Netzwerken zur Unterstützung politischer Gefangener an. Die Historikerin Rochelle Ruthchild hat die kraftvolle feministische Bewegung im zaristischen Russland detailliert beschrieben, Kollontai aber glaubte nicht daran, dass diese »bürgerlichen Feministinnen« die Arbeiterinnen aus dem Elend holen würden. Nach ihrer Überzeugung mussten sich alle Armen verbünden, um den Zaren zu stürzen und die Produktionsmittel unter ihre Kontrolle zu bringen.

Schließlich verließ Kollontai ihren Mann und ihren kleinen Sohn, um an der Universität Zürich Ökonomie zu studieren. Denn Kollontai war davon überzeugt, dass Frauen Geld verdienen mussten, um sich von den Männern ökonomisch unabhängig zu machen. Die sexuellen Beziehungen zwischen Männern und Frauen waren ihres Erachtens vom Kapitalismus vergiftet: Ohne die Mittel, sich selbst zu unterhalten, hätten Frauen gar keine andere Wahl, als sich an Männer zu verkaufen – sei es als Ehefrauen oder als Prostituierte. In ihrer Streitschrift *Die soziale Grundlage der Frauenfrage* aus dem Jahr 1909 befand Kollontai, dass diese sexuelle Unterdrückung ihre Wurzeln in der Familie habe: »In der heutigen Familie, deren Struktur von Sitte und Gesetz bekräftigt werden, wird die Frau nicht nur als Person, sondern als Ehefrau und Mutter unterdrückt«, notierte sie und fügte hinzu, dass in den meisten Ländern »der Mann nicht nur das Recht [hat], über ihr Eigentum zu verfügen, sondern auch das Recht der moralischen und körperlichen Gewalt über sie«. In einer idealen kommunistischen Gesellschaft, behauptete Kollontai, würden Männer und Frauen sexuelle Beziehungen nur aus wahrer Leidenschaft und gegenseitiger Zuneigung eingehen.

Durch ihre politische Arbeit geriet sie ins Visier der zaristischen Polizei und musste 1908 ins Exil gehen, um sich einer langjährigen Haft in Sibirien zu entziehen, zu der sie verurteilt worden war. Bis 1917 reiste sie quer durch Europa, wo sie schrieb, agitierte, Vorträge hielt und wegen ihrer Antikriegspropaganda in diversen Gefängnissen saß. 1915 brachte sie fünf Monate damit zu, in 81 Städten der USA auf vier verschiedenen Sprachen Vorträge über Sozialismus, Frauenrechte und Pazifismus zu halten. Empört über die Scheinheiligkeit der plötzlich kriegslüstern gewordenen europäischen Sozialdemokraten schloss Kollontai sich bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs den Bolschewiken an, die den »imperialistischen Krieg« weiterhin unbeirrbar ablehnten.

Um die Oktoberrevolution nach Kräften zu unterstützen, kehrte Kollontai 1917 nach Russland zurück, wo sie Mitte November zur Volkskommissarin für soziale Fürsorge berufen wurde. Diesen Posten bekleidete sie fünf Monate, dann trat sie aus Protest gegen die schockierenden Bedingungen des Vertrags von Brest-Litowsk zurück, der das Ende von Russlands Beteiligung am Ersten Weltkrieg besiegelte. Während ihrer kurzen Amtszeit legte Kollontai den Grundstein für ihre wichtigste Errungenschaft. Mit der Hilfe eines Kaders progressiver Juristen bereitete sie die Verabschiedung zweier Dekrete vor: eines Dekrets zur Ersetzung der kirchlichen Hochzeit durch die standesamtliche und eines zweiten zur Liberalisierung der Scheidung. Im Oktober 1918 integrierte der oberste Gesetzgeber der Sowjetunion diese Dekrete in ein neues Familienrecht, mit dem die jahrhundertlange patriarchalische und kirchliche Herrschaft über Frauenleben plötzlich Geschichte geworden war. Es entzog den Kirchen die Kontrolle über Eheschließungen und Scheidungen und annullierte im Zuge der rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen alle Gesetze, die Frauen zum Eigentum ihrer Väter und Ehemänner erklärt und ihre Abhängigkeit von diesen festgeschrieben hatten. Verheiratete Paare konnten keine Ansprüche mehr auf den Besitz ihres jeweiligen Ehepartners erheben, und verheiratete Frauen behielten die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihre eigenen Löhne. Das neue Recht schaffte die Kategorie des »unehelichen« Kindes ab und sah unter anderem Unterhaltsbestimmungen für Arbeitsunfähige vor.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes schnellten in Russland die Scheidungsraten in die Höhe, weil Frauen endlich die Freiheit hatten, sich aus missbräuchlichen oder unglücklichen Beziehungen zu lösen. Obwohl Lenin sich wenig für Kollontais Geschlechterpolitik interessierte, teilte er ihre Auffassung, dass die bloße Hausarbeit der Frauen für die Gesellschaft

insgesamt unproduktiv sei, und er verstand, dass die Revolution nur Bestand haben konnte, wenn Frauen regulär erwerbstätig würden. Es war schlicht eine Frage der Maximierung des ökonomischen Nutzens: Gingen Frauen unter dem bestehenden Regime einer regulären Arbeit nach, so lagen ihre Löhne unter denen der Männer, und trotzdem waren sie noch für die unbezahlte Hausarbeit verantwortlich. Russland hatte im Ersten Weltkrieg viele Männer verloren, und da der Bürgerkrieg viele weitere Leben zu kosten drohte, musste die bolschewistische Führung die russischen Frauen mobilisieren. Der beste Weg zu diesem Ziel war, Kollontai zufolge, die umfassende Vergesellschaftung der Hausarbeit.

Sie stellte sich ein riesiges Netzwerk von kommunal betriebenen Wäschereien, Kantinen, Kinderzentren und Kooperativen zum Kleider-Ausbessern vor. Wenn die Frauen sich erst einmal ihrer Haushaltspflichten entledigt hätten, wären sie in der Lage, sich im öffentlichen Raum auf Augenhöhe mit den Männern zu bewegen und ihre Bildungs- und Berufswünsche zu verfolgen. In dem Maße, wie sie ihre Fähigkeiten und Talente entwickelten, hätten Frauen die Möglichkeit, in den Berufen, die dann allen offenstünden, ihr eigenes Geld zu verdienen. Finanziell unabhängige Frauen wären frei, ihre Beziehungspartner aus Liebe und wechselseitiger Zuneigung zu wählen statt aus den für die bürgerliche Ehe typischen wirtschaftlichen Erwägungen.

Auf dem Achten Kongress der Kommunistischen Partei 1919 wurde eine Erhöhung der Zahl verstaatlichter Wäschereien, Kantinen und Kinderheime beschlossen und – nicht zuletzt auf Kollontais Wirken hin – eine spezielle Frauenabteilung innerhalb des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, der *Zhenotdel*, gegründet. Im darauffolgenden Jahr wurde die Sowjetunion das erste Land in Europa, das Abtreibungen während der ersten zwölf Schwangerschaftswochen legalisierte. Diese gesetzlichen Veränderungen waren nicht nur für Russland beispiellos, auch in Europa und Nordamerika gab es nichts Vergleichbares. In der westlichen Welt sollte es noch sechs Jahrzehnte dauern, bis man Frauen dieselben Rechte zugestand.

Natürlich waren Kollontais Ideale utopisch, und es gelang ihr, wie die Historikerinnen Elizabeth Wood und Wendy Goldman minutiös nachgewiesen haben, an keinem Punkt, sämtliche Hindernisse für die Umgestaltung der russischen Gesellschaft zu überwinden. Erstens fehlte ihr dafür der uneingeschränkte Rückhalt ihrer männlichen Genossen, die befürchteten, dass Kollontais Beharren auf Frauenthemen die Solidarität der Arbeiter:innenklasse untergraben würde. Zweitens waren viele bolschewistische Führer, insbesondere Lenin, in sexueller Hinsicht konservativ bis prüde und missbil-

ligten Kollontais radikale Theorien. Drittens konnte sich die ausgezehrtc sowjetische Wirtschaft nach den Jahren des Krieges und nach Ausbruch einer schrecklichen Hungersnot die öffentlichen Wäschereien, Kantinen und Kinderbetreuungseinrichtungen nicht mehr leisten. Vor allem aber machten die Gesetze, die zur Befreiung der russischen Frauen gedacht waren, ihr Leben letztlich nicht einfacher, sondern schwieriger.

Die Löhne der Frauen waren nicht hoch genug, um davon – ohne Ehemann – eine Familie zu ernähren. Ein liberalisiertes Scheidungsrecht bedeutete, dass Männer Frauen beim ersten Anzeichen einer Schwangerschaft verließen, und das Unterhaltsrecht erwies sich im Grunde als nicht durchsetzbar. Der freien Liebe entsprangen Hunderttausende ungewollter Babys, für deren Fürsorge dem Staat die Mittel fehlten. Infolgedessen lebten Heerscharen obdachloser Kinder auf den Straßen der großen Städte. Die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs versetzte Frauen in die Lage, ihre Fortpflanzung zu kontrollieren, führte aber zu einem massiven Einbruch der Geburtenrate. 1926 verlangten viele Frauen, besonders in ländlichen Regionen, lautstark nach einer Rückkehr zur alten Lebensweise. Die Bestimmungen des Familienrechts von 1918 wurden Stück für Stück zurückgenommen, bis Stalin sie 1936 nahezu alle wieder abschaffte.

Kollontai fiel in Ungnade und wurde als sowjetische Botschafterin nach Norwegen ins Exil geschickt. In ihren Memoiren aus dem Jahr 1926 mit dem wunderbaren (!) Titel *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin* versichert Kollontai den Leser:innen: »Welche Arbeit ich auch weiter führen werde, so ist es mir vollkommen klar, dass das Ziel der vollkommenen Befreiung der arbeitenden Frau und die Schaffung der Grundlage zu einer neuen sexuellen Moral immer das höchste Ziel meines Wirkens, meines Lebens bleiben wird.« (Kollontai 1970: 67)

Auch Stalin hielt an der rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen fest, und obwohl Frauen weiterhin die gewaltige Doppelbelastung von Erwerbstätigkeit und Hausarbeit trugen, verblasste das Ideal der Frauenemanzipation nie vollkommen. Im Zuge der Veränderung des Geschlechterverhältnisses übernahmen Frauen neue Rollen. In den 1930er Jahren wurden sie sukzessive in die Armee integriert, und während des gesamten Zweiten Weltkriegs kämpften sie auch als Soldatinnen an der Front. Besonders berühmt war das ausschließlich aus Frauen bestehende 588. Nachtbomberregiment der sowjetischen Luftwaffe. Die sogenannten Nachthexen terrorisierten die Deutschen in den Kriegsjahren 1941 bis 1945 mit über 30.000 Tarneinsätzen. (Die Niederländer erlaubten Frauen erst 1979 in der Armee

zu kämpfen, die Deutschen warteten damit bis 2001.) Zwischen 1917 und den späten 1960er Jahren, als an amerikanischen Eliteuniversitäten immer noch Geschlechtertrennung herrschte, ermutigte der sowjetische Staat junge Frauen, Studiengänge aller Art an koedukativen Institutionen zu absolvieren, auch in den üblicherweise von Männern dominierten naturwissenschaftlichen, technischen und mathematischen Fächern. So waren 1973 in Rumänien beispielsweise 43 Prozent der Studierenden an den Fachbereichen für Ingenieurwissenschaft Frauen, in der UdSSR und Bulgarien lag ihr Anteil in diesen Fächern bei 39 bzw. 27 Prozent. Im Vergleich dazu wurden 1976 in den USA nur 3,4 Prozent der Studienabschlüsse im Ingenieurwesen von Frauen gemacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten die staatssozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas dem Vorbild der Sowjetunion und erließen Familiengesetze, die sich am ursprünglichen sowjetischen Codex von 1918 orientierten. Weil viele linke Frauen im Zweiten Weltkrieg als Partisaninnen Seite an Seite mit den Männern gekämpft hatten, bekannten sich die neuen kommunistischen Staatslenker Osteuropas zur Frauenemanzipation. Außerdem war es wegen des massiven Arbeitskräftemangels erforderlich, dass Frauen auch außer Haus arbeiteten. Ihre rechtliche Gleichstellung mit Männern erfolgte unmittelbar nach Kriegsende, und die sozialistischen Staaten investierten erhebliche Mittel in Bildung und berufliche Ausbildung von Frauen. So konnte 1945 die große Mehrheit der Frauen in Albanien weder lesen noch schreiben, doch nach nur zehn Jahren kommunistischer Herrschaft war die gesamte Bevölkerung unter 40 Jahren vollständig alphabetisiert. In den Jahren unmittelbar vor Zusammenbruch des kommunistischen Regimes bestand die albanische Student:innenschaft zur Hälfte aus Frauen. Ungeachtet des autoritären Charakters ihrer Staatsführungen wiesen die Sowjetunion und die Länder Osteuropas die weltweit höchste weibliche Erwerbsquote auf, und Frauen reüssierten in einer großen Bandbreite von Berufen. Als die *Financial Times* 2018 einen Artikel über die starke Präsenz bulgarischer Frauen in der Technologie veröffentlichte, rechnete sie diesen Umstand ausdrücklich dem »sowjetischen Erbe« an.

Einen Großteil ihrer letzten Lebensjahre verbrachte Alexandra Kollontai als Botschafterin in verschiedenen Ländern – Norwegen, Mexiko und Schweden –, bevor sie nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich in die UdSSR zurückkehrte. Sie konnte auf eine lange und erfolgreiche Diplomatinnenkarriere zurückblicken und wurde zweimal für den Friedensnobelpreis nominiert. 1952, nur eine Woche vor ihrem 80. Geburtstag und mehr als zehn

Jahre vor dem weltweiten Erstarken der Frauenbewegung, starb Alexandra Kollontai.

Gegen Ende ihres Lebens muss Kollontai eine gewisse Verzweiflung darüber befallen haben, dass es ihr nicht gelungen war, die Welt, die sie sich ausgemalt hatte, Wirklichkeit werden zu lassen. Die Sowjetunion war nach dem Zweiten Weltkrieg verwüstet, sie hatte über 25 Millionen Tote zu beklagen. Die meisten ihrer alten bolschewistischen Genossen und mindestens zwei ihrer Liebhaber waren den stalinistischen Säuberungen zum Opfer gefallen. Ihr Erbe aber geriet nicht in Vergessenheit. Nach Stalins Tod im Jahr 1955 hob die sowjetische Regierung das allgemeine Abtreibungsverbot wieder auf. 1963, im selben Jahr, in dem Betty Friedan *The Feminine Mystique* (1963) publizierte,³ schickte die Sowjetunion die erste Frau ins All. Ungeachtet der Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Hausarbeit, des Fehlens zuverlässiger Mittel der Geburtenkontrolle und eines ungebrochenen Sexismus setzten die sowjetischen Frauen ihren Siegeszug auf allen beruflichen Feldern fort.

Kollontais größter Fehler war vielleicht, falsch eingeschätzt zu haben, welche Gegenreaktionen ihre Vorstöße nicht nur bei Männern provozieren würden, sondern auch bei Frauen, die Angst vor einem radikalen gesellschaftlichen Wandel hatten. Wie viele ihrer bolschewistischen Mitstreiter:innen begriff sie nicht, dass sich nachhaltiger sozialer Fortschritt zu gleichen Teilen »bottom-up«, mit anderen Worten als eine in den Niederungen des Alltagslebens beginnende kulturelle Veränderung, und »top-down«, das heißt als eine »von oben« durchgesetzte Rechtsreform, vollziehen muss. In einer Gesellschaft, in der die Ehe ein unauflösbarer, kirchlich sanktionierter religiöser Vertrag war, hatten Ehemänner keinerlei Veranlassung, sich ihren Ehefrauen gegenüber freundlicher zu verhalten. Als der Staat dann aber die Scheidung legalisierte und Frauen die Möglichkeit gab, ihre Bildung selbst in die Hand zu nehmen und die eigene Reproduktion zu steuern, waren die entsprechenden Anreize für Männer geschaffen. Auch wenn Kollontais Pläne kurzfristig scheiterten, verbesserten sie doch letztlich die Chancen und das Leben von Millionen Frauen. Dabei hatte sie die richtige Intuition, dass man wichtige soziale Veränderungen nicht allein den Graswurzelbewe-

3 Nur drei Jahre später auf Deutsch als *Der Weiblichkeitswahn oder Die Mystifizierung der Frau* (1966) erschienen; später leicht gekürzt unter dem Titel *Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau. Ein Emanzipationskonzept* (1976) als Taschenbuch wiederaufgelegt (A. d. Ü.).

gungen überlassen kann. Angestoßen werden müssen sie durch eine kleine rechtliche Schocktherapie von oben.

Aus dem Englischen übersetzt von Bettina Engels

Literatur

- Bryant, Louise 1982: Eine Amerikanerin in Russland. Reportagen aus dem Roten Oktober. Hg. und übers. von Peter Brollik. Köln: Prometh Verlag.
- Friedan, Betty 1963: *The Feminine Mystique*. New York: W. W. Norton.
- Ghodsee, Kristen 2018: *Crashing the Party: The radical legacy of a Soviet-era feminist*, in: *World Policy Journal* 35(2), 70–74. doi.org/10.1215/07402775-7085877.
- Kollontai, Alexandra 1970: *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin*. Hg. und mit einem Nachwort von Iring Fetscher. München: Rogner und Bernhard.

»Die bürgerliche Familie wird aussterben.« Zu Alexandra Kollontais kommunistischem Familienmodell

Franziska Haug

»[...] und die bürgerliche Familie wird aussterben. An ihre Stelle wird ein neuer Typus von Familie – das arbeitende Kollektiv – treten. In dieser neuen Grundform leben Menschen nicht aufgrund irgendwelcher Blutsbande zusammen, sondern sie sind durch ihre gemeinsame Arbeit, ihre gemeinsamen Interessen und Pflichten solidarisch vereint und erziehen sich gegenseitig.«
(Kollontai 1975: 222)

Wer war Alexandra Kollontai? Die im Jahr 1872 geborene Alexandra Michailowna Kollontai war eine Revolutionärin, die zu Zeiten der Russischen Revolution von 1917 lebte. Sie kämpfte gegen die Vorherrschaft von Adel, Aristokratie und gegen die damit verbundene Unterdrückung von Arbeiter:innen und Bäuer:innen. Da Kollontais Leben nicht nur eng verbunden mit ihrer politischen Theorie und Praxis, sondern in seiner Entwicklung mit all seinen Brüchen und Wendungen beispielhaft für einen materialistischen Feminismus ist, will ich sie hier kurz vorstellen. Weil sich Theorien des Materialismus im Allgemeinen und des feministischen Materialismus im Besonderen aus den praktischen Verhältnissen ergeben, geht dieser Artikel ebenso vor: Ausgehend von Kollontais Leben und ihrer politischen Praxis soll nachvollzogen werden, auf welche Weise sie Arbeits- und Geschlechterverhältnisse als notwendig miteinander verbunden versteht. Entgegen der Annahme, dass der sowjetische Feminismus und insbesondere Kollontais Geschlechtertheorie einen Nebenwiderspruch zum Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit abbildet, will ich an ihren Texten veranschaulichen, wie sie beide Pole – Kapitalismus und Geschlecht – stets praktisch vermittelt denkt und die eine Problematik wechselseitig aus der jeweils anderen entwickelt.

Anhand der Analyse zweier Texte soll exemplarisch gezeigt werden, dass ein neues Geschlechter-, Beziehungs- und Familienmodell nur realisierbar

ist, wenn kapitalistische und patriarchale Verhältnisse als notwendig miteinander verwoben erkannt und gleichermaßen überwunden werden. Für Kollontai war ohne die Befreiung der Frau kein Sozialismus und ohne die Abschaffung der Klassengesellschaft keine Gleichberechtigung der Geschlechter denkbar.

Die selbst in adligen Verhältnissen geborene Politikerin sollte auf Wunsch ihrer Eltern eine später von ihr selbst so genannte Verkaufshe eingehen, schlug diese aber aus. Wenn überhaupt, wollte sie aus Liebe heiraten, was sie schließlich auch tat. Sie bekam ein Kind, ließ sich aber schon sehr bald wieder scheiden, denn sie wollte frei statt abhängig sein (Kirchner 2012: 7 ff.). Dass die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen die Voraussetzung für jede andere Freiheit (der Frau) ist, illustriert Kristen Ghodsee (2018) ausgehend von Kollontais eigenem Leben. So fasst Ghodsee am Beispiel von Kollontais Ehe deren Position konzise zusammen, indem sie Ehe im patriarchalen Kapitalismus grundsätzlich als ein Tauschverhältnis beschreibt, in dem weibliche Sexualität nicht nur gegen ökonomische Dienstleistungen, Waren und Geld, sondern auch gegen sozialen Status getauscht werde. Da es für Kollontai keine sexuelle Unabhängigkeit in ökonomischer Abhängigkeit geben konnte, musste sie sich, wie sie später resümierte, aus ihrer »Verkaufshe« befreien (vgl. ebd.).

Aufgrund ihres politischen Engagements lebte Kollontai in verschiedenen Ländern im Exil, unter anderem in Frankreich, Deutschland, Schweden und der Schweiz, wo sie Sozial- und Wirtschaftswissenschaften studierte. Schon ab 1905 setzte sie sich für autonome Frauenabteilungen in der Kommunistischen Partei ein, ein politisches Konzept, das heute in demokratischen Parteien gängig ist, Anfang des 20. Jahrhunderts hingegen singulär war. Kollontai war bis 1915 Mitglied der Menschewiki, der gemäßigten Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, und wechselte danach zu den Bolschewiki, dem radikaleren Parteiflügel, der parteiintern gegen die Menschewiki um die Vorherrschaft kämpfte. Nach dem Sieg der Bolschewiki wurde Kollontai am 7. November 1917 von Lenin zur Kommissarin für Soziales des Räte-Kabinetts berufen. Damit war sie die erste weibliche Ministerin der Welt überhaupt. Unter ihrer Leitung führte die Sowjetunion mit dem neuen Familiengesetz 1918 als erstes Land der Welt den Acht-Stunden-Tag und einen Arbeitsschutz für Frauen ein, außerdem bezahlten Mutterschaftsurlaub, Krippeneinrichtungen, Kollektivküchen und die Legalisierung von Abtreibung.

Kollontais Gesetze und Reformen konzentrierten sich insbesondere auf die proletarische, also doppelt vergesellschaftete Frau, die mit Erwerbs- und Sorgearbeit zweifach belastet ist (vgl. Becker-Schmidt 2003). Ihre feministische Theorie und Praxis kann daher – neben der anderer sowjetischer und materialistischer Feministinnen wie zum Beispiel Nadeschda Krupskaja, Inessa Armand oder Clara Zetkin – vom heutigen Stand der Debatte aus betrachtet als intersektionaler Feminismus bezeichnet werden. Denn sie erfasste als eine der Ersten die Verschränkung von Klasse und Geschlecht. Sie stellte sich damit gegen bürgerliche Frauenbewegungen ihrer Zeit, die damals wie heute allzu oft die materiellen Verhältnisse ausblenden. Ein Feminismus, der seine eigenen materiellen Bedingungen nicht in den Blick nimmt, bleibt nach Kollontai theoretisch unterbelichtet und politisch wirkungslos. Ein Gesetz, das eine solche materiell für proletarische Frauen wirksame Intersektion illustriert, ist jenes, mit dem Kollontai Scheidungen in der Sowjetunion erleichtern wollte:

»Another fact that invites attention is that divorce has been made easier in Soviet Russia. The decree of the Council of People's Commissars issued on 18 December 1917 means that divorce is no longer a luxury that only the rich can afford; henceforth, a working woman will not have to petition for months or even for years to secure the right to live separately from a husband who beats her and makes her life a misery with his drunkenness and uncouth behaviour.« (Kollontai 1920: 250)

Mit dieser und weiteren Reformen strebte Kollontai die Unabhängigkeit der Frau von ihrer gesellschaftlichen Rolle als Mutter, Ehefrau und sexuelle sowie emotionale Fürsorgerin des Mannes an. Zu diesen traditionellen Rollenerwartungen gehörte auch die Unsichtbarkeit weiblichen Begehrens und weiblicher Sexualität. Dem wollte Kollontai ein Ende setzen: Mit Bezug auf die von Lenin anfangs abschätzig so genannte Glas-Wasser-Theorie proklamierte Kollontai, Sex zu haben müsse für Kommunist:innen genauso selbstverständlich sein, wie ein Glas Wasser zu trinken. Sie wandte sich damit gegen die rigide Sexualmoral der Kirche und Aristokratie, adressierte aber genauso ihre männlichen Genossen. So geriet ihre Broschüre *Die neue Moral und die Arbeiterklasse* von 1918 auch parteiintern in die Kritik, da sie darin nicht nur einen neuen, sexuell befreiten und unabhängigen Typus Frau beschrieb, sondern auch patriarchale Männlichkeit kritisierte. Sie engagierte sich daher auch in der »Weltliga für Sexualreform« unter der Leitung des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld. Mittels Aufklärung und Bildung

wollte sie Sexualität von der christlichen Moral und den misogynen Tendenzen reproduktiver, patriarchaler Sexualität befreit sehen. Der Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter reichte für Kollontai also bis in das Privateste hinein: Es ging um den Zugang zu Verhütung und Abtreibung für Frauen, um die Entstigmatisierung von Homosexualität sowie um einen naturwissenschaftlichen Zugang zu Geschlecht und Sexuaufklärung. Mit dem Vergleich des Wassertrinkens wollte sie Sexualität als ein menschliches Grundbedürfnis verstanden wissen, das nicht zwangsläufig mit Romantik und Ehe einhergehen muss.

Kollontai setzte sich besonders für Möglichkeiten der Aufklärung und Zugänge zu Bildung und Emanzipation von Frauen ein, damit diese sexuelle Lust und Begehren bei sich selbst überhaupt erst als ein Bedürfnis entdecken konnten, das jenseits reproduktiver Funktionen und moralischer Normen existiert. Gleichzeitig schuf sie in ihrer Rolle als sowjetische Politikerin auch ganz praktische neue Rahmenbedingungen, indem sie Schwangerschaftsabbrüche legalisierte und daran arbeitete, die bis dato unbezahlt von Frauen ausgeführte Reproduktionsarbeit zu öffnen und zu kollektivieren. Für sie stand fest: Die sogenannte Frauenfrage kann nicht unabhängig von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen betrachtet werden (Kollontai 1975: 127). Folgerichtig müsse eine den Kapitalismus überwindende, erfolgreiche Revolution nicht nur die Lohnarbeitsverhältnisse umwandeln, sondern vor allem eine komplette Umwälzung der traditionellen Lebensgewohnheiten und Denkweisen mit sich bringen. Kollontai betonte: Die »Diktatur des Proletariats« (ebd.: 168) sei nur durch »[d]ie revolutionäre Veränderung des Alltags« (ebd.: 194) und »[d]ie Revolutionierung der Lebensgewohnheiten« (ebd.: 211) realisierbar. Zu solchen Gewohnheiten gehörte für Kollontai ganz besonders die Lebensweise in der heterosexuellen Familie. Die Familie stellte für sie keine natürliche Lebensform dar, sondern eine wesentliche Stütze und Apparatur des patriarchalen Staates.

Im Folgenden möchte ich daher ihre Idee einer neuen Form von Gemeinschaft vorstellen, deren Zusammenhalt weder auf ökonomischer Abhängigkeit noch auf reproduktiven »Blutsbande[n]« (Kollontai 1975: 222) beruht. Dabei will ich erstens zeigen, inwiefern für Kollontai die Neuordnung der Familien-, Beziehungs-, Ehe-, und Liebesstrukturen fundamental für die Unabhängigkeit der Frau ist. Zweitens möchte ich auf die Art und Weise zu sprechen kommen, wie nach Kollontai diese grundlegende Umgestaltung alter Strukturen funktionieren kann. Notwendige Voraussetzung für die Freiheit der Frau ist Kollontai zufolge nicht nur ihre ökonomische,

sondern auch ihre geistige sowie emotionale Unabhängigkeit. Daher setzte Kollontai auf ein Konzept gegenseitiger Bildung und Erziehung, das in der gegenwärtigen feministischen Terminologie auch mit *Female Empowerment* beschrieben werden kann.

»Die Stellung der Frau in der Gesellschaft bestimmt jeweils ihre Stellung in der Familie.« (Kollontai 1975: 13)

»Will the family continue to exist under communism? Will the family remain in the same form?« (Kollontai 1977a: 250) Diese Fragen beantwortet Kollontai in ihrem Text *Communism and the Family* von 1920 ganz klar mit Nein. Gleich einleitend hält sie hier fest, dass die Idee, es gäbe *die eine*, naturwüchsige, zu erhaltende und immer geltende Form der Familie, eine ideologische ist. Familienformen hätten sich immer schon geändert in Abhängigkeit von Land, Geografie, Kultur und Historie. In diesem Sinne ermutigt sie ihre Genossinnen, keine Angst vor den in der Sowjetunion anstehenden Änderungen zu haben:

»There is, therefore, no reason to be frightened of the fact that the family is in the process of change [...] our job is to decide which aspects of our family system are outdated and to determine what relations, between the men and women of the working and peasant classes and which rights and duties would best harmonise with the conditions of life in the new workers' Russia.« (Ebd.)

Hier taucht ein Prinzip auf, das ich jenseits der staatlich verordneten neuen Familien- und Gleichberechtigungsgesetze der Sowjetunion für wesentlich in Kollontais Bildungs- und Emanzipationsgedanken halte: die gegenseitige Erziehung. Die proletarischen Frauen, aber auch die Männer, sollen es als ihre Aufgabe begreifen, die neuen Formen der Gemeinschaft und Beziehung gemäß ihren Lebensumständen gemeinsam kontinuierlich neu zu definieren (ebd.). Anders als eine gängige Annahme gegenüber dem Staatssozialismus der Sowjetunion behauptet, setzt Kollontai hier also nicht nur auf Reformen von oben, sondern ganz grundlegend auf die gegenseitige Bildung der Arbeiter:innen untereinander. Dabei beginnt sie zuallererst bei den Frauen. Im folgenden Zitat aus einer frühen Version der *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin* wird jedoch ebenso deutlich, dass die Einsichten

und Aufrufe an die Frauen, sich vom Mann zu befreien, neben Freiheit auch schmerzhaftes Konsequenzen bedeuten konnten:

»Unser Fehler bestand darin, daß wir im Manne, den wir liebten, jedesmal den Einzigen zu finden glaubten, denjenigen, mit dem man seine eigene Seele glaubt vermischen zu können und der bereit ist, uns als geistig-körperliche Kraft voll anzuerkennen. Aber immer wieder kam es anders, denn der Mann versuchte stets, sein eigenes Ich uns aufzuzwingen und uns an ihn völlig anzupassen. Und so entstand bei allen und immer wieder die unausbleibliche innere Auflehnung, da wurde die Liebe zur Kette. Wir fühlten uns verklavt und versuchten die Liebesbände zu lockern. Und nach dem ewig sich wiederholenden Kampfe mit dem geliebten Manne rissen wir uns los und eilten der Freiheit entgegen. Da standen wir wieder allein, unglücklich, einsam, aber frei – frei für die geliebte auserwählte Arbeit.« (Kollontai, zit. in Soltau 1989)

Die Befreiung vom Mann und aus der Kleinfamilie führe also dazu, dass die Frauen sich nun aussuchen könnten, welcher Arbeit sie nachgehen. In den »Ketten« (ebd.) der ehelichen Familie war die Arbeit der Frau hingegen fremdbestimmt: Unbezahlt musste sie dort Haushalt, Kindererziehung, Kochen, emotionale Care-Arbeit und weitere reproduktive Tätigkeiten ausführen. Diese hier skizzierte Vorstellung einer Ehe als sowohl ökonomische, romantische und sexuelle Verbindung beschreibt die Soziologin Eva Illouz (1997 und 2007) als ein prägendes Phänomen der Moderne. Erst in dieser Umbruchsphase des auslaufenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts wurde die Ehe zu mehr als nur einer ökonomischen Gemeinschaft zu reproduktiven Zwecken. Fortan war sie auch mit romantischer Liebe und Sexualität konnotiert. Besonders Letzteres wollte Kollontai transformieren, da ihr die sexuelle Freiheit der Frauen im Rahmen eines solchen ehelichen Abhängigkeitsverhältnisses unmöglich erschien.

Die in obigem Zitat von ihr beschriebenen schmerzlichen Erfahrungen von Liebe und Trennung sind auch zentrales Thema ihrer Erzählung *Sisters* von 1920. Darin erzählt sie von einer jungen Genossin, die bei ihr Rat suchte. Diese hatte eine zunächst glückliche Beziehung mit ihrem Freund und Genossen, bis das gemeinsame Kind kam und der Mann anfang sie zu schlagen und zu betrügen. Sie verlor trotz guter Ausbildung ihre Lohnarbeit und war fortan nicht mehr nur emotional, sondern auch ökonomisch abhängig von ihrem Mann: »Here was a woman trying to be independent and trying to fight the old way of life. She went, but her look of despair haunted me. It

demanded an answer ... it demanded action ... it demanded struggle.« (Kollontai 1977b: 224) Kollontai schildert an diesem Beispiel eine spezifisch weibliche Erfahrung im patriarchalen Kapitalismus: dass die Entscheidungen der Frau in letzter Konsequenz nie frei sein können, solange sie in Umständen lebt, die sie unfrei machen. Was also schlägt sie der jungen Frau vor, um ihre Situation zu verbessern? Frauen sollten sich zuallererst gegenseitig bilden und einander dazu verhelfen, dass sie nicht mehr um ihre Existenz fürchten müssen, wenn sie einen Mann verlassen wollen. Kollontai bezeichnet diese Konstellationen unter Frauen, die sich gegenseitig zu Autonomie verhelfen, als Verbündete oder Schwestern: »We parted like sisters« (ebd.). Erst nach dem Schritt gegenseitiger Hilfe und Erziehung unter Frauen folgt für Kollontai jener der Einrichtung der Verhältnisse nach dieser Maßgabe: dass Frauen in der Entscheidung, einen Mann zu verlassen oder bei ihm zu bleiben, frei sein können. Barbara Kirchner, die die Neuauflage der *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin* einleitet, beschreibt in diesem Sinne, warum Freiheit und Liebe für Kollontai zusammenhängen:

»Alexandra Kollontai [...] hat über die Liebe gesagt, sie sei anspruchsvoll, empfindlich, eine Sache der Freiheit. Sie meinte damit nicht nur, dass es Verbote gibt, die ihr konkret schaden und direkt gegen sie gerichtet sind – sie meinte, dass ihr alles schadet, was die Leute unfrei hält.« (Kirchner 2012: 7 f.)

Das Konzept gegenseitiger Erziehung und Bildung wendete Kollontai ein weiteres Mal in größerem Umfang an, als sie 1921 an der sowjetischen Swerdlow-Universität Moskau eine Reihe von *Vorlesungen zur Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung* vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen hielt. Ich möchte an dieser Stelle beispielhaft die 13. Vorlesung herausgreifen, da Kollontai darin einige ihrer zentralen Thesen formuliert. In dieser Vorlesung mit dem Titel »Die Diktatur des Proletariats: Die Revolutionierung der Lebensgewohnheiten« geht es ihr um die Umwälzung traditioneller Lebensgewohnheiten. Für sie steht fest, dass eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zugleich neue Beziehungen zwischen den Menschen mit sich bringen müsse (Kollontai 1975: 211–228). Das eine geht nicht ohne das andere. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass diese neuen Beziehungsformen sich nicht einfach aus Veränderungen der ökonomischen Basis ergeben, sondern im Gefolge der Veränderungen in der Produktionsweise politisch hergestellt werden müssen. Das heißt, es muss neben Veränderungen im Ökonomischen und auf Gesetzesebene auch das Private in den

Blick genommen werden. Denn trotz neuer Gesetze scheint die Gesellschaft in ihren intimen und privaten Verhaltensweisen nicht hinterherzukommen. Man müsse also bei den vermeintlich natürlichsten Verhaltensweisen und Gewohnheiten der Genoss:innen ansetzen, damit sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Lebensweise ändert. Durch die revolutionäre Umwälzung und die Arbeit im Kollektiv seien bereits Solidarität und ein gesellschaftliches Bewusstsein entstanden (ebd.: 213). Dies sei eine revolutionäre Entwicklung, da Frauen jahrhundertlang nach der Maßgabe erzogen wurden, dass die Bewahrung und Pflege der heiligen Kleinfamilie die wichtigste Aufgabe der Frau sei (ebd.: 214 ff.). Kinderbetreuung außer Haus, gesetzlicher Mutterschutz, gutes und ausreichendes Essen in Kantinen und vieles mehr hätten bereits dazu geführt, dass Frauen auch politische Arbeit machen können (ebd.: 213 f.). Die Befreiung aus der »Einzelfamilie« (ebd.) verschaffe also Frauen Zutritt zur Gesellschaft und stärke das Solidaritätsgefühl der Gemeinschaft (ebd.: 214).

Diese These, dass für die Freiheit der Frau die Teilhabe am öffentlichen Leben nötig sei, wurde einige Jahre später durch Virginia Woolfs Essay *A Room of One's Own* (1929) bekannt. Kollontai beschrieb die Dekonstruktion der vergeschlechtlichten Sphären von Öffentlich-Privat bereits 1921 als eine der zentralen Voraussetzungen für den neuen Typus der Gemeinschaft, in dem alle Geschlechter gleichberechtigt sind. Dazu sei es nötig, dass die Frau ökonomisch eigenständig existieren könne und außerhalb des Privatraums arbeite. Ihr dringlicher Appell an die Frauen, Arbeit für die kommunistische Gemeinschaft zu leisten, ist allerdings auch kritisch zu betrachten, da die Verweigerung der Arbeit für das Kollektiv geächtet wurde (Kollontai 1975: 215). Hierbei ist jedoch die spezifische historische Situation der Produktionsordnung der Sowjetunion zu berücksichtigen. Denn Arbeit bedeutete in der sozialistischen Sowjetunion theoretisch wie praktisch etwas anderes als in postfordistischen, neoliberalen Arbeitsverhältnissen heute. Kollontais Arbeitsappell zeigt zugleich aber auf, welche positiven Effekte es hat, dass die Frau raus aus dem *Oikos* der Privatheit der Kleinfamilie und rein in die *Polis* der Öffentlichkeit kommt. Denn durch dieses veränderte Sein ändere sich auch das Bewusstsein der Frauen, so Kollontai. Vor diesem Hintergrund war sie der Auffassung, »die bürgerliche Familie« werde früher oder später »aussterben« (ebd.: 222). Daran schließt sie an:

»An ihre Stelle wird ein neuer Typus von Familie – das arbeitende Kollektiv – treten. In dieser neuen Grundform leben Menschen nicht aufgrund irgendwelcher Blutsbande zusammen, sondern sie sind durch ihre gemeinsame

Arbeit, ihre gemeinsamen Interessen und Pflichten solidarisch vereint und erziehen sich gegenseitig.« (Ebd.)

Weitere Änderungen des gesellschaftlichen Seins, die Kollontai zufolge zu einer Transformation der Gewohnheiten führen würden, waren die Säkularisierung der Ehe, die Abschaffung der kirchlichen Trauung, gleiche Rechte für uneheliche und eheliche Kinder und die soziale Absicherung durch den Staat und/oder den Betrieb, so dass es keine wirtschaftliche Notwendigkeit mehr gäbe zu heiraten. Ebenso gehörten für Kollontai neue, kollektive Formen des Wohnens zu den wesentlichen Aspekten weiblicher Unabhängigkeit.

Wie bereits bei der Glas-Wasser-Theorie angedeutet, betraf Kollontais Vorschlag, wie die neue Gemeinschaft gelebt werden könnte, nicht nur äußerliche Umstände, sondern auch Sexualität, Liebe und intime Beziehungen. In der Vorlesung widmet sie sich beispielsweise Prostitution nicht in der Deutung eines »Vergehens gegen die Sittlichkeit« (ebd.: 225), sondern aus ökonomischer Perspektive. Die bürgerliche Gesellschaft habe verschiedene Formen der Prostitution ausgebildet. Diejenige, bei der Frauen für Sex bezahlt werden, sei dabei nur *eine* Form. In der neuen »Arbeiterrepublik« spiele es keine Rolle, »ob eine Frau ihren Körper nun an mehrere oder nur an einen Mann verkauft, also ob sie sich von einem Ehemann aushalten lässt oder als Berufsprostituierte von mehreren« (ebd.). Wesentlich war für Kollontai die Unabhängigkeit der Frau. Denn solange sie vom Mann abhängig sei, werde es stets »offene« und »verschleierte« Formen der Prostitution geben (ebd.: 226). Neben der alten Form der Ehe, in der die Frau vom Mann abhängig ist, nennt sie weitere Beispiele für sogenannte verschleierte Formen der Prostitution:

»Ist es etwa keine Form der Prostitution, wenn sich eine Sekretärin des örtlichen Sowjets mit ihrem Vorgesetzten einläßt, obwohl sie ihn nicht liebt, nur weil sie befördert werden will oder eine Sonderration braucht? Oder wenn eine Frau mit einem Mann schläft, um ein paar kniehohe Stiefel und manchmal auch nur, um ein bißchen Zucker oder Mehl zu ergattern?« (Ebd.)

Hieran und an weiteren Beispielen illustriert Kollontai, wie eng verwoben die ökonomischen Widersprüche mit Geschlechterfragen sind. Daher konnte für sie die Änderung der Klassenverhältnisse nicht ohne die gleichzeitige und grundsätzliche Umwälzung der Geschlechterverhältnisse realisiert werden.

Mit diesem kurzen Einblick in Kollontais Theorie, ihre Politik und ihren Feminismus wollte ich auf die Ansätze sowjetischer, materialistischer Feministinnen aufmerksam machen. Gewisse Materialismus-Diskurse erfahren gegenwärtig in feministischen Theorien, insbesondere im *New Materialism*, ein Comeback (Hoppe und Lemke 2021: 9–21). Gleichzeitig aber, auch das betonen Katharina Hoppe und Thomas Lemke, gibt es Leerstellen in der Renaissance des Materiellen in feministischen Diskursen des *New Materialism*. Mit dem Rückgriff auf Kollontai treten insbesondere zwei Leerstellen deutlich hervor: Zum einen konnte gezeigt werden, dass es in der Intersektion von Geschlecht und Klasse keine Haupt- oder Nebenwidersprüche gibt. Denn diese Verschränkungen gehen aus den materiellen Verhältnissen hervor bzw. werden in ihnen und durch sie produziert. Und um die spezifische Produktionsweise von Geschlecht, Sexualität und Begehren und damit auch die damit zusammenhängende spezifische Ideologie und Unterdrückung im Kapitalismus zu verstehen, braucht es, zum anderen, einen historischen Materialismus.

Kollontais intersektionaler und historischer Materialismus kann diese Lücken in gegenwärtigen feministischen Diskursen des *New Materialism* schließen oder zumindest erhellen.

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina 2008: Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben, in: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Berlin und Heidelberg: Springer VS.
- Ghodsee, Kristen R. 2018: Why Women Have Better Sex Under Socialism: And Other Arguments for Economic Independence. New York: Vintage Books.
- Hoppe, Katharina und Thomas Lemke 2021: Neue Materialismen zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Illouz, Eva 1997: Consuming the Romantic Utopia: Love and the Cultural Contradictions of Capitalism. Berkeley: University of California Press.
- Illouz, Eva 2007: Cold Intimacies: The Making of Emotional Capitalism. Oxford: Polity.
- Kirchner, Barbara 2012: Alexandra Kollontai. Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin. Hamburg: Laika.

- Kollontai, Alexandra 1975 [1921]: Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. *Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen 1921*. Frankfurt a. M.: Verlag Neue Kritik.
- Kollontai, Alexandra 1977a [1920]: Communism and the Family, in: *Selected Writings of Alexandra Kollontai*. Übers. von Alix Holt. Westport: Norton, 250–260.
- Kollontai, Alexandra 1977b [1920]: Sisters, in: *Selected Writings of Alexandra Kollontai*. Übers. von Alix Holt, Westport: Norton, 216–231.
- Soltau, Heide 1989: Karriere einer sexuell Emanzipierten, in: *taz*, 25. August. taz.de/Karriere-einer-sexuell-Emanzipierten/!1800798/.

Zwischen Emanzipation und Unterwerfung. Zur Dynamik der Geschlechterverhältnisse nach Clara Zetkin und Karl Marx

Christina Engelmann

Mit dem Konzept der *Intersectionality* (Crenshaw 1989) wurde ab dem Ende der 1980er Jahre die Frage nach dem Zusammenwirken und wechselseitigen Sich-Verstärken verschiedener sozialer Ungleichheitsmechanismen vermehrt zum Gegenstand der Forschung. In aktuellen feministischen Diskursen ist dieser Ansatz indes umstritten: Während einerseits dafür argumentiert wird, Gesellschaftstheorie um eine intersektionale Perspektive zu erweitern, damit die gesellschaftlichen Vermittlungszusammenhänge und die in sie verwobenen Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen in ihrer Komplexität erfasst werden können (vgl. Knapp 2012), wird das Konzept andererseits dafür kritisiert, nicht die strukturellen Gründe der diagnostizierten Ungleichheitslagen in den Blick zu bekommen, wie sie sich historisch herausgebildet haben und wie sie die gegenwärtige Produktion und Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften strukturieren (vgl. Soiland 2008). Die intersektionale Analyse laufe damit Gefahr, bei der bloßen Feststellung von Differenzen stehen zu bleiben und dadurch mehr zu verdecken, als sichtbar zu machen.

In diesen Auseinandersetzungen wurde allerdings kaum wahrgenommen, dass bereits Ende des 19. Jahrhunderts erste Gegenwartsanalysen entstanden, in denen die historischen und systematischen Gründe für die besondere Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus und ihr Zusammenwirken mit anderen Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen untersucht wurden. Diese Studien der nach wie vor wenig rezipierten proletarischen Frauenbewegung nimmt der folgende Beitrag in den Blick und fragt danach, welche Implikationen sich aus ihnen für eine materialistisch-feministische Analyse der Gegenwart ziehen lassen.

Hierzu wird im *ersten* Abschnitt exemplarisch an Clara Zetkins Untersuchungen zur »Frauenfrage« die zweischneidige Rolle des modernen Industriekapitalismus für die Transformation der Geschlechterverhältnisse aufgezeigt: Der Einbezug in die Lohnarbeit bedeutete für die Frauen zwar

Emanzipationsgewinne, aber ebenso neue soziale Hierarchisierungen und verschärfte Ausbeutung. Um diese Diagnose genauer zu fassen, wird im *zweiten* Teil des Aufsatzes die Doppelbewegung kapitalistischer Vergesellschaftung rekonstruiert, wie sie Marx in seinen *Grundrissen* (1857/58) beschreibt: Die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus tendiert einerseits dazu, bestehende Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse umzuwälzen, andererseits vollzieht sich zugleich eine entgegengesetzte Bewegung: die zuvor aufgesprengten Hierarchien werden beständig wiederhergestellt und verfestigt. Mit Zetkin wird diese Dynamik kapitalistischer Gesellschaften daraufhin untersucht, wie sie sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirkt und was wir daraus über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ausbeutung und anderen Herrschaftsmechanismen lernen. Im *dritten* Abschnitt werden abschließend die Implikationen der im Anschluss an Zetkin und Marx explizierten Entwicklungsdynamik kapitalistischer Vergesellschaftung für eine materialistisch-feministische Gesellschaftskritik heute skizziert.

Die »Frauenfrage«: Zetkin über die besondere Unterdrückung der proletarischen Frau

In ihrer Rede »Für die Befreiung der Frau!« auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris 1889 präsentierte Clara Zetkin erstmals ihre Überlegungen zur Frauenfrage, die sie in der noch im selben Jahr veröffentlichten Broschüre *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart* weiter ausführte. Sie arbeitete damit die Grundzüge einer materialistischen Theorie über die doppelte Unterdrückung der proletarischen Frau in kapitalistischen Gesellschaften aus. Zetkin knüpfte damit an die Analysen von August Bebel (1973 [1879]) und Friedrich Engels (1984 [1884]) an, die – vereinzelt Aussagen zur Frauenarbeit im *Kapital* (Marx 1975 [1867]) aufgreifend – den Zusammenhang von Frauenunterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung erstmals eigens untersucht hatten.¹ In Abgrenzung zu Positionen, die die gesellschaftliche Rolle der Frau auf vermeintlich natürliche Eigenschaften zurückführten, stellte Zetkin die sozialen und ökonomischen Bedingungen

1 Zu den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründen und der theoretischen Entwicklung der als »Frauenemanzipationstheorie« bekannt gewordenen Theorie über die besondere Unterdrückung proletarischer Frauen siehe Bauer (1978: 17–60).

heraus, unter denen den Frauen diese Rolle zugewiesen wurde, und zeigte sie so als geschichtlich geworden und damit veränderbar auf:

»[...] die Stellung der Frau entspringt nicht aus gewissen ewig gültigen Ideen, aus einer unabänderlichen Bestimmung für den von sentimentaler Sehnsucht erfundenen ›natürlichen Beruf des ewig Weiblichen‹, sondern sie ist eine Folge der gesellschaftlichen, auf den Produktionsverhältnissen fußenden Zustände einer gegebenen Zeit.« (Zetkin 1889: 3)

Die technischen Entwicklungen in der Frühphase des Kapitalismus ermöglichten die Einführung industrieller Produktionsverfahren, die zuvor von Frauen in Heimarbeit gefertigte Produkte zunehmend unrentabel machte. Gleichzeitig wurde durch die Mechanisierung der Produktion körperliche Kraftaufwendung in der Fabrik immer weniger notwendig, so dass mehr Frauen in die Industriearbeit einbezogen werden konnten. Zetkin betont die Ambivalenz, die sich aus dem Einbezug in die Sphäre der Lohnarbeit ergab: *Einerseits* erlangte die proletarische Frau durch die Arbeit außerhalb der Familie eine vorher nicht dagewesene ökonomische Unabhängigkeit, die nach Zetkin die Grundlagen der traditionellen Geschlechterordnung ins Wanken brachte und so eine wichtige Voraussetzung für die »Emanzipation des weiblichen Geschlechts« (ebd.: 9) bildete. In dieser Hinsicht betrachtete Zetkin die kapitalistische Produktionsweise und die aus ihr hervorgehende »Umgestaltung der Arbeit und ihrer Bedingungen« als »Trägerin eines tiefgehenden Umgestaltungsprozesses [...] der bürgerlichen Familie« (Zetkin 1906: 349).² Mit dem Eintritt in das öffentliche Leben erhielten die Frauen darüber hinaus die Möglichkeit, sich außerhalb des Haushalts mit anderen Frauen über

2 Dass es infolge des Einbezugs der Frauen in das Fabrikssystem zu einer Verschiebung der Hierarchien in den proletarischen Familien kam, beobachtete bereits Engels. Ihm zufolge machten erst die veränderten Machtasymmetrien sichtbar, »daß die Geschlechter von Anfang an falsch gegeneinandergestellt worden sind«, dass schon »die ursprüngliche Herrschaft des Mannes über die Frau unmenschlich« war und »nicht die Familienliebe, sondern das in der verkehrten Gütergemeinschaft notwendig konservierte Privatinteresse das haltende Band der Familie« (Engels 1980 [1845]: 371) ist. Er ging allerdings noch davon aus, dass die zunehmende Verdrängung männlicher Fabrikarbeiter durch Frauen und Kinder eine »totale Umkehrung der Stellung der Geschlechter« (ebd.) zur Folge haben würde, während aktuelle Studien zum Wandel der Geschlechterverhältnisse zeigen, wie zählebig vergeschlechtlichte Hierarchien und Ungleichheitsstrukturen sind und dass die gestiegene Erwerbstätigkeit der Frauen – selbst wenn diese besser verdienen als ihre Partner – nicht für sich genommen schon zu gleichberechtigten Geschlechterkonstellationen führt, sondern oftmals mit neuen Konfliktlinien einhergeht (vgl. Speck und Koppetsch 2015).

ihre gemeinsamen Anliegen und Interessen auszutauschen und sich politisch zu organisieren.³

Andererseits aber beobachtete Zetkin, dass dieses Potenzial zur weiblichen Emanzipation kaum realisiert werden konnte, da die Frauen die neu gewonnene Selbständigkeit gegenüber ihren Männern mit der Unterwerfung unter die Bedingungen kapitalistischer Ausbeutung erkaufen (Zetkin 1957: 7). Die kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion hatte demnach die paradoxe Konsequenz, dass die vermehrte Lohnarbeit der Frauen nicht zu einer Verkürzung des Arbeitstags für alle und zu einem größeren Wohlstand aller Gesellschaftsmitglieder führte, sondern aufgrund der erhöhten Konkurrenz unter den Arbeiter:innen vielmehr längere Arbeitszeiten und sinkende Löhne zur Folge hatte. Die Frauen sahen sich hier auf zweifache Weise benachteiligt: Zum einen war ihre Arbeit – da sie als weniger qualifiziert galt – schlechter entlohnt als die der männlichen Arbeiter und zum anderen trugen sie trotz ihrer Erwerbstätigkeit weiterhin die Verantwortung für die im Einzelhaushalt anfallenden reproduktiven Arbeiten (Bauer 1978: 28).

Angesichts dieser doppelten Unterdrückung hielten die proletarischen Aktivistinnen die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung nach rechtlicher Gleichstellung und gleichberechtigtem Zugang von Frauen zu Bildung und Erwerbsarbeit für unzureichend. Stattdessen stellten sie den Zusammenhang von Klassenverhältnis und Frauenunterdrückung heraus und kämpften daher nicht nur für gleiche Rechte auch für Frauen, sondern allgemeiner für die »Befreiung aller Ausgebeuteten« aus Verhältnissen ökonomischer, sozialer und politischer Unterdrückung. Eine solche grundlegende Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnung musste aus ihrer Sicht mit einer »radikalen Umformung« (Zetkin 1958: 98) der bestehenden Geschlechterverhältnisse einhergehen. So forderte Zetkin eine Entlastung der proletarischen Frauen bei Hausarbeit und Kindererziehung durch die gleichberechtigte Übernahme dieser Tätigkeiten durch beide Geschlechter und durch die Schaffung sozialer Einrichtungen und Angebote.⁴

3 Zetkin verstand das Potenzial zur Emanzipation der Frau durch Erwerbsarbeit keineswegs als einen automatischen Prozess, sondern vielmehr als zu organisierende Praxis. Entsprechend fokussierte sich ihre politische Arbeit auf die Schaffung neuer Organisationsformen und Publikationsorgane, vermittels derer die Frauen ihre Kämpfe um volle Gleichberechtigung austragen konnten (Engelmann 2023: 54–59).

4 Ein solches Umdenken gegenüber der sozial vorherrschenden vergeschlechtlichten Arbeitsteilung ist nach Zetkin an eine veränderte Erziehungspraxis geknüpft: Etwa mit Blick auf die frühe Erziehung in der Familie und die Schulbildung setzte sich Zetkin entspre-

Neben solchen unmittelbar praktischen Forderungen sahen Zetkin und ihre Mitstreiterinnen auch die Notwendigkeit einer Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation als ganzer, ihrer geschichtlichen Entstehungsbedingungen und Entwicklungsdynamiken, um die Frage nach den Möglichkeiten eines emanzipatorischen Wandels der Geschlechterverhältnisse beantworten zu können (Zetkin 1903: 49). Besonders geeignet erschienen Zetkin die historischen und ökonomischen Studien von Marx. Zwar bewertete Marx den Einbezug der Frauen in die gesellschaftliche Arbeit zunächst erstaunlich optimistisch: Indem den Frauen eine soziale Rolle »jenseits der Sphäre des Hauswesens« eröffnet wird, werde zugleich »die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter« (Marx 1975: 514) gelegt. Die Auflösung der feudalen Gesellschaftsordnung und das Aufbrechen traditionaler Geschlechterrollen bargen jedoch keineswegs nur emanzipatives Potenzial. Die nun entstehenden »neuen Konflikte« in den Geschlechterverhältnissen sind, wie Marx' Analyse transparent macht, eng verknüpft mit der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und lassen sich erst auflösen, »wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit den durch sie bedingten Gegensätzen überwunden ist« (Zetkin 1903: 49).

Im Folgenden wird daher die Doppelbewegung der kapitalistischen Vergesellschaftung untersucht, wie sie von Marx in den *Grundrissen* herausgearbeitet wurde. Diese Bewegung stellt sich in Marx' Analyse als gegenläufige Dynamik dar: Eine geschichtlich beispiellose Aufspaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung geht mit einer gleichzeitigen Wiedereinhegung und Verhärtung sozialer Formen und Hierarchien einher.

chend dafür ein, dass alle Arbeiten als gleichwertig behandelt und nicht geschlechterspezifisch zugeordnet werden. Auf diese Weise könne es gelingen, von früh auf »Knaben und Mädchen ohne Unterschied [daran zu] gewöhnen, allen häuslichen Verrichtungen ohne Vorurteil nachzugehen« und dadurch insgesamt »die Vorurteile zwischen den Geschlechtern« aufzulösen (Zetkin 1906: 353). Dies sei nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Frauen »in der Familie wie draußen in der Gesellschaft eine reichere Lebensmöglichkeit, eine reichere Entwicklungsmöglichkeit« erlangten (ebd.: 354).

Marx' Analyse der Doppelbewegung des Kapitals in den *Grundrissen*

In dem 1857/58 verfassten und 1939 posthum veröffentlichten Manuskript *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* entwirft Marx den ersten Aufriss seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Vor dem Hintergrund seiner Kritik der bürgerlichen Ökonomen seiner Zeit war sein Anliegen die »exakte Entwicklung des Kapitalbegriffs« (Marx 1983: 250). Da dieser Begriff die »Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft« darstelle, könne seine genaue Bestimmung Aufschluss über die Voraussetzungen, Dynamiken und immanenten »Widersprüche der bürgerlichen Produktion« geben, die notwendig zu wiederkehrenden Krisen führen, und damit gleichzeitig die »Grenze« des Kapitalverhältnisses sichtbar machen, »an der es über sich selbst hinaustreibt« (ebd.). Marx ging es darum, mit seiner Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu zeigen, wie diese Gesetze die konkreten Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen bestimmen (Harvey 2023: xii).

Für die Frage nach dem Wandel der Geschlechterverhältnisse ist ein Aspekt seiner Analyse besonders interessant, der daher im Zentrum der folgenden Untersuchung stehen wird: In den *Grundrissen* deckt Marx eine spezifische Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Gesellschaftsform auf, die sich als eine zunächst radikal entgrenzende Bewegung beschreiben lässt, die jedoch immer wieder eingeholt wird von reifizierenden Tendenzen. Diese Doppelbewegung erklärt die gleichzeitige Attraktivität und Destruktivität der kapitalistischen Vergesellschaftungsform: Sie befördert einerseits einen rasanten gesellschaftlichen Wandel, der es historisch betrachtet insbesondere Frauen ermöglichte, aus festgelegten Geschlechterrollen auszubrechen und ökonomische Selbständigkeit zu erlangen. Andererseits verschärft sie Ausbeutungsverhältnisse und soziale Ungleichheit und droht überdies, unsere materiellen Existenzgrundlagen zu untergraben. Marx' Darstellung deckt so eine zutiefst ambivalente Entwicklung auf, die emanzipative Kräfte freizusetzen vermag, aber auch äußerst destruktive Tendenzen in sich trägt.

Radikale Entgrenzung: Die Entwicklungsdynamik des Kapitals

In seinen ökonomischen Studien nimmt Marx die Strukturprinzipien in den Blick, die für das Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften konstitutiv

sind. Für ihn und ebenso für Zetkin sind Analyse und Kritik aufs Engste miteinander verbunden: Erst vor dem Hintergrund der »Zergliederung der kapitalistischen Produktion und ihrer Bedingungen« (Zetkin 1972: 23), also einer Analyse der spezifischen Form, in der die gesellschaftlichen Produktions- und Austauschverhältnisse unter Voraussetzung entwickelter kapitalistischer Warenproduktion organisiert sind, wird eine »Kritik der bürgerlichen Ordnung« (ebd.: 11) als soziales Herrschaftsverhältnis möglich. Die ökonomische Analyse eröffnet daher nach Zetkin gleichzeitig eine praktische Perspektive darauf, wie sich diese Herrschaft überwinden lässt und wie die Menschen die materiellen Bedingungen ihres Zusammenlebens »bewußt [...] organisieren können« (ebd.: 23). Inwiefern erfüllt die Marx'sche Ökonomiekritik diese beiden von Zetkin formulierten Ansprüche?

Marx legt die eigentümliche Weise offen, in der Vergesellschaftung im Kapitalismus stattfindet, indem er die historisch spezifischen Formbestimmungen kapitalistischer Produktion analysiert. Die elementarste Kategorie dieser Produktionsweise, aus der heraus sich die weiteren Bestimmungen entwickeln lassen, ist nach Marx die »einzelne Ware« (Marx 1975: 49), bei der daher auch seine begriffliche Analyse im *Kapital* ansetzt. Wie Marx zeigt, gilt zwar für jede Form des menschlichen Zusammenlebens, dass sie ein bestimmtes Maß an Arbeit erfordert, um die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen. Doch nur wenn die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung arbeitsteilig produziert und als »Waren« getauscht werden, bedarf es eines allgemeinen Äquivalents, um sowohl Produktion als auch Austausch der hergestellten Güter unter den Gesellschaftsmitgliedern organisieren zu können.

In diesem Prozess des Produzierens und Tauschens von Gütern zur Bedürfnisbefriedigung tritt nun unter den Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion ein paradoxes Phänomen zutage, dessen Klärung Marx zufolge der Schlüssel für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise ist. Die kapitalistische Produktion zeichne sich dadurch aus, dass in ihr Äquivalententausch vorherrscht (also Waren gleichen Werts getauscht werden) und dennoch Profit erzielt werden kann. Möglich ist das durch eine spezifische Eigenschaft der Ware Arbeitskraft: dass sie mehr Wert schaffen kann, als zur Reproduktion des Arbeitsvermögens selbst notwendig ist. Eine Arbeiterin, die in sechs Stunden den Wert der Waren erarbeitet, die zur Befriedigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse notwendig sind, aber einen Arbeitstag von neun Stunden hat, schafft in den letzten drei Stunden »Mehrwert« (ebd.: 230 ff.). Diesen von der Arbeitskraft geschaffenen Mehrwert

eignen sich im Kapitalverhältnis die Kapitaleigner, das heißt die Besitzer der Produktionsmittel an und investieren ihn, um wiederum neuen Mehrwert zu schaffen – bzw. schaffen zu lassen. Erhalten kann sich das Kapital nur, indem es sich beständig als Wert reproduziert und das heißt: vermehrt. Aus dieser spezifischen Eigenschaft des Kapitals als sich »*verwertender Wert*« (ebd.: 442) resultiert nach Marx die besondere Dynamik der kapitalistischen Entwicklung, die nicht linear verläuft, sondern expansiv oder spiralförmig (Harvey 2023: 11, 92, 101 ff., 363 ff.). Da es für die einzelnen Marktakteur:innen kein immanentes Maß dafür geben kann, ob ihre jeweilige Produktivität im Konkurrenzverhältnis zu den anderen Akteur:innen genügt, ist die Bewegung der Kapitalverwertung strukturell maßlos: »Das Kapital ist [...] der schranken- und maßlose Trieb, über seine Schranke hinauszugehen« (Marx 1983: 252).

Zetkin beschreibt als zentrale Errungenschaft der Marx'schen Analyse, diese »fortschreitende Akkumulation« im Sinne einer immer weiter expandierenden Erzeugung und Realisierung von Mehrwert als »das wirkende Gesetz der kapitalistischen Entwicklung« ausgemacht zu haben (Zetkin 1913: 32). In der ökonomischen Praxis realisiert sich diese expansive Entwicklungsdynamik als Zwang, einerseits die Produktion immer weiter auszubauen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und andererseits immer neue Absatzmärkte für die produzierten Waren zu erschließen: »Die Tendenz, den *Weltmarkt* zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke.« (Marx 1983: 321)

Die transformative Kraft der beschriebenen Entgrenzungsbewegung sieht Marx darin begründet, dass sie eine Vervielfältigung und Ausdifferenzierung der individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen hervorbringt, da es infolge der wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen zu einem »stets sich erweiternden und umfassenden System von Arbeitsarten, Produktionsarten« (ebd.: 323) komme. Marx spricht in diesem Zusammenhang von der »Entfremdung des Individuums von sich und von andren« als einem Prozess, der zugleich die »Allgemeinheit und Allseitigkeit seiner Beziehungen und Fähigkeiten erst produziert« habe, infolge derer die moderne Form von »Individualität« entstehen konnte (ebd.: 95). Das Subjekt wird transformiert in eines, das sich aus den tradierten, selbstgenügsamen Formen der Bedürfnisbefriedigung herausgearbeitet hat, nun vielseitig »kultiviert« (ebd.: 323) ist und damit auch in der Lage, »nach vielen Seiten hin zu genießen« (ebd.: 322). Der revolutionierende Aspekt der kapitalistischen Produktionsweise besteht demnach darin, mit der industriellen

Großproduktion die materiellen Bedingungen geschaffen zu haben, die eine universelle Entfaltung der gesellschaftlichen wie der individuellen Produktivkräfte ermöglichten. Damit einher ging eine aufklärende Tendenz, die die Menschen »über nationale Schranken und Vorurteile« hinaustrieb und mit der gewohnheitsmäßigen »Reproduktion alter Lebensweise« (ebd.: 323) brechen ließ.

Wiedereinhegung: Kapitalismus als soziales Herrschaftsverhältnis

Marx beschreibt in den *Grundrissen* jedoch keineswegs nur emanzipative Effekte im Übergang aus feudalen in bürgerliche Verhältnisse. Zwar bergen die Befreiung aus tradierten Lebensformen und die Vervielfältigung der menschlichen Bedürfnisse ihm zufolge das Potenzial, dass die Menschen sich ihre sozialen Zusammenhänge selbstbestimmt aneignen und die »Entwicklung aller menschlichen Kräfte« als »Selbstzweck« (ebd.: 396; siehe ebd.: 95) setzen. Dieses Potenzial lasse sich innerhalb der kapitalistischen Ordnung jedoch nicht realisieren, da die Produktionsverhältnisse hier eine »bornierte [...] Form« (ebd.: 395) annehmen. Diese Borniertheit gründet Marx zufolge in der Verwertungslogik des Kapitals: Der Zweck menschlichen Handelns ist in kapitalistisch organisierten Gesellschaften nicht die Befriedigung der gemeinschaftlichen Bedürfnisse oder die individuelle Entfaltung der Gesellschaftsmitglieder, sondern die Produktion und Realisierung von Mehrwert. Dem haben alle ihr Handeln unterzuordnen. Deshalb ist die moderne Gesellschaftsordnung keineswegs frei von Abhängigkeitsverhältnissen, sondern diese bekommen nach Marx nur einen veränderten, einen »sachlichen« Charakter. Die Austauschbeziehungen der Menschen unterliegen nun dem Erfordernis einer beständig fortschreitenden Akkumulation von Kapital, und die gesellschaftlichen Beziehungen, die durch die Interaktionen aller Beteiligten erst hervorgebracht werden, erscheinen dadurch als eine »äußere und von ihnen unabhängige Macht« (ebd.: 81).

Nach Zetkin besteht eine entscheidende Leistung der Marx'schen Analyse darin, in der beschriebenen Dynamik eine veränderte Form der Herrschaft von Menschen über Menschen ausgemacht zu haben: »Im kapitalistischen Produktionsprozeß entdeckte Marx *hinter den Waren die gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. die Beziehungen zwischen den Menschen.*« (Zetkin 1913: 35 f.) Wie kommt es nach Marx zu den neuen Hierarchisierungen und Ausbeutungsverhältnissen? Zwar treten in der bürgerlichen Gesellschaft recht-

lich freie und gleiche Personen einander gegenüber, die aus eigenem Antrieb miteinander Verträge eingehen und Waren austauschen. Diese Gleichheit ist jedoch nur eine formale, denn diejenigen, die vom Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen sind, sind existenziell davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu veräußern – und dadurch Mehrwert zu produzieren, der allerdings nicht ihnen zugutekommt, sondern den Besitzern der Produktionsmittel (Marx 1975: 674). Es bleibt ihnen keine andere Wahl. Die Arbeiter:innen können sich nur reproduzieren, indem sie den Reichtum der besitzenden Klasse vermehren und so die Bedingungen der Klassendifferenz immer wieder aufs Neue hervorbringen.

Diese Herrschaftsrelation beschreibt Marx mit dem Begriff der »Ausbeutung«, der bei ihm nicht als moralische Kategorie zu verstehen ist, sondern auf analytischer Ebene das Produktionsverhältnis im Kapitalismus expliziert. Marx bezeichnet damit die Aneignung von Mehrwert, die Voraussetzung für den Akkumulationsprozess des Kapitals ist und zugleich eine Struktur von Ungleichheit begründet, die als solche in den Alltagspraktiken nicht sichtbar ist. Im Produktionsprozess wird der erarbeitete Mehrwert privat angeeignet und verselbständigt sich im Kapital; er erscheint den Arbeiter:innen nicht mehr als Produkt ihrer Arbeit, sondern »als fremde Macht«: »vergegenständlichte Arbeit als Herrschaft, Kommando über lebendige« (Marx 1983: 367). »Ausbeutung« meint also nicht, dass die Arbeiter:innen im Produktionsverhältnis übervorteilt würden oder besonders prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt wären, auch wenn dies gerade in der von Marx betrachteten Frühphase des Kapitalismus vielfach der Fall war und noch heute ist. Denn selbst wenn Produktivitätsgewinne und erfolgreiche Arbeitskämpfe zu einer Hebung des allgemeinen Lebensstandards und besseren Arbeitsbedingungen führen, bleibt das grundlegende Abhängigkeitsverhältnis bestehen.

Wie Marx zeigt, ist auch die besitzende Klasse einer Logik unterworfen, zu der sie sich nicht frei verhalten kann. Um sich in der allgemeinen Konkurrenz erfolgreich durchsetzen zu können, müssen sich auch ihre Mitglieder je individuell den »immanenten Gesetze[n] der kapitalistischen Produktion« unterwerfen, die so »als äußerliches Zwangsgesetz« (Marx 1975: 286) wirken. Die »freie Konkurrenz« erweist sich in Marx' Analyse so als die »völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, die die Form von sachlichen Mächten [...] annehmen« und als »äußere Notwendigkeit« erscheinen (Marx 1983: 551). In der Konkurrenz der Privatinteressen aller Marktakteur:innen wird das Verhältnis von Kapital und Arbeit immer wieder neu hergestellt – eben darin sieht Marx die zentrale herrschaftsstabi-

lisierende Funktion der kapitalistischen Vergesellschaftung (ebd.: 371). Es liegt also in der spezifischen Form kapitalistischer Reproduktion begründet, dass die entgrenzende Tendenz zur Überwindung von auf Stand und Herkunft basierenden Herrschaftsverhältnissen mit einer entgegengesetzten Bewegung einhergeht, die wiederum zur Verschärfung von Ungleichheiten und zur Verhärtung sozialer Hierarchien führt. Die Untersuchung der kapitalistischen Entwicklungsdynamik zeigt damit, dass die Herauslösung aus den personalen Abhängigkeitsverhältnissen der feudalen Ordnung zu einer neuen, anonymen Herrschaft in Form von »verselbständigten wechselseitigen Produktionsbeziehungen« (ebd.: 97) führt. Wenngleich es vereinzelt möglich ist, sich eine bessere Position innerhalb dieses Herrschaftszusammenhangs zu verschaffen, bleibt doch die »Unmöglichkeit der Individuen einer Klasse«, die ihnen gegenüber verselbständigten Austauschbeziehungen »en masse zu überwinden, ohne sie aufzuheben« (ebd.).

Implikationen für eine materialistisch-feministische Gegenwartsanalyse

Die Untersuchung der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus und des mit ihr einhergehenden Wandels in den Geschlechterverhältnissen macht die gleichzeitige Attraktivität und Destruktivität der kapitalistischen Gesellschaftsformation verständlich. Einerseits verspricht der Ausbruch aus strikt festgelegten sozialen Positionen und Geschlechternormen eine befreiende Wirkung gerade für die zuvor im häuslichen Kontext weitgehend isolierten und ökonomisch abhängigen Frauen. Andererseits macht die Analyse zugleich deutlich, dass die emanzipativen Effekte mit einer erneuten Unterwerfung unter hierarchisierende und ausschließende soziale Zusammenhänge erkauft sind, die sich den Akteur:innen nun in verselbständigter, anonymer Form präsentieren.

Historisch betrachtet war der Kapitalismus für sein Funktionieren stets auch auf die unbezahlte und zumeist von Frauen im Einzelhaushalt verrichtete Reproduktionsarbeit angewiesen. Clara Zetkin hebt in ihren Texten zur Frauenfrage hervor, dass die damit verbundene Mehrfachbelastung einen Teil der Frauen besonders stark betraf: die Arbeiterinnen. Die Frauen der »oberen Zehntausend« (Zetkin 1957: 97) hingegen konnten die reproduktiven Tätigkeiten an proletarische Hausangestellte auslagern. Entsprechend

verfolgten Frauen unterschiedlicher sozialer Lagen auch verschiedene, teils entgegengesetzte politische Strategien. Alexandra Kollontai kritisierte die bürgerliche Frauenbewegung entsprechend dafür, die Rechte und Privilegien des männlichen Teils der besitzenden Klasse für sich einzufordern, um »bequemer und sicherer ihren Weg in der auf Ausbeutung beruhenden Welt gehen zu können« (Kollontai 1913: 111). Demgegenüber galt der Kampf der proletarischen Frauenbewegung dem Hinarbeiten auf Verhältnisse, die nicht länger auf der Spaltung in Arbeitende und Besitzende gründen und unter denen alle Gesellschaftsmitglieder über die Gestaltung der Rahmenbedingungen ihres Zusammenlebens mitentscheiden können.⁵ Für Zetkin bot Marx' Gesellschaftsanalyse eine wichtige »Orientierung für die Praxis ihres Befreiungskampfes« (Zetkin 1913: 37), da sich mit ihr der widersprüchliche Wandel der Geschlechterverhältnisse besser verstehen lasse – ebenso wie die »neuen Konflikte« (Zetkin 1903: 49), die gerade durch die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frauen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstanden und die sich im Rahmen dieses Systems nicht lösen ließen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich aus einer feministisch-materialistischen Perspektive verschiedene Aspekte der Gegenbewegung herausstellen, die zu einer Verhärtung von Geschlechternormen und vergeschlechtlichter Ungleichheit führen und jeweils mit der Absicherung der bestehenden Eigentumsverhältnisse zusammenhängen. Wie Cooper (2017) mit Blick auf die Auswirkungen des New Deal für alleinerziehende Schwarze Frauen zeigt, wurde hier ein patriarchales Familienmodell zur Norm erhoben; das ermöglichte eine disziplinierende Zuweisung von Eigenverantwortung, womit der Staat seine Pflicht, Sorgeleistungen zu erbringen, zu umgehen versuchte. Der liberale Imperativ der Eigenverantwortung zeigt sich hier in seiner Verstrickung mit heteronormativen Geschlechternormen, wobei die Familie als zentrale Instanz zur Aufrechterhaltung der materiellen Ungleichverteilung dient.⁶ Die Institution der Familie spielt auch in anderer Hinsicht eine be-

5 Srinivasan (2023) sieht eine zentrale Gemeinsamkeit der frühen Frauenbewegung und aktueller Schwarzer feministischer Kämpfe darin, dass die Protagonistinnen nicht bloß eine Verbesserung der eigenen Position innerhalb des bestehenden Systems anstrebt(en), sondern eine grundlegende Transformation über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hinaus anvisiert(en). Zu den Schwarzen feministischen Protagonistinnen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einer sozialistischen Tradition organisiert waren, siehe Lynn (2014) sowie das Interview mit Vanessa Wills in diesem Band.

6 Siehe Cooper (2017: 67–117). Moos (2021) zeigt in ihrer historischen Studie zu den Fabrikgesetzen in England ab 1833, wie durch staatliche Interventionen versucht wurde, re-

deutende Rolle bei der Stabilisierung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, da in ihr die Reproduktion von Vermögen gesellschaftlich organisiert wird. Zum einen kommt der Familie als zentraler Sozialisationsinstanz die Funktion zu, »fähige« (ökonomische) Subjekte hervorzubringen (Cooper 2017: 215–257), und zum anderen erfolgt in ihr der intergenerationale Vermögenstransfer in Form der Erbschaft.⁷

Wie oben skizziert, vollzieht sich die Fortschreibung sozialer Ungleichverteilungen, auf die die kapitalistische Gesellschaftsordnung strukturell angewiesen ist, vorrangig im Rahmen des Gegensatzes von Arbeit und Kapital. In der gesellschaftlichen Formierung der Subjekte, die als Arbeitskraft im Produktionsprozess tätig werden, nimmt die Geschlechterdifferenz ebenso wie andere herrschaftsförmige Grenzziehungen eine entscheidende Rolle ein. Dabei ist es durch die Produktionsweise jedoch keineswegs vorab festgelegt, welche sozialen Differenzierungen und Ausschlüsse die für die Mehrwertproduktion notwendige Hierarchisierung absichern. So konnte der Kapitalismus die rechtliche und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter immer wieder für sich produktiv machen, etwa als ab den 1980er Jahren mit den Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsplatz mehr weibliche Arbeitskraft für das Kapital zur Verfügung stand (Fraser 2016: 112–116). Die zuvor in den Haushalten unentgeltlich erbrachten reproduktiven Tätigkeiten wurden kommodifiziert und stark dereguliert, wodurch neue Ausbeutungsverhältnisse im Bereich der »Care-Arbeit« entstanden, die vielfach auf einer migrantisierenden und rassifizierenden Arbeitsteilung beruhen. Um solche Verschiebungen in der gesellschaftlichen Differenzproduktion genauer zu verstehen, ist eine materialistisch-feministische Perspektive aufschlussreich, die danach fragt, wie die Geschlechterverhältnisse durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitalismus und die sich wandelnden Akkumulationsregime geformt werden und umgekehrt auf diese zurückwirken.

gulierend in die Produktionsbedingungen einzugreifen, um der zunehmenden Gefährdung der sozialen Reproduktion infolge des Einbezugs von Frauen und Kindern in die Fabrikarbeit zu begegnen und die um sich greifenden Klassenkämpfe zu befrieden. Wie Moos herausarbeitet, waren es solche Regierungsmaßnahmen und nicht die kapitalistische Organisation der Produktion als solche, die dazu tendierten, die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung in den proletarischen Familien und darüber die bestehenden Geschlechternormen zu verfestigen. Für eine aktuelle empirische Studie zu den verschiedenen Mechanismen, über die Machtasymmetrien in den Geschlechterbeziehungen durch den Staat hervorgerufen werden und wie dieser durch steuerliche Anreize ein patriarchales Familienmodell mit männlichem Hauptnährer privilegiert, siehe Haller (2018).

7 Siehe Cooper (2017: 119–165) und Cooper (2022) sowie den Beitrag von Melinda Cooper in diesem Band.

Als unzureichend erweisen sich vor diesem Hintergrund liberal-feministische Politiken, die bestehende Ungleichverteilungen von Reichtum und Machtressourcen nicht in Frage stellen, sondern lediglich fordern, dass auch Frauen verstärkt daran teilhaben. Wenn weibliche Selbstverwirklichung daran gemessen wird, als Frau eine erfolgreiche Position in der ökonomischen Sphäre zu erreichen, stützt dies den Status quo, in dem der größte Teil der Bevölkerung an den angestrebten Privilegien nicht teilhaben kann. Die liberale Vorstellung weiblicher Emanzipation bleibt so geknüpft an ein System, das strukturell auf die Ausbeutung von Arbeitskraft angewiesen ist, und kann damit keine Lösung auf kollektiver Ebene bieten, sondern wenn überhaupt nur eine Umverteilung von Ungleichheitslagen entlang anderer Grenzlinien als der Geschlechterdifferenz bewirken. In der Konsequenz sind diese Emanzipationsgewinne vielfach erkauft durch den Zugriff auf die Arbeitskraft von Menschen mit noch weniger Ressourcen, oftmals Dienstleistungen Migrantisierter, die unter prekären Arbeitsbedingungen stattfinden, wodurch neue Ausbeutungsbeziehungen und Hierarchien produziert werden.

Die theoretischen Einsichten und praktischen Erfahrungen der proletarischen Frauenbewegung können hingegen Hinweise auf Möglichkeiten einer anderen Organisation feministischer Kämpfe geben.⁸ Deren Protagonistinnen bemühten sich darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die proletarischen Frauen selbst aktiv an den gesellschaftlichen Transformationsprozessen mitwirken konnten. Hierzu wurden zum einen Orte des gemeinsamen Lernens und Arbeitens geschaffen und darüber hinaus ein breites Netz an öffentlichen Einrichtungen wie Krippen und Kindergärten, Waschküchen und öffentliche Cafeterien bereitgestellt, um die reproduktiven Arbeiten gesellschaftlich neu aufzuteilen, die bis dahin in der Regel von den Frauen im Einzelhaushalt erbracht wurden. Die konkrete Ausgestaltung dieser neuen Räume orientierte sich dabei an den alltäglichen Erfahrungen und Lebensbedingungen der proletarischen Frauen, um den verschiedenen Mechanismen der Ungleichheitsproduktion entgegenwirken zu können, durch die die Frauen daran gehindert wurden, ihre Lebensverhältnisse selbstbestimmt zu gestalten.

8 Nachdem den Protagonist:innen der proletarischen Frauenbewegung lange Zeit kaum Beachtung in feministischen Diskursen geschenkt wurde, werden deren politische und theoretische Arbeiten seit Kurzem wieder aufgegriffen und für aktuelle feministische Kämpfe fruchtbar gemacht; siehe Zucker 2021, Ghodsee 2022 sowie die beiden und Franziska Haug in diesem Band.

Zetkin war sich bewusst, dass eine politische Organisation, die auf eine grundlegende Transformation der sozialen Produktion und Reproduktion ausgerichtet ist, einer umfassenden und beständigen gesellschaftlichen Aufbauarbeit bedarf. Diese »unscheinbare Arbeit des Alltags« (Zetkin 1913: 37) kann nur unter der Bedingung erfolgreich sein, dass es den an ihr Beteiligten gelingt, Strukturen der Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung zu überwinden, die sie in ihrem gemeinsamen Anliegen spalten (Wills 2018: 244). Gerade in einer Zeit zunehmender Krisen der kapitalistischen Reproduktion können die Erfahrungen der proletarischen Frauenbewegung wichtige Impulse geben, insbesondere mit Blick auf die Frage, wie sich gesellschaftliche Strukturen aufbauen lassen, die eine emanzipative Weise des Wohnens (vgl. Kitchen Politics 2023) und eine Neugestaltung der Reproduktions- und Sorgeverhältnisse ermöglichen, und wie hierfür solidarische Bündnisse geschaffen werden können.

Literatur

- Bauer, Karin 1978: Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung. Berlin: Oberbaum.
- Bebel, August 1973 [1879]: Die Frau und der Sozialismus. Berlin: Dietz.
- Cooper, Melinda 2017: Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism. New York: Zone Books.
- Cooper, Melinda 2022: Family Capitalism and the Small Business Insurrection, in: Dissent 69(1), 96–106.
- Crenshaw, Kimberlé 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, in: The University of Chicago Legal Forum, 139–167.
- Engelmann, Christina 2023: »Befreiung aller Ausgebeuteten«. Zur Entwicklung neuer Geschlechterrollen und politischer Organisationsformen in der proletarischen Frauenbewegung, in: Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 22(2), 43–63.
- Engels, Friedrich 1980 [1845]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen, in: Marx-Engels-Werke. Band 2. Berlin: Dietz, 225–506.
- Engels, Friedrich 1984 [1884]: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx-Engels-Werke. Band 21. Berlin: Dietz, 25–173.
- Fraser, Nancy 2016: Contradictions of Capital and Care, in: New Left Review 100, 99–117.

- Ghodsee, Kristen 2022: *Red Valkyries: Feminist Lessons From Five Revolutionary Women*. London und New York: Verso.
- Haller, Lisa Yashodhara 2018: *Elternschaft im Kapitalismus. Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Harvey, David 2023: *A Companion to Marx's Grundrisse*. London und New York: Verso.
- Kitchen Politics (Hg.) 2023: *Die Neuordnung der Küchen: Materialistisch-feministische Entwürfe eines besseren Zusammenlebens*. Münster: edition assemblage.
- Kollontai, Alexandra 1972 [1913]: *Zhenskii den [Frauentag]*, in: dies.: *Izbrannye stat'i i rechi*. Moscow: Politizdat, 109–112.
- Lynn, Denise 2014: *Socialist Feminism and Triple Oppression*. Claudia Jones and African American Women in American Communism, in: *Journal for the Study of Radicalism* 8(2), 1–20.
- Marx, Karl 1975 [1867]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 23. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1983 [1939]: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 42. Berlin: Dietz.
- Moos, Katherine A. 2021: *The Political Economy of State Regulation: The Case of the British Factory Acts*, in: *Cambridge Journal of Economics* 45(1), 61–84.
- Soiland, Tove 2008: *Die Verhältnisse gingen, die Kategorien kamen. Intersectionality oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie*, in: *Querelles-Net 26: Dimensionen von Ungleichheit*. <https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/694/702>.
- Speck, Sarah und Cornelia Koppetsch 2015: *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*. Berlin: Suhrkamp.
- Srinivasan, Amia 2021: *The Right to Sex*. London: Bloomsbury.
- Wills, Vanessa 2018: *What Could It Mean to Say, »Capitalism Causes Sexism and Racism?«*, in: *Philosophical Topics* 46(2), 229–246.
- Zetkin, Clara 1889: *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart*. Berlin: Verlag der Berliner Volkstribüne.
- Zetkin, Clara 1903: *Was die Frauen Karl Marx verdanken*, in: *Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen* 13(7), 49 f.
- Zetkin, Clara 1908: *Karl Marx*, in: *Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen* 18(6), 47 f.
- Zetkin, Clara 1913: *Karl Marx und sein Lebenswerk! Vortrag, gehalten anlässlich seines 30. Todestages in fünf Orten des Niederrheins*. Elberfeld: Molkenbuhr.
- Zetkin, Clara 1957 [1889]: *Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris am 19.07.1889*, in: dies.: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Band 1: *Auswahl aus den Jahren 1889–1917*. Berlin: Dietz, 3–11.

Zetkin, Clara 1957 [1896]: Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen! Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Gotha am 16.10.1896, in: dies.: Ausgewählte Reden und Schriften. Band 1: Auswahl aus den Jahren 1889–1917. Berlin: Dietz, 95–111.

Zetkin, Clara 1958 [1928]: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Berlin: Dietz.

Zucker, Lou 2021: Clara Zetkin – Eine rote Feministin. Berlin: Das Neue Berlin.

Befreiung für alle Ausgebeuteten. Clara Zetkins Bedeutung für feministische Bewegungen heute

Lou Zucker

Feminismus hat es in den Mainstream geschafft. Es werden öffentliche Debatten über Frauenquoten für DAX-Vorstände geführt, auf H&M-Shirts steht »Power to the Girls« und Außenministerin Annalena Baerbock spricht von feministischer Außenpolitik. Die Aufmerksamkeit für feministische Themen ist besonders seit der MeToo-Bewegung enorm gestiegen. Das hat durchaus positive Auswirkungen. Eine breite Öffentlichkeit erkennt Zustände als Problem an, die sie zuvor als normal hingenommen hat – oder stellt sie zumindest zur Diskussion. Beispielsweise konnten sich einflussreiche Männer bis vor Kurzem praktisch ohne Konsequenzen sexuell übergriffig verhalten. Jetzt müssen sie immerhin um ihren Ruf fürchten.

Dennoch ist es nur ein ganz bestimmter Feminismus, der aktuell breite Aufmerksamkeit erhält: einer, der einen Absatzmarkt für T-Shirts mit feministischen Slogans schafft, die Arbeitsbedingungen in südasiatischen Textilfabriken aber nicht anprangert. Einer, der sich gut dazu eignet, Beauty-Produkte und Meditationsapps im Namen von *Selfcare* zu verkaufen, an der ungerechten Verteilung der Care-Arbeit und der Mehrfachbelastung von Frauen aber kaum etwas ändert. Es ist ein Feminismus, unter dessen Banner sich Unternehmen auf CSD-Paraden präsentieren können, ohne Ausbeutung und Gewalt gegen queere Menschen anzugehen. Einer, der gerne über Frauen in Führungspositionen spricht, aber nur selten über die Frauen, die die Büros dieser Führungskräfte putzen. Kurz gesagt: Der Feminismus, der es heute in den Mainstream geschafft hat, ist einer, der sich gut mit kapitalistischer Akkumulation verträgt.

Nancy Fraser (1997) analysierte schon Mitte der 1990er Jahre eine Verschiebung im Ziel sozialer Bewegungen: von »redistribution« hin zu »recognition«, von sozioökonomischer Umverteilung hin zu kultureller Anerkennung. Diese Verschiebung sei mit dem Erstarren des Neoliberalismus einhergegangen (ebd.: 19). Dabei bietet dieser eigentlich allen Anlass, Um-

verteilung zu fordern. Seit den Anfängen des Neoliberalismus in den 1980er Jahren ist die Vermögensungleichheit erneut gestiegen, nachdem sie zuvor im 20. Jahrhundert stark gesunken war (Piketty 2023: 45).

In ihrem Manifest *Feminismus für die 99 %* von 2019 vertritt Fraser zusammen mit ihren Mitautorinnen die These, dass sich der Feminismus an einer »Weggabelung« befinde (Arruzza, Bhattacharya und Fraser 2020: 11). Sie beschreiben den krassen Gegensatz zwischen einem kapitalistischen Karrierefeminismus einerseits und einem klassenbewussten, antikapitalistischen Feminismus andererseits. Ersterer – auch liberaler Feminismus genannt – wolle »eine Welt, in der sich Männer und Frauen der herrschenden Klasse gleichberechtigt die Aufgabe teilen, Ausbeutung am Arbeitsplatz und gesamtgesellschaftliche Unterdrückung zu verwalten« (ebd.: 10). Dem stellen die drei Autorinnen die feministischen Bewegungen gegenüber, die in den vergangenen Jahren von Mexico City über Buenos Aires bis Madrid große Streiks organisierten, um sich gegen patriarchale Gewalt und Femizide aufzulehnen sowie das Recht auf Abtreibung, bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Aufteilung der Care-Arbeit einzufordern.

Oft nahmen diese Bewegungen den internationalen feministischen Kampftag am 8. März zum Anlass ihrer Streiks und Proteste.¹ Den Tag, den 1910 die Sozialistin Clara Zetkin ins Leben rief. Inspiriert wurde sie dabei von der jüdischen Immigrantin, Textilarbeiterin und Sozialistin Theresa Malkiel, die ein Jahr zuvor in den USA einen nationalen Frauentag organisiert hatte. Auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahr darauf legte Clara Zetkin zusammen mit Käte Duncker die Resolution zur Abstimmung vor, die den Tag auf die internationale Ebene heben und nach Europa holen sollte. Darin betonten sie die »Frauenfrage der sozialistischen Auffassung« und die Rolle der »klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats« (Zetkin und Duncker, zit. in Hervé 2007: 75). Als Datum wurde einige Jahre später der 8. März festgelegt, um an den Beginn der Februarrevolution in Russland 1917 (nach dem gregorianischen Kalender der 8. März) zu erinnern. Sie wurde durch Frauen ausgelöst, die gegen Lebensmittelknappheit protestierten. Diese revolutionären, sozialistischen und proletarischen Wurzeln des Internationalen Frauentages sind heute kaum bekannt.

Dass Feminismus im Mainstream angekommen ist, hat viel Positives, doch es birgt auch Gefahren. Zum Beispiel, dass Konzerne sich das Vokabu-

1 Der Begriff »Kampftag« wird häufig von feministischen Bewegungen verwendet. Offiziell ist der Tag unter dem Namen »Internationaler Frauentag« bekannt.

lar, die Ästhetik und die Themen feministischer und queerer Bewegungen aneignen, ohne dass sich an den realen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Queers wirklich etwas verändert. Wer weiterhin arm und überfordert ist, so vermittelt es uns die neoliberale Version des Feminismus, hat sich nicht genug angestrengt (Arruzza, Bhattacharya und Fraser 2020: 9) oder sollte einfach noch ein bisschen *Selfcare* betreiben. Vielleicht hilft ja auch ein *Leadership-Coaching* oder ein *Yoga-Retreat*. Dieser Feminismus verzettelt. Er präsentiert dieselben kapitalistischen Machtverhältnisse in neuem, wokem Gewand und suggeriert, es gäbe keinen Grund mehr zu kämpfen. An der Ausbeutung all jener, die weltweit ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ändert er jedoch rein gar nichts.

Ich halte es für notwendig, Feminismus aus einer kapitalistischen Verwertungslogik zurück in die Bewegungen zu holen. Diese Bewegungen müssen in ihrer Theorie und in ihrer Praxis unmissverständlich klar machen, dass Feminismus untrennbar mit dem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung verbunden ist. Viele Bewegungen tun das bereits, insbesondere in *Communities of Color* und im globalen Süden. Im Mainstream-Feminismus des Nordens dagegen fehlt von Antikapitalismus meist jede Spur. Für Clara Zetkin bedeutete Feminismus eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Befreiung für alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Ihre Position war grundlegend materialistisch, proletarisch, revolutionär. Damit ist sie eine der bedeutenden Persönlichkeiten, aus deren Kämpfen und Ideen heutige Bewegungen Inspiration und Orientierung für eine zeitgenössische materialistisch-feministische Praxis schöpfen können. Wie genau, das werde ich in diesem Beitrag anhand von verschiedenen Beispielen aus Clara Zetkins politischem Leben und möglichen Bezügen zu heutigen Kämpfen erläutern. Dazu habe ich Zetkins feministische Haltung zu drei Thesen verdichtet, in die sich dieser Beitrag gliedert: *Erstens* muss Feminismus an der Lebenssituation der am meisten Ausgebeuteten ansetzen. *Zweitens* muss Feminismus internationalistisch sein und sich gegen Krieg einsetzen. Und *drittens* muss er eine klar antifaschistische Haltung einnehmen.

Zunächst werde ich aber einen kurzen Überblick darüber geben, wer Clara Zetkin eigentlich war. Ausführlicher lässt sich ihr Leben beispielsweise in den von Gilbert Badia (1994), Tânia Puschnerat (2003), Florence Hervé (2007) oder mir selbst (Zucker 2021) verfassten Biografien nachlesen.

Clara Zetkin, 1857 geboren, war Politikerin, Gewerkschafterin, Rednerin und Journalistin. Als Mitglied der SPD leitete sie jahrelang die sozialistische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit*. Sie war Freundin und politische Weggefährtin von Menschen wie Lenin und Luxemburg, mit letzterer trat sie später gemeinsam in die USPD und dann in die KPD ein. Zetkin setzte sich für das Frauenwahlrecht und gegen den Ersten Weltkrieg ein und ist besonders für ihre Rede als Alterspräsidentin im Reichstag 1932 bekannt. Darin rief sie vor einem Plenarsaal, in dem die NSDAP bereits die Mehrheit hatte, zum vereinten Widerstand gegen den Faschismus auf. Ihr größtes Anliegen war es, eine proletarische Frauenbewegung aufzubauen, mit dem Ziel, Seite an Seite mit den Männern für eine befreite Gesellschaft zu kämpfen. Eine solche Gesellschaft sah sie in ihrer Vorstellung vom Sozialismus verwirklicht.

Zetkins nicht sehr wohlhabende, aber gebildete Eltern hatten ihr zwar eine gute Schulbildung ermöglicht, als Frau durfte sie allerdings nicht studieren. Lange lebte sie mit ihrem Partner Ossip Zetkin und ihren zwei Kindern unter prekären Bedingungen im Pariser Exil. Auch wenn sich ihre Lebensbedingungen später deutlich verbesserten, war sie seit ihren Dreißigern chronisch krank und wurde im Laufe ihres Lebens fast blind. Als mögliche Ursache dafür werden die Spätfolgen einer Tuberkulose während des Exils angesehen: eine mit Armut assoziierte Krankheit. Zetkins Feminismus – ihre politische Haltung, die ich heute als Feminismus interpretiere, wenngleich dieses Wort zu ihrer Zeit nicht gebräuchlich war – ist kein intellektueller, theoretischer, sondern ein praktischer. Er will die Revolution. Aber zuallererst will er die Lebens- und Arbeitsbedingungen derjenigen verbessern, die am stärksten ausgebeutet sind. Das waren zu Clara Zetkins Zeit und in ihrem geografischen Kontext die Arbeiterinnen. Denn nur unter besseren Bedingungen, das sah Zetkin deutlich, haben diese Frauen überhaupt die Zeit und Kraft, sich politisch zu engagieren. Und das ist wiederum notwendig, um dem Ziel der Revolution näherzukommen. Zetkin war eine der Ersten, die die Frauenfrage und die soziale Frage in ihren Reden und Zeitungsartikeln als untrennbar miteinander verbunden analysierte. Denn die Revolution konnte ihr zufolge nicht auf die Frauen verzichten – und die Frauen nicht auf die Revolution.

Wenn wir mehr vom Feminismus wollen als die gleiche Chance, andere auszubeuten, wenn wir als Feministinnen Ausbeutung stattdessen ganz abschaffen wollen, dann bieten Clara Zetkins Ideen hilfreiche Denkanstöße. Welche ihrer Praxen und Überzeugungen für heutige Bewegungen, insbe-

sondere im globalen Norden, relevant sein können, fasse ich im Folgenden zusammen.

An der Lebenssituation der Ausgebeuteten ansetzen: proletarischer Feminismus

Bereits in ihrer ersten großen öffentlichen Rede auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1889 betonte Clara Zetkin die fundamentale Rolle finanzieller Unabhängigkeit für Frauen: Nur durch Erwerbsarbeit könnten Frauen wirtschaftlich unabhängig von ihren Männern werden – und damit auch sozial unabhängig. Die Frage, ob Frauenerwerbstätigkeit überhaupt erlaubt sein sollte, war damals sogar unter Sozialist:innen ein Streitpunkt. Das Recht für Frauen, einer Lohnarbeit nachzugehen, ist heute selbstverständlich. Wirtschaftliche Unabhängigkeit geht damit aufgrund der nach wie vor ungleich verteilten Care-Arbeit noch lange nicht automatisch einher. Und vor allem begeben sich die Frauen laut Zetkin durch die Lohnarbeit in eine neue Abhängigkeit, nämlich in die Abhängigkeit von einem Arbeitgeber: »Aus einer Sklavin des Mannes ward sie die des Arbeitgebers: Sie hatte nur den Herrn gewechselt« (Zetkin, zit. in Hervé 2007: 42). Frauen hätten durch diesen Schritt zwar ein Stück Freiheit gewonnen, doch noch lange keine echte Befreiung erlangt. Nicht zuletzt deshalb, weil dieser neue Herr – der Kapitalist – Frauen ausbeutete, sie schlechter bezahlte als Männer und die Konkurrenz nutzte, um auch die Löhne der Männer zu drücken. Auch jetzt noch liegen die Gehälter und insbesondere die Renten von Männern und Frauen in Deutschland weit auseinander. Für Clara Zetkin stand daher fest, dass die »Frauenfrage« nicht isoliert, sondern nur als Teil einer größeren sozialen Frage betrachtet werden kann. Und dass diese Fragen nicht unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen gelöst werden konnten, sondern erst »nach einer gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft« (ebd.: 40). Sie forderte zunächst keine Sonderrechte für Frauen, sondern wollte gemeinsam mit den Männern für diese Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, die ihrer Überzeugung nach letztlich allen zugutekäme. In bloßem Empowerment für Frauen, wie es dem heutigen Mainstream-Feminismus oft vorschwebt, hätte sie wenig Sinn gesehen.

Zetkins große Stärke bestand darin, ihre Mobilisierungsstrategien stets von der konkreten Lebenssituation derjenigen aus zu denken, die sie über-

zeugen wollte. Bald schon trugen ihre praktischen Erfahrungen in der männerdominierten Partei- und Gewerkschaftsarbeit dazu bei, ihre Meinung zu Sonderrechten für Frauen in Teilen zu überdenken. Ihr Herzensprojekt, eine proletarische Frauenbewegung aufzubauen, erwies sich jedoch als schwierig. Arbeiterinnen, musste sie feststellen, hatten schlichtweg nicht die Zeit und Kraft, sich auf Gewerkschafts- und Parteiversammlungen herumzutreiben. Nach ihren 14- bis 16-stündigen Schichten in Fabriken und Handwerksbetrieben mussten sie noch zur »zweiten Schicht« antreten, wie Zetkin es in einem Artikel in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift *Die Gleichheit* formulierte: Haushalt und Kindererziehung. »Und mehr als alle die genannten Hindernisse stemmt sich der Mangel an Zeit seitens der Arbeiterinnen deren Massenorganisation entgegen, denn die Frau ist Fabrik- und Hausklavin, sie muß eine doppelte Arbeitslast tragen.« (Zetkin 1893) Damit identifizierte sie bereits um 1900 die ungleiche Verteilung der Care-Arbeit als ein zentrales Hindernis für Geschlechtergerechtigkeit. In einer Rede vor männlichen Studenten versuchte sie diesen näherzubringen, warum es für sie selbst von Vorteil sei, sich im Haushalt zu engagieren und zu akzeptieren, wenn ihre Partnerin außerhalb des Hauses arbeitet. Ihr Argument: Nur so lasse sich die volle Entfaltung der Persönlichkeit aller Geschlechter realisieren, die nebenbei auch einer erfüllten Paarbeziehung zugutekäme (Hervé 2007: 62). Zetkins Forderung nach einer gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit findet sich auch in heutigen Mainstream-Versionen von Feminismus – auch wenn Unternehmen noch weit davon entfernt sind, Elternzeit für Väter auf breiter Ebene zu akzeptieren, und es an flächendeckender, kostenloser Kinderbetreuung mangelt. Für Zetkin hatte diese Aufteilung aber weniger mit gleichen Karrierechancen, sondern mehr mit voller menschlicher Entfaltung zu tun – und mit gleichen Möglichkeiten, für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen. Einige politische Gruppen organisieren bereits kollektive Kinderbetreuung für ihre Treffen oder normalisieren die Anwesenheit von Kindern bei ihren Plena. Dies sind kleine, aber wichtige Beispiele, wie Bewegungen der ungleich verteilten Care-Arbeit als Hindernis für politische Organisation unmittelbar begegnen können. Klar ist, dass Feminismus gleichzeitig weiter für drastische strukturelle Veränderungen in diesem Bereich kämpfen muss.

Aus demselben Grund begann Zetkin sich für bessere Arbeitsbedingungen für Frauen einzusetzen. Nur vier Jahre nach ihrer Rede in Paris verteidigte sie auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Zürich eine Resolution zum Arbeiterinnenschutz, eingebracht von Luise Kautsky-

Freiberger. Sie forderte unter anderem den Achtstundentag für Frauen, den Sechstundentag für Mädchen unter 16 Jahren, 36 Stunden ununterbrochene Ruhezeit pro Woche und Mutterschutz zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Geburt. Die Resolution wurde gegen den starken Widerstand der englischen und belgischen Delegationen angenommen, die der bürgerlichen Frauenbewegung nahestanden. Aus diesem Lager kam später, als das Frauenwahlrecht diskutiert wurde, beispielsweise die Forderung nach einem Wahlrecht nur für alleinstehende Frauen mit Grundbesitz – von Clara Zetkin als »Damenwahlrecht« geschmäht (Zetkin 1978: 158). Sich für derartige Verbesserungen nur für privilegierte Frauen einzusetzen, war für Zetkin inakzeptabel. »Nicht für Erweiterung der sog. Frauenrechte, sondern für Beschränkung der Ausbeuterfreiheit haben die Frauen zu kämpfen«, sagte sie in ihrer Rede (o. V. 1894). Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, was sie von Forderungen nach Frauenquoten für DAX-Vorstände gehalten hätte. Dabei handelt es sich um einen vergleichbaren Diskurs, der die Belange von sehr privilegierten Frauen priorisiert. Mein Punkt ist dabei nicht, dass Frauen keine Vorstandspositionen innehaben sollten, ganz im Gegenteil. Mit Zetkin argumentiere ich jedoch, dass sich Feminismus keinesfalls auf die Anliegen privilegierter Frauen beschränken darf und bei der Prioritätensetzung die Anliegen der weniger privilegierten in den Vordergrund rücken sollte.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit war bereits für Clara Zetkin ein wichtiges Ziel, wenn es auch in weiter Ferne lag. Der Lohn der Arbeiterinnen betrug oft die Hälfte, wenn nicht ein Drittel dessen, was Arbeiter verdienten. Das drückte auch den Lohn der Männer, wie sie in der *Gleichheit* analysierte (vgl. Zetkin 1893). Das Gegenmittel sah Zetkin in der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen. Der Anteil der Frauen in Gewerkschaften war schon damals niedrig und liegt auch heute laut der Hans-Böckler-Stiftung im Durchschnitt der DGB-Gewerkschaften nur bei 34 Prozent (vgl. WSI 2023). Zetkin identifizierte in ihrem Artikel unterschiedliche Hürden für den geringen Organisierungsgrad der Frauen, darunter sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Diese existiert noch immer, wie die MeToo-Bewegung eindrücklich gezeigt hat, und ist nach wie vor ein Hindernis für die potenzielle gemeinsame Organisierung von Arbeiter:innen aller Geschlechter. Zetkin mahnte aber auch die Gewerkschaften an, sich um weibliche Mitglieder genauso zu bemühen wie um männliche.

Seitens der Arbeiterinnen erkannte sie außerdem »Schüchternheit« und »Furcht vor dem Fabriktyrann« als nicht zu unterschätzende Gründe an (Zetkin 1893). Heute zeigen sich diese Dynamiken beispielsweise daran, dass

Männer selbstbewusster ihr Gehalt aushandeln und Beförderungen einfordern als Frauen. Aber auch viele Bewegungen sehen sich noch immer mit dem in der genderspezifischen Sozialisation verankerten Problem konfrontiert, dass es oft Frauen sind, die sich auf großen Plena weniger zu Wort melden. Vermutlich konnte Zetkin das Unbehagen vieler Arbeiterinnen, in männlich dominierten Räumen zu sprechen, nachvollziehen. Sie selbst erhob oft als eine der wenigen Frauen auf großen Parteiversammlungen die Stimme, doch das muss sie jedes Mal Überwindung gekostet haben. Zetkin litt Zeit ihres Lebens an Redeangst. Sie entwickelte daher etwas, das sie »Werkstubenagitation« nannte. Sie suchte die Arbeiterinnen an ihren Arbeitsplätzen auf und organisierte die Möglichkeit zum Austausch in kleinerem Rahmen. Heute nutzen einige politische Gruppen beispielsweise quotierte Redelisten, gendersensible Moderator:innen und Räume, in denen nur Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Trans*- und Agender-Personen (FLINTA) zusammenkommen, um mit Ängsten und Hemmungen auf der einen und raumeinnehmendem Redeverhalten auf der anderen Seite umzugehen. Zetkin hätte diese Maßnahmen sicher begrüßt, dabei jedoch immer die Wichtigkeit betont, den gemeinsamen Kampf aller Geschlechter nicht aus den Augen zu verlieren.

Als weiteres Hindernis für die Organisation der Arbeiterinnen sah Zetkin deren Mangel an Bildung. Das gedruckte Propagandamaterial der SPD nützte wenig, wenn ein Großteil der Arbeiterinnen nicht lesen und schreiben konnte. Es bleibt eine wichtige Herausforderung für Bewegungen, sich immer wieder zu fragen, wen sie mit ihrer Kommunikation erreichen wollen, und ihre Sprache, ihre Ästhetik sowie das Medium der Wahl entsprechend anzupassen. Auch wenn Analphabetismus nur noch selten das Haupthindernis ist, so ist doch nicht jede:r bereit oder verfügt nach einem kräftezehrenden Arbeitstag über die nötigen Ressourcen, einen dichtbedruckten Flyer voll akademischer Fremdwörter durchzuarbeiten. In ihrem Referat »Der Kampf gegen den Faschismus« betonte Zetkin, wie wichtig es bei der »Agitation« sei, unterschiedliche Schichten der Bevölkerung in einer ihnen jeweils vertrauten Art und Weise anzusprechen (Zetkin 1923).

Was sie predigte, praktizierte sie auch selbst. Rosa Lindemann war 1911 zu einem »Arbeiterbildungslehrgang« eingeladen, den Clara Zetkin leitete. In einer Text- und Bild-Sammlung des Leipziger Verlags für die Frau findet sich Lindemanns kurzer Zeitzeuginnenbericht über Zetkin: Sie sei bescheiden aufgetreten, habe auch am Abend noch stundenlang mit den Kursteilnehmerinnen zusammengesessen, zugehört und beraten, egal um welches

Thema es ging: Ehe- und Erziehungsschwierigkeiten, Bücher, Politik. »Immer wusste sie eine Antwort und nie hatte ich bei ihr das Gefühl, dass sie sich über die Fragenden ›erhaben‹ fühlte«, berichtet Lindemann. »War Hilfe nötig, konnte man sich auf Clara Zetkin verlassen.« (O. V. 1982) Dieses Zeugnis steht exemplarisch für Zetkins Fähigkeit, ihr Gegenüber und dessen Sorgen ernst zu nehmen, sich in dessen Lage hineinzusetzen und, wenn nötig, auch tatkräftig Unterstützung zu leisten – unentbehrliche Fähigkeiten in der feministischen Organisation, wenn man über die Grenzen von Klasse und unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen hinweg gemeinsam kämpfen möchte.

Die Bewegungen, die sich heute für einen proletarischen Feminismus entscheiden, oder für einen »Feminismus für die 99 %«, wie Arruzza, Bhat-tacharya und Fraser (2020) ihn vorschlagen, können sich in folgenden Punkten von Clara Zetkin inspirieren lassen:

1. Sich klar gegen einen Feminismus stellen, der sich *ausschließlich* für die Belange privilegierter Frauen einsetzt.
2. Jenen zuhören, die besonders von Ausbeutung betroffen sind, sie ernst nehmen, ihre Lebenssituation verstehen lernen, persönliche Kontakte knüpfen.
3. Ausgehend von diesen unterschiedlichen Lebenssituationen die Strukturen der eigenen Bewegung möglichst zugänglich gestalten.
4. Die Verbesserung der Lebenssituation von Ausbeutung betroffener Menschen priorisieren.
5. Dabei stets auf die Abschaffung der Ausbeutung hinarbeiten.

Sich gegen den Krieg verbünden: internationalistischer Feminismus

Clara Zetkin ist nicht nur dafür bekannt, dass sie den Internationalen Frauentag ins Leben gerufen hat, sondern auch für ihren entschiedenen Einsatz gegen den Ersten Weltkrieg. Eine internationalistische Haltung und Praxis waren Zeit ihres Lebens integraler Bestandteil ihrer politischen Arbeit. Auch

davon können sich heutige feministische Bewegungen in den reichen Industrienationen inspirieren lassen.

Zetkin politisierte sich bereits früh in international geprägten Kreisen. Als Schülerin am Lehrerinnenseminar in Leipzig kam sie mit russischen Oppositionellen im Exil in Kontakt. Einer von ihnen, Ossip Zetkin, wurde ihr Lebenspartner und politischer Weggefährte. Während ihrer gemeinsamen Zeit im Pariser Exil lebten die Zetkins in einem Viertel zusammen mit vielen Exil-Russ:innen, mit denen sie in regem Austausch standen. Clara Zetkin veranstaltete regelmäßig politische Salons in ihrer Wohnung. Beide Zetkins waren in Paris sowohl in der russischen und der deutschen als auch in der französischen Arbeiter:innenbewegung aktiv. Internationalistisch zu denken war für Zetkin also von Anfang an selbstverständlich.

Dementsprechend logisch muss es ihr erschienen sein, 1907 ein Internationales Frauensekretariat zu gründen. Diese internationale Vernetzung sozialistischer Frauen ging aus der Erkenntnis hervor, dass die Frauen Schwierigkeiten hatten, sich mit ihren Positionen auf den Kongressen der Internationale Gehör zu verschaffen. Also schlossen sie sich zusammen. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 wollte Clara Zetkin eine Resolution durchsetzen, die sozialistische Parteien in ihren jeweiligen Ländern dazu anhalten würde, für das Frauenwahlrecht zu kämpfen. Einen Tag vor dem Kongress trafen sich die weiblichen Delegierten und einigten sich auf eine Position, die sie daraufhin gemeinsam vertraten. Die Strategie ging auf und die Resolution wurde angenommen. Das Internationale Frauensekretariat war geboren und Clara Zetkin wurde dessen Vorsitzende. Dieselbe Institution war es, die sich 1910 auf die Einführung eines Internationalen Frauentages einigte, der damals insbesondere dem Kampf für das Frauenwahlrecht dienen sollte. Acht Jahre später durften Frauen in Deutschland tatsächlich wählen. Der Einfluss von Clara Zetkin und dem Internationalen Frauensekretariat auf diese Entwicklung ist schwer zu bemessen, bestreiten lässt er sich kaum. Der Internationale Frauentag, den die Institution gründete, wird bis heute in vielen Ländern der Welt dazu genutzt, sich gegen fortbestehende patriarchale Zustände aufzulehnen. Hier zeigt sich die Macht, die Feminist:innen entfalten können, wenn sie sich auf internationaler Ebene zusammenschließen.

Bald nach seiner Einführung nutzte Zetkin den 8. März auch, um zu Demonstrationen gegen den drohenden Ersten Weltkrieg aufzurufen. Sie schrieb in der *Gleichheit* unzählige Artikel, in denen sie vor dem Krieg warnte, suchte zusammen mit Rosa Luxemburg Verbündete in der SPD.

Dafür nahm sie Hausdurchsuchungen, Überwachung und Inhaftierung in Kauf. Als sie sah, dass sie unter ihren männlichen Parteigenossen mit Ausnahme von Franz Mehring und Karl Liebknecht keine Verbündeten fand und der Krieg bereits im Gange war, nutzte sie das Internationale Frauensekretariat, um gegen den Krieg zu mobilisieren. Sie beraumte unter hohem Risiko eine illegale Friedenskonferenz unter sozialistischen Frauen der kriegführenden Länder auf neutralem Schweizer Boden an. Auf der Konferenz in Bern Anfang März 1915 verfassten die Teilnehmerinnen ein Manifest, in dem sie gezielt Frauen aus der Arbeiter:innenklasse ansprachen und sie zum Protest aufriefen. Ihre Analyse des Krieges lautete, dass die Arbeiterklassen verschiedener Staaten unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit gegeneinander kämpfen, während die Kapitalisten daraus Profite generieren: Einerseits durch den Verkauf von Waffen, andererseits durch die Erschließung neuer Absatzmärkte. Dabei kritisierten sie auch gezielt den Kolonialismus, so wie Zetkin es regelmäßig in der *Gleichheit* tat. Die Verfasserinnen gingen zudem auf die spezifische Situation der Arbeiterinnen ein, die nun ohne das Einkommen ihrer Männer unter den Bedingungen einer Kriegswirtschaft für ihre Familien zu sorgen hatten: »Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um eure Lieben im Felde daheim Not und Elend ertragt, worauf wartet ihr noch, um euren Willen zum Frieden, euren Protest gegen den Krieg zu erheben?« (Zetkin, zit. in Hervé 2007: 82) Zetkin und ihre Genossinnen verbreiteten den Appell in Form von Flugblättern und lösten damit zunehmend Antikriegsproteste von Frauen aus. Bald darauf wurde Zetkin wegen »versuchten Hochverrats« inhaftiert. Nach zweieinhalb Monaten kam die damals 58-jährige, chronisch kranke Frau gegen eine Kaution wieder frei, die ihr Verleger Johann Dietz zahlte, vermutlich auch aufgrund der vielen Demonstrationen für ihre Freilassung (Badia 1994: 149).

Der Berner Appell ist ein Beispiel dafür, wie Internationalismus, proletarischer Feminismus und der Einsatz gegen den Krieg für Clara Zetkin untrennbar zusammenhängen. Auch angesichts heutiger Kriege, wie dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, dem zwischen der israelischen Armee und der Hamas und den wiederholten Angriffen auf kurdische Autonomiegebiete, ist es für feministische Bewegungen wichtig, sich klar gegen Krieg zu positionieren. Dafür müssen sie die spezifischen Situationen untersuchen und ihre eigene Analyse entwickeln, die sicher nicht dieselbe sein kann wie die des Berner Appells. Dieser kann aber in vielen Punkten ein Vorbild liefern: Er war das gemeinschaftliche Produkt von Staatsangehörigen verschiedener am Krieg beteiligter Länder. Er sah davon ab, sich auf eine Seite zu

schlagen, sondern stellte die Frage nach den Profiteur:innen. Und er zeigte seinen Adressatinnen, den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, klar auf, inwiefern ein Einsatz gegen den Krieg für sie selbst von Vorteil war.

Zetkins Internationalismus zog sich bis zu ihrem Tod durch ihre politische Arbeit. Noch mit 68 Jahren und gesundheitlich immer stärker angegriffen besuchte sie den Kaukasus, um sich ein Bild von der Situation der Frauen dort zu machen. Als Leiterin der Roten Hilfe schrieb sie 1932 einen Aufruf zur Unterstützung von acht Schwarzen Jugendlichen, die in den USA hingerichtet werden sollten. In dem Aufruf kritisierte sie den »blutigen weißen Schrecken« und »gemeinsten Rassenhaß Weißer gegen Schwarze« und stellte das Urteil als Terrorakt weißer Gutsbesitzer und Fabrikanten gegen sich auflehrende Schwarze Arbeiter:innen dar (Zetkin, zit. in Hervé 2007: 129). Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie selbstverständlich es für sie war, sich mit Menschen und Bewegungen überall auf der Welt zu solidarisieren und Kämpfe zusammenzudenken, auch über die Identitätskategorie »Frau« hinaus.

Viele der großen Bewegungen der vergangenen Jahre im globalen Süden wurden von Frauen initiiert, Frauen nahmen in ihnen einen zentralen Platz ein und sie kämpften und kämpfen für Anliegen, die die Lebensrealität von Frauen besonders betreffen: sei es die Protestbewegung im Iran, die »Ni Una Menos«-Bewegung gegen Gewalt an Frauen, die sich über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent bis nach Spanien und Italien ausgebreitet hat, oder der Widerstand der indigenen Bevölkerung und von Umweltaktivist:innen gegen die Rodung des Amazonas in Brasilien. Feminist:innen des reichen Nordens taten gut daran, die Verbindungen dieser Bewegungen zu ihren eigenen Kämpfen zu sehen und sich zu solidarisieren.

Freiheit für alle Ausgebeuteten: antifaschistischer Feminismus

Am bekanntesten ist Clara Zetkin für ihre flammende antifaschistische Eröffnungsrede des neu gewählten Reichstags 1932. Doch schon 1923 hielt sie vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) ein bedeutendes Referat über den italienischen Faschismus. Darin analysierte sie diesen detailliert und weitsichtig und warnte bereits vor den möglichen Entwicklungen in Deutschland. Heute sind rechtsradikale Einstellungen in der deutschen Bevölkerung wieder stark gestiegen (Zick, Küpper und Mokros

2023: 66 ff.). Vor diesem Hintergrund ist es hilfreich, sich mit Zetkins Thesen zum Faschismus auseinanderzusetzen. Zu vielen ihrer damaligen Erkenntnisse lassen sich auch heute – trotz aller Unterschiede der historischen Ausgangslage – Parallelen ziehen.

Als Wurzel des Faschismus machte Clara Zetkin in ihrer Rede von 1923 den Verlust der Existenzsicherheit breiter Schichten infolge des Ersten Weltkriegs aus. Nicht nur das Proletariat sei großem Elend ausgesetzt, auch Kleinbäuer:innen, das kleine und mittlere Bürger:innentum sowie Intellektuelle (Zetkin 1923). Die heutige Situation ist sicher nicht genauso prekär wie nach dem Ersten Weltkrieg, doch auch gegenwärtig konfrontieren Inflation, Wohnungsnot und gestiegene Energiepreise große Teile der Bevölkerung mit existenziellen Schwierigkeiten oder zumindest starker Verunsicherung.

Der Begriff »Arbeiterklasse« wird heute seltener verwendet und wenn, dann besteht oft Verwirrung darüber, auf wen genau er sich bezieht. Zetkin meinte damit nicht nur Fabrikarbeiter:innen, sondern alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Dabei unterschied sie trotzdem zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und zwischen verschiedenen Arten von Arbeit, beispielsweise mit dem Begriff »Kopfarbeit« (Zetkin 1923). Diese breite Auffassung des Begriffs der »Arbeiter:innenklasse« als Subjekt eines gemeinsamen Kampfes halte ich auch für die heutige Zeit für fruchtbar.

Zetkin betonte, dass diese breiten Massen nicht nur ihre Existenzgrundlage, sondern auch einen ideologischen Halt und eine Perspektive verloren hätten. Sie seien enttäuscht von den Gewerkschaften sowie von den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien (Hervé 2007: 89). Gegenwärtig verliert die SPD immer mehr Wähler:innen und DIE LINKE muss bei der nächsten Wahl um ihren Einzug in den Bundestag bangen. Die AfD ist hingegen fester Bestandteil des Bundestages und in Landtags- und Kommunalwahlen zum Teil sehr erfolgreich. Die Hintergründe für das Erstarken faschistischer Kräfte zu ihrer Zeit erklärte Zetkin folgendermaßen: Infolge von Enttäuschung, ideologischer Haltlosigkeit und Existenzängsten habe der Faschismus auf »breite soziale Schichten« attraktiv gewirkt, die »bis in das Proletariat hineinreichen« (ebd.). Das habe er durch ein »scheinrevolutionäres Programm« erreicht und eine starke Rhetorik gegen die Regierung. Zetkins Beobachtungen erinnern an »Merkel muss weg«-Rufe auf Querdenker-Demonstrationen. Zetkin zufolge hatten die faschistischen Führer:innen unterschiedlichsten Gruppen der Gesellschaft eine Reihe von Versprechungen gemacht, darunter auch Arbeiter:innen und Frauen. Beispielsweise

habe Mussolini das Frauenwahlrecht versprochen, aus dem später nur ein kommunales Wahlrecht für wohlhabende und »kriegsdekorierte« Frauen wurde. Statt eines Mindestlohns kam es zu Lohnsenkungen, einer Abschaffung der Betriebsräte und Terror gegen klassenbewusste Arbeiter:innenorganisationen. Zetkins Liste an Beispielen ist lang.

In ihrer berühmten Eröffnungsrede im Reichstag 1932 betonte sie speziell die Wichtigkeit der Frauen als doppelt Ausgebeutete im Kampf gegen den Faschismus (vgl. Zetkin 1932). Sie rief ihre kommunistischen Genoss:innen dazu auf, dem Faschismus politisch und ideologisch etwas entgegenzusetzen: »Jeder einzelne Proletarier muß fühlen, daß er mehr ist als ein Lohnsklave, mit dem die Wolken und Winde des Kapitalismus der herrschenden Gewalten spielen.« (Zetkin 1923) Die große weltanschauliche Verunsicherung, das Gefühl von Machtlosigkeit, das Zetkin beschrieb, kann auch aktuell in Zeiten von rasantem technologischem Fortschritt, dem Aufkommen von KI mit bisher schwer absehbaren Auswirkungen und zunehmender Prekarisierung breiter Schichten leicht entstehen. Eine ernstzunehmende weltanschauliche und ideologische Perspektive von links ist für die meisten Menschen nicht in Sicht.

Daher plädiere ich für eine feministische Organisation in Richtung des »Feminismus für die 99 %«. Nur mit einer materialistisch-feministischen Grundüberzeugung und den daraus resultierenden Strategien können heutige Bewegungen Feminismus wieder zu mehr machen als zu einem hippen Label und einer kapitalistischen Vermarktungsstrategie. Wenn wir wirklich von Gleichheit überzeugt sind, brauchen wir einen Feminismus, dem eine Vision im Sinne Clara Zetkins zugrunde liegt. Einen, der für die Befreiung der ganzen Gesellschaft kämpft, für ein Ende der Ausbeutung aller, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Literatur

- Arruzza, Cinzia, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser 2020: Feminismus für die 99 %. Berlin: Matthes & Seitz.
- Badia, Gilbert 1994: Clara Zetkin. Eine neue Biographie. Berlin: Dietz.
- Fraser, Nancy 1997: Justice Interruptus: Critical Reflections on the »Postsocialist« Condition. New York: Routledge.
- Hervé, Florence 2007: Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Berlin: Dietz.

- o. V. 1894: International Socialist Congress 3: Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893. Zürich: Buchhandlung des Schweizerischen Gruetlivereins. digital.slub-dresden.de/ppn314412352.
- o. V. 1982: Clara Zetkin: Bilder und Dokumente. Leipzig: Verlag für die Frau.
- Piketty, Thomas 2023: Eine kurze Geschichte der Gleichheit. München: C.H.Beck.
- Puschnerat, Tânia 2003: Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus. Essen: Klartext.
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) 2023: Frauenanteil in den DGB-Gewerkschaften 2005–2022. https://www.wsi.de/data/wsi_gdp_migewerkschaften-01-1.pdf.
- Zetkin, Clara 1893: Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation (November 1893). <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1893/11/gewerk.htm>.
- Zetkin, Clara 1923: Der Kampf gegen Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923). <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1923/06/faschism.htm>.
- Zetkin, Clara 1932: Clara Zetkin: Rede als Alterspräsidentin (30. August 1932). <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1932/08/alterspraes.html>.
- Zetkin, Clara 1979 [1928]: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Frankfurt a. M.: Marxistische Blätter.
- Zick, Andreas, Beate Küpper und Nico Mokros 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>.

Materialistisch-feministische Perspektiven in der empirischen Geschlechterforschung

Renaissance des Familienkapitals

Melinda Cooper

In Marx' Analyse des Kapitals fehlt seltsamerweise jede nachhaltige Erörterung der Erbschaftsfrage. Der zweite Band des *Kapital*, der die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse zu erklären beansprucht, fokussiert auf die verschiedenen Orte und Phasen, durch die der Wert auf seiner langen und gefährlichen Reise von der Produktion über den Markt bis zum Konsum zirkuliert (Marx 1963). Doch er hat nichts über den offensichtlicheren Ort der Reproduktion, die Familie, zu sagen und über deren Rolle für die intergenerationelle Übermittlung von Wohlstand.

Die Politikwissenschaftlerin Jacqueline Stevens hat bemerkt, dass Marx' Sichtweise des Wertes eine radikal synchronische ist (Stevens 1999: 34). Das ist sicher kein Versehen. Denn natürlich muss die permanente Umwälzung der ökonomischen und sozialen Formen gerade als das Wesen der kapitalistischen Produktion begriffen werden und als dasjenige, was sie von allem, was bisher war, unterscheidet. Wenn er die historische Neuartigkeit des Industriekapitalismus benennen soll, verweist Marx auf dessen Unvereinbarkeit mit jeglichem System stabiler Vererbung oder Übertragung. *Der Kapitalismus reproduziert sich, indem er alle besonderen Reproduktionsbedingungen unterminiert.*¹ Diese Eigenschaft führt, so legt er nahe, zu der eindeutig modernen Spaltung zwischen der ökonomischen, der politischen und der rechtlichen Sphäre.

In Marx' Schriften finden sich zahllose Analysen vorkapitalistischer Produktionsformen, angefangen beim sogenannten primitiven Kommunismus der indigenen Gesellschaften bis zur antiken Sklaverei oder dem orientalischen Despotismus. Doch es sind seine Theorien des europäischen Feudalismus, in denen er die ideale Form der vorkapitalistischen Produktion am klarsten herausdestilliert. Zwischen historischer Analyse und dialektischer

1 »Das Kapital setzt [...] die beständige Umwälzung seiner vorhandenen Voraussetzungen als Voraussetzung seiner Reproduktion« (Marx 1990: 447).

Methode hin- und herwechselnd, treibt Marx die Widersprüche bis zum Äußersten, indem er den Feudalismus als ein System darstellt, in dem die ökonomische Ausbeutung vollkommen nahtlos an die stabile Reproduktion der politischen Form anschließt. Er betrachtet also die ökonomische und politische Autorität des mittelalterlichen Herrschers als durch seinen erblichen Landbesitz begründet, eine Art von Eigentum, die ihm das Erstgeburtsrecht zu veräußern verbietet.

Was ein voll entwickeltes kapitalistisches Produktionssystem davon jedoch unterscheidet, ist seine Tendenz, die stabile Übertragung politischer Vorrechte zu stören und das Eigentum von festgelegten Grundlagen zu befreien (Marx 1990: 728). Aufgrund seiner Natur selbst tendiert der Kapitalismus dazu, das im eigentlichen Sinne ökonomische Moment der Ausbeutung von ihren politischen und rechtlichen Formen abzutrennen, in denen sich Macht über die Zeit reproduziert.² Auch wenn er als Institution überlebt, garantiert ererbter Wohlstand nicht mehr ein Monopol auf die Schaffung neuen Wohlstands. Dieser scheinbare Bruch zwischen der ökonomischen und der rechtlichen Sphäre rechtfertigt Marx' fast gänzlich *analytisches* Desinteresse an der Erbschaftsfrage.

Hilfreich mag auch sein, sich Marx' späten Sinneswandel im Hinblick auf die *politische* Frage der Abschaffung des Erbens zu vergegenwärtigen. Die meisten Theorien über Marx' Einstellungen zu dieser Frage beziehen sich auf das *Kommunistische Manifest* von 1848, in dem sich Marx und Engels vorbehaltlos dieser »schändliche[n] Absicht der Kommunisten« anschließen – der »Aufhebung der Familie« (Marx und Engels 1977: 478). Zu diesem Zeitpunkt betrachten Marx und Engels die »Abschaffung des Erbrechts« als wesentliches Element für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus (ebd.: 481). Es wird allerdings oft vergessen, dass sich Marx in genau diesem Punkt später selbst widersprechen und entschieden gegen die Abschaffung des Erbrechts und die Möchtegern-Mitglieder der Internationalen, die sie befürworteten, stellen sollte.

In seiner Auseinandersetzung mit Michail Bakunin auf dem Basler Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation von 1869 widersprach Marx dem Vorschlag, als ersten Schritt zu einer kommunistischen Revolution das

2 Dieser Bruch zeichnet sich in Marx' Frühwerk, den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844* ab. Vergleiche Marx (1968: 506) zum Übergang vom »unmittelbar politisch[en]« Verhältnis zwischen Herrn und Leibeigenem zum »nationalökonomische[n] Verhältnis« zwischen Kapitalisten und Lohnarbeiter, »abgezogen von aller politischen Tinktur«. Eine spätere Darlegung desselben Arguments findet sich in Marx (1964: 631, 806).

Erbrecht abzuschaffen. Dies, so erläuterte Marx weiter in einem Bericht an den Generalrat, hieße, die wahre Quelle der kapitalistischen Ausbeutung misszuverstehen und dem rechtlichen Überbau Vorrang vor der ökonomischen Basis einzuräumen. Kommunist:innen sollten sich nach Ansicht von Marx als Erstes darum kümmern, die ökonomischen Quellen der Ausbeutung zu beseitigen, bevor sie den rechtlichen Überbau der familiären Vererbung zum Ziel ihrer Angriffe machten, der lediglich die illegalen Gewinne des Kapitalisten reproduziere und übermittle. Ein frontaler Angriff auf das Erbrecht war seines Erachtens auch gar nicht nötig, denn wenn »die Produktionsmittel vom Privat- ins Gemeingeigentum [umgestaltet wären], so würde das Recht der Erbschaft (sofern es von sozialer Wichtigkeit ist) von selbst verschwinden« (Marx 1962: 367).

In Marx' spätem Sinneswandel kam die tiefer liegende Befürchtung zum Ausdruck (wie er in seiner privaten Korrespondenz zugab), dass es die anarchistischen Feministinnen aus Bakunins Kreisen mit der Abschaffung der Familie zu weit treiben würden (Eckhardt 2016: 450).³ Diese Feministinnen begriffen das patrilineare Erbrecht zugleich als Instrument für die Reproduktion der Klassen und als unbarmherziges Mittel zur Durchsetzung einer geschlechtsspezifischen Moral, die unverheiratete Mütter und deren Kinder skrupellos an den Rand der Gesellschaft drängte. Während Marx und Engels also die Abschaffung der Familie als Mittel zu dem Zweck begrüßten, die ökonomische Macht der Bourgeoisie zu untergraben, wandten sie sich gegen den Aufruf der anarchistischen Feministinnen, die geschlechtliche Arbeitsteilung in allen – wie wir annehmen müssen, auch den proletarischen – Familien abzuschaffen.

Angesichts der Bedeutung, die der Übertragung familiären Reichtums in unseren Tagen für die Herausbildung der zeitgenössischen Klassenverhältnisse zukommt, ist die Kritik am Erbschaftsrecht heute dringender denn je (vgl. Piketty 2014). Doch bedeutet die Wiederkehr patrimonialer Macht auch eine Rückkehr zu offen patriarchalen Herrschaftsformen?

In diesem Aufsatz untersuche ich aus einer marxistisch-feministischen Perspektive die spezifische Frage der kapitalistischen Unternehmensorganisation und deren Rolle für die Reproduktion der Macht der Eliten. Was bedeutet es, wenn »dynastische Familien« Führungspositionen in den obersten Etagen der kapitalistischen Macht beanspruchen? Und in welchem Maße verdankt sich der Aufstieg einer radikal patriarchalen, misogynen extremen

3 Eine solche für die Abschaffung der Familie eintretende Position wird heute von Lewis (2022) vertreten.

Rechten diesen Entwicklungen? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir über Marx hinausgehen und uns auf den Geist der anarchistischen Feministinnen in Bakunins Kreis besinnen, die die Reproduktion von Geschlecht und Klasse als unauflösbar mit der Frage des Erbrechts verbunden ansahen.

Erbschaft und der moderne Konzern

Marx war keinesfalls der Einzige, der Erbschaften am liebsten so schnell wie möglich Geschichte werden lassen wollte. Die Organisationsökonominnen des frühen 20. Jahrhunderts kamen zu demselben Schluss. In ihrer bahnbrechenden Arbeit *The Modern Corporation and Private Property* (1932) zeigten Adolf Berle und Gardiner Means, wie das Unternehmen in Privat- oder Familienbesitz allmählich dem großen Industriekonzern mit seinen zahlreichen Aktionär:innen wich. In den späten 1950er Jahren waren die in Familienhand befindlichen Unternehmen Ford und Dupont »Ausnahmen unter den mehreren hundert bekannten Riesen in der amerikanischen Wirtschaft« (Berle 1967: 61).

Über weite Teile des 20. Jahrhunderts bestätigte die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft diese Analyse. Als sie in den ersten Dekaden dieses Jahrhunderts gezwungen waren, sich an die aufstrebenden Industriekonzerne mit ihren viel größeren Kapitalreserven anzupassen und mit ihnen zu konkurrieren, verloren die meisten Familienunternehmen schnell ihre eigenständige institutionelle Form (Lachmann 2011: 220). Für Wirtschaftshistoriker:innen wie Alfred Chandler war der Siegeszug der börsennotierten Unternehmen die herausragende Leistung des amerikanischen Kapitalismus, und er war – anders als in Kontinentaleuropa, wo eng geführte Familienunternehmen größtenteils ihre Macht behielten – auch für dessen einzigartige Dynamik verantwortlich (Chandler 1977: 9 f.).

In noch jüngerer Zeit aber scheint sich der Zeitpfeil der kapitalistischen Entwicklung umgekehrt zu haben. Die vertikal integrierte Aktiengesellschaft, die in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Bild des Kapitalismus beherrschte und die Arbeiter:innen in stetig wachsender Zahl in den Bannkreis einer langfristigen, sicheren Beschäftigung gezogen hatte, ist nicht mehr die Institution, die sie einmal war (vgl. Mizruchi 2013; Davis 2016; Henwood 2021). Das private Familienunternehmen ist im großen

Maßstab zurückgekehrt. Und es verwandelt den amerikanischen (und den globalen) Kapitalismus von Grund auf.

Riesige Unternehmen in Privatbesitz, wie zum Beispiel Koch Industries, waren früher so selten, dass man sie geradezu wie mythische Wesen betrachtete. In den vergangenen Jahren aber war ein Einbruch der Börsengänge zu verzeichnen und eine entsprechende Vermehrung sogenannter Unicorns – privater Unternehmen mit einer Bewertung von mindestens einer Milliarde US-Dollar (Fontenay 2017: 448). Insbesondere unter den Tech-Start-ups finden sich also immer häufiger solche »Einhörner«, die vor nicht allzu langer Zeit den Weg früherer Börsengänge (IPO) beschritten hätten (wie etwa Uber, Airbnb, PayPal und Dropbox, die alle weit über eine Milliarde wert waren, bevor sie ihre Anteile auf den Markt warfen) (ebd.: 447, 456–459, 463). Wenn solche Firmen beschließen, an die Börse zu gehen, so tun sie es in der Regel, damit die ursprünglichen Investor:innen und Angestellten ihre illiquiden Anteile in liquides Kapital umwandeln können, und nicht, weil sie Zugang zum Kapital der öffentlichen Aktienmärkte suchen (ebd.: 455, 461).

Natürlich sind öffentliche Kapitalgesellschaften nicht vom Aussterben bedroht – die bekanntesten unter ihnen werden in Wirklichkeit von Tag zu Tag größer und monopolartiger –, aber viele der Neuzugänge am Aktienmarkt sind nur dem Namen nach Aktiengesellschaften. Insbesondere im Big-Tech-Sektor operieren einige der nach ihrem Börsenwert größten Konzerne mit einer Aktienstruktur der »zwei Klassen« und anderen komplizierten Abstimmungsregeln, die es den Unternehmensgründer:innen ermöglichen, andere institutionelle oder individuelle Anteilseigner:innen zu überstimmen (Wells 2021: 46). Die Eigentümer:innen von Facebook-, Google- und Tesla-Aktien haben nicht die Macht, organisatorische Veränderungen durchzusetzen, weil die Unternehmensgründer:innen über mehr Stimmen pro Aktie verfügen als normale Aktionär:innen. Viele der Unternehmen, die in jüngster Zeit an den Aktienmarkt gegangen sind, haben sich dauerhaft solche Regeln gegeben. Wie Robert J. Jackson Jr. (2008), der ehemalige Kommissar der US-amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde SEC, bemerkte, verlangen dauerhafte Zwei-Klassen-Aktien »von den Investoren nicht nur, einem visionären Firmengründer zu vertrauen. Man verlangt von ihnen, den Kindern der Gründer zu vertrauen. Und den Kindern ihrer Kinder. Und den Kindern ihrer Enkel; sie stellen in Aussicht, dass die Kontrolle über unsere börsennotierten Unternehmen [...] für alle Ewigkeit in den Händen einer kleinen Elite von Firmen-Insidern liegen soll – die diese Macht

an ihre Erben weitergeben wird.«⁴ Die Plattformgesellschaften, die unsere digitale Medieninfrastruktur monopolisieren, befinden sich folglich in den Händen einer zunehmend autokratischen Erb-Elite.

Während sich die frisch börsennotierten Aktiengesellschaften zunehmend wie private dynastische Unternehmen unter der engmaschigen Kontrolle eines kleinen inneren Machtzirkels gebärden, werden zugleich Familien in der Welt alternativer Geldanlagen und privater Kapitalbeschaffung immer sichtbarer. Der Markt für private Direktfinanzierungen, früher den Private-Equity-Firmen vorbehalten, hat in letzter Zeit einen Zustrom von Family-Offices, also von Gesellschaften, die der Verwaltung des privaten Großvermögens von Eigentümerfamilien dienen, gesehen – ein Zeichen für den extremen Reichtum, der sich heute in den Händen von Privatanleger:innen und deren Verwandten konzentriert.⁵

Das sogenannte Single-Family-Office, also der private Mitarbeiter:innenstab, der die Vermögensverwaltung einer einzigen Familie betreut, war ursprünglich als Instrument für das generationenübergreifende Management der administrativen, juristischen und Investitions-Bedürfnisse ultrareicher Clans gedacht.⁶ John D. Rockefeller gilt als Begründer des Prototyps: 1893 stellte er zu diesem Zweck ein Team von Fachleuten ein, das seine umfangreichen Investitionen und philanthropischen Unternehmungen innerhalb des eigenen Konzerns verwalten sollte (Collier und Horowitz 1976: 48–51). Family-Offices kehrten in den 1980er Jahren zurück, und ihre Anzahl wächst seitdem kontinuierlich. Zu einer wahren Explosion aber haben nach 2010 die steigenden Vermögenspreise infolge der ungewöhnlichen Geldpolitik der US-amerikanischen Notenbank geführt (Collins: 97).

Während Family-Offices weiterhin die traditionelle Aufgabe des Vermögenserhalts übernehmen, wobei sie von der Steuervermeidung bis zur Nachfolgeregelung alles im Interesse ihrer Mitglieder managen, spielen sie mittlerweile auch in der Welt alternativer Geldanlagen eine immer aktivere Rolle (vgl. Das und Chung 2017). Vermögende Haushalte haben in der Regel langjährige Erfahrung in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit pri-

4 Fast die Hälfte der Unternehmen, die seit 2003 mit Zwei-Klassen-Aktien an die Börse gegangen sind, haben Firmen-Insidern permanent überproportionale Stimmrechte gegeben (vgl. Jackson Jr. 2018).

5 Das Forschungsunternehmen Campden Wealth hat den globalen Wert von Single-Family-Offices auf fast sechs Billionen US-Dollar geschätzt – mehr als der Wert der gesamten Hedgefonds-Industrie.

6 Eine ethnografische Studie der Family-Offices findet sich in: Glucksberg und Burrows (2016).

vaten Investmentgesellschaften; zumeist investieren sie passiv in Geschäfte, die von externen Komplementären finanziert werden. Seit sie nun aber über ausreichende Ressourcen verfügen, um mit eigenständigen privaten Investmentfirmen zu konkurrieren, beschäftigen immer mehr von ihnen Private-Equity- oder Hedgefonds-Expert:innen im eigenen Haus und übernehmen aktiv Verantwortung für ihre Akquisitionsgeschäfte (vgl. Greenfield und Padrta Jr. 2020). Family-Offices sind zu einer »disruptiven Kraft« auf den privaten Kapitalmärkten geworden, wie das *Wall Street Journal* festhielt, weil sie in großem Stil Geschäfte machen, die früher einmal ihren etablierteren Konkurrent:innen vorbehalten waren.

Palastkriege

Der Historiker Steve Fraser (2014) bemerkt, dass das »Wiederaufleben dessen, was man als dynastischen oder Familienkapitalismus bezeichnen könnte, im Gegensatz zum eher unpersönlichen Managerkapitalismus, mit dem viele von uns aufgewachsen sind, die politische Chemie der Nation« ebenso verändert wie ihre wirtschaftlichen Strukturen. In den vergangenen zehn Jahren sind die reichsten Familien Amerikas zu politischen Königsmachern geworden – sie üben einen mindestens ebenso großen Einfluss aus wie die traditionellen Parteigruppierungen.

In einem Hintergrundartikel der *New York Times* über politische Spenden für die Präsidentschaftsvorwahlen 2016 war zu lesen, dass ultrareiche Familien in der Anfangsphase des Wahlzyklus fast die Hälfte aller Gelder für die republikanischen und demokratischen Kandidat:innen bereitgestellt hatten, das meiste davon über Kanäle, die erst durch das Supreme-Court-Urteil im Fall »Citizens United gegen die staatliche Wahlkommission« von 2010 geöffnet worden waren (vgl. Confessore, Cohen und Yourish 2015). Das Profil dieser Spender:innen, so die *Times*, spiegele die veränderte Zusammensetzung der amerikanischen Elite und die wachsende Bedeutung privater, familienbasierter Investmentfonds in den oberen Sphären des Finanzkapitalismus wider. Unter den Superspendern des Jahres 2016 verdiente die größte Einzelgruppe ihr Vermögen in Private Equity, Hedgefonds und Risikokapital. Die geschäftlichen Schwerpunkte der beiden nächstgrößten Gruppen lagen in den Bereichen Immobilien und Bauwesen sowie Öl und Gas.

Zweifellos kann man die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2016 als eine Machtdemonstration der neuen Milliardärs-Spender-Klasse bezeichnen. Investor:innen aus der Welt der Private-Equity-Fonds und Hedgefonds waren ungehalten über die Gesetzgebung des Dodd-Frank-Acts, die ihnen neue Offenlegungspflichten diktierte, und sie befürchteten, dass die Demokraten unter Hillary Clinton ihre Androhung wahr machen würden, das Steuerschlupfloch der Gewinnbeteiligung [carried interest loophole] zu schließen. Folglich wurden die Republikaner, insbesondere die des extrem rechten Flügels, in der Anfangsphase des Wahlkampfes zu Hauptnutznießern der Super-PAC-Spenden.⁷

Obwohl Trump nicht ihre erste Wahl war, favorisierten spendende Privatinvestor:innen im Wahlkampf 2016 eindeutig die Republikaner.⁸ Frühe Untersuchungen zu Super-PAC-Spenden waren davon ausgegangen, dass die neue Klasse der Spender-Milliardär:innen unweigerlich nach rechts tendieren würde (ebd.). So war es aber letztlich nicht. Die Demokraten haben ihre eigenen dynastischen Gefolgsleute, allen voran George Soros und Henry Laufer sowie einzelne Mitglieder der Pritzker-, Walton- und Lauder-Clans (vgl. Tindera 2021). Milliardär:innen, die regelmäßig für die Demokraten spenden, unterscheiden sich in ihrer Klassenzusammensetzung nicht von der entsprechenden republikanischen Spenderbasis, abgesehen davon, dass demokratische Privatinvestor:innen stärker aus dem Westküsten-Technologiesektor kommen und relativ selten aus den Branchen Immobilien, Bau und fossile Brennstoffe (vgl. Confessore, Cohen und Yourish 2015).

Keine der beiden Parteien kann also die Milliardärsklasse ganz auf ihre Seite ziehen. Manche Geldgeberin mag sich gegen Risiken absichern, indem sie für beide Seiten spendet. Ein klarer Unterschied zwischen demokratisch und republikanisch orientierten Milliardär:innen besteht allerdings darin, dass Letztere weit mehr Energie in Aufbau und Organisation von Institutionen stecken (vgl. Henwood 2021). Auch sind sie weit entschlossener, die von ihnen augenscheinlich unterstützte Partei umzugestalten. Aus diesem

7 Super-PACs wurden im Zuge der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs im Citizens-United-Fall im Jahr 2010 eingeführt. Es handelt sich um steuerbefreite Organisationen, die Spenden von Einzelpersonen, Unternehmen und Gewerkschaften in unbegrenzter Höhe annehmen sowie unbegrenzte Beträge zur Unterstützung von Kandidat:innen ausgeben können, solange sie nicht direkt an diese spenden oder mit ihnen zusammenarbeiten.

8 Den Republikanern kam die übergroße Masse der im Laufe des Wahlkampfes 2016 von Hedgefonds gespendeten Gelder zugute, obwohl nur ein geringer Teil davon an Trump ging. Vgl. hierzu auch Goodwin (2016).

Grund beschränken sich ihre politischen Spenden in der Regel nicht auf die unmittelbare Wahlkampffinanzierung, sondern beinhalten langfristige Investitionen in den kulturellen Wandel (vgl. Mayer 2017). Wirtschaftsdynastien wie die Kochs, die DeVos, die Mercers und die Uihleins arbeiten seit vielen Jahre daran, die Koordinaten der Republikanischen Partei nach rechts zu verschieben; sie tun dies mit Hilfe eines von ihnen aufgebauten Netzwerks aus Denkfabriken, Lobbyorganisationen und alternativen Medien. Ihre Wahlkampfspenden für rechte Anti-Establishment-Kandidat:innen sind nur ein Element im Rahmen ihrer langfristigen Strategie, die Republikanische Partei von den Rändern her zu radikalisieren.

Wo sie regiert, repräsentiert die Republikanische Partei die neue Milliardärsklasse der Privatfinanziers außerdem in weit höherem Maße. Je reicher die republikanischen Kongressmitglieder werden, desto mehr wenden sie sich von Vorstandsetagen oder Investmentbanken ab und der Welt alternativer Investments zu. Im Kabinett von George W. Bush fanden sich immer noch viele Berater:innen, die zuvor im Vorstand eines der 500 größten börsennotierten Unternehmen (S & P 500) wie etwa Alcoa, Lockheed Martin und Enron gesessen hatten (vgl. Wetherell 2002). Einige von ihnen arbeiteten anschließend für Private-Equity-Firmen, darunter der ehemalige Vizepräsident Dan Quayle oder der ehemalige Finanzminister John Snow (vgl. Dowd 2016).

Die Symbiose zwischen der Trump-Administration und der Welt alternativer Investments aber ist ein absolutes Novum. Ungeachtet seiner Drohungen im Wahlkampf, den Gewinnbeteiligungs-Abzug abzuschaffen, hat Trump nach seinem Amtsantritt Private-Equity- und Hedgefonds-Manager:innen um sich geschart. Wie Gillian Tett, die Redakteurin der *Financial Times*, feststellte, waren auffallend viele davon Expert:innen für »notleidende Kredite«, und fast alle standen finanziell in Trumps Schuld (oder Trump stand wiederum finanziell in ihrer Schuld) (vgl. Tett 2012; Lewis 2017).

Die Dominanz privater Familienvermögen in Trumps innerstem Machtzirkel ist der Schlüssel zum Verständnis seines eigentümlichen Regierungsstils. Wie die Politikjournalistin Adele Stan (2017) betont, »gelten für privat gehaltene Unternehmen andere Regeln als für Unternehmen, deren Aktien an der Börse gehandelt werden. Im Gegensatz zu ihren börsennotierten Pendants müssen sich privat gehaltene Unternehmen keine Sorgen um wütende Aktionäre machen. Grund dafür ist, dass die CEOs eines privat gehaltenen Unternehmens diese Aktionäre oft aus dem Kreis der Familienmitglieder des Gründers ausgewählt haben. Hier muss man keine Gedanken an Stimm-

rechtskämpfe oder feindliche Übernahmen verschwenden und sich auch nicht dem Willen großer institutioneller Anleger beugen«. Es »sind Leute, die in einer Kultur der Verantwortungslosigkeit und des Selbstbetrugs aufgewachsen sind«, und sie haben jeden Anreiz, ebendiese Kultur mit in ihr Amt zu nehmen.

Sichere Räume für die Anti-Woken

Als Folge einer extremen Konzentration des Reichtums ist die Renaissance des privaten oder Familienkapitalismus ökonomisch gesehen natürlich ein regressives Phänomen. Aber gilt ihr ökonomischer Atavismus auch für den politischen Bereich? Begünstigt er etwa reaktionäre Einstellungen zu Race und Gender? Befördert der Patrimonialismus eine Wiederkehr offen patriarchalischer Nachfolgeregelungen?

In ihrer aufschlussreichen Studie über die Brexit-Kampagne weisen die Politikwissenschaftler:innen Marlène Benquet und Théo Bourgeron (2022) auf die weitreichenden politischen Veränderungen hin, die wir infolge des Aufstiegs alternativer Vermögensverwaltungen seit der Jahrtausendwende erlebt haben. Benquet und Bourgeron unterscheiden zwei Wellen der Finanzialisierung: Während die erste – durch passive Anlagestrategien von institutionellen Anlegern, Pensionsfonds und Investmentbanken geprägte – Welle seit den späten 1970er Jahren bis in die 1990er Jahre einen beherrschenden Einfluss auf die Politik ausübte, verfolgt die zweite Welle – die vor allem auf aktiven Anlagestrategien von Private-Equity-Fonds, Hedgefonds und Immobilienfonds basiert – in den letzten Jahren immer selbstbewusster die Interessen ihrer eigenen Klasse, was ihre Akteur:innen teilweise in einen direkten Gegensatz zu den Kräften der ersten Finanzialisierungswelle gebracht hat. So argumentieren Benquet und Bourgeron beispielsweise, dass der Brexit weniger ein Protestvotum der Arbeiter:innenklasse gegen die Europäische Union gewesen sei, sondern vielmehr das Symptom eines klasseninternen Machtkampfs innerhalb der Londoner Finanzeliten, aus dem die Finanzwirtschaft der zweiten Welle als Siegerin hervorgegangen sei. Ihrer Ansicht nach lassen sich die Finanzmarkt-Akteur:innen der ersten und zweiten Welle tendenziell von unterschiedlichen politischen Visionen leiten: Die Blütezeit Ersterer sei die Hochphase des neoliberalen Globalismus mit seinen Freihandelsabkommen, selektiv offenen Grenzen und multinationalen Rechtsrahmen gewesen;

Letztere hingegen bevorzugten eher die isolationistische, libertäre und autoritäre Politik der alten Rechten. Diese These macht vielleicht manch schockierende politische Umwälzung des letzten Jahrzehnts verständlich, vom Aufstieg Jair Bolsonaros in Brasilien bis zu Trumps überraschender »Kaperung« der Republikanischen Partei. Sie kann auch etwas Licht in jene merkwürdige Entwicklung bringen, dass der »Shareholder-Kapitalismus« – in den 1980er Jahren das Goldene Kalb der Neoliberalen – mittlerweile zum Lieblingsfeindbild der radikalen Rechten geworden ist.

Meines Erachtens liegt ein wesentlicher – vielleicht sogar der entscheidende – Unterschied hier im jeweiligen Status der Finanzunternehmen der »ersten« und der »zweiten« Generation als börsennotierte bzw. private Körperschaften. Diese wichtige Unterscheidung hat hinsichtlich Eigentumsrechten und Regulierung eine ganze Reihe von Konsequenzen, die wiederum mit zu einer Erklärung beitragen, warum die Geldwirtschaft der zweiten Generation offenbar zu einer letzten Bastion für die harte politische Rechte geworden ist. Bourgerons und Benquets Unternehmenstypologie über den Finanzsektor hinaus extrapolierend, könnte man die These aufstellen, dass die alternative private Finanzierung, zusammen mit den nicht börsennotierten Unternehmen, auf der einen Seite der kapitalistischen Klassenschranke stehen; und ihnen gegenüber stehen sowohl die börsennotierten Unternehmen, institutionellen Anleger, Pensionsfonds und Investmentbanken als auch institutionelle Vermögensverwaltungen wie BlackRock, Vanguard oder State Street. Ein auffälliges Merkmal der Ersteren ist, dass sie weitgehend Freiheit von öffentlicher Kontrolle genießen und sich den Offenlegungspflichten entziehen können, die für börsennotierte Unternehmen vorgeschrieben sind.

In einem Meinungsartikel, der vor einiger Zeit in der *Financial Times* erschienen ist, stellt der Journalist Patrick Jenkins die berechtigte Frage:

»Ist privates Beteiligungskapital [...] im Sinne eines konservativen Backlashs reaktionär – fördert es also den Aufstand gegen bestimmte fortschrittliche Auflagen, die mit der Form börsennotierter Unternehmen einhergehen, insbesondere gegen die sich zunehmend durchsetzende Erwartung, dass man sich an ökologische, soziale und Unternehmensführungsstandards zu halten hat?« (Jenkins 2021)

Auch wenn es in keiner Hinsicht vorherbestimmt ist, zu welcher Art von Politik eine private Investmentgesellschaft tendiert, so kann man doch mindestens festhalten, dass Privatbesitz jenen Investor:innen, Vermögenswerten

oder Branchen, die an öffentlichen Märkten einer unliebsamen Kontrolle unterliegen, grundsätzlich einen Zufluchtsort bietet.

Es gibt einen guten Grund, warum die Angriffe der Rechten auf den Shareholder-Kapitalismus in den letzten Jahren so massiv geworden sind. Börsennotierte Pensionsfonds haben ihre Aktivitäten in den Jahren der Trump-Regierung verstärkt und sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Verbündeten der republikanischen Rechten ins Visier genommen. Nach dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 forderten 24 Manager des Pensionsfonds BlackRock dazu auf, alle Spenden an die über einhundert republikanischen Kongressabgeordneten einzustellen, die sich geweigert hatten, Präsident Bidens Wahl anzuerkennen (vgl. Newmyer 2021). Hochtrabende Einlassungen des BlackRock-Gründers zu Fragen der Investitionsethik haben dazu geführt, dass der Konzern zum Gegenstand eines politischen Tauziehens geworden ist: zwischen republikanischen Gouverneur:innen einerseits, die staatliche Gelder demonstrativ aus dem Fonds abgezogen haben, und demokratischen Staatsvertreter:innen andererseits, die ihm im Hinblick auf fossile Brennstoffe Doppelmoral vorwerfen (vgl. Editorial Board of the Financial Times 2020). Dieser Konflikt wird in den Medien holzschnittartig als Kulturkrieg zwischen einem »woken Kapitalismus« und seinen Gegner:innen dargestellt. Der Druck auf die großen Vermögensverwalter:innen ist allerdings ein sehr realer, denn ein großer Teil ihres Vermögens stammt aus öffentlichen Pensionskassen. Im Gegensatz dazu sind Private-Equity-Fonds und andere private Investmentfonds weitgehend immun gegen die Moralpredigten der »Woken«.⁹ Und es mehren sich die empirischen Anzeichen dafür, dass Investor:innen immer dann strategischen Gebrauch von der privaten Option machen, wenn sie Projekte verfolgen wollen, die den öffentlichen Märkten nicht zumutbar wären.

Am deutlichsten wird dies im Energiesektor, wo private Investmentfonds ein Nachhutgefecht führen, um die Quelle der fossilen Brennstoffe nicht versiegen zu lassen (vgl. Raval 2021). Die weltweite Energieknappheit im Zuge des Ukrainekriegs hat es für private Player enorm lukrativ gemacht, weiterhin in »gestrandete« Energiewerte zu investieren, auch wenn sich der Sektor insgesamt auf deren langfristigen Niedergang einstellt (Zebel und

9 Dies mag in Anbetracht dessen, dass auch öffentliche Pensionsfonds zu den großen Teilhabern an Private-Equity-Firmen gehören, zunächst kontraintuitiv erscheinen. Die Tatsache aber, dass die Verwalter:innen von Pensionsfonds bei Private-Equity-Geschäften als *Kommanditisten oder passive Partner* auftreten, bedeutet, dass sie viel geringere Möglichkeiten haben, Transaktionen zu überprüfen oder Entscheidungen anzufechten, als dies bei einem Vermögensverwaltungsfonds wie BlackRock der Fall wäre.

Heil 2023). Während einige Private-Equity-Firmen diese Strategie offensiv verteidigten, indem sie auf die größeren Risiken des Offshoring und der Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen hinwiesen, verließen sich die meisten einfach auf ihre Befreiung von Offenlegungsvorschriften, um Konflikte mit potenziellen Partner:innen zu vermeiden (vgl. Garcia 2022).

Die Vorteile der Intransparenz gelten auch für die interne Organisation der privaten Investmentfirma. Gewiss sind die Vorstandsetagen der Kapitalgesellschaften keine leuchtenden Vorbilder in Sachen Geschlechtervielfalt, doch Private-Equity-Firmen und Hedgefonds sind notorisch männerdominiert und stehen noch weniger unter Druck, etwas daran zu ändern. In ihrer ethnografischen Studie über Hedgefonds hob Megan Tobias Neely hervor, dass private Investmentfirmen nach auffällig patrimonialen, ja patriarchalischen Organisationsprinzipien funktionieren, selbst wenn sie nicht als Family-Offices registriert sind. In den meisten Fällen, so ihre Beobachtung, stellt ein Gründer aus seinem persönlichen oder familiären Vermögen das Startkapital zur Verfügung und organisiert Geschäftspartnerschaften und Arbeitsverhältnisse auf patrilineare Weise. Hedgefonds-Manager werden von ihren Angestellten häufig als »Könige« oder »Häuptlinge« tituiert. Und während es zahlreiche Beispiele dafür gibt, dass Hedgefonds-Manager ihre Söhne auf die Geschäftsübernahme vorbereiten, hat Neely nur einen einzigen Fall beobachtet, in dem auch eine Tochter an der Generationenübergabe beteiligt war (Neely 2022: 13 f., 159–164, 191–194). Angesichts der großen Nähe dieser Art von Investmentfonds und der immer häufigeren Umwandlung der einen in die anderen wäre es überraschend, wenn diese Dynamik nicht auch im Family-Office zu beobachten wäre – ein Investitionsvehikel, das ausdrücklich für Zwecke der Vererbung eingerichtet wurde.

Alle diese Faktoren zusammen können vielleicht zu einer Erklärung beitragen, warum die Welt des Privatkapitalismus, auch wenn sie keinesfalls auf eine solche Rolle festgelegt ist, für die reaktionärsten Elemente der Finanzelite einen so fruchtbaren Boden bildet. Donald Trump selbst wuchs in dieser Welt eng geführter Familienunternehmen auf, und zwar zu einer Zeit, als private Unternehmen im Gesamtpanorama des amerikanischen Kapitalismus noch eine Nebenrolle spielten. Die wichtigsten Spender:innen der Tea-Party-Bewegung und des Trump-Flügels der Republikanischen Partei – Koch Industries, die DeVos-Familie und die Mercers – stammen aus ebenerer Welt des familienkontrollierten Privatkapitalismus, der auch Trump hervorgebracht hat.

Im Jahr 1979 nahm das Magazin *Fortune* Richard DeVos in die Top-50-Liste der »unsichtbaren Reichen« auf – unsichtbar, weil sie ihr Vermögen in privat gehaltenen Unternehmen angehäuft hatten und nicht, wie damals noch eher üblich, über die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft (der Reichste von allen war Charles Koch, Vorstandsvorsitzender und CEO des Familienunternehmens Koch Industries) (New York Times 1979). Fast ein halbes Jahrhundert später können solche privaten Unternehmen nicht mehr als Randerscheinung des amerikanischen Kapitalismus betrachtet werden. Das gilt auch für ihr Netzwerk aus Denkfabriken und Medien. Als Privatkapitalisten haben sowohl Richard DeVos als auch die Brüder Koch viele Jahre damit zugebracht, ihr Vermögen für politische und wirtschaftliche Zwecke zu nutzen: Über Jahrzehnte spendeten sie Milliarden an libertäre und theokratische Lobbyorganisationen, die sich weitgehend dem Blick der Öffentlichkeit entzogen. Robert Mercer trug ganz wesentlich zur Finanzierung der *Citizens-United*-Klage bei und nutzte die neuen Regeln als einer der Ersten, um seine Gelder der systemkritischen extremen Rechten zuzuführen (vgl. Mayer 2017).¹⁰

Eine auffällige Übereinstimmung zwischen diesen verschiedenen Persönlichkeiten ist ihr Glaube an die Idee, dass der amerikanische Kapitalismus gleichermaßen von der familiären Ordnung abhängig ist wie von der Freiheit des Marktes. Die DeVos-Familie war von Anfang an, das heißt seit den frühen 1980er Jahren, am theokratischen Council for National Policy (CNP) beteiligt, dessen eifriger Geldgeber in den 2000er Jahren Robert Mercer wurde. Unterdessen hat das Koch-Netzwerk in den 2010er Jahren begonnen, viel enger mit dem Council for National Policy zusammenzuarbeiten, um dauerhafte Verbindungen zwischen der religiösen Rechten und den Wirtschaftslibertären zu schmieden. Unter der Trump-Regierung griff diese Allianz aus libertären und theokratischen Kräften auf beispiellose Weise nach der Macht; der Vorstoß gipfelte in Trumps drei erfolgreichen Nominierungen für den Obersten Gerichtshof und der verhängnisvollen Dobbs-Entscheidung, mit der 2022 das Verfassungsrecht auf Abtreibung gekippt wurde.

Für die Sprösslinge des Privatkapitalismus ist es daher selbstverständlich, dass sich die Reproduktion des Reichtums kaum von der Reproduktion der Familie trennen lässt – und beides impliziert eine Kontrolle über den Körper der Frau. Trump und seine vielen rechtsextremen Nachahmer sind der bru-

10 Mercer ist einer der wichtigsten Geldgeber von Breitbart und hat sowohl an viele Super-PACs spendet als auch an den theokratischen Council for National Policy.

talste Beweis dafür, dass sich der politische Überbau der familiären Reproduktion nicht von der wirtschaftlichen Basis abstrahieren lässt, ohne die beteiligten Kräfte gravierend misszuverstehen. Angesichts der Bedeutung, die geerbtem Reichtum im heutigen Kapitalismus wieder zukommt, täten wir gut daran, uns an die frühe anarchofeministische Haltung zur Abschaffung des Erbrechts zu erinnern, die Marx' ausdrückliche Absicht beim Wort nahm, eine viel radikalere Kritik der Familie zu formulieren.

Aus dem Englischen übersetzt von Bettina Engels

Literatur

- Beech, James 2019: Global Family Office Growth Soars, in: Campden FB, 18. Juli.
- Benquet, Marlène und Théo Bourgeron 2022: *Alt-Finance, How the City of London Bought Democracy*. London: Pluto Press.
- Berle, Adolf 1967 [1959]: *Macht ohne Eigentum*. Übers. von Anton Hain und Hella Henn. Meisenheim am Glan: Hain.
- Chandler, Alfred D. Jr. 1977: *The Visible Hand. The Managerial Revolution in the American Business*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Collier, Peter und David Horowitz 1976 [1975]: *Die Rockefeller. Eine amerikanische Dynastie*. Übers. von Erwin Duncker. Frankfurt a. M.: Ullstein.
- Collins, Chuck 2021: *The Wealth Hoarders*. London: Polity.
- Confessore, Nicholas, Sarah Cohen und Karen Yourish 2015: *The Families Funding the 2016 Presidential Election*, in: *New York Times*, 10. Oktober.
- Das, Anupreeta und Juliet Chung 2017: *New Force on Wall Street: The »Family Office«*, in: *Wall Street Journal*, 10. März.
- Davis, Gerald F. 2016: *The Vanishing American Corporation. Navigating the Hazards of a New Economy*. New York: Penguin Random House.
- Dowd, Kevin 2016: *Nine Politicians Who Went from Public Servant to Private Equity*, in: *PitchBook*, 12. Mai.
- Eckhardt, Wolfgang 2016: *The First Socialist Schism. Bakunin vs Marx in the International Working Men's Association*. Oakland: PM Press.
- Editorial Board of the Financial Times 2022: *DeSantis's War on Woke Puts Black-Rock on the Frontline. Florida is the Latest Republican State to Target ESG Investing*, in: *Financial Times*, 8. Dezember.
- Fontenay, Elisabeth de 2017: *The Deregulation of Private Capital and the Decline of the Public Company*, in: *Hastings Law Journal* 68(3), 445–502.

- Fraser, Steve 2014: Playing God: The Rebirth of Family Capitalism, in: *Portside. Material of Interest to People on the Left*, 11. September.
- Garcia, Luis 2022: Private-Equity Firms with Oil-and-Gas Focus Defend Sector as Investment Drops, in: *Wall Street Journal*, 16. August.
- Glucksberg, Luna und Roger Burrows 2016: Family Offices and the Contemporary Infrastructures of Dynastic Wealth, in: *Sociologica* 2, 1–23.
- Goodwin, Alec 2016: Setting It Straight: Hedge Funds to Clinton Plus Super PACs, \$ 25.6 Million; to Trump \$ 2,000, in: *Open Secrets*, 3. August.
- Greenfield, Mark S. und Garry J. Padrta Jr. 2020: The Family Office as Private Equity Investor, in: *Bloomberg Law*, 4. September.
- Henwood, Doug 2021: Take Me to Your Leader: The Rot of the American Ruling Class, in: *Jacobin*, 27. April.
- Jackson, Robert J. Jr. 2018: Perpetual Dual-Class Stock. The Case Against Corporate Royalty, in: U. S. Securities and Exchange Commission, 15. Februar.
- Jenkins, Patrick 2021: The Private Equity Backlash Against ESG, in: *Financial Times*, 19. Juli.
- Lachmann, Richard 2011: Coda: American Patrimonialism. The Return of the Repressed, in: *Annals of the Academy of Political and Social Science* 636(1).
- Lewis, Adam 2017: Untangling the Trump Administration's Private Equity Ties, in: *PitchBook*, 28. März.
- Lewis, Sophie 2022: Die Familie abschaffen. Wie wir Care-Arbeit und Verwandtschaft neu erfinden. Übers. von Lucy Duggan. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Marx, Karl 1962 [1869]: Bericht des Generalrats über das Erbrecht, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 16. Berlin: Dietz, 367–369.
- Marx, Karl 1963 [1885/1893]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. Buch II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 24. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1964 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 25. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1968 [1844]: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 40: Ergänzungsband. Schriften bis 1844. Erster Teil. Berlin: Dietz, 465–588.
- Marx, Karl 1990 [1858]: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 42. Berlin: Dietz 1983.
- Marx, Karl und Friedrich Engels 1977 [1848/1890]: Manifest der Kommunistischen Partei, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 4. Berlin: Dietz, 459–493.
- Mayer, Jane 2017: The Reclusive Hedge-Fund Tycoon Behind the Trump Presidency: How Robert Mercer Exploited America's Populist Insurgency, in: *The New Yorker*, 17. März.
- Mizruchi, Mark S. 2013: *The Fracturing of the American Corporate Elite*, Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.

- Neely, Megan Tobias 2022: *Hedged Out. Inequality and Insecurity on Wall Street*. Berkeley: University of California Press.
- New York Times 1979: »Invisible Rich« Located, in: New York Times, 26. Januar.
- Newmyer, Tory 2021: Pension Funds Demand BlackRock Disclose its Political Activity in the Wake of U.S. Capitol Riots, in: Washington Post, 27. Januar.
- Piketty, Thomas 2014 [2013]: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. Übers. von Ilse Utz und Stefan Lorenzer. München: C.H.Beck.
- Raval, Anjali 2021: A \$ 140bn Asset Sale: The Investors Cashing in on Big Oil's Push to Net Zero, in: Financial Times, 6. Juli.
- Stan, Adele M. 2017: What We Do Is Secret: Trumpism as Private Capital Scam, in: The Baffler, Juni.
- Stevens, Jacqueline 1999: *Reproducing the State*. New Jersey: Princeton University Press.
- Tett, Gillian 2012: Distressed-Debt Players Rule the Roost in Trump's White House, in: Financial Times, 28. April.
- Tindera, Michaela 2021: Here Are the Billionaires Who Donated to Joe Biden's 2020 Presidential Campaign, in: Forbes, 17. Februar.
- Wells, Daniel 2021: Shareholder Inequity in the Age of Big Tech. Public Policy Dangers of Dual-Class Share Structures and the Case for Congressional Action, in: Northeastern University Law Review 13(1).
- Wetherell, Derrick 2002: The Brush 100, in: Center for Public Integrity, 14. Januar.
- Zebel, Alan und Nichole Heil 2023: Private Profits and Public Risks: How Buyout Firms Fund Drilling on Public Lands, in: Public Citizen, 8. August.

Die soziale Ungleichheit der Geschlechter. Zum Nutzen der Marx'schen Methode für die aktuelle Geschlechterforschung

Lisa Yashodhara Haller

Ein zentraler Befund des materialistischen Feminismus ist, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Voraussetzungen basiert, die es selbst nicht erzeugen kann und die es darüber hinaus systematisch untergräbt. Diese Einsicht in die paradoxe Funktionsweise des Kapitalismus erscheint aktueller denn je: Einerseits sind Gesellschaften, die ihre Wirtschaft nach Kriterien kapitalistischer Verwertungslogik organisieren, auf Externalisierung angewiesen, weil sich nicht alle Tätigkeiten innerhalb der kapitalistischen Wertform organisieren lassen. Externalisierung meint hier, dass die kapitalistische Wirtschaft sowohl auf der permanenten Nutzung unbezahlter Arbeit als auch des weiblichen Körpers basiert sowie darüber hinaus auf der rücksichtslosen Ausbeutung von Ressourcen, die naturgemäß begrenzt sind. Andererseits ist die kapitalistische Wirtschaftsform auf die Erschließung immer neuer Absatzmärkte angewiesen, weshalb unbezahlte Arbeit aktuell kontinuierlich in die Wertform überführt wird und immer neue Ressourcen zur kapitalistischen Verwertung erschlossen werden.

Die Offensichtlichkeit der mit der kapitalistischen Vergesellschaftung einhergehenden Widersprüche und ihrer destruktiven Effekte lässt mehr und mehr Menschen aufhorchen und die Zukunftsfähigkeit der aktuellen Wirtschaftsordnung in Frage stellen, vor allem mit Blick auf das Klima, Naturkatastrophen und den weltweit akut sich verschärfenden Wassermangel. Auch die Erschließung neuer Rohstoffe und Absatzmärkte durch Kriege und globale Ausbeutung steht aus tagespolitischem Anlass in Diskussionen um die kapitalistischen Expansionszwänge hoch im Kurs. Weniger offensiv verhandelt wird dagegen der Zusammenhang zwischen der geschlechtlichen Ungleichheit und der Ausrichtung unserer Wirtschaft an kapitalistischen Kriterien. Was also sagen die Tatsachen, dass Männer auch heute noch mehrheitlich mehr verdienen als Frauen, häufiger die Hauptrollen in Film und Fernsehen erhalten, mehr Immobilien besitzen und öfter in Urlaub fahren,

über die Funktionslogik des Kapitalismus aus? Oder anders formuliert: Was hat die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern als Gegenwartsphänomen mit der Ausrichtung unserer Wirtschaft nach kapitalistischen Kriterien zu tun?

Um die Frage zu bearbeiten, werden im nachfolgenden *zweiten Abschnitt* einige Grundannahmen der Marx'schen Formanalyse dargelegt und anhand der Spaltung unserer Gesellschaft in zwei Tätigkeitsbereiche – Erwerbsarbeit und Familie – veranschaulicht. Im *dritten Abschnitt* wird die Weiterentwicklung der Formanalyse im Rahmen unterschiedlicher Vergesellschaftungsmodelle skizziert sowie ihre Bedeutung für die Kontinuität der geschlechtlichen Ungleichheit geprüft. Die Überlegungen werden anschließend durch einige Prämissen der interaktionstheoretisch fundierten Theorien des Sozialkonstruktivismus ergänzt. Im *vierten Abschnitt* schließlich folgt ein Plädoyer, die Marx'sche Methode der Formanalyse als Upgrade für die Geschlechterforschung fruchtbar zu machen, um damit die sich in historisch erstaunlicher Kontinuität reproduzierende soziale Ungleichheit entlang der Binarität der Geschlechterordnung und ihrer rigiden Teilung in weiblich und männlich erklären zu können.

Geschlecht im gegenwärtigen Kapitalismus – ein Forschungsdesiderat

Die Erkenntnis, dass Geschlecht den Subjekten nicht angeboren ist, sondern erst durch Tätigkeit aktiv hergestellt werden muss, gilt in der Geschlechterforschung inzwischen als »Minimalkonsens« (Meißner 2008: 2). Diesem Verständnis nach vollziehen sich Modifikationen im Geschlechterverhältnis durch einen »formenden Prozess, in dem die handelnden Subjekte durch die Tätigkeit des Agierens und Reagierens sich selbst wie auch die Institutionen verändern« (Haller 2023: 84). Mit Blick auf die Veränderungen der letzten Jahre bleibt kein Zweifel, dass sich Geschlechterverhältnisse massiv gewandelt haben. Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, immer häufiger sehen wir Väter auch am Vormittag auf den Spielplätzen. In der Geschlechterforschung ist gar die Rede von einer »Karriere der Gleichberechtigungsnorm« (Heintz 2001: 15). Und dennoch bleibt die soziale Ungleichheit entlang einer bipolaren Geschlechterdifferenz zwischen Frauen und Männern bestehen: Insbesondere in materieller Hinsicht sind Frauen bis heute benachteiligt. Woran

liegt diese Persistenz der sozialen Ungleichheit im Geschlechterverhältnis bei zeitgleichem Wandel?

Eine Erklärung findet sich in der Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern. Sorgearbeit, aber auch unbezahlte Arbeiten wie Kochen, Putzen und die Wäsche übernehmen auch in modernen Gesellschaften der Gegenwart überwiegend Frauen. Diese Arbeitsteilung hat Auswirkungen auf die Erwerbsbiografie von Frauen. Sie geht häufig mit einer verminderten Erwerbstätigkeit einher, die wiederum Gehaltseinbußen nach sich zieht, was eine finanzielle Schlechterstellung bedeutet, die sich häufig durch den gesamten weiteren Lebenslauf zieht. Entsprechend sind Frauen im Vergleich zu Männern regelmäßig stärker von Armut betroffen. Obwohl also die Frauenerwerbsquote steigt und Frauen sich hierzulande in der Regel emanzipiert fühlen, kann von gleichen ökonomischen Bedingungen nicht die Rede sein.

Die sich immer wieder neu und anders artikulierende Persistenz einer geschlechtlichen Arbeitsteilung wurde innerhalb der Geschlechterforschung vielfach theoretisiert und begründet eine zentrale Arena wissenschaftlicher Auseinandersetzungen (vgl. Kaufmann 1994; Koppetsch und Burkart 1999; Rüling 2007; König 2012; Haller 2018; Speck 2018; Speck 2022). Die wirtschaftlichen Bedingungen der Wertlogik des Kapitalismus, in der sich Geschlechterdifferenzierungen konstituieren und sich als Geschlechterverhältnisse verselbständigen, bleiben innerhalb der gegenwärtigen Geschlechterforschung jedoch erstaunlicherweise selten untersucht. Das wiederum mag dem Verdeckungszusammenhang geschuldet sein, durch den die Widersprüche, die sich aus dem Wirtschaftssystem ergeben, als Vereinbarkeitsprobleme einzelner Subjekte erscheinen und häufig durch die Beanspruchung weiblicher Mehrarbeit unsichtbar werden. Indem Vertreter:innen des materialistischen Feminismus in unzähligen Studien die weibliche Mehrarbeit als Voraussetzung der Ausrichtung unserer Wirtschaft nach kapitalistischen Kriterien herausgearbeitet haben, wurde die dem Kapitalismus zugrunde liegende geschlechtliche Arbeitsteilung entnaturalisiert und die aus ihr hervorgehende soziale Ungleichheit skandalisiert. Von hier aus besteht aktuell eine zentrale Herausforderung des materialistischen Feminismus darin, einen Theorierahmen bereitzustellen, mit dem die vielfältigen Studien zur sozialen Ungleichheit im Geschlechterverhältnis in den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang kapitalistischen Wirtschaftens eingebunden werden.

Geschlecht als verselbständigte Tätigkeit – ein formanalytischer Zugang

Ein passendes Theoriegerüst bietet die von Karl Marx begründete Formanalyse. Durch sie finden wir Hinweise darauf, dass die für wertförmiges Wirtschaften notwendige Spaltung von Tätigkeitsbereichen, die im Rahmen einer privaten Arbeitsteilung koordiniert werden muss, in einem engen Wechselverhältnis mit den Geschlechterdifferenzierungen steht, die Subjekte im Zuge ihrer Arbeitsteilung hervorbringen. Die Geschlechterdifferenz und ihre Verselbständigung in Verhältnissen werden damit als durch menschliches Handeln hervorgebracht verstehbar, was wiederum Möglichkeiten zu ihrer Überwindung verdeutlicht.

Marx setzte sich mit seinen ökonomietheoretischen Entwürfen insofern von seiner Zeit ab, als andere Ökonomen, beispielsweise Adam Smith und David Ricardo, die bestehenden Verhältnisse lediglich in ihrer verselbständigten Form als gegebene Strukturen untersucht haben. Die Analyse von Makrostrukturen ohne Rücksicht darauf, dass diese durch menschliches Handeln hervorgebracht wurden und werden, kritisiert Marx vor allem in seinen berühmten »Feuerbachthesen«. Um die Strukturlogik der kapitalistischen Ökonomie zu erklären, begründete Marx den historischen Formbegriff. Dieser legt nahe, dass die Form, in der Menschen Arbeit verrichten, von diesen selbst begründet wird und insofern prinzipiell auch veränderbar ist (Marx 1988: 94 f.). Unterschieden wird zwischen dem allgemeingültigen Inhalt einer bestimmten Tätigkeit, also ihren inhärenten Struktureigenheiten, und den konkreten, mitunter verschiedenen historisch-sozialen Formen, in denen diese Tätigkeiten jeweils organisiert sind (Chorus 2013: 103). Die von Marx auf der Makroebene analysierten Formen sind dementsprechend als Resultat vergangener Interaktionen zwischen Subjekten zu verstehen, die sich verselbständigt haben und nun gleichsam naturgegeben erscheinen.

In einer historischen Betrachtungsweise bilden sich Formen also durch die Verallgemeinerung molekularer Praktiken in sozialen Auseinandersetzungen (Krebs und Sablowski 1994: 112). Die strukturellen Rahmenbedingungen, die das Ordnungsgefüge tragen, werden dabei als durch die verallgemeinerten Handlungen der Subjekte »geformt« begriffen, zugleich werden aber auch die Handlungen der Subjekte als durch die institutionellen Konfigurationen »geformt« betrachtet (Hirsch 1992: 218). Die Rekonstruktion des Formgehalts von Tätigkeiten kann also die gesellschaftlichen Vorausset-

zungen spezifischer Formen denaturalisieren. Marx betont in diesem Zusammenhang, dass die Art und Weise, in der sich Tätigkeiten im Ordnungsgefüge wertförmiger Arbeitsteilung verselbständigen, in keinem notwendigen Zusammenhang mit dem Inhalt der Tätigkeit oder ihrem Nutzen steht (Marx 1988: 532). Ob eine Tätigkeit Mehrwert schafft und insofern als produktiv zu bezeichnen ist, ist ihm zufolge einzig eine Frage der Form der Organisation dieser Tätigkeit.

Dennoch stehen die Struktureigenheiten, durch die sich Tätigkeiten voneinander unterscheiden, durchaus in einem Zusammenhang mit der Art ihrer Organisation, denn es ist davon auszugehen, dass die Allgemeinheit der Subjekte bestimmte Tätigkeiten nicht zufällig bevorzugt in der einen und eben nicht in einer anderen Form organisiert (Haller 2023: 75). Dies liegt daran, dass verschiedene Tätigkeiten infolge ihrer jeweiligen Struktureigenheiten unterschiedliche Bedingungen und Qualifikationen erfordern, die wiederum in einer bestimmten Organisationsform eher gewährleistet sind als in einer anderen.

Arbeit in der Wertform

Aus marxistischer Perspektive wird der Kapitalismus als in einer spezifischen Form organisiert betrachtet. Er beruht auf der Eigenschaft der menschlichen Arbeitskraft, mehr produzieren zu können, als für die eigene *Reproduktion* – also die Lebenshaltung etwa durch Konsum – erforderlich ist. Den so entstehenden *Mehrwert* eignen sich dritte Personen oder Instanzen an. In diesem Sinne gelten Tätigkeiten, die einen Überschuss an Arbeit produzieren und damit Mehrwert erzeugen, als *produktiv*. Daraus folgt, dass ein und dieselbe Tätigkeit je nach Form ihrer Organisation prinzipiell einmal als Wert generierend und damit produktiv oder aber als keinen Wert generierend und damit unproduktiv gelten kann. Dabei wird der Mehrwert einer Tätigkeit anhand der zusätzlichen Zeit bestimmt, für die das arbeitende Subjekt seine Arbeitskraft über diejenige Zeit hinaus verausgabt, die zur reinen Bestreitung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft notwendig wäre. Wird die Zeit als durchschnittliche Größe des Wertes festgelegt, so können alle Waren über eine standardisierte Maßeinheit miteinander verglichen wer-

den. Die Verallgemeinerung des Tauschs findet dabei insofern statt, als alle Waren zueinander in ein Wertverhältnis gesetzt werden.¹

»Als gesellschaftlich vermittelte Form begriffen gibt die Wertanalyse Aufschluss darüber, wie eine Gesellschaft ihre Arbeitsteilung organisiert« (Haller und Chorus 2013: 67). Prinzipiell lässt sich aus jeder Tätigkeit ein Mehrwert erzeugen, allerdings eignen sich verschiedene Tätigkeiten unterschiedlich gut dazu. Zum Zweck einer Effizienzsteigerung und damit der Generierung eines relativen Mehrwerts sind beispielsweise die Aufteilung des Arbeitsgegenstands in zergliederte Arbeitsbereiche, detaillierte Zielvorgaben und eine exakte zeitliche Begrenzung nötig, was sich im Rahmen personengebundener Dienstleistungen schwierig gestaltet. Personenbezogene Dienstleistungen, die außerhalb der Wertform organisiert werden, werden als soziale Dienstleistungen zusammengefasst. An ihnen wird deutlich, dass die kapitalistische Vergesellschaftung durch Externalisierung von Tätigkeiten, die jenseits der Wertform verrichtet werden müssen, auch Zwänge jenseits des Produktionsbereichs schafft. Anhand eines solchen Bereichs, nämlich der Sorge, wird im Folgenden aufgezeigt, welche Struktureigenheiten einer Überführung in die Wertform entgegenstehen und insofern eine Externalisierung begründen.

Sorge als soziale Dienstleistung

Wie alle personenbezogenen Dienstleistungen impliziert die Sorgetätigkeit eine Beziehungsförmigkeit und damit ein Subjekt-*Subjekt*-Verhältnis – im Gegensatz zum Subjekt-*Objekt*-Verhältnis der Güterproduktion. Aufgrund ihrer Zeit- und Körperbindung lässt sich die Sorge nicht ohne weiteres effizienter gestalten. Emotionale Hingabe und die vielfältigen Formen der Zuwendung und der Dienstleistungen sind an die Leiblichkeit der empfangenden Person gebunden, weswegen sich der Arbeitsablauf nicht beliebig in unterschiedliche Arbeitsschritte unterteilen lässt. Für den kapitalistischen Verwertungsprozess störend ist zudem, dass Sorge regelmäßig in abhängigen Lebenslagen benötigt wird. Diese Abhängigkeit erschwert eine wertförmige Organisation, so dass Wirtschaften, die nach den Kriterien kapitalistischer

1 Der Überschuss der verausgabten Arbeit lässt keine Rückschlüsse auf die Wertgröße zu. Insofern haben wir es beim Wert als gesellschaftlich vermittelter Form weder mit einer rechnerischen Größe zu tun, die auf realen Tauschproportionen beruht, noch mit einer Eigenschaft, die den Arbeitsprodukten inhärent ist.

Verwertungslogik organisiert sind, auf eine Externalisierung angewiesen sind. Das hat zur Folge, dass die hierzulande sozial- und familienpolitisch flankierten Sorgetätigkeiten von der Wertform externalisiert in die Privatsphäre verlagert werden.²

Die Sorge im Widerspruch zur Wertform

Wie die Vielzahl personenbezogener Dienstleistungen, die wertförmig organisiert sind, verdeutlicht, stellt die Struktureigenheit der Beziehungsförmigkeit dennoch kein Ausschlusskriterium für eine Wertrealisierung dar, auch wenn diese eine Veränderung der Beziehungsform hervorruft. Das schließt die Befriedigung von Bedürfnissen nicht aus, aber der Zweck der Tätigkeit wird von der Notwendigkeit der versorgenden Person, ihre Reproduktionskosten durch Lohnarbeit zu sichern, sowie vom Imperativ der Profitmaximierung überlagert. Neben dem naheliegenden ethischen Einwand – dass im Zuge wertförmiger Sorge das primäre Ziel der Tätigkeit nicht mehr das Wohl der Sorge empfangenden Person darstellt – lassen sich darüber hinaus zwei ökonomische Einwände formulieren: Wird Sorge in einer abhängigen Lebenslage benötigt, in der kein angesparter »Care-Schatz« (Chorus 2013: 111) zur Verfügung steht,³ ist ihre Organisation in einer gewinnbringenden Form ausgeschlossen, da der zu versorgenden Person – oder ihren Angehörigen – eine entsprechende Finanzierung der Dienstleistung schlicht nicht möglich ist.

So können personenbezogene Dienstleistungen wie beispielsweise der Altenpflegebereich durchaus lukrativ ausgestaltet werden. Doch auch wenn Angehörige zur Finanzierung der Dienstleistung fähig und willens sind, ist die Generierung eines Mehrwerts bei der Überführung zeit- und körpergebundener Tätigkeiten in die Wertform nur in engen Grenzen möglich, weil Produktion und Konsumtion des »Produkts« zusammenfallen und sich die Arbeitsabläufe nur durch die Verkürzung der Konsumtionsdauer optimieren lassen. Wie von einer Vielzahl feministischer Ökonominen herausgearbeitet wurde, kann Sorge deswegen im dominierenden Wirtschaftssystem nicht vollständig gewinnbringend organisiert werden (Senghaas-Knobloch 2005: 61; Himmelweit 2007 350; Madörin 2009: 9; Tronto 2011: 162). Gleichzei-

2 Ausführlich Haller und Chorus (2013: 67–70).

3 Unter einem angesparten Care-Schatz oder Care-Bestandteil versteht man Geld, das aus einem bereits produzierten Wert für die Dienstleistung investiert wird, etwa Ersparnisse.

tig sind Wirtschaften, die nach dem dominierenden Prinzip der Wertform ausgerichtet sind – wegen ihrer Abhängigkeit von Arbeitskräften – grundsätzlich auf Versorgungsleistungen angewiesen. Sie stehen deshalb vor der strukturellen Herausforderung, dass die Sorgetätigkeiten jenseits der Wertform geleistet werden müssen. Zur Externalisierung von Sorge aus der Wertform wird die Abspaltung zweier Tätigkeitsbereiche erforderlich, die jenseits wertförmiger Wirtschaftsformen eine Einheit bilden und auch unter wertförmigen Bedingungen notwendig aufeinander angewiesen sind: Wertförmig organisierte Erwerbsarbeit und Versorgungsleistungen.

Geschlechterdifferenzierung in Vergesellschaftungsprozessen

Die auf der Makroebene aufgrund ihres unterschiedlichen Wertschöpfungspotenzials notwendig gespaltenen Tätigkeitsbereiche der Erwerbsarbeit und der Sorge legen eine komplementäre Arbeitsteilung zur Koordination von Versorgungsleistungen und Erwerbsarbeit nahe. Doch wie sind die komplementären Tätigkeitsbereiche mit der Binarität der Geschlechterordnung und ihrer rigiden Teilung in weiblich und männlich verbunden? Konzepte der Vergesellschaftung können hier weiterhelfen, sie veranschaulichen den Prozess, »der aus Individuen Gesellschaftsmitglieder macht« (Becker-Schmidt 2003: 3). Die dialektische Vermittlung von Individuum und Gesellschaft in der Konzeption von Vergesellschaftungsprozessen findet sich bei Karl Marx, Theodor W. Adorno und Regina Becker-Schmidt sowie in interaktionstheoretisch fundierten Theorien des Sozialkonstruktivismus.

Das Konzept der Vergesellschaftung bei Karl Marx

Inwieweit ist also das Marx'sche Konzept der Vergesellschaftung geeignet, die Konstituierung von Geschlechterdifferenzierungen in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu verstehen, und wo bedarf es einer systematischen Erweiterung? Marx hat im Rahmen seiner Formanalyse gezeigt, dass sich die Vergesellschaftung durch die Einführung der Erwerbsarbeit verändert. Mit der Einführung der Erwerbsarbeit wird allerdings nicht nur eine neue Organisationsform zur Verrichtung von Arbeit begründet, sondern infolge dieser neuen Organisationsform entstehen zudem »veränderte subjektive Bezüge auf

Arbeit, [die] mit neuen Zeitstrukturen, neuen sozialen Beziehungen und neuen Selbstverhältnissen« einhergehen (Meißner 2010: 249). Denn sofern Arbeit in der Wertform organisiert wird, hat sie eine zweifache Bestimmung. In der ersten Bestimmung wird das universelle menschliche Bedürfnis nach sinnstiftender Tätigkeit befriedigt, weshalb Marx die Arbeit als »natürlich« bezeichnet. Erst in der zweiten Bestimmung dient die Arbeit der Wertrealisierung und dem damit einhergehenden Verwertungsimperativ (Marx 1988: 52). Auch im Kapitalismus reichern Menschen ihre Arbeit mit Sinn an. Und niemand mag wohl bestreiten, dass es »sinnvolle« wertförmig organisierte Tätigkeiten gibt, wie etwa Filmproduzentinnen, ohne die wir nicht ins Kino könnten. Insofern beinhaltet Arbeit »Identifikationsangebote, die über die konkreten Tätigkeiten und Inhalte hinaus auf die subjektive Aneignung und Bedeutungsaufladung von Tätigkeitserfahrungen verweisen« (Bereswill und Neuber 2012: 163). Jedoch verändert sich die Form des Austauschs mit der Gesellschaft unter wertförmigen Bedingungen: Tauschakte werden nun nicht mehr unmittelbar vollzogen, sondern der Wert und damit einhergehend die Anerkennung für die geleistete Arbeit wird erst im Abgleich mit der durchschnittlichen Arbeit der anderen realisiert (Marx 1983: 190). Im Vergleich mit anderen oder, wie es Torsun und Kulla in dem Song »Tausch« der Band Egotronic formulieren: »Niemand muss dich extra zwingen, wenn du selber mitmachst. Niemand muss dich gleichschalten, wenn du dich selber gleichsetzt. Um auf dem Markt zu konkurrieren und dich vergleichen zu können. Um zu den Siegern, und nicht zu den Verlierern zu gehören«.

Wenn nun von einer *Entfremdung* der Arbeit unter wertförmigen Produktionsbedingungen gesprochen wird, bezieht sich diese Entfremdung einerseits auf die Zergliederung des Arbeitsprozesses zum Zweck der Rationalisierung, in deren Folge das Produkt der Tätigkeit den Produzierenden nicht mehr als Ganzes sichtbar ist, der unmittelbare Bezug zum Produkt also verloren geht. Andererseits tritt im Austauschprozess eine Entfremdung ein, da die Subjekte nicht direkt miteinander interagieren, sondern vermittelt über den Wert.

Hinsichtlich der Frage, wie Subjekte unter wertförmigen Bedingungen Geschlechterdifferenzierungen hervorbringen, nimmt die Form der Austauschbeziehungen in den unterschiedlichen Lebens- und Tätigkeitsbereichen eine zentrale Rolle ein. Da Marx jedoch lediglich die über den Wert vermittelten Austauschverhältnisse analysiert, wird in seinem Konzept zwar die Vergesellschaftung von Subjekten im Zuge wertförmiger Tätigkeit, nicht jedoch die Vergesellschaftung durch Versorgungstätigkeiten erörtert. Ob-

wohl in den Marx'schen Ausführungen das Gefälle zwischen der Produktion von Lebensmitteln und den Reproduktionsbedingungen anklingt, werden »private Reproduktionsarbeit als gesellschaftlich notwendige Praxis und das Gebären und Aufziehen von Kindern als Voraussetzung für den Bevölkerungserhalt [...] als Medien der Vergesellschaftung kaum berücksichtigt« (Becker-Schmidt 2003: 12). Das in der Marx'schen Analyse vorausgesetzte Subjekt agiert damit in gewisser Weise losgelöst von zwischenmenschlicher Fürsorgeverantwortung. Somit kann eine rein von Marx inspirierte Analyse weder die Grundlagen wertrealisierender Austauschverhältnisse ausreichend erhellen noch eine Analyse kapitalistischer Verhältnisse als Ganzes leisten. Aus diesem Grund konnte die Geschlechterforschung auf die marxistische Theorietradition »nicht ungebrochen Bezug« nehmen (ebd.). Um zu verstehen, wie Subjekte durch tätigen Austausch Geschlechterdifferenzierungen hervorbringen, muss daher der Hauptgegenstand der Marx'schen Analyse – die Lohnarbeit – um den privaten Tätigkeitsbereich der Versorgungsleistungen erweitert werden. Dafür bietet sich, wenngleich mit Einschränkungen, die Kritische Theorie an, die die marxistische Konzeptualisierung der Vergesellschaftung der Arbeitskraft erweitert.

Das Konzept der Vergesellschaftung bei Theodor W. Adorno

Auch wenn die Kritische Theorie die unterschiedliche Vergesellschaftung von Männern und Frauen nicht ausführlich behandelt, »ergeben sich in der Auseinandersetzung doch Anknüpfungspunkte für die Klärung der Frage, inwiefern die Geschlechter in differenter Weise in die Gesellschaft integriert sind« (Becker-Schmidt 2003: 12). Adorno beschreibt, wie sich die materiellen Voraussetzungen, die die Subjekte in ihrem Alltag vorfinden, sowie die Widersprüche, die sich aus diesen Bedingungen ergeben, in ihrem Bewusstsein wiederfinden.

Für die Geschlechterforschung ist dabei vor allem der Gesellschaftsbegriff relevant, da er neben der Vergesellschaftung durch wertförmige Arbeit weitere Konstellationen von »Kräften und Gegenkräften« berücksichtigt (Knapp 2010: 190). Gesellschaft begreift Adorno wie folgt:

»Mit Gesellschaft im prägnanten Sinn meint man eine Art Gefüge zwischen Menschen, in dem alles und alle von allen abhängen: in dem das Ganze sich erhält nur durch die Einheit der von sämtlichen Mitgliedern erfüllten Funktionen und in dem jedem Einzelnen grundsätzlich eine solche Funktion zu-

fällt, während zugleich jeder Einzelne durch seine Zugehörigkeit zu dem totalen Gefüge in weitem Maße bestimmt wird« (Adorno 1956: 22).

Dieser Gesellschaftsbegriff bietet Anknüpfungspunkte für feministische Materialistinnen der Gegenwart. So zeigt beispielsweise Barbara Umrath auf, dass sich in der »älteren kritischen Theorie aus der Perspektive heutiger Geschlechterforschung zwar ein Mangel [...] einer systematischen Reflexion von Geschlecht und Geschlechterdifferenz feststellen lässt« (Umrath 2018: 49), dass sie aber »ein Problembewusstsein dafür [generiert hat], dass eine kritische Gesellschaftstheorie nicht mit dem Alltagsverständnis von Geschlecht und Geschlechterdifferenz operieren kann« (Umrath 2019: 375).

Das Konzept der doppelten Vergesellschaftung bei Regina Becker-Schmidt

Weitere Anknüpfungspunkte für einen materialistischen Feminismus der Gegenwart finden wir in den Untersuchungen von Regina Becker-Schmidt und ihrer Forscherinnengruppe, die fragen, warum die Theoretiker der Frankfurter Schule nicht den naheliegenden nächsten Schritt unternommen haben: sich dem zentralen Widerspruch zwischen der Hervorbringung, Erhaltung und Wiederherstellung von Arbeitskraft und ihrem Verkauf auf dem Arbeitsmarkt sowie der Bedeutung dieses Widerspruchs für die Konstituierung von Geschlecht zuzuwenden. Becker-Schmidt und ihre Kollegin Gudrun-Axeli Knapp hingegen berücksichtigen im Rahmen der Rekonstruktion einer doppelten bzw. widersprüchlichen Vergesellschaftung von Frauen die verselbständigten Strukturen auf der Makroebene. Nach ihrer Konzeption vollzieht sich im tätigen Austausch der Subjekte die Herausbildung einer Geschlechterdifferenz und damit eine Vergeschlechtlichung der Subjekte. Dabei entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen den auf der Makroebene vorgefundenen Widersprüchen und deren subjektiver Verarbeitung, den die Forscherinnen insofern berücksichtigen, als sie eine »gleichrangige Betrachtung« sozialstruktureller und sozialpsychologischer Aspekte vornehmen (Becker-Schmidt 2010: 67).⁴ Durch die Einbindung in zwei sich

⁴ Um zwischen objektiven Strukturproblemen und den subjektiven Problemlagen unterscheiden zu können, greifen sie auf die Kategorien »Widerspruch« und »Ambivalenz« zurück. Die Kategorie »Widerspruch« zielt auf eine Strukturanalyse der objektiven Realität, mit der Frauen bei der alltäglichen Verrichtung ihrer Arbeit in den Bereichen Erwerbsarbeit und Familie konfrontiert sind, in ihrem Versuch, die sich teils widersprechenden Handlungsanforderungen aus beiden Bereichen zu koordinieren. Die aus der Sozialpsychologie

widersprechende Tätigkeitsbereiche erleben Frauen ihnen zufolge eine doppelte Diskriminierung: »Frauen werden zur unbezahlten Hausarbeit verpflichtet, was zudem ihre gleichberechtigte Integration in das Beschäftigungssystem erschwert. Und die marktvermittelte Arbeit von Frauen wird schlechter bewertet als die von Männern« (ebd.). Ausgehend von diesem Befund arbeiten Becker-Schmidt und Knapp heraus, inwiefern geschlechtliche Vergesellschaftungsformen sowohl auf der Makroebene eines Strukturzusammenhangs als auch im Zuge subjektiver Verarbeitung wirksam sind. Im Anschluss an die Kritische Theorie verdeutlicht das Forschungsteam, dass Vergesellschaftung, Sozialisation und Individuation unterschiedliche Aspekte des Vorgangs bezeichnen, »in dem das soziale Verhältnis zwischen Individuen und Gesellschaft Gestalt annimmt« (Becker-Schmidt 2003: 3). Die notwendigen Tätigkeiten zur gesellschaftlichen Reproduktion sind auf der Makroebene gespalten, stehen jedoch in einem reziproken Bezug zu den Interaktionen, mit denen die Subjekte Geschlechterdifferenzierungen auf der Mikroebene hervorbringen. Obwohl die intersubjektive Herstellung der Geschlechterdifferenz in unzähligen Aktionen zwischen Einzelpersonen auf der Mikroebene erfolgt, wird durch die Vervielfältigung im Alltagshandeln ein allgemeines Wissen generiert und in ein Verhältnis auf der Makroebene überführt: in das Geschlechterverhältnis. In diesem interagieren Frauen und Männer nicht mehr in einzelnen Austauschverhältnissen, sondern werden als soziale Gruppen zueinander ins Verhältnis gesetzt (Becker-Schmidt und Knapp 1995: 16).

Mit dem Einbezug der Bedeutung, welche die – in wertformdominierten Wirtschaftssystemen notwendigerweise getrennten – Tätigkeitsbereiche für die Konstituierung von Geschlecht haben, weist die Forschungsgruppe um Becker-Schmidt weit über Adornos Befunde hinaus. Die beiden Tätigkeitsbereiche der Lohnarbeit und Sorge sind dabei keineswegs als zwei strikt voneinander getrennte, autonome Sphären zu begreifen. Vielmehr wird deutlich, dass die scheinbare Separierung der Tätigkeitsbereiche deren jeweilige Autonomie nur suggeriert und damit die oft unsichtbare Arbeit verdeckt, die von Frauen in ihrem Alltag geleistet wird, um das zusammenzuführen, was infolge der Durchsetzung des Wertprinzips unaufhörlich voneinander abgespalten wird.

stammenden Kategorie der »Ambivalenz« benennt dagegen auf der subjektbezogenen Ebene die widerstreitenden Handlungsimpulse, Affekte und Argumente der Frauen.

Geschlechterdifferenzierung in Interaktionen

Die Spaltung zweier Tätigkeitsbereiche im Kapitalismus wurde von feministischen Materialistinnen der Gegenwart in ihrer Verschränkung mit der geschlechterdifferenzierenden Subjektwerdung in Rückgriff auf sozialpsychologische Konzepte bearbeitet (vgl. Müller 2016; Hartmann 2020). Sie verdeutlichen, wie die Abspaltung von Versorgungsleistungen im Kapitalismus mit der Binarität der Geschlechterordnung und ihrer rigiden Teilung in »weiblich« und »männlich« zusammenhängen. Welchen Beitrag aber können interaktionstheoretisch fundierte Theorien des Sozialkonstruktivismus darüber hinaus leisten? Der bei Marx beschriebene Vergesellschaftungsprozess wurde bisher mehrheitlich als eine gegenstandsbezogene Tätigkeitserfahrung interpretiert – der Mensch tritt in Austausch mit einem Gegenstand, verändert den Gegenstand und dabei sich selbst. Dagegen fokussieren interaktionstheoretische Ansätze mehrheitlich den Austausch zwischen Menschen. Entsprechend analysieren Geschlechterforscher:innen, dass die Geschlechterdifferenz durch den tätigen Austausch und insofern durch die interaktiven Verkehrsformen von und zwischen den Subjekten und nicht zuletzt durch die Bedeutungszuschreibung der Tätigkeitserfahrung durch die Subjekte selbst in Interaktionen hergestellt wird (Bereswill 2008: 100). Dieser Perspektive folgend wirken Subjekte in tätigen Interaktionen auf andere Subjekte ein und erfahren und entwickeln sich selbst im Zuge dieser Einflussnahme.

Auch wenn sich sozialkonstruktivistische Untersuchungen im Einzelnen erheblich unterscheiden, ist ihnen gemeinsam, dass sie Geschlecht als sozial erzeugt begreifen. Differenzen finden sich hinsichtlich der Frage, wie diese soziale Erzeugung vonstattengeht und wie bzw. ob Subjekte sich bei der Erzeugung von Geschlecht an vorgefundenen Strukturen orientieren. Untersuchungsgegenstand interaktionstheoretischer Forschung ist also der Herstellungsprozess der Geschlechterdifferenz. Der Austausch zwischen Subjekten, der unaufhörlich internalisiert und vorbewusst im Rahmen von Interaktionsprozessen erfolgt, wird dabei als aktive Tätigkeit betrachtet. Interaktionen entstehen immer dann, wenn Subjekte sich wechselseitig wahrnehmen und aufeinander reagieren (Gildemeister 2010: 138). Die interaktive Herstellung einer Geschlechterdifferenz wird jedoch aufgrund einer mangelnden Rückbindung an gesellschaftliche Strukturen allzu häufig als eigene Wahl der Subjekte missverstanden. Denn die Subjekte bewegen sich in nor-

mativen Ordnungen, die »von den unmittelbar Agierenden nicht erfunden, sondern vorgefunden« werden (Becker-Schmidt 2013: 30).

Marx als Upgrade für die Geschlechterforschung

Wie kann mit Marx der gegenwärtige Widerspruch der notwendigen Nutzung unbezahlter Arbeit durch Frauen bei zeitgleicher Erschließung neuer Absatzmärkte durch die Expansion eines personenbezogenen Dienstleistungssektors und darin eingeschriebene Geschlechterverhältnisse erklärt werden?

Die Marx'sche Formanalyse ermöglicht es, die von den Subjekten vorgefundenen Zwänge als bindende Strukturen zu verstehen, in deren Rahmen sich eine bestimmte Form der geschlechtlichen Arbeitsteilung realisiert, aus der Geschlechterdifferenzierungen auf der Mikroebene entstehen und sich als Geschlechterverhältnisse auf der Makroebene verselbständigen. Mit der Rekonstruktion des Formgehalts von Tätigkeiten können darüber hinaus die gesellschaftlichen Voraussetzungen spezifischer Formen denaturalisiert werden und damit als gewordene und veränderbare Resultate menschlicher Praxis entmystifiziert werden. Wer sich also dieser Methode bedient, um mit ihr auch Tätigkeiten jenseits der Wertform zu betrachten, beispielsweise Versorgungstätigkeiten, kann erkennen, wie die Routine bei der Verrichtung von Tätigkeiten Eigenschaften bzw. Fähigkeiten erzeugt, die aus einer reinen Makroperspektive betrachtet wie starre Geschlechtsmerkmale wirken.

Damit kann wiederum erklärt werden, inwiefern die Herstellung einer zweigeschlechtlichen Differenzierung auf der Mikroebene sozialer Beziehung mit einer Komplementaritätserwartung einhergeht: »In ihrem Alltags Handeln bringen die beteiligten Subjekte in reziproker Bezugnahme die auf der Makroebene gespaltenen Tätigkeitsbereiche zusammen und erzeugen und reproduzieren auf diese Weise Geschlechterdifferenzen« (Haller 2018: 24). So lässt sich die »Beharrlichkeit« einer geschlechtlichen Arbeitsteilung »nicht allein aus normativen Überzeugungen, interessensrationalem oder opportunistischem Wollen bzw. Nicht-Wollen der einzelnen Akteure erklären«, sondern mit Verweis auf die »materiellen, institutionellen Bedingungen, unter denen sich Handlungsmotive und Routinen ausbilden und Handlungen vollziehen« (Knapp 2012: 187). Die Marx'sche Formanalyse ermöglicht also der Geschlechterforschung, die immer noch verbreitete Di-

chotomisierung von Gesellschaft und Individuum zu vermeiden, bei der die geschlechtliche Identität (allein) auf Seiten des Individuums verortet wird (Meißner 2010: 264).

Für die Erklärung der Entstehung sozialer Ungleichheit entlang der Geschlechterdifferenz als Resultat einer wertformdominierten Wirtschaft ist die Marx'sche Formanalyse deshalb aufschlussreich, weil es mit ihr möglich wird, den Zusammenhang aufzudecken, in dem sich Differenzierungen entlang der Geschlechterkategorie auf der Mikroebene als Geschlechterverhältnisse auf der Makroebene verselbständigen – die wiederum als Orientierungsrahmen für die Interaktionen Einzelner dienen. Das Geschlechterverhältnis wird zum zentralen Orientierungsrahmen, den Subjekte für ihre Arrangements der Arbeitsteilung nutzen. Es bietet Menschen Orientierung und wird deshalb insbesondere in Umbruchphasen relevant. Das menschliche Leben ist durchdrungen von Umbruchphasen. Vom Kindes- zum Jugendalter, vom Jugend- ins Erwachsenenalter und dann schon bald in die Rente. Jede Liebesbeziehung, jeder neue Job und jeder Wechsel der Wohnsituation stellt einen Umbruch dar, in dem sich Subjekte an Strukturen orientieren. Und gerade bei der Interaktion mit fremden Personen, die stets sozial herausfordernd ist, stellt die Geschlechterordnung eine probate Orientierungsstruktur bereit. Insofern hat auch die »unproblematische Zuordnung zu einem Geschlecht [...] vor allem einen sozial entlastenden Effekt: Die über das Geschlecht vermittelte Form der Zugehörigkeit geschieht automatisch und stellt keine eigene Entscheidung dar, weswegen man dafür auch nicht verantwortlich gemacht werden kann« (Gildemeister und Hericks 2012: 274). Unter Berücksichtigung dieser Korrelation vollzieht sich die bipolare Geschlechterdifferenzierung nicht »hinter dem Rücken« der Subjekte, wie sich mit Marx (1988: 59) sagen ließe, sondern bei genauerer Betrachtung »durch sie [die Subjekte] hindurch, da die sozialen Formen die Wahrnehmungen und Handlungsorientierung der Individuen in einer von diesen nicht durchschaubaren Weise prägen« (Genetti 2010: 42). Als Teil dieses gesellschaftlichen Ordnungsgefüges entstehen Geschlechterverhältnisse also nicht zufällig, sondern sind in entsprechende wirtschaftliche Verhältnisse eingebettet, wobei jedes Subjekt mit anderen Subjekten sozial verbunden ist.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1956: Familie, in: Theodor W. Adorno und Max Horkheimer: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, 116–132.
- Becker-Schmidt, Regina 2003: Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion, in: Gender Politik Online, FU Berlin. https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_doppelte_Vergesellschaftung_von_Frauen/becker_schmidt_ohne.pdf.
- Becker-Schmidt, Regina 2010: Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben, in: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: Springer VS, 65–74.
- Becker-Schmidt, Regina 2013: Konstruktion und Struktur: Zentrale Kategorien in der Analyse des Zusammenhangs von Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, in: Julia Graf, Kristin Ideler und Sabine Klinger (Hg.): Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich, 19–42.
- Becker-Schmidt, Regina und Gudrun-Axeli Knapp 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Bereswill, Mechthild 2008: Geschlecht, in: Nina Baur, Hermann Korte, Martina Löw und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Soziologie. Wiesbaden: Springer VS, 97–116.
- Bereswill, Mechthild und Anke Neuber 2012: Zur Bedeutung von Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse, in: Mechthild Bereswill, Carmen Figlestahler, Lisa Yashodhara Haller, Marko Perels und Franz Zahradnik (Hg.): Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Dynamiken gesellschaftlicher Justierungsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot, 158–175.
- Chorus, Silke 2013: Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Genetti, Evi 2010: Europäische Staaten im Wettbewerb. Zur Transformation von Geschlechterordnungen im Kontext der EU. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gildemeister, Regine 2010: Doing Gender: Soziale Praktiken der Geschlechterunterscheidung, in: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: Springer VS, 137–145.
- Gildemeister, Regine und Katja Hericks 2012: Geschlechtersoziolegie. Theoretische Zugänge zu einer vertrackten Kategorie des Sozialen. München: Oldenbourg.
- Haller, Lisa Yashodhara 2018: Elternschaft im Kapitalismus. Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. Frankfurt a. M. und New York: Campus.

- Haller, Lisa Yashodhara 2023 [2018]: Kapital – Staat – Geschlecht. Eine theoretische Analyse der Vermittlungszusammenhänge, in: Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller und Lea Haneberg (Hg.): *materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität*. Münster: Unrast, 69–94.
- Haller, Lisa Yashodhara und Silke Chorus 2013: Care, Wert und der Wohlfahrtsstaat. Plädoyer für die Berücksichtigung des Staates als zentraler Akteur der politischen Ökonomie, in: Denknetz (Hg.): *Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus*. Denknetz Jahrbuch. Zürich: Edition 8, 65–74.
- Hartmann, Anna 2020: Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Heintz, Bettina 2001: Geschlecht als (Un-)Ordnungsprinzip. Entwicklungen und Perspektiven der Geschlechtersoziologie, in: dies. (Hg.): *Geschlechtersoziologie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 9–29.
- Himmelweit, Susan 2007: The prospects for caring: Economic theory and policy analysis, in: *Cambridge Journal of Economics* 31(4), 581–599.
- Hirsch, Joachim 1992: Regulation, Staat und Hegemonie, in: Alex Demirović, Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski (Hg.): *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 203–231.
- Kaufmann, Jean-Claude 1994 [1992]: *Schmutzige Wäsche. Zur ehelichen Konstruktion von Alltag*. Übers. von Andreas Gipper und Mechthild Rahner. Konstanz: UVK.
- Knapp, Gudrun-Axeli 2010: *Kritische Theorie: Ein selbstreflexives Denken in Vermittlungen*, in: Ruth Becker und Beate Kortendiek (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, 190–199.
- König, Tomke 2012: *Familie heißt Arbeit teilen. Transformationen der symbolischen Geschlechterordnung*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Koppetsch, Cornelia und Günter Burkart 1999: *Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechternormen im Milieuvvergleich*. Konstanz: UVK.
- Krebs, Hans-Peter und Thomas Sablowski 1994: *Ökonomie als soziale Regularisierung*, in: Alex Demirovic, Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski (Hg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 104–127.
- Madörin, Mascha 2007: *Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze*, in: Denknetz (Hg.): *Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung*. Denknetz Jahrbuch. Zürich: Edition 8, 141–162.
- Madörin, Mascha 2009: *Im Gesundheitswesen werden keine Autos montiert – eine Rahmenerzählung*, in: *Olympe – Feministische Arbeitshefte zur Politik* 30(2), 93–95.
- Marx, Karl 1983 [1894]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*, in: *Marx-Engels-Werke. Band 25*. Berlin: Dietz.

- Marx, Karl 1988 [1890]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, in: Marx-Engels-Werke. Band 23. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl und Friedrich Engels 1962 [1945/46]: *Die deutsche Ideologie*, in: Marx-Engels-Werke. Band 3. Berlin: Dietz.
- Meißner, Hanna 2008: *Die soziale Konstruktion von Geschlecht – Erkenntnisperspektiven und gesellschaftliche Fragen*, in: Gender Politik Online, FU Berlin. https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_sociale_Konstruktion_von_Geschlecht____Erkenntnisperspektiven_und_gesellschaftstheoretische_Fragen/hanna_meissner.pdf.
- Meißner, Hanna 2010: *Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx*. Bielefeld: transcript.
- Müller, Beatrice 2016: *Wert-Abjektion. Zur Abwertung von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus – am Beispiel der ambulanten Pflege*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rüling, Anneli 2007: *Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Senghaas-Knobloch, Eva 2005: *Fürsorgliche Praxis und die Debatte um einen erweiterten Arbeitsbegriff in der Arbeitsforschung*, in: Ingrid Kurz-Scherf, Lena Corell und Stefanie Janczyk (Hg.): *In Arbeit: Zukunft. Die Zukunft der Arbeit und der Arbeitsforschung liegt in ihrem Wandel*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 54–69.
- Speck, Sarah 2018: *Autonomie, Authentizität, Arbeitsteilung. Paradoxien der Gleichheit in modernen Geschlechterarrangements*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 15(1), 21–44.
- Speck, Sarah 2022: *Ungleiche Gleichheit in Paarbeziehungen. Paradoxe Umschläge und immanente Kritik*, in: Axel Honneth, Kai-Olaf Maiwald, Sarah Speck und Felix Trautmann (Hg.): *Normative Paradoxien: Verkehrungen des gesellschaftlichen Fortschritts*. Frankfurt a. M.: Campus, 337–366.
- Tronto, Joan 2011: *A Feminist Democratic Ethics of Care and Global Care Workers: Citizenship and Responsibility*, in: Rianne Mahon and Fiona Robinson (Hg.): *Feminist Ethics and Social Policy. Toward a New Global Political Economy of Care*. Vancouver: UBC Press, 162–178.
- Umrath, Barbara 2018: *Leerstelle Geschlechterverhältnisse? – Eine feministische Betrachtung der älteren Kritischen Theorie und ihrer Rezeption*, in: *Feministische Studien* 18(1), 49–58.
- Umrath, Barbara 2019: *Geschlecht, Familie, Sexualität. Die Entwicklung der Kritischen Theorie aus der Perspektive sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.

(Un-)Zugehörigkeiten. Eine queere materialistische Perspektive auf Sorgebeziehungen

Sarah Mühlbacher

Sorgebeziehungen waren in den letzten Jahrzehnten einem großen Wandel unterworfen. Gleichzeitig zeigen sich immense Beharrungskräfte und widersprüchliche Entwicklungsdynamiken. Sorgearbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar, ohne sie kann auch keine Lohnarbeit stattfinden. Ungeachtet dessen bleibt Care-Arbeit im Kapitalismus familialisert, privatisiert und damit in die Eigenverantwortung der Individuen delegiert. Darauf machen materialistische Feminist:innen seit den 1970er Jahren aufmerksam (vgl. unter anderen Federici 2012; Bhattacharya 2017). Dennoch ereigneten sich in den letzten Jahrzehnten große politische und soziale Umbrüche. Unbezahlte Sorgearbeiten werden zunehmend in Wert gesetzt. Diese Entwicklung steht fraglos in einem Zusammenhang mit einer Egalisierung von Geschlechterverhältnissen durch eine gestiegene Frauenerwerbstätigkeit. Als persistent erweist sich jedoch die Abwertung von Sorgearbeit. Als unbezahlte Haus- und Familienarbeit wird sie nach wie vor unsichtbar gemacht oder als Liebesdienst ideell überhöht. Bezahlte Care-Arbeit wiederum ist einem direkten Verwertungsparadigma unterworfen, was sich etwa an der zunehmenden Ökonomisierung der Kranken- und Altenpflege oder der Kinder- und Jugendhilfe zeigt (Sauer 2014: 171).

Neben der gleichzeitigen Unverzichtbarkeit wie Abwertung der Sorgearbeit zeigen sich weitere Widersprüche. Auf der einen Seite erfordert die Fiktion des autonomen Rechts- und Wirtschaftssubjekts die Unsichtbarmachung von Sorgearbeit. Auf der anderen Seite wird die bürgerliche Kleinfamilie immer noch als hegemoniale Lebensform privilegiert und andere Lebensweisen werden demgegenüber marginalisiert. Wie Melinda Cooper (2019) darlegt, kann die Persistenz der bürgerlichen Kleinfamilie nicht einfach als Beharrungskraft konservativer politischer Kräfte verstanden werden, sondern sie ist vielmehr das Ergebnis einer Allianz konservativer und neoliberaler Kräfte.

Dennoch haben soziale Kämpfe der letzten Jahrzehnte zu einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung diverser Lebensweisen geführt. Die Analyse rechtlicher Kämpfe und Reformen offenbart allerdings, dass die Erweiterung und Diversifizierung *rechtlicher* Definitionen von Familie und Elternschaft nur sehr langsam voranschreitet. Trotz der Erweiterung der Ehe und der Schaffung der Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, gemeinsam für Kinder zu sorgen, werden die derzeitigen rechtlichen Regelungen den Lebensrealitäten queerer Familien nicht gerecht. Noch immer müssen beispielsweise lesbische und bisexuelle Mitmütter ein aufwändiges Adoptionsverfahren durchlaufen (Schlender und Evcil 2023: 5).

Einige Theorien interpretieren die zunehmende Anerkennung diverser Lebensformen vorrangig als Vereinnahmung durch neoliberale Kräfte, die sich für die Aufrechterhaltung spätkapitalistischer Gesellschaften als funktional erweisen. Angesichts der oben genannten Befunde muss jedoch festgestellt werden, dass diese These die Integrationskräfte neoliberaler Gesellschaften überschätzt. Wenn Nancy Fraser (2022) von einem »progressive neoliberalism« (ebd.: 69) spricht, der die Forderungen nach Vielfalt und Pluralität vollkommen in die eigene Strukturlogik eingeschrieben habe, berücksichtigt sie zum einen nicht im ausreichenden Maße die Widersprüchlichkeit gegenwärtiger gesellschaftlicher Konfliktlagen. Zum anderen unterschätzt Fraser das gesellschaftstransformierende Potenzial etwa feministischer, queerer oder antirassistischer Initiativen und Bewegungen. Eine wichtige Aufgabe eines materialistischen Feminismus der Gegenwart besteht darin, die Bedeutung sozialer und politischer Kämpfe nicht zu unterschätzen, weder hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung noch hinsichtlich ihrer kreativen Gestaltungskraft. Allerdings besteht eine Stärke der herrschaftskritischen Perspektive materialistischer Ansätze darin, dass sie in der Lage sind, strukturelle Hürden sozialer Kämpfe sichtbar zu machen, und so beispielsweise auf assimilatorische und ausschließende Tendenzen gesellschaftlicher Einschlüsse hinweisen können.

In meinem Beitrag nähere ich mich der Komplexität der verschränkten Herrschaftsverhältnisse an, die die gegenwärtige Verfasstheit von Sorgebeziehungen auszeichnet. Materialistische Feminismen weisen einen ökonomischen Reduktionismus zurück, der die Produktionsverhältnisse als alleiniges Gravitationszentrum gesellschaftlicher Herrschaft begreift und der Klassenverhältnisse und -kämpfe ausschließlich in Lohnarbeitsverhältnissen verortet. Sie stellen damit die Trennlinien zwischen Produktion und Reproduktion sowie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit in Frage.

Im Zentrum meines Beitrags steht die Frage, worauf die Schwierigkeiten und Beharrungskräfte zurückzuführen sind, mit denen Versuche konfrontiert sind, durch Rechtsreformen Abhilfe zu schaffen bei strukturellen Sorgeskrisen in kapitalistischen Gesellschaften. Ich greife dabei auf konzeptionelle Stränge zurück, die die Analyse gegenwärtiger kapitalistischer und nationalstaatlich organisierter Gesellschaften nicht nur um Geschlecht als zentrale gesellschaftliche Ordnungskategorie erweitern, sondern insbesondere die heteronormative gesellschaftliche Ordnung in den Blick rücken. Im ersten Schritt werde ich eine queere materialistische Perspektive unter Berücksichtigung der vieldimensionalen wechselseitigen Durchdringung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse skizzieren. Im zweiten Schritt werde ich mich auf rechtliche Reformdiskurse um die rechtliche Regulierung von Familien und Sorgegemeinschaften beziehen und die Beharrungskräfte beschreiben, denen diese ausgesetzt sind.

Materialität von Sorgebeziehungen

Die hegemoniale Vorstellung, dass die bürgerliche Kleinfamilie die grundlegende Organisationsweise von Sorgebeziehungen darstelle, eine Grundeinheit von Gesellschaft bilde und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiere, bezeichnet Gisela Notz als Familialismus (oder Familismus) (Notz 2015: 17). Auch die Theorien des Marxismus blieben von der immensen Wirkmächtigkeit der familialistischen Ideologie nicht unberührt. Auf der einen Seite ist die Kritik an der bürgerlichen Familie ein wiederkehrender Topos marxistischer Gesellschaftskritik. Bereits Karl Marx und Friedrich Engels (1972) hielten im *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848 die Forderung nach der Abschaffung der Familie fest: »Aufhebung der Familie! Selbst die Radikalsten ereifern sich über diese schändliche Absicht der Kommunisten.« (Ebd.: 478) Auf der anderen Seite weist aber auch der Marxismus Tendenzen auf, die Familie und Geschlechterverhältnisse zu naturalisieren. Nach Roderick A. Ferguson (2023) wird der historische Materialismus der gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit von Race, Geschlecht und Sexualität nicht gerecht. Ferguson attestiert der marxistischen Theorie ein »Schweigen« zu diesen Fragen, das versäumt, gegen liberale und bürgerliche Auffassungen von diesen Verhältnissen Einspruch zu erheben (ebd.: 315).

»Indem er zu Sexualität und Geschlecht schwieg, nahm der historische Materialismus, genau wie die liberale Ideologie, normative Heterosexualität als Maßstab für Ordnung, Natur und Universalität und machte das, was von heteropatriarchalen Idealen abwich, zum Symbol des Chaos.« (Ebd.: 317)

Das Schweigen über Geschlecht und Sexualität lässt damit, so Ferguson, eine liberale und bürgerliche Unterscheidung zwischen Chaos und Ordnung unangetastet. Diese Unterscheidung wiederum weist klassenbezogene und rassifizierende Gehalte auf. Sowohl historisch als auch gegenwärtig waren bzw. sind insbesondere arme und rassifizierte gesellschaftliche Gruppen mit der Zuschreibung abweichender Sexualität und dysfunktionaler Familienverhältnisse konfrontiert (ebd.). Diese Zuschreibungen wiederum schaffen und intensivieren materielle gesellschaftliche Ausschlüsse. Rassistische Narrative um die »Black Single Welfare Queen« sind Teil einer neoliberalen Legitimierungsstrategie, die den Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit flankiert (Wacquant 2009: 84). Auch im deutschen Kontext sind gesellschaftliche Ausschlüsse die gelebte Erfahrung vieler Alleinerziehender. In sozialpolitischen Debatten werden sie etwa mit der Unterstellung konfrontiert, den Kindesunterhalt für den eigenen Konsum auszugeben. In einem offenen Brief an die Bundesfamilienministerin Lisa Paus und die Bundesregierung üben Verbände alleinerziehender Eltern scharfe Kritik an der Aussage des Bundesfinanzministers Christian Lindner, alleinerziehende Elternteile bedürften sozialpolitischer Anreize zur Erwerbsbeteiligung. In der Stellungnahme heißt es:

»Beklagenswert ist vor allem, dass Herr Lindner als Bundesfinanzminister faktisch falsche Aussagen über eine gesellschaftliche Gruppe macht, diese gesamtgesellschaftlich sowie öffentlich diskreditiert und damit die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt. Die Argumentation von Bundesfinanzminister Christian Lindner zeigt einmal mehr: Alleinerziehende Mütter werden in der Care- und Betreuungsfrage allein gelassen und im Zweifel sogar von Politik und Wirtschaft für ihre Familiensituation abgestraft.« (Konieczny et al. 2023)

Dorothy Roberts (2022 und 2023) hat für den US-amerikanischen Kontext umfangreiche Studien über den Zusammenhang von Regimen des Kinderschutzes und der Bestrafung von Armut durchgeführt. Roberts argumentiert, dass die Institutionen des Kinderschutzes marginalisierte Eltern, in Roberts' Untersuchung insbesondere Schwarze Eltern, für die prekären Situationen, in denen sich ihre Kinder befinden, verantwortlich machen und verstärkt in diese Familien intervenieren. Die strukturellen Ursachen für die-

se Verhältnisse, nämlich Ausbeutung, Investitionsabbau und staatliche Gewalt, werden dadurch verdeckt und der Kritik entzogen (Roberts 2023: 234). Roderick A. Ferguson (2023) schlägt ausgehend von diesen blinden Flecken des Marxismus eine Queer-of-Color-Analyse vor, die das Verhältnis von vergeschlechtlichten, rassifizierten und sexuellen Praktiken sowie nationalstaatlichen und kapitalistischen Institutionen untersucht (ebd.: 314). Die Queer-of-Color-Analyse steht dabei laut Ferguson in einem desidentifikatorischen Verhältnis¹ zum historischen Materialismus. Das bedeutet, sie verwirft ihn nicht, aber sie »desidentifiziert« sich von seinem Schweigen über Rassismus und von der Naturalisierung cis-heteropatriarchaler Verhältnisse und rückt diese Verhältnisse ins Zentrum der Analyse (ebd.: 314 ff.; dazu auch Trott und Laufenberg 2023: 38 f.).

Damit interveniert die Queer-of-Color-Analyse nicht nur in die Diskurse des historischen Materialismus, sondern auch in Diskurse materialistischer Feminismen, die zwar die Kritik von Ausbeutung entlang vergeschlechtlichter Arbeitsteilung als Ausgangspunkt wählen, aber die binäre cis-heteronormative Geschlechterordnung keiner weiteren Untersuchung unterziehen. Eine queere materialistische Perspektive nimmt also ihren Ausgangspunkt bei den vielfältigen Verschränkungen gesellschaftlicher Widersprüche. Auf der einen Seite war die Familiarisierung der Sorgearbeit als vergeschlechtlichte, abgewertete und unsichtbar gemachte Tätigkeit von zentraler Bedeutung für die Formierung kapitalistischer Gesellschaften (vgl. Federici 2018), auf der anderen Seite produzieren diese Verhältnisse beständig die Überschreitung vergeschlechtlichter, cis-heteronormativer und rassifizierter Normen, deren materielle Bedingungen Ferguson in den prekären Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnissen kapitalistischer Gesellschaften verortet. Die daraus resultierenden Lebensbedingungen bedeuten für viele Arbeiter:innen und insbesondere für rassifizierte Arbeitskräfte einen Ausschluss aus bürgerlichen Lebensweisen und Familienformen. Die Frage nach queeren Lebensformen ist Ferguson zufolge eng verschränkt mit der Klassenfrage. Ferguson wählt die Figur der Schwarzen Dragqueenprostituierten als Leitmotiv seiner Abhandlung. Sie wird vorgestellt als Verkörperung von Queerness, hervorgebracht durch die materiellen Verhältnisse, in die sie geworfen ist, die sie aber permanent überschreitet durch ihre Lebensweise (Ferguson 2023: 309 f., 330). Allerdings bleibt auch Fergusons Beitrag reduktionistisch, da soziale Bewegungen und Kämpfe in dieser Perspektive nicht hinreichend berücksichtigt werden.

1 Ferguson bezieht sich an dieser Stelle auf José Esteban Muñoz (2023).

Aus den bisherigen Überlegungen folgt, dass materielle und heteronormative Verhältnisse nicht analytisch getrennt voneinander untersucht werden können – sie durchdringen sich vielmehr wechselseitig. Auf diesen Zusammenhang weisen auch Ansätze hin, die das Verhältnis von klassenspezifischen, heteronormativen sowie kolonialen Herrschaftsverhältnissen untersuchen. Nach Maria Lugones (2007) etablierte der Kolonialismus ein neues Geschlechterregime, das Kolonisierte und Kolonialist:innen auf sehr unterschiedliche Weise vergeschlechtlichten Subjektivierungsweisen unterzogen hat: »Thus, it introduced many genders and gender itself as a colonial concept and mode of organization of relations of production, property relations, of cosmologies and ways of knowing.« (Ebd.: 186) Ähnlich wie Maria Lugones geht auch Brenna Bhandar (2018) davon aus, dass Kolonialismus nicht nur auf Landraub sowie auf der Extraktion von Ressourcen und Arbeitskräften beruht, sondern darüber hinaus auch die gewaltvolle Implementierung des patriarchalen, binären Geschlechtersystems mit sich brachte. Bhandar konstatiert einen Zusammenhang zwischen kolonialen Regimen des Eigentums und modernen Subjektivierungsweisen, den sie als »Identity-Property-Nexus« beschreibt (ebd.: 149 ff.). Die Kolonisor:innen verkörpern dabei das Ideal des egoistischen, sich selbst besitzenden Subjekts, dessen Identität mit dem Vorgang der Landaneignung eng verschränkt ist. Indigene Menschen oder Angehörige der *First Nations* gelten als Negativfolie dieser Subjektivierungsweise. Das Reservat wird zum Ort des Ausschlusses aus der Öffentlichkeit und den Märkten (ebd.: 158). Von der eigentumsförmigen Überschreibung von Subjektivierungsweisen sind jedoch nicht nur die Kolonisor:innen, sondern auch die Kolonisierten betroffen. Bhandar veranschaulicht diesen Zusammenhang anhand des kanadischen sogenannten Indian Act von 1886, der aus kolonialer Perspektive die Bedingungen für die Zugehörigkeit zu einer »First Nation« definieren will: »First. Any male person of Indian blood reputed to belong to a particular band; Secondly. Any child of such person; Thirdly. Any woman who is or was lawfully married to such person.« (Ebd.: 159) Die Zuschreibung des Status als *First Nation* geschieht also auf eine biologistische, rassifizierte und vergeschlechtlichte Art und Weise. Die Kolonialverwaltungen gewährte den Zugang zum Status *First Nation* allein Männern. Der Zugehörigkeitsstatus von Frauen ergab sich aus ihrem Verhältnis zu Männern. Sie erhielten diesen Status nur als Ehefrauen und sie verloren ihn, wenn sie Männer heirateten, die keine Mitglieder der *First Nation* waren. Daraus leitet Bhandar ein spezifisches Verhältnis von Identität, Status und Eigentum ab. Der Status, sowohl des Weiß-

seins als auch der Status *First Nation*, wird selbst zum Eigentum, das heißt zu etwas von ökonomischem Wert, das den Zugang zu Land, Märkten und Gemeinschaften reguliert (ebd.: 177 f.). Der Kolonialismus brachte damit eine gewaltvolle Verbreitung der binären Geschlechterordnung und der patriarchalen Familie mit sich. Die männliche Überlegenheit wurde in den kolonialen Regimen von Öffentlichkeit und Bildung festgeschrieben (Oyěwùmí 1997: 135). Frauen wurde in diesem Gefüge eine Position der Abhängigkeit zugeschrieben, so Kim TallBear (2018: 156). Mit dieser gewaltsamen Implementierung von bestimmten Familienverhältnissen ging die Abwertung der Lebensrealitäten indigener Communitys einher, deren davon abweichende Familienstrukturen mit Zerrüttung assoziiert wurden (ebd.: 148 f.).

»Colonial notions of family insidiously continue to stigmatize us as they represent the normative standard against which we are measured. Perhaps our kinship arrangements are actually culturally, emotionally, financially, and environmentally more sustainable than that nuclear family two-parent model we are so good at failing at, and that's why we are ›failing.« (Ebd.: 156 f.)

Eine soziologische Untersuchung kann diesen Lebensrealitäten nur gerecht werden, wenn sie die wechselseitige Verschränkung lokaler und globaler Verhältnisse in den Blick nimmt. Die Lebenssituationen indigener Familien, die Kim TallBear schildert, können nicht hinreichend beschrieben werden, wenn etwa nur kapitalistische Verhältnisse oder nur vergeschlechtlichte Arbeitsteilung als Analysefokus gewählt werden. Die Zuschreibung »zerrüttete Familien« kann in diesem Kontext als Responsibilisierung individueller Lebensgemeinschaften verstanden werden, die die komplexe Verschränkung von heteronormativen, kapitalistischen und andauernden kolonialen Verhältnissen verdeckt. Diese Verhältnisse sind stets vor dem Hintergrund der jeweils spezifischen lokalen Bedingungen zu analysieren.

Exkludierende Allianzen: Fallstricke sozialer Kämpfe um Sorge

Meine bisherigen Ausführungen haben verdeutlicht, dass Sorgebeziehungen von vielfältigen Herrschaftsverhältnissen durchzogen sind. Eine queere Perspektive ergänzt materialistische Ansätze nicht einfach, indem sie den Fokus

um den Aspekt der Heteronormativität erweitert, sondern indem sie auf die komplexe wechselseitige Durchdringung dieser Verhältnisse aufmerksam macht. Sowohl gegenwärtige Lebensrealitäten als auch deren historische Entwicklung zeichnen sich durch Gleichzeitigkeiten und Widersprüche aus. Lineare Fortschrittserzählungen sind genauso wenig zutreffend wie Narrative unveränderter Herrschaftszusammenhänge, die jegliche Emanzipationsgewinne sofort wieder kassierten. Im zweiten Teil meines Beitrags gehe ich auf die Frage ein, worauf die Schwierigkeiten und Beharrungskräfte zurückzuführen sind, mit denen Versuche einhergehen, gegen strukturelle Sorgeskrisen in kapitalistischen Gesellschaften vorzugehen.

Ein zentraler Widerspruch kapitalistischer und nationalstaatlich organisierter Gesellschaften besteht darin, dass sie auf der einen Seite Grenzen verflüssigen und sie auf der anderen Seite festigen. Der Übergang vom fordistischen zum neoliberalen Kapitalismus führte etwa dazu, dass vormalig unbezahlt geleistete Haus- und Familienarbeit zunehmend in Wert gesetzt wurde und nun in einem größeren Maß von staatlichen sowie privaten Trägern geleistet wird, etwa im Bereich Kinderbetreuung oder Altenpflege. Diese Entwicklung ist allerdings nicht allein auf die Transformation kapitalistischer Arbeitsregime zurückzuführen, sondern es handelt sich auch um sozial und politisch erkämpfte Emanzipationsgewinne, die Frauen eine höhere Erwerbsbeteiligung ermöglichten und damit eine größere Unabhängigkeit von patriarchalen Abhängigkeitsverhältnissen. Allerdings führte diese Entwicklung nicht zu einer strukturellen Aufwertung von Sorgearbeit, sondern unterwarf sie lediglich einer direkten Ökonomisierungslogik. Die Reprivatisierung von Sorgearbeit infolge des neoliberalen Abbaus von Wohlfahrtsstaatlichkeit führte wiederum zu einer gesteigerten Belastung von Frauen, die nach wie vor einen großen Teil dieser Tätigkeiten leisten (Sauer 2014: 174). Auch Sorgebeziehungen und Sorgearbeit von queeren, trans und nicht-binären Menschen und Familien sind im besonderen Maße von Abwertung betroffen. Aufgrund von queer- und transfeindlichen Umfeldern erfahren junge queere Menschen oftmals Ausschluss aus ihren Familien und sind gezwungen, neue Sorgebeziehungen zu etablieren. Unter der Bedingung der Diskriminierung am Arbeitsplatz, durch das Recht und im privaten Umfeld sind Praktiken der Sorge vor besondere Herausforderungen gestellt (Raha 2021: 94 ff.).

Ein großer Teil bezahlter Care-Arbeit wird ferner von migrantisierten Arbeitskräften unter prekären Bedingungen geleistet. Encarnacion Gutiérrez Rodríguez (2014) spricht in diesem Zusammenhang von einem Fortdauern

kolonialer Arbeitsverhältnisse. Gegenwärtige Migrationspolitiken reproduzieren rassifizierende Logiken, indem der Zugang zu Rechten entlang von Staatsbürger:innenschaft reguliert wird. Ohne Arbeitserlaubnis bleibt oftmals nur die Möglichkeit, in privaten Haushalten zu arbeiten, da hier die Gefahr geringer ist, von Polizeikräften aufgegriffen zu werden (ebd.: 82 ff.). Migration und Grenzregime stehen sich in widersprüchlichen Konstellationen gegenüber, die sich aus der Verschränkung von »Handel und Eroberung«, »Mobilität und Internierung«, »Migration und Abschottung« ergeben (Loick und Thompson 2022: 34).

Für eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf Sorgebeziehungen und Care-Konstellationen ist die Untersuchung von strukturellen Bedingungen, unter denen Sorgearbeit geleistet wird, zentral. Allerdings darf dies nicht zu einer reduktionistischen Betrachtungsweise führen. Durch den Verweis auf politökonomische und politische Verhältnisse lässt sich nicht erschöpfend erklären, wie Gesellschaften Sorgebeziehungen organisieren (Rubin 1975: 163, 205). Die diagnostizierte widersprüchliche Verschränkung von Ein- und Ausschluss trifft auch auf die interne Struktur von Care-Beziehungen zu. Diese können exklusiver oder inklusiver gestaltet sein. Lebensformen sind historisch gewachsen und sie sind Gegenstand und Ergebnis ständiger sozialer und politischer Kämpfe. Feministische Bewegungen und Kämpfe für Kinderrechte haben sowohl die Vorstellungen von Familie als auch deren rechtliche Rahmenbedingungen wesentlich verändert. Im Bürgerlichen Gesetzbuch wurde etwa die Rede von elterlicher Gewalt durch die Pflicht und das Recht zur Sorge ersetzt: »Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen (elterliche Sorge).« (§ 1626 Abs. 1 BGB) Familien können die Beziehungen der Beteiligten mehr oder weniger herrschaftsförmig organisieren. Mit dem Modell der Kleinfamilie gehen jedoch Ausschlüsse einher, die sich sowohl nach außen als auch nach innen erstrecken. Die Kleinfamilien stellen zwar Orte organisierter Sorge dar, diese ist jedoch beschränkt auf eine kleine Gemeinschaft der Zugehörigen. Den Nichtmitgliedern kommt sie nicht zugute. Michèle Barrett und Mary McIntosh (2015) diagnostizieren eine Überschneidung einer konservativen Verteidigung von familialen Werten einerseits und eines konservativen Individualismus andererseits, dem zufolge es an jeder Person ist, sich selbst zu helfen. Denn der konservative Individualismus geht nicht davon aus, dass Kinder für sich selbst sorgen; dies geschieht im Rahmen der hierarchischen generationalen Ordnung der Familie. Doch allen Ideen einer Ausweitung von gesamtgesellschaftlicher Verpflichtung und Solidarität jenseits der Kernfamilie wird mit

großer Skepsis begegnet. Das Beschwören der Familie und das Vertreten von familialen Werten stehen in diesem Konzept nicht im Widerspruch zu einem Menschenbild, in dessen Zentrum das unabhängige und vereinzelt Subjekt steht (ebd.: 44 ff.). Diese Kritik an Sorgebeziehungen aufgrund ihrer ausschließenden Solidarität, die nach dem Kriterium der Zugehörigkeit selektiert, ist jedoch nicht ohne Fallstricke. Geschlossene Orte der Privatheit können Orte der Unterdrückung sein, sie können aber auch überlebensnotwendige Orte des Rückzugs etwa vor einer queerfeindlichen und rassistischen Gesellschaft darstellen. bell hooks (1990) spricht von Schwarzen Familien und Familien of Color als »homeplaces«, das heißt von Räumen, die Orte des Rückzugs und der gegenseitigen Unterstützung sind (ebd.: 383 ff.).

Welche Möglichkeiten stehen sozialen Kämpfen innerhalb dieser komplexen Herrschaftsverhältnisse offen? Im folgenden Abschnitt beschäftige ich mich mit der Frage, mit welchen Fallstricken Kämpfe um Sorge konfrontiert sind, die sich an den Staat wenden. An den Widersprüchen und Paradoxien, in die sich solche Kämpfe verstricken, wird wiederum deutlich, so meine These, dass eine Strukturgleichheit von familialistischen und nationalstaatlichen Organisationsweisen von Care vorliegt, die dazu führt, dass der Versuch von staatlicher Seite, den strukturell bedingten Sorgekrisen in kapitalistischen Gesellschaften wirksam zu begegnen, auf strukturelle Hürden stößt. Staatszentrierte Politiken, also Politiken, die soziale Verbesserungen zu erreichen versuchen, indem sie den Staat adressieren, beispielsweise mit der Forderung nach Rechtsreformen, sind, wie ich darlegen werde, erstens stets davon bedroht, die Privatisierung und die Abwertung von Sorge fortzuschreiben. Zweitens tendieren staatszentrierte Politiken dazu, neue Ausschlüsse hervorzubringen, selbst wenn sie darauf abzielen, unterschiedliche Lebensrealitäten sichtbar zu machen. Gleichzeitig werden politische Reformversuche immer wieder ausgebremst, was die Gegenwartsdiagnose eines »progressive neoliberalism« (Fraser 2022: 69) fraglich erscheinen lässt.

Der Blick auf die Reformentwicklung im Familienrecht der letzten Jahrzehnte macht deutlich, dass politische Kämpfe um die rechtliche Anerkennung der Lebensrealität marginalisierter Familien immensen Beharrungskräften ausgesetzt sind. Eine dieser Diskursblockaden beschreibt Doris Bühler-Niederberger (2010) als Naturalisierung des Eltern-Kind-Verhältnisses. So wird der rechtliche Grundsatz, dass der Umgang mit beiden El-

ternteilen dem Kindeswohl dienlich sei (§ 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB)², auf vermeintliche natürliche Bedürfnisse der Kinder zurückgeführt. Indem die Ansprüche der Kinder naturalisiert werden, werden sie der politischen Aushandlung entzogen. Die Perspektiven der Kinder müssen, dieser Auffassung zufolge, erst gar nicht erfragt und ebenso wenig berücksichtigt werden. Ihre (Mehrheits-)Meinung wird für irrelevant erklärt (Bühler-Niederberger 2010: 26 ff.).

Mit dieser Naturalisierung gehen vielfältige Ausschlüsse einher, die alle eine materielle Dimension aufweisen, weil sie den Zugang zu Rechten, Teilhabe und Ressourcen beeinflussen. Erstens erschwert die Annahme, dass Kinder idealerweise Umgang mit beiden Elternteilen haben, oftmals den Gewaltschutz, wenn, gerichtlich verordnet, der Umgang mit beiden Elternteilen aufrechterhalten werden soll (Liebsch 2018: 121; Sutterlüty 2017: 71 ff.). Zweitens kommt die Prämisse von der Gedeihlichkeit der Zwei-Eltern-Familie nicht allen Zwei-Eltern-Konstellationen gleichermaßen zugute. So müssen lesbische und bisexuelle Mit-Mütter nach wie vor ein langwieriges und diskriminierendes Adoptionsverfahren durchlaufen (Schlender und Evcil 2023: 5). Initiativen wie *nodoption*³ kämpfen seit Jahren für ein Recht der Kinder auf ihre queeren Eltern. Drittens führt das Zwei-Eltern-Prinzip dazu, dass Beziehungen, die viele Kinder mit sozialen Elternteilen führen, vom rechtlichen Schutz ausgeschlossen bleiben. So tritt der LSVD (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland) dafür ein, im deutschen Recht die Möglichkeit von Mehrelternschaft zu verankern. Der Verband fordert einen »verlässlichen rechtlichen Rahmen für Mehreltern-Regenbogenfamilien, der es ermöglicht, dass den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen entsprechend bis zu vier Menschen einvernehmlich rechtliche Elternteile und/oder Sorgeberechtigte sein können« (LSVD 2017).

Erweisen sich Politiken, die die Ausweitung von Rechten marginalisierter Gruppen einfordern, als erfolgreich, drohen jedoch neue Gefahren. Oftmals kommen diese Rechte nur denjenigen Mitgliedern einer Gruppe zugute, die bereits zuvor über die meisten Ressourcen verfügten (vgl. Crenshaw 1989). Diejenigen Mitglieder marginalisierter Familienkonstellationen, die vergleichsweise privilegiert sind, weil sie eine monogame Zweierbeziehung führen, weil sie *weiß* sind und über die Staatsbürgerschaft desjenigen Landes verfügen, in dem sie leben, sind also gut beraten, sich auf diese Privilegien zu

2 »Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen« (§ 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB).

3 Vgl. hierzu www.nodoption.de/.

besinnen und ihre Gleichheit mit den Familien der Mehrheitsgesellschaft zu betonen (Nay 2017: 228). Andere haben diese Option nicht. Es handelt sich bei dem Hinweis auf diese Gefahr nicht um eine moralische Kritik, sondern um eine Kritik jener Anforderungen, die aus den strukturellen Bedingungen der Rechte resultieren.

Die geltenden rechtlichen Regelungen führen jedoch nicht nur zu Ausschlüssen, sondern auch zu einer Privatisierung von Sorge. Alle Formen von Ehe und staatlich anerkannter Familie beruhen auf einer »Individualisierung von sozialer Sicherheit« (Schlender und Evcil 2023: 12). Sozialstaatliche Leistungen greifen erst dann, wenn die Mitglieder der privaten Sorgegemeinschaft nachweislich nicht zur wechselseitigen Unterstützung herangezogen werden können. Jede Ausweitung rechtlicher Anerkennung von Familien bedeutet eine Inklusion in diese Regierungsweise der Individualisierung von Schutz und Versorgungsansprüchen. Gut veranschaulichen lässt sich dieser Fallstrick am Beispiel des im Koalitionsvertrag zwischen den Parteien der Bundesregierung von 2021 festgehaltenen Vorschlags der Einführung einer sogenannten Verantwortungsgemeinschaft. Dabei soll es sich um eine rechtliche Lebensgemeinschaft handeln, die von zwei oder mehr Personen eingegangen werden kann, es sei denn, diese sind bereits verheiratet oder befinden sich in einer Eltern-Kind-Beziehung. Allerdings sollen dabei Sorge- und Aufenthaltsrechte explizit ausgeklammert bleiben. Das Modell lässt damit bestehende materielle Ausschlüsse unangetastet (ebd.: 9 ff.).

Wie Judith Butler (2015) darlegt, sind diejenigen, die politisch etwas erreichen möchten, zum Beispiel erfolgreich Gesetzesreformen anstoßen, gezwungen, sich argumentativ innerhalb der Grenzen des jeweiligen Diskurses zu bewegen, damit die artikulierten Forderungen wahrgenommen werden und in der politischen Arena berücksichtigt werden können (ebd.: 177 f.). Butler unterschätzt jedoch, dass Kämpfe um Reformen, bei allen sie begleitenden Ausschlüssen und assimilierenden Effekten, immer auch eine Überschreitung darstellen, die Anknüpfungspunkte für weitreichendere Transformationen bieten können, selbst wenn ein Kampf scheitert (dazu auch Laufenberg 2022: 222 ff.). Das Potenzial von Rechtskämpfen besteht darin, dass sie auf eine dauerhaft garantierte gesellschaftliche Anerkennung von Anliegen sozialer Gerechtigkeit abzielen und damit die Möglichkeit des Einflusses auf hegemoniale gesellschaftliche Diskurse bieten (vgl. Buckel, Pichel und Vestena 2023).

Diese Kämpfe finden allerdings eine Grenze: in der nationalstaatlichen Begrenztheit moderner Rechts- und Sozialstaaten. Stephan Lessenich (2020)

beschreibt nationalstaatliche Exklusion als »Voraussetzung wie Folgewirkung« der Inklusionsgeschichte der Demokratien des globalen Nordens. Staatsbürgerschaft stellt nach Lessenich eine per se exkludierende Kategorie dar, da ihre zentrale Aufgabe und Wirkung darin besteht, festzulegen, wer Zugang zu den Institutionen und Leistungen eines Staates hat (ebd.: 63). Im Sommer 2023 kritisierten zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die die Einführung einer Kindergrundsicherung gefordert hatten, an dem im September 2023 verabschiedeten Entwurf, dass dieser vorsehe, Kinder, die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten, aus dem Bezug der Grundsicherung auszuschließen (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2023). Forderungen nach einer die Existenzsicherung garantierenden Kindergrundsicherung, die nicht mit anderen Sozialleistungen verrechnet und unabhängig vom Aufenthaltsstatus garantiert wird (Haller und Wolf 2023: 63 f.), finden kein Gehör.

Im Jahr 2021 forderte Pro Asyl gemeinsam mit 27 Kinder- und Menschenrechtsorganisationen die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu stoppen. In der Erklärung kritisieren sie das Leid und die lebensgefährliche Situation der flüchtenden Menschen, die durch die Abschottungspolitik der EU ausgelöst werden. Die Forderungen beinhalten den Stopp des Baus von Zäunen und das Ende illegaler Pushbacks, den Ausbau legaler Zugangswege, den Abbau von Hürden für Familienzusammenführungen und den Zugang zu humanitärer Hilfe (vgl. Pro Asyl et al. 2021).

Beziehungen der Unzugehörigkeit

Ich habe dargelegt, dass Sorgebeziehungen von verschränkten Herrschaftsverhältnissen patriarchaler, heteronormativer, kapitalistischer und nationalstaatlich organisierter Gesellschaften durchzogen sind. Kämpfe um Sorge sind Kämpfe um die materiellen Grundlagen dieser Gesellschaften. Sie adressieren Ausbeutungsverhältnisse, Zugänge zu Ressourcen sowie Aus- und Einschlüsse. Soziale Kämpfe um die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von diversen Lebens- und Familienformen beweisen jedoch die Möglichkeit, Herrschaftsverhältnisse herauszufordern, obwohl sie immer wieder auf Hürden und Beharrungskräfte stoßen. Eine queere materialistische Perspektive bietet einen Reflexionsrahmen, um diesen Beharrungs-

kräften zu begegnen, und eröffnet damit Perspektiven auf eine radikale gesellschaftliche Transformation. Familialistische und nationalstaatliche Organisationsweisen von Sorge weisen eine Strukturgleichheit auf, die auf Ausschluss und Einhegung basiert. Diese Ausschlüsse zeitigen Folgen sowohl nach innen als auch nach außen. Die Sorgebeziehungen der Rechtssubjekte sind hierarchisch. Auch wenn ein Rechtssubjekt sich anderen zuwendet und beispielsweise Sorgebeziehungen eingeht, tut es dies von der eigenen Parzelle aus, ohne dass die eingegangene Beziehung dazu in der Lage wäre, diese zu transzendieren (Redecker 2020: 222 ff.). Einer fürsorgebedürftigen Person steht eine sorgende Person gegenüber. In einem solchen Verhältnis zu stehen, bedeutet, dass die eine Person zum Treuhänder des Wohls der anderen Person wird. Das Treuhandmodell der Sorge ist nicht relational, weil es die Wechselseitigkeit von Sorgebeziehungen ausblendet (Holzleitner 2012: 68 ff.; Wapler 2017: 28 ff.). Sorge, die in kleine Einheiten eingeht, kommt nur denjenigen zugute, die Angehörige einer auf Mitgliedschaft basierenden Gemeinschaft sind – sei es eine Familie oder ein Nationalstaat. Eine materialistisch und herrschaftskritisch informierte Care-Ethik, in Anschluss etwa an Nira Yuval-Davis (2011: 197 ff.), verweist auf eine Aufwertung, Vermehrung, Enthierarchisierung und Universalisierung von Sorge, die Grenzen von Sorgegemeinschaften zu transzendieren weiß. Bereits praktizierte Formen von queeren Verwandtschaften, die Care jenseits von heteronormativen Zuschreibungen organisieren und Sorge nicht nur den Mitgliedern der eigenen Gemeinschaften zukommen lassen, sind nicht frei von Widersprüchen, aber sie beweisen die Möglichkeit praktizierter Alternativen im Hier und Jetzt. Zusammen-Leben und Füreinander-Sorgen zu queeren, birgt das Potenzial, Einspruch zu erheben gegen die Einhegung der Sorge in exkludierende Einheiten und verweist auf eine Solidarität, die auf Unzugehörigkeit beruht.

Literatur

- Barrett, Michèle und Mary McIntosh 2015 [1982]: *The Anti-Social Family*. London und New York: Verso.
- Bhandar, Brenna 2018: *Colonial Lives of Property. Law, Land, and Racial Regimes of Ownership*. Durham: Duke University Press.

- Bhattacharya, Tithi 2017: Introduction: Mapping Social Reproduction Theory, in: Tithi Bhattacharya (Hg.): *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Re-centering Oppression*. London: Pluto Press, 1–20.
- Buckel, Sonja, Maximilian Pichl und Carolina A. Vestena 2023: Legal Struggles. A Social Theory Perspective on Strategic Litigation and Legal Mobilisation, in: *Social & Legal Studies* 33(1). <doi.org/10.1177/09646639231153783>.
- Bühler-Niederberger, Doris 2010: Organisierte Sorge für Kinder. Eigenarten und Fallstricke – eine generationale Perspektive, in: dies., Johanna Mierendorff und Andreas Lange (Hg.): *Kindheit zwischen fürsorglichem Zugriff und gesellschaftlicher Teilhabe*. Wiesbaden: Springer VS, 17–41.
- Butler, Judith 2015 [2004]: Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen. Übers. von Karin Wördemann und Martin Stempfhuber. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Cooper, Melinda 2019: *Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. New York: Zone Books.
- Crenshaw, Kimberlé 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, in: *University of Chicago Legal Forum* 4(1), 139–167.
- Deutsches Kinderhilfswerk 2023: Alle Kinder haben dieselben Rechte – Kindergrundsicherung muss auch Geflüchtete einschließen. <<https://www.dkhw.de/presse/schlagzeilen-archiv/schlagzeilen-details/alle-kinder-haben-dieselben-rechte-kindergrundsicherung-muss-auch-gefluechtete-einschliessen>>.
- Federici, Silvia 2012 [1975]: Wages against Housework, in: dies.: *Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle*. Oakland: PM Press, 15–22.
- Federici, Silvia 2018 [2004]: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Übers. von Max Henninger. Wien: Mandelbaum.
- Ferguson, Roderick A. 2023 [2004]: Queer-of-Color-Kritik, historischer Materialismus und kanonische Soziologie. Übers. von Zacharias Wackwitz, in: Mike Laufenberg und Ben Trott (Hg.): *Queer Studies. Schlüsseltex-te*. Berlin: Suhrkamp, 309–351.
- Fraser, Nancy 2022: *Cannibal Capitalism. How Our System Is Devouring Democracy, Care, and the Planet – and What We Can Do About It*. London: Verso.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2014: Haushaltsarbeit und affektive Arbeit. Über Feminisierung und Kolonialität von Arbeit. Übers. von Dorothea Schmidt, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 44(1), 71–91.
- Haller, Lisa Yashodhara und Katharina Wolf 2023: Finanzierung von Familien neu denken. Kindergrundsicherung und Elterngeld. Policy-Paper der Heinrich-Böll-Stiftung. <<https://www.gwi-boell.de/de/2023/07/24/finanzierung-von-familien-neu-denken-kindergrundsicherung-und-elterngeld>>.

- Holzleitner, Elisabeth 2012: Geschlechterrolle und Fürsorge, in: Matthias Kaufmann und Joachim Renzikowski (Hg.): Zurechnung und Verantwortung. Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22.–24. September 2010 in Halle. Stuttgart: Steiner, 63–77.
- hooks, bell 1990: *Yearning. Race, Gender, and Cultural Politics*. Boston: South End Press.
- Konieczny, Esther, Stefanie Ponikau, Heidi Thiemann und Sara Buschmann 2023: Offener Brief zur Kindergrundsicherung: Frauenfeindliches Narrativ über Alleinerziehende – Jetzt reicht's! solomuetter.de/2023/08/29/offener-brief-zur-kindergrundsicherung/.
- Laufenberg, Mike 2022: *Queere Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Lessenich, Stephan 2020 [2019]: *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Ditzingen: Reclam.
- Liesch, Katharina 2018: Verordnete Zusammenarbeit, in: Johannes Stehr, Roland Anhorn und Kerstin Rathgeb (Hg.): *Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution*. Wiesbaden: Springer VS, 117–125.
- Loick, Daniel und Vanessa E. Thompson 2022: Was ist Abolitionismus?, in: dies. (Hg.): *Abolitionismus. Ein Reader*. Berlin: Suhrkamp, 7–56.
- LSVD 2017: Was fordert der LSVD für Regenbogenfamilien? LSVD-Positionspapier »Regenbogenfamilien im Recht«. www.lsvd.de/de/ct/458-Was-fordert-der-LSVD-fuer-Regenbogenfamilien.
- Lugones, María 2007: Heterosexualism and the Colonial / Modern Gender System, in: *Hypatia* 22(1), 186–209.
- Marx, Karl und Friedrich Engels 1972 [1848]: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: *Marx-Engels-Werke*. Band 4. Berlin: Dietz, 459–493.
- Muñoz, José Esteban 2023 [1999]: *Desidentifizierungen performen*. Übers. von Zacharias Wackwitz, in: Mike Laufenberg und Ben Trott (Hg.): *Queer Studies. Schlüsseltexte*. Berlin: Suhrkamp, 195–246.
- Nay, Yv. E. 2017: *Feeling Family. Affektive Paradoxien der Normalisierung von Regenbogenfamilien*. Wien: Zaglossus.
- Notz, Gisela 2015: *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes*. Stuttgart: Schmetterling.
- Oyéwúmi, Oyèrónké 1997: *The Invention of Women. Making an African Sense of Western Gender Discourses*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Pro Asyl et al. 2021: *Stoppt die Kinderrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen!* https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Appell_Stoppt-die-Kinderrechtsverletzungen-an-den-EU-Grenzenpdf.pdf.
- Raha, Nat 2021: *A Queer Marxist Transfeminism. Queer and Trans Social Reproduction*, in: Jules Joanne Gleeson und Elle O'Rourke (Hg.): *Transgender Marxism*. London: Pluto Press, 85–115.
- Redecker, Eva von 2020: *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt a. M.: Fischer.

- Roberts, Dorothy 2022: *Torn Apart. How the Child Welfare System Destroys Black Families and How Abolition Can Build a Safer World*. New York: Basic Books.
- Roberts, Dorothy 2023: *Why Abolition*, in: *Family Court Review* 61(2), 229–241.
- Rubin, Gayle 1975: *The Traffic in Women. Notes on the »Political Economy« of Sex*, in: Rayna R. Reiter (Hg.): *Toward an Anthropology of Women*. New York: Monthly Review Press, 157–210.
- Sauer, Birgit 2014: *Komplexe soziale Ungleichheiten, Citizenship und die Krise der Demokratie*, in: Erna Appelt (Hg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 167–185.
- Schlender, Alicia und Sevda Evcil 2023: *Elternschaft rechtlich neu denken. Mitmutterschaft, Verantwortungsgemeinschaft und Kleines Sorgerecht*. <www.boell.de/de/2023/05/05/elternschaft-rechtlich-neu-denken-mitmutterschaft-verantwortungsgemeinschaft-und>.
- Sutterlüty, Ferdinand 2017: *Normative Paradoxien der rechtsstaatlichen Sorge um das Kindeswohl*, in: ders. und Sabine Flick (Hg.): *Der Streit ums Kindeswohl*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 52–87.
- TallBear, Kim 2018: *Making Love and Relations Beyond Settler Sex and Family*, in: Adele E. Clarke und Donna Haraway (Hg.): *Making Kin Not Population*. Chicago: Prickly Paradigm Press, 145–164.
- Trott, Ben und Mike Laufenberg 2023: *Queer Studies. Genealogien, Normativitäten, Multidimensionalität*, in: dies. (Hg.): *Queer Studies. Schlüsseltexte*. Berlin: Suhrkamp, 7–99.
- Wacquant, Loïc 2009: *Punishing the Poor. The Neoliberal Government of Social Insecurity*. Durham und London: Duke University Press.
- Wapler, Friederike 2017: *Das Kindeswohl: individuelle Rechtsverwirklichung im sozialen Kontext. Rechtliche und rechtsethische Betrachtungen zu einem schwierigen Verhältnis*, in: Ferdinand Sutterlüty und Sabine Flick (Hg.): *Der Streit ums Kindeswohl*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 14–51.
- Yuval-Davis, Nira 2011: *The Politics of Belonging. Intersectional Contestations*. Los Angeles: Sage.

Sprache, Materialität und Commons

Universelle Sprache. Vicki Kirbys Neomaterialistischer Feminismus

Anastassija Kostan

Die feministischen Neomaterialismen stellen ein in sich äußerst heterogenes und diverses Forschungsfeld dar, das den feministischen Materialismus mit Hilfe eines erneuerten Körperdenkens und eines neu gestalteten Begriffs von Materialität radikal ausweitet. Materialistische Feminismen nehmen herkömmlicherweise schon »die Gesamtheit der Verhältnisse in den Blick, unter denen Geschlechterungleichheit (re-)produziert wird, sich verschiedene Herrschaftsverhältnisse verschränken, aber auch Möglichkeiten des Widerstandes hervorgerufen werden« (Prokla 2014: 2). Die feministischen Neomaterialismen ergänzen solche kritischen Verhältnisbestimmungen noch, indem sie analysieren, wie auch natürliche und technologische Verkörperungsprozesse, Umwelten und Infrastrukturen in die Verhältnisse hineinwirken (vgl. Barla 2019; Fox und Alldred 2019: 1).

Gemeinsam ist den disziplinar so verschiedenen Schlüsselautorinnen der feministischen Neomaterialismen, wie der Wissenschaftsforscherin Donna Haraway, der (Neuro-)Psychologin Elizabeth Wilson, der Physikerin Karen Barad oder der Philosophin Elizabeth Grosz, die Perspektive »relationaler Ontologien« (Hoppe und Lemke 2021: 141 f.; vgl. Kallmeyer 2019). Sie ergänzen die vormalige und vor allem für poststrukturalistische Feminismen bezeichnende Dominanz sprach- und diskurstheoretischer Ansätze¹ um ei-

1 Der Sprache sei – selbst in der Analyse materieller Verhältnisse – »zu viel Macht eingeräumt« worden (Barad 2012: 7). »Sprache« steht dabei auch stellvertretend für poststrukturalistische und meist mit Judith Butler verbundene sozialkonstruktivistische Ansätze. Die von den feministischen Neomaterialismen eingeleitete »post-Butler'sche« Wende feministischer Theorien (Holland-Cunz 2017: 124; vgl. Palm 2010) korrespondiert mit der häufig geäußerten Kritik am Sozialkonstruktivismus, er würde materielle Körper in Sprache auflösen oder als einen bloßen Effekt performativer Praxis konzipieren (Meißner 2008: 12, 22, Anm. 34 und 2010: 39–41; Villa 2012: 143–152).

nen nichtessenzialistischen Fokus auf Materie.² Verschiedene Körper, Dinge und Objekte sowie Aktivitäten der nichtmenschlichen Natur setzen sie dabei nicht als passiv und gegeben voraus, sondern betonen den hybriden und dynamischen Charakter von Materialisierungsprozessen. Die feministischen Neomaterialismen entwickeln Perspektiven, die es verunmöglichen, eine un-kreative materielle Welt einer abgetrennten Sphäre der wirkmächtigen Sprache gegenüberzustellen. Vielmehr verändert sich mit deren Offenheit gegenüber der sich immer weiter steigenden und verdichtenden Komplexität und Vielfalt der materiellen Verhältnisse, was Sprache überhaupt bedeutet (vgl. Sheldon 2016).

Eine bemerkenswerte Neuerfindung des Begriffs der Sprache hat die australische Soziologin und Anthropologin Vicki Kirby in die Debatten feministischer Neomaterialismen eingebracht. Wie auch andere Neomaterialist:innen nimmt Kirby als Strategie einer feministischen Kritik eine ontologische Perspektive ein (vgl. Hark 2009) und entwickelt einen Begriff der Sprache, der semantische Repräsentations- und linguistische Bedeutungssysteme übersteigt (Tuin 2013: 90–94). Dabei verfolgt sie zwei Ziele: Kirby sucht den Begriff der Sprache als Leitmotiv und zentrales Instrument der Essenzialismuskritik poststrukturalistischer Feminismen neu zu interpretieren. Sie kritisiert, dass poststrukturalistische Feminismen der klassischen Definition von Sprache aufsitzen, die diese als ein besonderes Vermögen menschlicher Subjekte begreift und damit allein auf die menschliche Spezies begrenzt.

Diesem Verständnis stellt Kirby ihre eigene These gegenüber, dass Sprache nicht bloß eine menschliche Fähigkeit, sondern mehr noch das Ergebnis einer »ontologischen Energie« (Crockett 2018: 9 f.) sei, »mittels derer sich die Welt äußert« (Wilson 1999: 13). In einer Fülle von Zeitschriftenaufsätzen (1991, 2002, 2008), Sammelbandbeiträgen (2001, 2017) und in ihren drei Monografien (1997, 2006, 2011) stellt Kirby einem solchen »verkürzten«³ Sprachbegriff das ontologische Konzept einer »universellen Sprache«⁴ gegenüber (Kirby 1997: 60 f.). Es soll die vielfältigen Sprachen und »Ausdrucksweisen« der materiellen Welt in angemessener Weise erfassen (Kirby 1997:

2 Relationale Perspektiven erlauben es, materielle Verhältnisse in einer nichtessenzialistischen Weise als un-abgeschlossene und hybride, dynamische Gefüge anzusehen (Coole 2013: 456–461; Pitts-Taylor 2016; Alaimo 2018: 49–53). Die neuen feministischen Materialismen sind Teil einer umfassenderen relationalen Ausrichtung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften (vgl. Fuhse und Mützel 2010; Kontopodis und Niewöhner 2011).

3 Im Original: »in the narrow sense« (Kirby 1997: 61).

4 Im Original: »writing or language in the general sense« (Kirby 1997: 60, 98).

48) und den Essenz- und damit auch den Essenzialismus-Begriff subversiv besetzen.⁵ Anstatt konzeptuelle Vorschläge einer Essenz der Welt komplett zu meiden oder mit einem verkürzten Sprachbegriff nur an der Oberfläche der materiellen Verhältnisse zu kratzen (ebd.: 176, Anm. 3), weitet Kirby das Spektrum feministischer Kritik auf die materiellen Dynamiken der Welt aus (McLoughlin 2019: 5).

Im Folgenden geht der Beitrag schlaglichtartig auf Saussures klassische Konzeption der Sprache ein und stellt Kirbys von Derrida inspirierte Kritik an einer von Saussure angelegten und von poststrukturalistischen Feminist:innen aufgegriffenen Psychologisierung sprachlicher Bedeutung vor. Als Alternative vollzieht der Beitrag Kirbys Entgrenzung und Universalisierung des Begriffs der Sprache nach und schließt mit einer kritischen Einordnung der Grenzen und Potenziale ihres Ansatzes für einen feministischen Materialismus.

Jenseits der Grenzen der Linguistik: Ein materialistischer Sprachbegriff

In *Telling Flesh. The Substance of the Corporeal* (1997) entwickelte Kirby erstmals die Idee eines universellen, materialistischen Sprachbegriffs, den sie schon in Ferdinand de Saussures Linguistik angelegt sieht (Kirby 1997: 7–49): Im Zentrum von dessen als *Grundfragen der Allgemeinen Sprachwissenschaft* erschienenen Genfer Vorlesungen steht eine »differentielle« Perspektive sprachlicher Bedeutung (Saussure 2001: 143 f.). Die Bedeutung eines sprachlichen Zeichens wird Saussure zufolge erst durch eine »Gegenüberstellung« mit anderen sprachlichen Elementen (ebd.: 146), also »nur durch das gebildet, was es Unterscheidendes an sich hat« (ebd.: 145). Bedeutung ist für Saussure daher kein positiv bestimmbarer Inhalt, sondern im Sprachsystem wird ein Zeichen darüber definiert, was es *nicht* ist. Die Bedeutung eines Zeichens ergibt sich für Saussure in einer dynamischen Abgrenzungsbewegung zu anderen Zeichen eines – durch die historisch, sozial

5 Die universelle Perspektive auf Sprache soll die Grundvoraussetzungen feministischer Kritik am Essenzialismus »verkomplizieren« (Kirby 1997: 126–128), indem sie aufzeigt, dass Sprache nicht allein dem Menschen gehört und nicht etwas ist, das Menschen von anderen Entitäten in der Welt als besonders und einzigartig abgrenzt (Kirby 1991: 10 und 1997: 66 f.).

und kulturell veränderlichen Konventionen einer Sprachgemeinschaft strukturierten – relationalen Sprachsystems (ebd.: 139 f.).

In diesem System der Abgrenzungen verschiedener Zeichen- und Sprach-elemente, die sich »nach bestimmten Regeln gegenseitig im Gleichgewicht« halten (ebd.: 131), ist sprachliche Bedeutung nichts, was den Dingen wesentlich innewohnt oder den bezeichneten Gegenständen eindeutig zugeordnet werden könnte. Vielmehr sind diese Regeln Saussure zufolge völlig »willkürlich« (ebd.: 80), denn sie verändern sich je nach den stets im Wandel begriffenen »Kollektivgewohnheiten« einer Sprachgemeinschaft (ebd.: 79–82, 98).⁷ Saussure rückt damit zum einen die Systematizität, Flexibilität und Offenheit von Sprache in den Vordergrund (Stäheli 2000: 18; Buss 2005: 211) und begreift zum anderen Prozesse der Bedeutungsgebung als einen beweglichen und veränderlichen, sozialen Prozess und nicht als etwas, was das Wesen, die Essenz oder die Wahrheit eines Gegenstandes ausdrückt oder abbildet (Nöth 1985: 60–64; Gondek 1998: 311 f.; Sabisch 2019: 2 f.).

Die soziale Perspektive auf Bedeutung hängt bei Saussure eng mit einer Psychologisierung der Sprache zusammen.⁸ Saussures Auffassung nach haben Worte eine bilaterale oder dyadische Funktion; sie stellen temporäre »Verbindungsglieder« zwischen Vorstellungen und Dingen dar (Saussure 2001: 133): In der sprachlichen Kommunikation riefen bestimmte Zeichen bei den Sprechenden Vorstellungen einer bestimmten Sache hervor (ebd.: 77). Das Zeichen stehe dann zwar *für* die Sache, auf die es sich bezieht, die Beziehung zwischen Sache und Wort sei aber nicht gesichert. Nicht das Wort, sondern allein die Vorstellung hat Saussure zufolge einen »natürlichen« Zugang zur Bedeutung der Sache (ebd.: 103). Somit ist Bedeutung in

6 Es gibt für Saussure keine eindeutige und immer gültige, direkte Entsprechung zwischen Gegenständen und deren Bedeutung. Eher ändere sich je nach Sprachgewohnheit die Bedeutung eines Gegenstandes mit der Zeit immer und immer wieder (Strozier 1988: 138 f.). Erst die konventionelle Verwendung einer bestimmten Bezeichnung für etwas sei – zumindest für eine gewisse Zeit – verbindlich (Saussure 2001: 80). Für Saussure verändern sich Sprachsysteme mit den Konventionen einer Sprachgemeinschaft (ebd.: 91–93).

7 Saussures berühmte Definition der sprachlichen Bedeutung als »arbiträr« meint, dass die Beziehung zwischen sprachlichen Zeichen und Dingen lose, beweglich und nicht ein für alle Mal fixiert ist (Saussure 2001: 79–82, 98).

8 Die Linguistik beschreibt Saussure explizit als ein Teilgebiet der allgemeinen und Sozialpsychologie (Saussure 2001: 81). Das System Sprache ist Saussure zufolge nicht nur nach sozialen Konventionen strukturiert, sondern es prägt das Bewusstsein der sprechenden Individuen (Larsen 1998: 2042).

Saussures Perspektive rein psychisch (ebd.: 76; 14), immer nur »eine Form und nicht eine Substanz« (ebd.: 146).⁹

Ebendiese Priorisierung des Psychischen vor dem Materiellen wird Kirby zufolge einem konsequent zu Ende gedachten differenziellen Verständnis der Sprache nicht gerecht. Dass Saussure die materielle Welt explizit als eine »außersprachliche« Tatsache beschreibt (ebd.: 141 f.), übernehmen poststrukturalistische Feminist:innen kritiklos und lassen dabei das Potenzial von Saussures relationalem und willkürlichem Verständnis der Sprache verwässern, indem sie die Dynamiken der Sprache allein auf die Sphäre des Psychischen beschränken (Kirby 1997: 55 f.). Erst eine Perspektive, die anerkennt, dass auch sprachliche Zeichen »einen hohen Grad an Materialität« haben und nicht allein Vorstellungen von der Welt die Realität produzieren (ebd.: 108 f.), führt Saussures Konzeption der Entstehung sprachlicher Bedeutung folgerichtig aus (ebd.: 159 f.).

So sei die von poststrukturalistischen Feminist:innen mobilisierte Auffassung, man könne durch neue Kollektiv-*Vorstellungen* auch die gesellschaftliche Wirkmacht von Konzepten wie »Frausein« oder »Geschlecht« herausfordern (Weedon 2006: 357), nicht nur eigentümlich »somatophob« (Kirby 1991: 8), sondern auch »anthropozentrisch« (Kirby 1997: 66 f.).¹⁰ Saussures Begrenzung der Prozesse, die sprachliche Bedeutungen hervorbringen, durch die menschliche Vernunft sei künstlich, denn in Wirklichkeit könne man Sprache und Materie niemals voneinander trennen (ebd.: 104–107), niemals als Gegensätze in den Blick nehmen (ebd.: 64). »Sprachliche Bedeutung und Realität« sind für Kirby »gar nicht so verschieden«, wie Saussure es voraussetzt, sondern ganz im Gegenteil durch ähnliche, wenn nicht gar die gleichen Eigenschaften charakterisiert – nämlich eine unendliche Pluralität, Kontingenz und Veränderlichkeit (ebd.: 66, 167 f., Anm. 21).

Motiviert und inspiriert ist diese Vorgehensweise Kirbys durch Jacques Derridas materialistischen, entgrenzten und universellen Sprachbegriff, den er im Rahmen einer grundlegenden Kritik an Ferdinand de Saussures Linguistik entwickelt hat. Im Folgenden wird näher in den Blick genommen, wie

9 Sprache drückt für Saussure aber nicht einfach direkt Gedanken aus oder ist bloß ein Abbild des Denkens, er meint mit Vorstellungen keine individualpsychologische Wahrnehmung, sondern Saussure versteht den psychischen Eindruck eines Lautbildes als sozial bedingt (Nöth 1985: 64).

10 Kirby fragt: Wie kommen poststrukturalistische Feminist:innen darauf, dass nicht auch die Welt schon für sich genommen – ganz ohne menschliche Sprache oder Vorstellung – voller wandelbarer, veränderlicher und arbiträrer Prozesse der Bedeutungs-Generierung ist? (Kirby 1991: 10, 13; 1999: 26–28).

Kirby aus Derridas Idee einer umfassenden Textualität einen entgrenzten Sprachbegriff entwickelt, welcher nicht nur die Tätigkeiten des biologischen Körpers, sondern auch des weltlichen Universums umfasst.

Materielle Bedeutung

Ähnlich wie Kirby beschrieb auch Jacques Derrida, dass sich Sprache und Materie nicht gegeneinander abgrenzen. Die Annahme, dass linguistische Zeichen mehr ins Gewicht fallen als die Dynamiken materieller Verhältnisse, suchte Derrida zu untergraben (Busche 1987: 253) und plädierte in *Die Stimme und das Phänomen* (2003), *Grammatologie* (1983) und *Die Schrift und die Differenz* (1972) dafür, einen »transitorischen Zustand« in Raum, Zeit und Materie als eine umfassende Schrift-Sprache aufzufassen (Baum und Höltgen 2010: 52).¹¹ »Alles« ist für Derrida eine Form von »Text« (Derrida 1983: 274). Für Derrida heißt das nicht, dass die materielle Welt in Sprache aufgeht. Vielmehr meint er damit, dass Sprache kein abstrakter, sondern ein materieller Vorgang ist, welcher dem menschlichen Sprechen vorausgeht (Derrida 2004: 111). So sieht er »das Ding selbst« als ein »Zeichen« an (Derrida 1983: 86), jedoch nicht in essenzialistischer Weise als Träger eines bestimmten unveränderlichen Wesenskerns, sondern als einen materiellen Prozess, dessen Bedeutung sich unaufhörlich verschiebt (ebd.).

Übereinstimmend mit Kirby betrachtete Derrida schon die elementarsten Vorgänge, die in lebenden Zellen ablaufen, als eine Form der Sprache (Derrida 1983: 21; Kirby 1997: 61, 98). Mit Rekurs auf Derridas Einsichten arbeitet Kirby heraus, dass das *herkömmliche* Verständnis von Sprache dann verkürzt sei, wenn es sich auf allein linguistische, also bloß menschliche Zeichen und Signifikations-Prozesse beschränke, *obwohl* nicht nur die materielle Körperlichkeit von Menschen und Tieren schon durch fortlaufende, nichtlinguistische Schreibprozesse geprägt sei, sondern auch die »materielle Welt« und »Natur« bereits über ganz eigene und übergreifende Formen von

11 Derridas Ausgangspunkt ist eine Kritik der abendländischen Vorstellung von Sprache. Diese privilegiere das gesprochene Wort vor der Schriftsprache. Genau hierin liegt Derrida zufolge der Fehler, denn »ursprünglich« sei in Wirklichkeit »nicht das Wort, sondern die Schrift« (Anghehrn 2001: 349 f.). Sprache *und* Materie fasst Derrida nicht als Phänomene mit feststehender Essenz auf, sondern betrachtet sie als Prozesse, die sich fortlaufend verschieben und dabei immer wieder andere materielle *und* sprachliche Bedeutungen hervorbringen (St. Pierre 2014: 4).

Sprache verfügten (Kirby 1997: 115, 126, 158, 174, Anm. 21). Solcherlei Abläufe seien keine bloß natürlichen Hergänge des gegebenen Körpers, sondern vielmehr »außergewöhnliche Kreisläufe«, die sich durch eine verkörperte, materielle »Schrift« bzw. »Textualität« charakterisieren ließen (ebd.: 76).

So argumentiert Kirby, dass Prozesse der Signifikation nicht irgendwo in einem von der Welt abgetrennten, ideellen Raum wie der menschlichen Vorstellung stattfinden, sondern Sprache *durch* die Biologie des materiellen Körpers entstehe (ebd.: 78–81). Vorgänge wie die Zellteilung, die Tätigkeiten des Darms oder synaptische Aktionspotenziale will Kirby daher in einer kritischen Bestimmung materieller Verhältnisse mitberücksichtigen (ebd.: 61, 76). Anstatt beispielsweise die Eigenheiten der Biologie des Körpers und andere materielle Prozesse und Dynamiken wie ökologische, geologische, physikalische und chemische Vorgänge aus Furcht davor, eine essenzialisierende oder ontologisierende Perspektive einzunehmen, komplett auszulassen aus der feministischen Kritik (vgl. Kirby 1991, 1993), plädiert Kirby dafür anzuerkennen, dass Prozesse der Produktion bedeutender Zeichen »tief in das« weltliche »Fleisch« hineinreichen (Kirby 1991: 8). Sie betrachtet neben anderen materiellen Phänomenen die Biologie des Körpers als ein System, das durch und durch sprachlich verfasst ist (ebd.: 171, Anm. 12): Für Kirby stellen Körper bei der Erzeugung von Bedeutung »keine ergänzende Zutat« dar, »die man hinzufügen oder abziehen« kann. Vielmehr »*ist* der Körper« schon die Sprache »seiner eigenen Aus-Fertigung« (ebd.: 154).

Als ein anschauliches Beispiel für Prozesse der Signifikation, die durch die Biologie des materiellen Körpers entstehen (ebd.: 78–81), führt Kirby das körperliche Hörvermögen der hochgradig schwerhörigen Musikerin Evelyn Glennie an (ebd.: 62). Die preisgekrönte schottische Schlagzeugin und Komponistin nimmt Töne und Musik hauptsächlich über Vibrationen wahr und dabei ist laut Kirby ihr »gesamter Körper« involviert.¹² Sie beschreibt, dass Glennie nicht mit einem herkömmlichen Gehör die Töne »hört«, sondern dass sie aus manchen Tönen mit dem Kiefer, aus anderen mit Teilen des Gesichts und aus wieder anderen mit den Füßen einen Sinn erzeugt. Der von Glennie wahrgenommene Klang wird Kirby zufolge in aufwendiger und komplexer Weise von den »Notenlinien ihres Körpers gespielt, aufgezeichnet und aufgeführt« und dies eben nicht getrennt von der Materie der Welt, sondern gerade durch das von unzähligen materiellen Vorgängen und Abläufen

12 Materielle Sprachen werden in Kirbys Perspektive auf vielfältige Weise ausgedrückt, wie zum Beispiel als Vibration, elektrische Ströme, Druckunterschiede, chemische Zusammensetzungen und ähnliches (Kirby 1997: 63, 76, 148).

fen charakterisierte »Gewebe der Haut, des Blutes, der Knochen«. Wahrnehmendes, Bedeutung generierendes Hören sei hier nicht länger eine »individuelle Leistung«, sondern werde völlig neu definiert als ein körperliches Spiel der Produktion von Zeichen, die etwas Bestimmtes bedeuten – in diesem Fall Töne, Symphonien und Rhythmen (ebd.: 63).

Vor diesem Hintergrund sollte man sich nicht der abendländischen und strukturell patriarchalen Phantasie hingeben, die Sprache menschlicher Subjekte sei unabhängig von deren Körpern, und nur der Geist erzeuge Sinn und Bedeutung. Wenn die materielle Körperlichkeit selbst schon ein Spiel fortlaufender Bestimmungs-, Sinnstiftungs- und Bedeutungsprozesse darstellt, die Semantiken, linguistische Repräsentationen und sprachliche Bedeutungen überhaupt erst hervorbringen (ebd.: 56), dann erzeugt Kirby zufolge nicht der menschliche Geist, sondern die körperliche Materie jene Netzwerke »aus Fleisch und Blut«, die man für gewöhnlich Sprache nennt (ebd.: 70, 76).¹³

Kirby macht einen nicht weiter begründeten Sprung von den Prozessen des biologischen Körpers zu einer entgrenzten Perspektive auf Sprache, welche alle Tätigkeiten des Universums umfasst: So wie Glennies Körper ein systemisches Geflecht bedeutender Zeichen darstellt, indem er den durch die Luft vibrierenden Tonwellen eine bestimmte Bedeutung verleiht und sie als eine bestimmte Tonabfolge interpretiert, kodieren und dekodieren sich auch andere körperliche und materielle Systeme gegenseitig, so Kirby (ebd.: 158). Sie betrachtet auch innerhalb und zwischen nichtmenschlichen Organismen stattfindende Prozesse, Vorgänge und Dynamiken als materielle Sprachen (Kirby 2006: 161 f., Anm. 2). So würden Ameisen ebenso Codes senden, empfangen und entziffern (Kirby 2011: 41) wie pflanzliche Fotosyntheseprozesse und sogar vermeintlich unbelebte Dinge und Objekte (ebd.: 158). Komplexe meteorologische Erscheinungen wie Gewitter, insbesondere Kugelblitze (ebd.: 10 f.), würden die biochemischen Zeichen der Luftmassen erkennen und verstehen, wann sie am besten wo einschlagen (ebd.: 19), und so fort. Das ganze Universum weise sich durch die Praxis einer »ganzheitlichen Schrift« (ebd.: 64) aus, die immerzu noch nicht Dagewesenes erzeugt, immer wieder neue Bedeutungen, neue Sinnzusammenhänge und Gewohnheiten hervorbringt (ebd.: 14–16, 25, 79–81). Alle Dynamiken, Prozesse und Vorgänge, die in der Welt stattfinden, sind Kirby zufolge nichts anderes als

13 Kirby versteht Biologie in keiner Weise als einen »abgeschlossenen Ursprung, dessen Identität gesichert ist, sondern als einen integralen Ausdruck der Performativität der universellen Sprache« (Kirby 1997: 98).

materielle Ausdrucksweisen, welche das Universum charakterisieren. Die universellen Sprachen der materiellen Welt sind Kirby zufolge somit strukturgleich mit Saussures Konzeption der Sprache (ebd.: 29, 53, 98, 109, 113, 126). Kirbys Konzeption einer universellen Sprache wird im Folgenden skizziert und deren Potenzial für einen nichtessenzialistischen feministischen Materialismus kritisch eingeordnet.

Die universelle Sprache materieller Verhältnisse

Kirbys These, dass nicht allein linguistische, sondern auch materielle Phänomene Bedeutungen erzeugen und somit eine Form der Sprache darstellen (Kirby 1997: 126), mag ungewöhnlich klingen. Ihre Perspektive geht allerdings mit einer grundsätzlichen Öffnung und Universalisierung des Begriffs der Sprache einher, was Saussures differenzielle und willkürliche Perspektive auf Sprache konsequent zu Ende führt. Kirby löst den herkömmlichen Sprachbegriff aus den Schranken der menschlichen Spezies und begrenzt Sprache nicht mehr auf den menschlichen Geist. Sie akzentuiert vielmehr, dass materielle Prozesse beim Erzeugen von Bedeutung niemals abwesend, sondern stets in ganz grundlegender Weise involviert sind: »Schreibende Materie hört nie auf, sich in endlosen Inkarnationen neu zu lesen und zu schreiben« (ebd.: 148). So betrachtet Kirby auch die linguistische Sprache nicht als menschengemacht, sondern diese sei vielmehr durch ständig ablaufende biologische, chemische und physikalische Zeichenprozesse gekennzeichnet, Zeichenprozesse, die »Instanzierungen« und »Ausdrucksweisen« der materiellen Welt darstellten (Kirby 1997: 115, 126, 174, Anm. 21).

Sprache und Materie sind also niemals Gegensätze, die man einander gegenüberstellen kann, sondern sie sind untrennbar miteinander verwoben (Kirby 1997: 66). Vor diesem Hintergrund betrachtet Kirby die gesamte Welt, die Gesamtheit aller materiellen Relationen als eine Form der Sprache (ebd.: 56, 65; siehe auch Gamble, Hanan und Nail 2019: 132; McLoughlin 2019: 6 f.). Dabei gibt es »kein Außen der Materie« (Seier und Trinkaus 2015: 176), sondern Sprache ist für Kirby so universell, »inklusiv« und umfassend, dass sie alle weltlichen Prozesse – auch gesellschaftliche Diskurse, politische Systeme und den Sprachgebrauch menschlicher Subjekte – durchdringt (Kirby 1997: 78, 146; siehe auch Clayton 2010: 862).

Die wichtigsten Konsequenzen dieser Perspektive sind, dass ein essenzialistisches Verständnis der materiellen Welt hin zu einer relationalen, dynamischen und aktiven Perspektive verschoben wird. So verwischt Kirbys Theorie nicht nur alteingesessene und strukturell herrschaftsförmige Grenzen wie jene zwischen dem menschlichen Subjekt und der nichtmenschlichen Natur, indem sie nicht mehr allein die linguistischen Fähigkeiten des Menschen als Sprache auffasst, sondern materielle Dynamiken. Anstatt sich für eine durch die linguistische Sprache konstruierte oder essenzialistische Weltsicht entscheiden zu müssen, kann ein feministischer Materialismus mit Kirby die Ausdrucksweisen der materiellen Welt in ihrer Komplexität, Vielschichtigkeit und Pluralität erfassen.

Kirbys universelle Auffassung von Sprache hat außerdem den Vorteil, dass die materielle Welt als ein Prozess der Hervorbringung von Bedeutung und nicht länger als eine bloß Naturgesetzen unterliegende Essenz konzipiert werden kann, die sich grundlegend unterscheidet von der aktiven, kreativen und tätigen Sprache menschlicher Subjekte (Kirby 1997: 54). Versteht man stattdessen die Aktivitäten von – menschlichen und nichtmenschlichen – Körpern und Materialitäten, ja die Tätigkeiten des ganzen Universums bereits als Sprach-Systeme (ebd.: 43–49), dann sind gleich drei grundlagentheoretische Probleme der essenzialistischen Denktradition gelöst: Mit Kirbys Konzeption einer universellen Sprache wird *erstens* das Ausdrucksvermögen der materiellen Welt fassbar – und zwar in der angemessenen Komplexität, Pluralität und weltumspannenden Größenordnung. *Zweitens* verliert das menschliche Subjekt seinen Sonderstatus als vernunft- und einzig sprachbegabtes Wesen und muss nun als ein eher kleiner Teil der universellen Sprachen angesehen werden, von denen es vollständig durchdrungen und mit denen es tiefgreifend verbunden ist, anstatt unabhängig zu sein. *Drittens* werden mit dieser Perspektive künstlich geschaffene und strukturell hierarchische Grenzen wie jene zwischen Kultur und Natur, Form und Materie oder Geist und Körper porös und beweglich. Sie müssen nun neu und differenzierter nach ihrer Beschaffenheit, nach den speziellen Verbindungen befragt werden, aus denen sie hervorkommen. In der Perspektive einer universellen Sprache verlieren diese hierarchisierten Grenzen an Starrheit und unzweifelhafter Geltung, müssen neu und anders – und vor allem immer wieder in einer anderen Weise – gezogen werden.

Kritisch lässt sich zusammenfassen, dass Kirby wie auch andere Neomaterialist:innen dazu tendiert, lediglich einen konzeptuellen Perspektivwechsel auf die materiellen Verhältnisse vorzunehmen, ohne jedoch konkret

verfestigte gesellschaftliche Herrschaftsmechanismen zu adressieren. Wenn es auch angebracht ist, alteingesessene Vorstellungen starrer Grenzen zwischen Materie und Sprache hinter sich zu lassen und sich den Ausdrucksweisen umfassender und universellerer materieller Zusammenhänge gegenüber zu öffnen, setzt dieser theoretische Vorschlag Kirbys zu stark auf eine bereitwillige Einsicht menschlicher Subjekte. Nicht nur stellt Kirby damit – entgegen ihrem eigenen Programm – erneut den Menschen in den Mittelpunkt einer Kritik an den materiellen Verhältnissen und ebenso ihrer Veränderung, sondern diese Perspektive übersieht auch die Komplexität der historisch gewachsenen und spezifischen Herrschaftsinteressen verschiedener menschlicher Akteur:innen, etwa in Politik und Industrie, von Staaten, des Finanzmarkt-Kapitalismus, von Lobbyverbänden, Familiendynastien, Kolonialerben (diese Reihe lässt sich wahrscheinlich sehr lange fortführen), die von einer Perspektivverschiebung hin zu einer universellen Sprache sicherlich unangetastet bleiben.

Trotzdem ermöglicht Kirbys radikale Öffnung, Materialisierung und Entgrenzung des Sprachbegriffs, die materiellen Verhältnisse um die vielfältig verkörperten Ausdrucksweisen des Universums zu erweitern, das fortlaufend materielle Bedeutungen hervorbringt, von denen wir uns niemals unabhängig machen können, weder als (individuelle) Subjekte und Gesellschaften noch als gesellschaftliche und politische Systeme. Ein aktueller feministischer Materialismus muss dringend anerkennen, dass dieses Wir schon lange nicht mehr allein von einer autonomen, vernunft- und sprachbegabten menschlichen Subjektivität besetzt ist.

Literatur

- Alaimo, Stacy 2018: Material feminism in the Anthropocene, in: Cecilia Åsberg und Rosi Braidotti (Hg.): *A Feminist Companion to the Posthumanities*. New York: Springer, 45–54.
- Angehrn, Emil 2001: Schrift und Spur bei Derrida, in: Hans-Georg von Arburg und Michael Gamper (Hg.): *Wunderliche Figuren. Über die Lesbarkeit von Chiffrenschriften*. München: Fink, 347–363.
- Barad, Karen 2012: *Agentieller Realismus*. Übers. von Jürgen Schröder. Berlin: Suhrkamp.
- Barla, Josef 2019: *The Techno-Apparatus of Bodily Production*. Bielefeld: transcript.

- Baum, Patrick und Stefan Höltgen 2010: *Lexikon der Postmoderne. Von Abject bis Žižek. Begriffe und Personen.* Bochum und Freiburg: Projekt Verlag.
- Busche, Hubertus 1987: *Logozentrismus und différance: Versuch über Jacques Derrida*, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 41(2), 245–261.
- Buss, Mareike 2005: *Gebrauchsspuren. Zeichen, Gebrauch und System bei Saussure*, in: Gisela Fehrmann, Erika Linz und Cornelia Epping-Jäger (Hg.): *Spuren Lektüren. Praktiken des Symbolischen.* München: Fink, 211–225.
- Clayton, Belinda 2010: *Re-evaluating Difference in Light of Biology's Intriguing Linguistic Compliance*, in: *Current Sociology* 58(6), 859–878.
- Coole, Diana 2013: *Agentic Capacities and Capacious Historical Materialism: Thinking with New Materialisms in the Political Sciences*, in: *Millennium* 41(3), 451–469.
- Crockett, Clayton 2018: *Derrida After the End of Writing. Political Theology and New Materialism. Perspectives in Continental Philosophy.* New York City: Fordham University Press.
- Derrida, Jacques 1983 [1967]: *Grammatologie.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 2004: *Die différance. Ausgewählte Texte.* Stuttgart: Reclam.
- Fox, Nick J. und Pam Alldred 2019: *New Materialism*, in: Paul Atkinson, Sara Delamont, Alexandru Cernat, Joseph W. Sakshaug and Richard A. Williams (Hg.): *SAGE Research Methods Foundations.* London: Sage, 1–16.
- Fuhse, Jan A. und Sophie Mützel (Hg.) 2010: *Relationale Soziologie. Zur kulturellen Wende der Netzwerkforschung.* Wiesbaden: Springer VS.
- Gamble, Christopher N., Joshua S. Hanan und Thomas Nail 2019: *What is New Materialism?*, in: *Angelaki* 24(6), 111–134.
- Gondek, Hans-Dieter 1998: *Die Aktualität des Strukturalismus: Vor und nach einer Geschichte desselben*, in: *Philosophische Rundschau* 45(4), 311–327.
- Hark, Sabine 2009: *Was ist und wozu Kritik? Über Möglichkeiten und Grenzen feministischer Kritik heute*, in: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung* 27(1), 22–35.
- Holland-Cunz, Barbara 2017: *Dominanz und Marginalisierung: Diskursstrukturen der Feministischen (Scientific) Community zu »Frau und Natur«*, in: Christine Löw, Katharina Volk, Imke Leicht und Nadja Meisterhans (Hg.): *Material turn: Feministische Perspektiven auf Materialität und Materialismus.* Opladen: Verlag Barbara Budrich, 117–132.
- Hoppe, Katharina und Thomas Lemke 2021: *Neue Materialismen zur Einführung.* Hamburg: Junius.
- Kallmeyer, Martin 2019: *New Materialism. Neue Materialitätskonzepte für die Gender Studies*, in: Beate Kortendiek, Birgit Riegraf und Katja Sabisch (Hg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung.* Wiesbaden: Springer VS, 437–446.
- Kirby, Vicki 1991: *Corporeal Habits: Addressing Essentialism Differently*, in: *Hypatia. A Journal of Feminist Philosophy* 6(3), 4–24.

- Kirby, Vicki 1993: *Feminisms and Postmodernisms: Anthropology and the Management of Difference*, in: *Anthropological Quarterly* 66(3), 127–133.
- Kirby, Vicki 1997: *Telling flesh. The Substance of the Corporeal*. London: Routledge.
- Kirby, Vicki 2002: *When All That Is Solid Melts into Language*. Judith Butler and the Question of Matter, in: *International Journal of Sexuality and Gender Studies* 7(4), 265–280.
- Kirby, Vicki 2006: *Judith Butler. Live Theory*. London: Continuum.
- Kirby, Vicki 2008: *Natural Convers(at)ions, Or, What If Culture Was Really Nature All Along?*, in: Stacey Alaimo und Susan J. Hekman (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington: Indiana University Press, 214–236.
- Kirby, Vicki 2011: *Quantum Anthropologies. Life at Large*. Durham: Duke University Press.
- Kirby, Vicki 2017 (Hg.): *What if Culture was Nature all Along?* Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Kontopodis, Michalis und Jörg Niewöhner 2011: *Technologien des Selbst im Alltag. Eine Einführung in relational-materielle Perspektiven*, in: dies. (Hg.): *Das Selbst als Netzwerk: Zum Einsatz von Körpern und Dingen im Alltag*. Bielefeld: transcript, 9–24.
- Larsen, Svend Erik 1998: *Ferdinand de Saussure und seine Nachfolger*, in: Roland Posner, Klaus Robering und Thomas A. Sebeok (Hg.): *Semiotik. Ein Handbuch zu den zeichentheoretischen Grundlagen von Natur und Kultur. Teilband 2*. Berlin und New York: De Gruyter, 2040–2073.
- Meißner, Hanna 2008: *Die soziale Konstruktion von Geschlecht: Erkenntnisperspektiven und gesellschaftstheoretische Fragen*, in: *Gender Politik Online*, FU Berlin. https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_soziale_Konstruktion_von_Geschlecht____Erkenntnisperspektiven_und_gesellschaftstheoretische_Fragen/hanna_meissner.pdf.
- Meißner, Hanna 2010: *Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx*. Bielefeld: transcript.
- Nöth, Winfried 1985: *Handbuch der Semiotik*. Stuttgart: Metzler.
- McLoughlin, Daniel 2019: *Interview with Vicki Kirby*, in: *Theory, Culture & Society* 36(7–8), 261–271.
- Palm, Kerstin 2010: *Material Girl – Neue postbutlersche Körper- und Materietheorien in der Debatte*, in: *FGS – Freiburger GeschlechterStudien* 16(1), 145–159.
- Pitts-Taylor, Victoria 2016 (Hg.): *Mattering. Feminism, Science, and Materialism*. New York City: New York University Press.
- Prokla 2014: *Editorial: Materialistischer Feminismus*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 44(1), 2–10.

- Sabisch, Katja 2019: Poststrukturalismus: Geschlechterforschung und das Denken der Differenz, in: Beate Kortendiek, Birgit Riegraf und Katja Sabisch (Hg.): Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden: Springer VS, 283–291.
- Saussure, Ferdinand de 2001 [1931]: Grundfragen der Allgemeinen Sprachwissenschaft. Berlin: De Gruyter.
- Seier, Andrea und Stephan Trinkaus 2015: »Kein Außen der Materie«. Relationen als Seinswert, in: Zeitschrift für Medienwissenschaft 7(1), 171–177.
- Sheldon, Rebecca 2016: Matter and Meaning, in: Rhizomes: Cultural Studies in Emerging Knowledge 30, 1–16.
- Stäheli, Urs 2000: Poststrukturalistische Soziologien. Bielefeld: transcript.
- St. Pierre, Elizabeth Adams 2014: A Brief and Personal History of Post Qualitative Research. Toward »Post Inquiry«, in: Journal of Curriculum Theorizing 30(2), 2–19.
- Strozier, Robert M. 1988: Saussure, Derrida, and the Metaphysics of Subjectivity. Berlin und Boston: De Gruyter Mouton.
- Tuin, Iris van der 2013: Non-reductive Continental Naturalism in the Contemporary Humanities: Working with Hélène Metzger's Philosophical Reflections, in: History of the Human Sciences 26(2), 88–105.
- Villa, Paula-Irene 2012: Judith Butler. Eine Einführung. Frankfurt a. M.: Campus.
- Weedon, Chris 2006: Feminism & the Principles of Poststructuralism, in: John Storey (Hg.): Cultural Theory and Popular Culture: A Reader. Harlow: Pearson, 320–331.
- Wilson, Elizabeth A. 1999: Introduction. Somatic Compliance – Feminism, Biology and Science, in: Australian Feminist Studies 14(29), 7–18.

Mehr als Güter: feministisch-materialistische Grundlegungen in transformativen Commons

Luki Schmitz

»However, Commons must guarantee the reproduction of our lives.«
(Caffentzis und Federici 2014: 101)

Wie in den vorangegangenen Beiträgen gezeigt wurde, haben feministisch-materialistische Kritiken eine grundlegende Erweiterung des Verständnisses von Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen hervorgebracht. Die Kritik an der strukturellen Abwertung von Reproduktionsarbeit, der Naturalisierung von Körpern sowie der Abschöpfung von Körperressourcen für die Mehrwertproduktion artikuliert sich inhaltlich vielschichtig und kontinuierlich: in der feministischen Arbeiter:innenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts (vgl. Zetkin 1976a und 1976b), in den Frauen-, Arbeiter:innen- und Schwarzen Bürgerrechtsbewegungen der 1960er Jahre, die materialistisch-feministische Kritiken um Dynamiken rassistischer Ausschlüsse erweiterten (Combahee River Collective 1977), sowie in der – wenn auch satirisch gemeinten – »Lohn für Hausarbeit«-Debatte (Dalla Costa 1973). In den letzten Jahren formierten sich kritische soziale Bewegungen wie die Care-Revolution (vgl. Winker 2015) oder feministische Streikbewegungen wie »Ni Una Menos« (vgl. Gago 2021). Jedoch bleiben die Kritiken nicht auf das Verständnis von Arbeit und die Ausbeutung von Reproduktionsarbeit beschränkt, vielmehr hat sich eine weitreichende feministisch-materialistische Eigentumskritik herausgebildet, die die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse als Ausdruck einer spezifisch bürgerlich-kapitalistischen und zugleich patriarchalen und rassistischen Eigentumslogik fasst (vgl. Redecker 2020).

Die kapitalistische Eigentumslogik zeigt sich unter anderem in Form von Sachherrschaft wie der patriarchalen Ehe oder der Rassifizierung von Körpern. Daraus lässt sich schließen, dass kapitalistische Eigentumsverhältnisse

entfremdete, gespaltene und unsolidarische Beziehungsweisen schaffen, indem nebst den Antagonismen von Kapital und Arbeit sowie Kapital und Reproduktionsarbeit ein dritter Widerspruch in Form von Kapital und Körper geschaffen wird, was im *folgenden Abschnitt* näher erläutert wird. Feministisch-materialistische Eigentumskritiken machen das fortwährende Unterlaufen der bürgerlich-kapitalistischen Eigentumsversprechen von *Freiheit*,¹ Wohlstand und einem lebenswerten Leben deutlich, indem sie aufzeigen, dass diese Prinzipien und Normen nicht allen Personen gleichermaßen zugestanden werden. Dieses Unterlaufen ist kein Schönheitsfehler des Kapitalismus, sondern ein in diesem konstitutiv angelegter Widerspruch, der mittels Reformen und Liberalisierung zwar abgeschwächt, aber nicht überwunden werden kann. In der Unmöglichkeit der einfachen Korrektur werden die Risse im Gefäß des Status quo sichtbar, die zu Spalten oder Fugen werden können. In diesen Rissen und Fugen liegt, so argumentiert Eva von Redecker (2018: 34), die Möglichkeit für Neuansätze grundlegender gesellschaftlicher Transformationen. In den Zwischenräumen, der Trauer, dem Leid liegt das Begehren nach der Möglichkeit des Anderen.

Übertragen auf feministisch-materialistische Eigentumskritiken wird deutlich, dass diese mehr beinhalten als bloße Kritik, denn sie tragen gleichzeitig Ansatzpunkte und Momente für transformatives Denken und Handeln in sich. Dieses transformative Potenzial darf nach Redecker nicht zeitlich in die Zukunft verschoben werden, auf einen möglichen postrevolutionären Zustand, sondern es gilt, die Idee von Anfang und Ende aufzuheben, unbestimmbar zu machen und damit die Perspektive zu ermöglichen, dass die Veränderungen im Hier und Jetzt beginnen können oder bereits angefangen haben. Dieses interstitiell-metaleptische Verständnis wird im *zweiten Abschnitt* näher erläutert. In genau jener Logik einer Aufhebung im Gegenwärtigen lassen sich die theoretischen wie praktischen Auseinandersetzungen um Commons und Commoning verorten, was im *dritten Abschnitt* deutlich wird. Ein Ansatz, der in jüngster Zeit umfassend diskutiert wird und sowohl eine Eigentumskritik als auch eine umfassende Kritik gesellschaftlicher Beziehungsweisen umfasst. Jedoch zeigt ein genauerer Blick, dass ein feministisch-materialistisches Verständnis von Commons und Commoning notwendig ist, um erstens nicht, wenn auch ungewollt, kapitali-

1 Der Begriff der Freiheit spielt im libertär-bürgerlichen Gesellschaftsverständnis eine zentrale Rolle. Zugleich ist der Begriff gesellschaftlich stark umkämpft. Die Kursivsetzung an dieser Stelle und im Folgenden zeigt an, dass es hier weniger um den Inhalt des Begriffes und vielmehr um seine ideologische Funktion geht.

stische Arbeitsteilung und die Vorstellungen von produktiver Arbeit und produktivem Subjekt zu reproduzieren. Hier bieten Theorien zur strukturellen Abwertung von Reproduktionsarbeit einen wesentlichen Anknüpfungspunkt. Zweitens gilt es, ein Grundparadoxon in den Commons aufzulösen, welches darin liegt, dass einerseits Commons infolge kapitalistischer Einhegung als verschwunden gelten und eine Wiederentdeckung gefordert wird. Zugleich wird aus feministisch-materialistischer Perspektive ersichtlich, dass der Kapitalismus für sein Funktionieren selbst neue, ihm dienliche Commons geschaffen hat, in Form von unbezahlter Arbeit und Zugriff auf zu Natur gemachten Ressourcen. Deutlich wird durch die feministisch-materialistischen Grundlegungen von Commons und Commoning, dass es nicht nur um die Vergemeinschaftung von Gütern geht, sondern ebenso um die Auflösung sachherrschaftsbasierter Beziehungsweisen.

Feministisch-materialistische Eigentumskritik

Um nachvollziehen zu können, welche Bedeutung Eigentum für die Herausbildung gesellschaftlicher Beziehungsweisen hat, wird im Folgenden ein feministisch-materialistischer Zugang zu Eigentumskritik vorgestellt, der drei zentrale Widersprüche im Kapitalismus hervorhebt. Aus der Perspektive einer materialistisch-feministischen Eigentumskritik liegt kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ein genuin destruktives Weltverhältnis zugrunde (Redecker 2020: 12), welches sich in dem Recht des »Kaputt-Besitzens« (Loick 2016: 9 f.) oder des Missbrauchs (Redecker 2020: 137) sowohl von Gegenständen als auch von objektifizierten Lebewesen zeigt. Als Beispiel für das »Kaputt-Besitzen« führt Daniel Loick (2016) die häufig unzureichende Instandhaltung von Gebäuden durch Immobilienbesitzer:innen an, wodurch eine nachhaltige Nutzung verunmöglicht wird. Implementiert im Übergang zur Moderne mit der bürgerlichen Idee von *Freiheit*, Bestimmungsgewalt sowie dem Schutz vor Diebstahl und Raub, führt das kapitalistische Eigentumsverhältnis zu Ausschluss und einer grundlegenden Verschiebung sozialer Verhältnisse:

»Neben der Niederschlagung durch blanke Gewalt, wie etwa im Zuge der Bauernkriege im 16. Jahrhundert, wurden die Landstreicher und Rebellen befriedet, indem ein Teil von ihnen selbst in den Eigentümerstand einstieg.

Nicht indem sie materielle Güter, sondern indem sie eigentumsförmige soziale Kontrollmacht gewannen. Die Verdinglichung sozialer Beziehungen nach dem Muster des Eigentums erlaubte es zumindest den weißen und männlichen Besitzlosen, sich ebenfalls zu Sachherrschern aufzuschwingen. Ihr ›fiktives‹ Eigentum kann als geronnene Herrschaft verstanden werden; es besteht in den Verfügungsansprüchen, die die modernen Institutionen der Sklaverei und patriarchalen Ehe bereitstellen. Die Besitzlosen, so könnte man sagen, wurden auf Kosten der Machtlosen entschädigt.« (Redecker 2020: 28)

Durch die kapitalistische Konterrevolution und den damit einhergehenden Kolonialismus (Federici 2012: 30) entstand nicht nur das kapitalistische Eigentumsverhältnis als Form sozialer Sachherrschaft (Redecker 2020: 32), das nicht bloß Subjekt-Objekt-Beziehungen neu regulierte, sondern ebenso spezifisch kapitalistische Beziehungsweisen hervorbrachte, die auf Klasse, Zweigeschlechtlichkeit und Rassismen basieren. Hinzu kommt ein weiterhin wirkmächtiger Herrschaftsmodus, der ausgeht von einer »Verfügung über Aspekte lebendiger Gegenüber, als seien sie Eigentum« (Redecker 2020: 32). Diese Beziehungsweisen der multiplen Entfremdung verbreiteten sich infolge von Kolonialismus und Globalisierung über den gesamten Erdball. Sie durchziehen den »alltäglichen Weltbezug« (ebd.: 23), sie relativieren, spalten und normalisieren das Handeln und die diesem zugrunde liegenden Wissenspraktiken.

In einer kritischen Auseinandersetzung sowohl mit kapitalistischen Strukturen als auch mit deren marxistischer Theoretisierung legten und legen feministische Materialist:innen – in einer Art Relektüre – den Fokus auf die immanenten Widersprüche kapitalistischer Verhältnisse. Sie nahmen konzeptionelle Erweiterungen zum Widerspruch von Kapital und Arbeit vor, indem sie zwei weitere fundamentale Widersprüche des Kapitalismus benannten, die in den folgenden Absätzen umfassend erläutert werden: Den Widerspruch zwischen Kapital und der – als überwunden geglaubten und als vorkapitalistisch geltenden – unentlohten Arbeit (Kapital und Reproduktionsarbeit sowie Kapital und Arbeit von versklavten Personen) sowie zwischen Kapital und Körper (vgl. Dalla Costa 1973; Bock und Duden 1977; Beer 1984). Hierdurch wurde die Notwendigkeit einer verbindenden Analyse von unterschiedlichen Arbeitsformen, Subjektkonstitutionen sowie Eigentumsverhältnissen als soziale Sachherrschaft deutlich. Dies impliziert auch die Berücksichtigung von unentlohnter und unfreier Arbeit für die Entstehung und Manifestierung von Eigentumsverhältnissen.

Widerspruch von Kapital und unentlohnter Arbeit

Feministisch-materialistische Ansätze erweitern marxistische Theorien insofern, als sie auf die Bedeutung von nicht entlohnter, von Frauen geleisteter Haus- und Reproduktionsarbeit für die Herstellung der Arbeitskraft des Mannes verweisen.² Somit ergibt sich der Mehrwert nicht nur aus der Differenz zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem Wert der dadurch produzierten Ware, sondern ebenso über die geleistete Reproduktionsarbeit der Frau (vgl. Beer 1984). Die Reproduktion der Arbeitskraft erfolgt in aller Regel unentlohnt, unsichtbar und repetitiv durch Kochen, Saubermachen, das Gebären und Aufziehen von Kindern (als neue Arbeitskräfte) und Sorgearbeit: »Die Produktivität im Haushalt [wurde] ausdrücklich dahingehend geplant, die Produktivität der Lohnarbeit zu fördern, zu sichern, ja zu schaffen« (Bock und Duden 1977: 165). Hierzu wurde Frauen mittels bürgerlich-patriarchaler Naturalisierungsideologien eine Affinität zu und »natürliche« Kompetenz in diesen Tätigkeiten auf den Leib geschrieben.

Schwarze (feministische) Materialist:innen führten zudem an, dass die von Sklav:innen unfrei geleistete Arbeit ohne Lohn ein zusätzlicher Baustein mit wesentlicher Bedeutung für die Etablierung und Stabilisierung kapitalistischer Strukturen ist, der jedoch im weißen Marxismus unzureichend berücksichtigt wurde (vgl. Williams 1994). »Second Slavery« ist demnach kein Phänomen aus vorkapitalistischer Zeit, sondern »the formation of highly productive new zones of slave commodity production« (Tomich und Zeuske 2008: 91).³ Durch das teilweise Verbot des transatlantischen Sklavenhandels wurde der Fokus auf Plantagenarbeit gelegt. Unfreiwillig wurden Menschen zur Sklavenarbeit gezwungen, für die sie keinen Lohn erhielten, deren produzierte Waren jedoch in den Kreislauf kapitalistischer Wertschöpfung flossen. Der Unterschied zur Lohnarbeit im klassischen marxistischen Sinne

- 2 Wenn hier »Frau« geschrieben wird, so nicht im Sinne einer biologischen oder ahistorischen Tatsache (essenzialistisch). Vielmehr meinen die Begriffe »Frau« und »Mann« jeweils die bürgerlich-patriarchal-rassistischen Konstruktionen. Diese wurden mit Biopolitiken und Wissen als kapitalistische Subjektivierung geschaffen und manifestieren sich in Imagination und Normierung von Körper(hülle) und Körperinhalten. Eingeschrieben in den materiellen »alltäglichen Weltbezug« (Redecker 2020: 23), begleitet von massiver Kritik und Lebensbedrohung für jene, die sich der Binarität entziehen (vgl. Federici 2017).
- 3 »Second Slavery« definieren Tomich und Zeuske (2008: 91) wie folgt: »It refers to the systemic redeployment and expansion of Atlantic slavery during the nineteenth century. It is opposed to the more common view that chattel slavery was in one way or another an archaic institution, incompatible with modernity, that was condemned to extinction after the advent of industrial capitalism, modern political regimes, and liberal ideologies.«

besteht zwischen »freier« und »unfreier« Arbeit. Während für die Legitimierung von Lohnarbeit bürgerliche Versprechen von *Freiheit* und Selbstbestimmung wesentlich sind, greifen bei der ideologischen Legitimation von Sklaverei Modi der »Zivilisierung« und Christianisierung. Der Kolonialismus dient »not only to the self-definition of the middle class but also to the policing of the ›dangerous classes‹: the working class, the Irish, Jews, prostitutes, feminists, gays and lesbians, criminals, the militant crowd and so on« (McClintock 1995: 5). Dieses *policing* funktionierte durch Beziehungsweisen, die auf Fremdmachung und Othering basierten, wodurch selbst die männlichen weißen Arbeiter ein Stück weit mehr Anerkennung in ihrem Status als »freie Lohnarbeiter« bekamen (Redecker 2020: 29 f.).

Widerspruch von Kapital und Körper

Materialistisch-feministische Perspektiven zeigen in ihren Kritiken zudem auf, wie sich spezifische Bilder und Zugriffe auf Körper innerhalb der kapitalistischen Sachherrschaft vollziehen: Erstens in einer ideologischen Konstruktion und Neubewertung von Körpern und zweitens mit der damit einhergehenden Formierung zu einer scheinbar natürlichen Ressource, für die die bürgerlichen Eigentumsrechte nicht gelten und mit der eine »neue geschlechtliche Arbeitsteilung« legitimiert wurde. »Darin wurden Frauen als Mütter, Ehefrauen, Töchter und Witwen definiert, d. h. ihr Status als Arbeiterinnen wurde verschleiert, während den Männern zugleich der Zugriff auf die Körper und die Arbeit sowohl der Frauen als auch der Kinder ermöglicht wurde« (Federici 2017: 122; vgl. auch Bock und Duden 1977; Dalla Costa 1973). Während dieser Zugriff in der bürgerlichen und der (weißen) Arbeiter:innenklasse misogyn begründet wird, ist die Rechtfertigung der naturalisierenden Verleiblichung von Schwarzen und indigenen Personen eine rassistische (vgl. Barbagallo 2019). Die Dynamik kapitalistischer Produktionsweisen brachte somit durch ihre immanent rassistischen und sexistischen Wissenspraktiken jene Subjekte hervor, die sie fortwährend ausbeutet. Dieses soziale Ausbeutungsverhältnis ist nicht auf den Zugriff auf Arbeitskraft begrenzt, sondern erstreckt sich über die Gebärfähigkeit bis hin zu Eizellen und Genen (vgl. Waldby und Cooper 2015).

Obleich sich infolge der artikulierten Kritiken im spezifischen Verhältnis der Sachherrschaft Verschiebungen abzeichnen, wie die formale Abschaffung der Sklaverei und der Bedeutungsverlust von patriarchaler Ehe, beste-

hen weiterhin sexistische und rassistische Herrschaftsverhältnisse, die sich beispielsweise in ungleicher Bezahlung, fehlender Kinderbetreuung, ungleichen Chancen bei Bewerbungsgesprächen oder der Wohnungssuche zeigen. Die entfremdeten und gespaltenen Beziehungsweisen der Sachherrschaft bleiben bestehen. Vor diesem Hintergrund zeigt eine materialistisch-feministische Eigentumskritik, wie diese zentralen Spaltungen durch vergeschlechtlichte und rassistische Arbeitsteilung sowie spezifische Subjektkonstruktionen hervorgebracht wurden und werden. Sachherrschaft umschließt dabei nicht nur das Verhältnis der Menschen zu den Dingen, sondern ebenso der Menschen untereinander und der Menschen zu dem, was zu Natur erklärt wurde. Bei der Analyse kapitalistischer Lebensformen und deren Überwindung gilt es daher, ein plurales und mehrdimensionales Verständnis von Eigentum anzulegen.

Transformation als interstitielle Metalepsis

Trotz der fortwährenden materialistischen (Re-)Produktion der bestehenden Verhältnisse lassen sich zugleich zahlreiche (feministische) Ansätze, Initiativen und Praktiken erkennen, wie Care-Revolution, Solidarische Landwirtschaft, solidarische Ökonomie, Postwachstum und ebenso Commons, die im weiteren Verlauf im Fokus stehen. Sie eint, dass sie über eine Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen hinausweisen und zu der Aufhebung des Zustands der Ungleichheit beitragen möchten. Doch wie kann dies in Anbetracht kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und Sachherrschaft gelingen? Und haben nicht die Niederlagen der vergangenen Revolutionen zu Recht eine gewisse Vorsicht einkehren lassen? Trotz ernüchternder Erfahrungen lassen sich gegenwärtig Neuausrichtungen dieser Fragen erkennen, die Transformationen prozesshafter und reflexiver fassen. Aus feministisch-materialistischer Perspektive sind jene Orte »des Verborgenen« (Redecker 2020: 148), in denen die notwendigen, aber abgewerteten Beziehungsweisen der Fürsorge und des Füreinander-Daseins stattfinden, entscheidend für transformative Praktiken. Besonders an jenen Orten des Widerspruchs und der »Abweichung«, an queeren Orten, die als *interstitiell*, also als ein Dazwischen gelten und schwer greifbar sind: »Der Kitt ist in den Fugen versteckt geblieben, eingequetscht zwischen den Kanten der Herrschaft und abgeschliffen in der Mühle der Verwertung. Aber solche Zwischenräume können in das Zentrum

revolutionärer Politik gestellt werden« (ebd.). Daran schließt sich zum einen die Frage an, wie die Relevanz der Fugen, der Risse, der Brüche in ihren emanzipatorischen Potenzialen gesehen und ergriffen werden kann, wenn eine esoterisch-kapitalistische Melange permanent Konsumpflaster draufklebt. Zum anderen sind die zahlreichen Initiativen, Projekte und Wege in ihren transformativen Bestrebungen zu berücksichtigen. Sie wiederholen in solidarischem Miteinander jene Praktiken, die als unökonomisch, naturalisiert oder traditional ideologisch aus dem Gesellschaftlichen ausgeschlossen werden.

Um der Ambivalenz zwischen Vorsicht und Praktizieren zu begegnen, gilt es, eine Prozessperspektive mitzudenken, in der diese solidarischen und fürsorglichen Praktiken wiederholt, eingeübt, reproduziert und (er-)haltbar gemacht werden können. Eva von Redecker nutzt hierfür den Begriff der *Metalepsis* (Redecker 2018: 34). Demnach gilt es, das Denken von Revolution als Beginn und Ausgangspunkt für etwas Neues aufzugeben und den Ausgangspunkt vielmehr bereits als gegebene performative Möglichkeit zu verstehen, auf die es nicht mehr zu warten gilt (ebd.: 34 f.). Damit wird das Bild der unbestimmbaren postrevolutionären Gesellschaft aufgegeben und danach gefragt, »welche Momente oder Praktiken im Gegebenen sich als solche ausweisen lassen, die mögliche ›nach-revolutionäre‹ Qualität« haben (ebd.: 35). Sie sind bereits existent und zeigen sich in den Krisen und Widersprüchen der gegenwärtigen Lebensformen der Sachherrschaft. Vorhanden sind sie in der Fürsorgearbeit, im gegenseitigen Trösten, im Zuspruch, in all jenem »Kitt in den Fugen«; die Mittel gibt es, nun gilt es, sie für einen anderen Zweck einzusetzen. Hazel Carby machte dies bereits in den 1980er Jahren in ihrer Kritik an der Abwertung des Hauses im weißen materialistisch-feministischen Diskurs deutlich: »We would not wish to deny that the family can be a source of oppression for us but we also wish to examine how the black family has functioned as a source of resistance to oppression.« (Carby 1997: 46) Mit dieser Neuausrichtung wird ein Transformationsverständnis ins Zentrum gesetzt, welches im alltäglichen Handeln nicht nur die Reproduktion der Verhältnisse sieht, sondern zugleich die Möglichkeit ihrer Überwindung. Diese prozesshafte Ausrichtung lässt sich insbesondere in der praktischen Eigentumskritik von Commons erkennen, eine feministisch-materialistische Perspektive ist dafür allerdings zwingend notwendig, wie im folgenden Abschnitt deutlich wird.

Commoning als feministisch-materialistische Eigentumskritik und Transformation

Der Idee der Metalepsis folgend, wird mit Commons und Commoning in den letzten Jahren eine Eigentumskritik intensiv diskutiert, die nicht nur die vielschichtigen Probleme umschreibt, sondern eine praktische Aufhebung im Gegenwärtigen vollziehen möchte. Ansetzend an der Bedeutung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse für soziale Beziehungsweisen in Form von vermachteten Subjekt-Objekt-, Subjekt-Subjekt- und Selbstbeziehungen, streben Commons die Überführung von Privateigentum in Gemeinschaftseigentum jenseits von Staat und Markt an (vgl. Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung 2014). Argumentativer Ausgangspunkt ist hierbei die Kritik an einem strukturell angelegten Unterlaufen der Idee, dass Privateigentum durch die Schaffung juristischer Zugehörigkeiten gerechte Ordnungen ermögliche (vgl. Ostrom 1990). Denn der ordnenden Logik des Erwerbens von Eigentumstiteln und -rechten steht im Kapitalismus immer eine Struktur des Ausschlusses, der Ausbeutung und Entfremdung gegenüber, die zu Verteilungskämpfen und strukturellen Ungleichheiten führt.

Von Commons zu Commoning

Im späten Mittelalter und im Zuge des europäischen Kolonialismus sind Commons aus der politischen Geschichte verschwunden. Die aktuell wieder zunehmende Auseinandersetzung mit Commons und ihrer Bedeutung als soziale Transformationsbewegung und philosophisches Konzept speist sich auch aus der Suche nach Lösungen für kapitalistische Krisenverhältnisse (vgl. Federici 2012; Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung 2014). Konzeptioneller und praktischer Ansatz von Commons ist die Ermöglichung nicht eigentumsförmiger sozialer Beziehungen und Produktionsformen, die eine bessere Beteiligung und bessere Befriedigung der Bedürfnisse ermöglichen sollen.

Leitender Praxismodus ist hierbei die Kollektivierung von Privateigentum und die damit erhoffte Aufhebung des zentralen Wirkmechanismus kapitalistischer Strukturen. An den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen wird ihr ausschließender Charakter kritisiert: Dieser verwehre Menschen oft einzig zum Zwecke der Gewinnmaximierung den Zugang zu (lebens-)wichtigen Ressourcen, Materialien oder Daten. Commons dagegen stellen eine

Besitzform jenseits von Privat- oder Staatseigentum dar und können den Modus für grundlegend andere Gesellschaftsstrukturen schaffen. Neben dieser ökonomisch-juristischen Bestimmung wird zunehmend auf den gesellschaftlichen Charakter von Commons rekurriert und diskutiert, inwieweit Commons die Grundlage für nicht individualisierte und konkurrenzbasierte Sozialbeziehungen sein können (vgl. etwa Helfrich 2015; Euler 2018). Dies verdeutlicht sich in der Konzeption von Commons als Trias aus »einer Ressource (die stofflich oder immateriell sein kann), den Menschen, die diese Ressource nutzen (Commoners) und dem Aushandlungsprozess darüber, wie diese Ressourcen genutzt werden sollen, also den Aneignungsregeln« (Exner und Kratzwald 2012: 23). Letzteres wird als *Commoning* bezeichnet und umfasst den gesamten Prozess der Transformation, basisdemokratischen Regelverhandlung und Verwaltung. Die reziproke Bezugnahme der Commoners aufeinander bietet die Möglichkeit zur »Herstellung von Beziehungen und damit von sozialem Zusammenhalt« (ebd.: 30). Betont wird der metaleptische Charakter als kontinuierliches soziales Werden, der These folgend, dass Commons nicht nur stoffliche und materiell-statische Gegenstände sind, sondern »social relations – of cooperation and solidarity. And commons are not givens but processes« (Barbagallo, Beuret und Harvie 2019: 6). Dieser prozessuale Charakter wird auch sichtbar in der Definition von *Commoning* als »fluid, continuous and relational ways« (Bresnihan und Byrne 2015: 46; vgl. Schmitz 2021). Commons haben weltweit in zahlreichen Praktiken begonnen, kapitalistischen Eigentumslogiken einen anderen Modus der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen entgegenzustellen. Dies kann als Zeugnis der Fugen und Risse verstanden werden.

Zwischen Kontinuität, Ambivalenz und Transformation

Während einige Commons-Vertreter:innen Argumente von Effizienz und erhöhter Produktivität von Commons gegenüber kapitalistischen Eigentumsverhältnissen anbringen,⁴ um die Transformation hin zu Commons-basierten Verhältnissen zu legitimieren (vgl. Bauwens 2009; De Angelis 2014; Papadimitropoulos 2017), argumentieren feministische Perspektiven, dass der Fokus von Commons nicht allein auf den Produkten und der Gewährung von Zugang zu diesen liegen kann, sondern bei der Voraussetzung

4 Ebenso gegenüber staatssozialistischen Eigentumsordnungen.

für jedes Tätig-Sein ansetzen müsse.⁵ Also bei der Reproduktion(sarbeit) des Lebens selbst. Diese ›immaterielle‹ Form müsse vergemeinschaftet und selbst zu einem Commons werden, um eine tragfähige Konzeption für eine andere Gesellschaft zu sein.

Silvia Federici sieht daher das interstitielle Schlupfloch für Commons in der kapitalistisch-immanenten Beziehungsweise der Reproduktionsarbeit: »Frauen haben auch bei den Bemühungen um eine Kollektivierung der Reproduktionsarbeit als treibende Kraft gewirkt, um die Reproduktionskosten zu senken und sich gegenseitig vor Armut, staatlicher Gewalt und der von einzelnen Männern ausgehenden Gewalt zu schützen.« (Federici 2012: 97) Dabei ist ihre Perspektive nicht als essenzialistisch zu verstehen, vielmehr markiert sie argumentativ den Zusammenhang von Frau-Sein und Reproduktionsarbeit aufgrund der spezifisch-historischen Konstruktion der kapitalistischen Eigentums-gesellschaft. Für Federici ist darin die Möglichkeit von deren Aufhebung enthalten. Die gesellschaftliche Bedeutung der Herstellungspraktiken von Lebensbedingungen wird ihrer Ansicht nach in den Commons-Debatten bisher unzureichend berücksichtigt (ebd.: 100). Dafür zeichnen sich drei Ursachen ab: Erstens der primäre Bezug auf materielle und immaterielle (etwa Software) Güter und Produkte in der Auseinandersetzung um Commons und weniger ihre reproduktive Herstellung. Zweitens die Kontinuität des Ausschlusses von multiplen Arbeits- und Eigentumsverständnissen aus materialistischen Theorien, wie feministisch-materialistische Kritiker:innen bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht haben. Und drittens eine androzentristische Konzeption von Trias, die insbesondere Subjekt-Objekt-Beziehungen in den Blick nimmt.

Ein feministisches Verständnis von Trias fasst Commoning nicht nur als die Aushandlung der gemeinsamen Verwaltung von Commons, sondern als Begriff für die Neugestaltung von Subjekt-Subjekt-Beziehungen als solidarisch und fürsorglich. Dies ist grundlegend, denn durch das Fehlen einer feministischen Perspektive besteht das Risiko für Commons darin, »being incomplete if they ignore issues of race, gender, and colonialization« (Eidelman und Safransky 2020: 11). Zudem wird in der materialistisch-feministischen Erweiterung von Commons das Interstitielle deutlich, indem die Bedeutung von Reproduktionstätigkeiten nicht nur als gesellschaftlicher Kitt deutlich wird, sondern als Orte und Ausgangspunkte für Commons-basierte gesellschaftliche Reproduktion, die jenseits eigentumsförmiger Spaltungen der Sachherrschaft liegt.

5 Dieses Argument gilt letztlich für jeden transformativen Ansatz.

Neben der Notwendigkeit, die Frage nach den Möglichkeiten für Commons-basierte gesellschaftliche Reproduktion in den Fokus zu stellen, zeichnet sich eine weitere Herausforderung ab. Diese liegt in einem Paradoxon über das Verhältnis von Commons und Kapital. In den Geschichtsschreibungen zu Commons wird häufig auf deren Verschwinden im Zuge der kapitalistischen Einhegungsprozesse ab dem späten Mittelalter verwiesen. Materialistische Feminist:innen haben demgegenüber aufgezeigt, dass im Zuge der Einhegung zugleich neue Commons geschaffen wurden: »[...] the long, bloody process that Karl Marx called ›primitive accumulation‹ had the effect of robbing women of communal lands while producing the female body as itself a common ›natural resource‹.« (Millner-Larsen und Butt 2018: 403; vgl. auch Federici 2017: 122) Neben einer möglichen sprachlich-konzeptionellen Gleichsetzung von einem emanzipatorischen Commonsverständnis und einem Missverständnis von Commons als unbegrenzter Open-Access-Ressource, expliziert sich hierin der Anspruch, dass die immanenten Ziele von Commons nur dann umgesetzt werden können, wenn gleichzeitig jede Form kapitalistischer Sachherrschaft aufgehoben wird. Eine bloße Gegenüberstellung von Kapital und Commons reicht also nicht aus, vielmehr gilt es, die vielschichtigen kapitalistischen Beziehungsweisen, Sachherrschaftsverflechtungen aus Arbeit, Eigentum, Subjekt, Objektivierung in den Blick zu nehmen. Dies impliziert, dass Theoretiker:innen rund um Commons nicht nur Subjekt-Objekt-Beziehungen und die Bedeutung von Reproduktionsarbeit systematisch ins Definitionszentrum der Transformationsprozesse stellen müssen, sondern jegliche Ausprägungen sozialer Sachherrschaft in kapitalistischen Beziehungsweisen und Selbstverhältnissen: »Wer auf Commoning besteht, widersetzt sich dieser Zivilisation (kapitalistisch, säkular, liberal, patriarchalisch, weiß), die für sich selbst das Recht beansprucht, ›die Welt‹ zu sein [...]«. (Escobar 2015: 334 f.) Federici schließt daran an, wenn sie schreibt:

»Kein Gemeinsames ist möglich, sofern wir uns nicht weigern, unser Leben und unsere Reproduktion auf dem Leid anderer zu gründen und uns als von ihnen getrennt wahrzunehmen. Wenn ›Commoning‹ in der Tat irgendetwas bedeutet, dann, dass wir uns selbst als gemeinschaftliches Subjekt produzieren müssen.« (Federici 2012: 100)

Aber was meint »gemeinschaftliches Subjekt«? Hier sind zwei unterschiedliche Interpretationen möglich, wobei Letztere im Kontext von Commons als eine interstitiell-metaleptische Transformation entscheidend ist. Die erste

Deutung lässt das »gemeinschaftliche Subjekt« als ein kollektives, revolutionäres Subjekt in Form eines Zusammenschlusses aller Unterdrückten zu einer revolutionären Klasse erkennen. Jedoch zeigt sich historisch, dass diese zunächst imaginierten Kollektive in der Realität zu vielfältigen Ausschlüssen geführt haben und führen. Die zweite Deutung schlägt einen reflexiv-prozesshafteren Ansatz vor: Hier wird Commoning als Beziehungsweise gedacht, die das kollektive Subjekt nicht vorwegnimmt, sondern als offene Möglichkeit einführt. Commoning als Vielheit, Rhizom und Situiertheit.⁶ Als reflexive Vernetzungsform, die in sich die Bedürfnisartikulationen der Vielen trägt, diese gegeneinander spiegelt und damit die Möglichkeit zur immanent-normativen Bewertung bietet, ohne die Materialität aus dem Blick zu verlieren. Commoning als Form, in der nicht nur andere Zugangsformen, sondern grundlegend andere Beziehungsweisen denkbar sind, die posthumane und postsouveräne Perspektiven einschließen.

Durch diese Erweiterung der Transformationspunkte von den Produkten auf die gesamte kapitalistische Sachherrschaft gehen Commons über eine Besitzform von Privateigentum (Markt) und öffentliche Güter (Staat) hinaus und können praktische Kritik und das Unterlaufen kapitalistischer Subjektivierungen und Wissensproduktionen miteinschließen. Bei transformativem Commoning geht es nicht nur um die Schaffung von Zugang zu Ressourcen, sondern um die Aufhebung aller Formen der Sachherrschaft und der daraus folgenden alltäglichen Krisen.

Fazit

Deutlich wurde, dass die feste Verankerung feministisch-materialistischer Perspektiven von hoher Relevanz für die transformativen Potenziale von Commons und Commoning ist. Denn damit werden die immanenten Verkürzungen und Engführungen in den Konzeptionen von Commons selbst sichtbar. So ermöglicht eine materialistisch-feministische Perspektive den Fokus weg von der Vergemeinschaftung produzierter Güter hin zur Vergemeinschaftung der Reproduktionsarbeit zu legen. Um jedoch der Gefahr der Auslagerung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in Communitys und des Bestärkens eines »Community-Kapitalismus« (Dyk und Haubner 2021) zu ent-

6 Deleuze und Guattari (1977) verstehen als Rhizom kein festes Subjekt oder Objekt, sondern ein Netz aus Verflechtungen und Verbindungslinien.

gehen, bedarf es der Überwindung jeglicher Form von kapitalistischer Sachherrschaft. Dies schließt die Zuschreibungs- und Konstruktionspraktiken von Körpern, wie sie im Kapitalismus vollzogen werden, ein. Der Ansatz eines »kollektiven Subjekts« steht der kapitalistischen Eigentumslogik der Sachherrschaft entgegen, indem er auf der Möglichkeit der Neuaushandlung von Beziehungsweisen besteht und damit die gegenwärtigen – für den Kapitalismus notwendigen – Ausbeutungsbeziehungen in Frage stellt. Der schmale Grat transformativer Commons wird durch eine feministisch-materialistische Grundlegung ein wenig breiter. Wesentlich ist dabei auch die reflexiv-prozesshafte Perspektive, wie sie ein interstitiell-metaleptisches Transformationsverständnis vorschlägt. Dennoch bleiben Fragen und Unsicherheiten, aber auch die Hoffnung darauf, dass eine Überwindung der gegenwärtigen Sachherrschaft möglich ist.

Literatur

- Barbagallo, Camille 2019: Another Way Home. Slavery, Motherhood and Resistance, in: dies., Nicholas Beuret und David Harvie (Hg.): *Commoning with George Caffentzis and Silvia Federici*. London: Pluto Press, 176–191.
- Bauwens, Michel 2009: Class and capital in peer production, in: *Capital and Class* 33(1), 121–141.
- Beer, Ursula 1984: *Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Bock, Gisela und Barbara Duden 1977: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit, in: *Gruppe Berliner Dozentinnen* (Hg.): *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*. Juli 1976. Berlin: Courage Verlag, 118–199.
- Bresnihan, Patrick und Michael Byrne 2015: Escape into the City: Everyday Practices of Commoning and the Production of Urban Space in Dublin, in: *Antipode* 47(1), 36–54. doi.org/10.1111/anti.12105.
- Carby, Hazel V. 1997: White woman listen! Black feminism and the boundaries of sisterhood, in: Heidi Safia Mirza (Hg.): *Black British Feminism*. London und New York: Routledge.
- Caffentzis, George und Silvia Federici 2014: Commons against and beyond capitalism, in: *Community Development Journal* 49(1), 92–105.
- Combahee River Collective 1977: Combahee River Collective Statement. https://americanstudies.yale.edu/sites/default/files/files/Keyword%20Coalition_Readings.pdf.

- Dalla Costa, Mariarosa 1973: Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, in: Mariarosa Dalla Costa und Selma James (Hg.): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin: Merve, 27–66.
- De Angelis, Massimo 2014: Krise, Kapital und Vereinnahmung – braucht das Kapital die Commons?, in: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript, 227–236.
- Deleuze, Gilles und Felix Guattari 1977 [1976]: Rhizom. Berlin: Merve.
- Dyk, Silke van und Tine Haubner 2021: Community-Kapitalismus. Hamburg: Hamburger Edition.
- Eidelman, Tessa A. und Sara Safransky 2020: The Urban Commons: A Keyword Essay, in: Urban Geography 42(6), 792–811. <doi.org/10.1080/02723638.2020.1742466>.
- Escobar, Arturo 2015: Commons im Pluriversum, in: Silke Helfrich, David Bollier und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns. Bielefeld: transcript, 334–345.
- Euler, Johannes 2018: Conceptualizing the Commons. Moving beyond the Good-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant, in: Ecological Economics 143, 10–16.
- Exner, Andreas und Brigitte Kratzwald 2012: Die Produktion der Commons, in: dies. (Hg.): Solidarische Ökonomie und Commons. Eine Einführung. Wien: Mandelbaum, 23–43.
- Federici, Silvia 2012: Der Feminismus und die Politik der Commons, in: Kitchen Politics (Hg.): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: edition assemblage.
- Federici, Silvia 2017 [2004]: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien: Mandelbaum.
- Gago, Verónica 2021: Streik gegen Patriachat und Gewalt, in: taz, 6. November. <<https://taz.de/Feminismus-in-Argentinien!/5808917/>>.
- Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung 2014 [2012]: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript.
- Helfrich, Silke, David Bollier und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2015: Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns. Bielefeld: transcript.
- Loick, Daniel 2016: Der Missbrauch des Eigentums. Köln: August.
- McClintock, Anne 1995: Imperial Leather: Race, Gender, and Sexuality in the Colonial Context. New York: Routledge.
- Millner-Larsen, Nadja und Gavin Butt 2018: Introduction. The Queer Commons, in: GLQ. A Journal of Lesbian and Gay Studies 24(4), 399–419.
- Papadimitropoulos, Vangelis 2017: The Politics of the Commons: Reform or Revolt?, in: triple C 15(2), 563–581.
- Ostrom, Elinor 1990: Governing the Commons. Cambridge: Cambridge University Press.

- Redecker, Eva von 2018: *Praxis und Revolution. Eine Sozialtheorie radikalen Wandels*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Redecker, Eva von 2020: *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Schmitz, Luki 2021: *Commoning als Rhizom denken – Normative Orientierungspunkte für gutes Leben*, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 13(2), 64–79.
- Tomich, Dale and Michael Zeuske 2008: *Introduction, The Second Slavery: Mass Slavery, World-Economy, and Comparative Microhistories*, in: *Review (Fernand Braudel Center)* 31(2), 91–100.
- Waldby, Cathy und Melinda Cooper 2015: *Biopolitik der Reproduktion. Postfordistische Biotechnologien und die klinische Arbeit von Frauen*, in: *Kitchen Politics (Hg.): Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhundert*. Münster: edition assemblage, 18–48.
- Williams, Eric 1994 [1944]: *Capitalism and Slavery*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Winker, Gabriele 2015: *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Zetkin, Clara 1976a [1889]: *Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, 19. Juli 1889*, in: Jutta Menschik (Hg.): *Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau*. Köln: Pahl-Rugenstein, 92–98.
- Zetkin, Clara 1976b: *Die sozialdemokratische [proletarische] Frauenbewegung*, in: Jutta Menschik (Hg.): *Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau*. Köln: Pahl-Rugenstein, 52–61.

Interviews

Zur Aktualität Materialistischer Feminismen

Sarah Speck im Gespräch mit *Lisa Yashodhara Haller* und *Christina Engelmann*

Der Sammelband ist aus der Veranstaltungsreihe »Zur Aktualität Materialistischer Feminismen« hervorgegangen, die vom Forum kritischer Wissenschaften (FkW) organisiert wurde. Im Rahmen der Reihe fand ein Gespräch zwischen uns dreien zu aktuellen Perspektiven und Herausforderungen des materialistischen Feminismus statt – insbesondere mit Blick auf die empirische Geschlechterforschung. Dieser Austausch war derart fruchtbar, dass wir uns für den Band noch einmal für ein Gespräch zusammengefunden haben, um über materialistische Feminismen zu diskutieren.

Kontroversen innerhalb des feministischen Materialismus

Lisa Y. Haller: Beginnen wir mit Fragen rund um die feministischen Kontroversen innerhalb des materialistischen Feminismus. Lange Zeit war das Verhältnis zwischen feministischen und marxistischen Ansätzen der Gesellschaftskritik spannungsgeladen. Heute jedoch wird in tagespolitischen Debatten und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen immer öfter das Potenzial Marx'scher Gedanken für feministische Diskurse und Kämpfe erkannt. Welche aktuellen Probleme lassen sich aus deiner Perspektive besonders gut mit den Theorien des materialistischen Feminismus erklären?

Sarah Speck: Die Tradition materialistisch-feministischer Provenienz, der ich mich zugehörig fühle, verfolgt eine bestimmte Gesellschaftsanalyse, die unser Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, von der Reproduktion aus denkt. Verschiedene Weisen des Arbeitens und deren Organisation, als entlohnte oder nicht entlohnte Arbeit, genießen unterschiedliche Wertschätzung und wirken auf unterschiedliche Weise an der Aufrechterhaltung der Gesellschaft

mit. In diese Analyse, die auch Ausbeutungsbeziehungen besser fassen kann als die klassisch marxistische, fließen damit auch andere Dimensionen des Sozialen, zum Beispiel symbolische, mit ein. Aus der Perspektive sozialer Reproduktion lässt sich selbstverständlich auch das, wie du sagtest, tagespolitische Geschehen analysieren. Wenn ich die Frage aber so verstehe, welche Debatten mit Blick auf welche Entwicklungen in jüngster Zeit einen Aufwind erhalten haben, dann sind es vor allem Fragen, die mit der Krise der sozialen Reproduktion zusammenhängen, die in Deutschland im Kontext der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf neue Weise sichtbar wurden. Mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden zum einen fast alle Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung des Alltags ins Häusliche verlagert und durch diese Verschiebung die Komplexität und Auslagerung unserer vielfach kommodifizierten Versorgungsbeziehungen deutlich. Zum anderen wurden gesellschaftlich entwertete und oftmals unsichtbar gemachte Arbeiten nunmehr als essenziell wahrgenommen und als »systemrelevant« gerahmt. Die damit einhergehenden Debatten haben dann auch marxistisch-feministische Perspektiven in den Fokus gerückt, weil etwas offensichtlich wurde, was diese Perspektiven ohnehin immer aufzeigen. Aber zur Beantwortung eurer Frage lohnt sich auch ein Blick in andere Kontexte. Ich bin gerade zu einem längeren Forschungsaufenthalt in Argentinien. Und hier sind materialistisch-feministische Perspektiven in den Bewegungen sehr verankert und helfen bei der Erhellung des autoritär-libertären Neoliberalismus, aber auch der Aufrechterhaltung des Alltags in dieser politisch-ökonomischen Formation und der Mobilisierung gegen sie. Und nicht zuletzt lassen sich extraktivistische Prozesse, gesellschaftliche Naturverhältnisse und auch verschiedene Gewaltphänomene vor dem Hintergrund der Annahme fortgesetzter ursprünglicher Akkumulation aus materialistisch-feministischen Perspektiven begreifen. Gerade auch die Frage geschlechtsbezogener Gewalt materialistisch-feministisch zu verstehen, hat mich zuletzt verstärkt beschäftigt.

Lisa Y. Haller: Wir sprechen bewusst im Plural von den Theorien des materialistischen Feminismus. Welche Kontroversen innerhalb des materialistischen Feminismus sind bis heute aktuell und welche haben sich über die Jahre erledigt?

Sarah Speck: Gute Frage. Tatsächlich kenne ich keine Texte, die sich explizit um eine Kartierung der Debatten bemühen. Wenn ich einen Versuch ma-

chen soll, das Feld der Ansätze und Kontroversen zu umreißen, fallen mir verschiedene Fragen, teils auch aus älteren Debatten ein: Begreifen wir das Geschlechterverhältnis als Klassenverhältnis oder quasi analog dazu? Auf welche Weise unterscheiden sich Ansätze des (Post-)Operaismus von wertkritischen Analysen? Beides sind ganz unterschiedliche marxistische Traditionen, und aus beiden gibt es materialistisch-feministische Analysen. Kontroversen, die diesen Traditionen entspringen, drehen sich um die Bedeutung sozialer Kämpfe und die Handlungsmächtigkeit von Subjekten. Aktuelle Kontroversen betreffen unter anderem die Frage, welche Aspekte im Kontext einer Theorie sozialer Reproduktion betont oder auch ausgeblendet werden. Ich denke an Autorinnen und Autoren, die versuchen, stärker Strukturen der Kolonialität und Mechanismen der Rassifizierung oder Heteronormativität mit einzubeziehen. Eine weitere Kontroverse kreist um den Begriff der Sorge. Wie stark richten wir unsere Analyse und auch normativen Fluchtpunkte auf den Begriff der Sorge aus? Oder lehnen wir den Begriff ab, weil er romantisierende Momente beinhaltet? Debatten gibt es auch mit Blick auf die staatliche und institutionelle Rahmung und Normierung von Reproduktion(sarbeit). Darüber sind wir, also Lisa und ich, ja schon seit vielen Jahren in der Diskussion. Und natürlich wird immer wieder die Frage nach der Überwindung unserer Zustände mittels reformerischer oder revolutionärer Praktiken und Beziehungsweisen diskutiert. Wir haben im Kontext von Kitchen Politics¹ angefangen, Rolle, Bedeutung und Bewertung der Familie im Gegensatz zu anderen Formen sorgender Konstellationen oder Gemeinschaften kontrovers zu diskutieren. Ich halte die Frage von auf Dauer gestellten Sorgebeziehungen im Kontext der gegenwärtigen Verfasstheit des Kapitalismus für zentral. Und auf diese Frage habe ich tatsächlich einen materialistischen Zugriff – will heißen: von den Verhältnissen aus denkend –, allerdings in der Tradition der Kritischen Theorie. Materialistisch-feministische Analysen dieser Provenienz verbinden ökonomietheoretische mit kultur- respektive ideologiekritischen und subjekttheoretischen Überlegungen, in denen auch psychoanalytische Perspektiven zum Tragen kommen. Und aus dieser Tradition wird anders auf die Institution der Familie geschaut als von Ansätzen, die eher aus der Queer Theory kommen und viel stärker Fra-

1 »Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen« ist ein Herausgeber:innenkollektiv, das mit seiner Buchreihe in aktuelle politische Debatten interveniert und hierzu queerfeministische, materialistische und intersektionale Perspektiven versammelt, die eine radikale Kritik der Gesellschaft ermöglichen. <www.edition-assemblage.de/a-z/kitchen-politics/>.

gen der gewaltvollen Normierung in den Mittelpunkt stellen. Letztere argumentieren, dass wir, sofern wir Sexualität und Begehren nicht angemessen berücksichtigen, die Modi der Arbeitsteilung im Kapitalismus, aber auch des Widerstands nicht angemessen verstehen. Und sie rücken die Frage der Errichtung, Stabilisierung und potenziellen Destabilisierung der Geschlechterordnung in den Mittelpunkt. Die Perspektive auf die Institution der Familie ist insofern auch eine andere. Aus meiner Sicht sind die Debatten, die in der Konfrontation dieser unterschiedlichen Ansätze und Fragen entstehen, allesamt spannend, wichtig und weiterführend.

Lisa Y. Haller: Dann kommen wir jetzt zu einer Kontroverse, die zwar alt ist, mit der ich aber bis heute immer wieder konfrontiert werde, nämlich die Frage, wie eng der Kapitalismus und Geschlechterverhältnisse miteinander verknüpft sind. Oder anders, aus der Perspektive der Praxis gefragt: Braucht es eine Überwindung des Kapitalismus, um Geschlechterdifferenz hierarchiefrei leben zu können? Oder ist eine Gleichstellung der Geschlechter auch innerhalb des Kapitalismus möglich?

Sarah Speck: Ich habe viel über diese Frage nachgedacht. Aus einer materialistischen Analyse wissen wir, dass die Geschlechterordnung, wie sie uns heute gegenübersteht, so stark in Arbeitsverhältnissen verankert und abgesichert ist und umgekehrt die Wirtschaftsordnung so stark in Geschlechterverhältnissen, dass im Prinzip von einer Ko-Konstitution von beiden, von Arbeit und Geschlecht ausgegangen werden kann. Dass also mit anderen Worten die Herausbildung der kapitalistischen Ordnung schlechthin nicht ohne die moderne, binäre Geschlechterordnung mit ihrer Sphären-, Arbeits- und Affektteilung zu verstehen ist. Das hat natürlich Folgen für die Frage der Überwindung dieser Ordnung. Grundsätzlich denke ich, wenn wir die Herrschaft und Machtstrukturen in den Geschlechterbeziehungen überwinden wollen, dann müssen die Wirtschaftsordnung und die Art der gesellschaftlichen Austauschprozesse wesentlich andere werden. Ist eine Egalisierung der Geschlechter auch innerhalb der dominierenden kapitalistischen Wirtschaftslogik möglich? Diese Frage wurde insbesondere vor dem Hintergrund aufgeworfen, dass Politiken der Gleichstellung in verschiedener Hinsicht für den Kapitalismus fruchtbar waren und sind. So ist die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in den westlichen ehemaligen Industriestaaten seit den 1970er Jahren auch eine Strategie der Krisenbewältigung des Kapitals gewesen: Das Ernährermodell war schlicht zu teuer. Dies ist jedoch nur

eine Seite der Medaille. Denn wir wissen aus materialistisch-feministischen Analysen, dass die hervorgebrachte binäre Geschlechterdifferenz auch weiterhin massiv ausgebeutet und in Wert gesetzt wird. Und Lisa, deine Analysen haben ja auch immer wieder gezeigt, dass der Kapitalismus auf etwas angewiesen ist, was er selbst nicht hervorbringen kann. Das heißt, es gibt einen Bereich gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der sich nicht oder nur schwerlich in Wert setzen lässt. Aus diesem Grund ist die Produktion von Differenzen, die der Ausbeutung dienen, ganz wesentlich für den Kapitalismus. Denkbar ist allerdings, dass in einer fortgesetzten kapitalistischen Gesellschaft Geschlecht irgendwann vielleicht weniger relevant und Ausbeutung anders organisiert wird, zum Beispiel stärker entlang rassifizierender Logiken. Eine solche Tendenz lässt sich ja in bestimmten Kontexten und Milieus beobachten. Was ich mir allerdings kaum vorstellen kann und was sich auch theoretisch schwer begründen lässt, ist ein Kapitalismus, in dem gesellschaftliche Differenzierungen keine Rolle spielen. Auch deshalb braucht es eine radikal andere Gesellschaft. Es bedarf der Abschaffung der Notwendigkeit der Wertproduktion im kapitalistischen Sinn und einer anderen, nicht herrschaftsförmigen, nicht ausbeutenden Organisation von Arbeit. Differenzen gänzlich abzuschaffen, ist, glaube ich, nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Es geht aber um die Überschreitung und Abschaffung gesellschaftlich hergestellter und binärer Differenzen, mittels derer Menschen abgewertet, erniedrigt und ausgebeutet werden, und darum, die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Menschen anzuerkennen. Adornos utopisches Diktum aus den *Minima Moralia*, in einer anderen Gesellschaft »ohne Angst verschieden sein« zu können, steht aus meiner Sicht genau dafür.

Lisa Y. Haller: Danke für die detailreichen Ausführungen. Aktuelle Forschungen zeigen ja interessanterweise, dass es auch im Zuge der gleichgeschlechtlichen Familiengründungen eine sehr starke Orientierung an einer bipolaren Geschlechternorm von Mutter- und Vaterschaft gibt. Selbst wenn beide Elternteile Frauen oder Männer sind, kommt es also zu geschlechtlichen Differenzierungen entlang einer hierarchischen Norm. Aus der Empirie kennen wir ähnliche Muster auch in Bezug auf Transelternschaft. Das deutet darauf hin, dass es innerhalb unserer wertformdominierten Wirtschaft nicht möglich ist, Geschlechterhierarchien individuell aufzulösen. Das führt uns zu unserer nächsten Frage. Historisch betrachtet haben materialistisch-feministische Perspektiven, im Schlußschluss mit dem französischen Poststrukturalismus, Geschlecht seit jeher als Herstellungsprozess

begriffen. Inwiefern unterscheidet sich denn die Herstellung von Geschlecht von der Herstellung der Klasse?

Sarah Speck: Ich würde genau wie du sagen: Es sind verschiedene Linien, die zu unserer heutigen Theoretisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen als etwas sozial Hergestelltem beigetragen haben. Geschlechterverhältnisse verstanden als jene Verhältnisse, durch die zwei Gruppen konstituiert werden, die auf eine bestimmte Art und Weise aufeinander bezogen sind durch Austausch- und Ausbeutungsprozesse. Und in der gleichen Weise lassen sich Klassen verstehen als gesellschaftlich hervorgebrachte Gruppen, die in einem bestimmten Verhältnis zueinanderstehen. Die Prozesse der Hervorbringung unterscheiden sich aber in der Tat. Für die Herstellung der im engen marxistischen Sinne verstandenen zwei Klassen im Kapitalismus spielte historisch die sogenannte ursprüngliche Akkumulation und spielt bis heute die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln eine Rolle. Die binäre Geschlechterdifferenzierung hat sich anders herausgebildet, über Prozesse der Arbeits- und Statuszuweisung, gewaltvoller und ideologischer Art, und über symbolische Differenzen bzw. Differenzierungen (die im Klassenverhältnis eine nachgeordnete, legitimatorische Rolle spielen). Für die ideologische Konstruktion ist die Materialität unterschiedlicher Körper und die Potenzialität zur Schwangerschaft (Jola Vollmer) relevant gewesen.

Lisa Y. Haller: Offen gesagt halte ich auch wenig von der Analogie von Geschlecht und Klasse in bestimmten Debatten. Auch hinsichtlich der Frage, was die herrschende Geschlechterordnung mit den Defiziten des Kapitalismus zu tun hat, komme ich mit der Klassentheorie nicht so recht weiter. Ich finde das Klassenverhältnis zur Analyse von Geschlechterdifferenz insgesamt wenig fruchtbar, deswegen arbeite ich überwiegend mit der Werttheorie. Die vielen Versuche einer Zusammenführung marxistischer und feministischer Theorien zum Zweck einer einheitlichen Erklärung von Klassen- und Geschlechterverhältnissen sind doch immer wieder an der Leerstelle einer Verhältnisbestimmung von Lohnarbeit und nicht entlohnter Arbeit gescheitert. Indem in der Klassentheorie die zentrale Grenzlinie entlang der Stellung im Produktionsprozess gezogen wird, bleiben Versorgungstätigkeiten, die immer noch mehrheitlich jenseits der Lohnarbeit verrichtet werden, aus der Analyse ausgespart. Meiner Auffassung nach entstehen Geschlechterdifferenzierungen aber genau aus dem Verhältnis zwischen Versorgungstätigkeiten und Lohnarbeit. Um auf der Mikroebene das zusammenzubringen,

was auf der Makroebene im Kapitalismus notwendigerweise gespalten wird, bringen Subjekte arbeitsteilige Arrangements hervor; durch das, was sie dann arbeitsteilig tun, stellen sie eine Geschlechterdifferenz her. Weil in der Klassentheorie unbezahlte Versorgungsleistungen, die zur Analyse von Geschlecht elementar sind, nicht vorkommen, können mit der Klassentheorie weder Geschlechterdifferenzierungen auf der Mikroebene gefasst noch ihre Verselbständigung als Geschlechterverhältnisse auf der Makroebene analysiert werden. Ich halte die Klassentheorie hier also schlicht für das falsche theoretische Werkzeug. Stattdessen würde ich die Klassenunterdrückung aus dem Lohnverhältnis, Geschlechterverhältnisse hingegen aus der Arbeitsteilung erklären und darauf insistieren, dass Lohnarbeit und nicht entlohnte Arbeit verschiedene, sich wechselseitig bedingende Strukturen der Arbeitsteilung im Kapitalismus darstellen. Die Frage, welcher Klasse Menschen zugerechnet werden, die beispielsweise von Unterhalt oder familienpolitischen Transferleistungen leben, bleibt dennoch unklar. Bestimmt Klasse sich hier aus der Arbeitskraftaufwendung infolge der Lohnersatzabhängigkeit? Oder werden Frauen, die noch immer zu nicht unwesentlichen Anteilen auf Unterhaltsleistungen angewiesen sind, durch ihre politische Positionierung Teil einer Klasse? Darauf haben meinem Kenntnisstand nach auch die sozialistischen Feministinnen keine Antwort gegeben. Bei ihnen werden Frauen stets als lohnabhängig konzipiert – aber in dem theoretischen Spektrum kennt sich Christina besser aus als ich.

Christina Engelmann: Dazu kann ich gerne etwas sagen. Protagonistinnen der proletarischen Frauenbewegung wie Clara Zetkin und Alexandra Kollontai, über die es auch Beiträge in diesem Band gibt, haben im Anschluss an die historisch-materialistischen Analysen von Marx und Engels herausgestellt, dass es schon lange vor dem Kapitalismus patriarchale Strukturen gab. Entsprechend sind kapitalistische Ausbeutung und vergeschlechtlichte Ungleichheit nicht in eins zu setzen, allerdings nehmen diese Phänomene unter Bedingungen kapitalistischen Wirtschaftens eine spezifische Form an. Die Dynamiken in den Geschlechterverhältnissen, die sich im Zuge der Industrialisierung und durch die zunehmende Integration von Frauen in die Sphäre der Lohnarbeit vollziehen, werden von ihnen als ambivalent beschrieben. Die Frau kann sich damit einerseits zumindest ein Stück weit aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit vom Ehepartner befreien, unterwirft sich aber gleichzeitig einer neuen Form der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Eigentümer an Produktionsmitteln. In der Konsequenz hat sie zudem

mit der Doppelbelastung von reproduktiver und Lohnarbeit zu kämpfen. Der proletarischen Frauenbewegung war es wichtig herauszustellen, dass die Frauen mit unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Stellung auch sehr unterschiedliche und teils entgegengesetzte Interessen vertraten. Während die bürgerliche Frauenbewegung vor allem rechtliche Gleichstellung einforderte, um dieselben Bildungsmöglichkeiten und Eigentumsrechte wie der männliche Teil der besitzenden Klasse zu erlangen, wandte sich die proletarische Frauenbewegung gegen eine Organisation der Gesellschaft, die auf herrschaftsförmigen Grenzziehungen wie der zwischen den Arbeitenden und den Produktionsmitteleignern beruht.

Diese theoriegeleitete Gegenwartsdiagnose hatte Implikationen für die politische Praxisarbeit: Die proletarische Frauenbewegung hat Frauen keineswegs nur als Lohnarbeiterinnen adressiert, sondern sich auch explizit an proletarische »Hausfrauen« gewandt und besondere Organisationsformen (unter anderem spezielle Frauenblätter und Leseabende) entwickelt, um diese zu erreichen. Vor allem die politische Arbeit unter muslimischen Frauen hat die proletarische Frauenbewegung neue Strategien und Methoden entwerfen lassen. Es ging den Protagonistinnen der proletarischen Frauenbewegung nicht in erster Linie darum, auf eine Verbesserung der eigenen Position innerhalb des bestehenden Systems hinzuwirken, etwa die Entlohnung von Reproduktionsarbeit zu fordern und damit auch diesen Bereich dem Kapitalverhältnis unterzuordnen. Ihr Kampf richtete sich vielmehr auf eine radikale Transformation dieses Systems selbst. Durch die gesellschaftliche Organisation von Reproduktionsarbeit und die veränderte Stellung von Frauen im ökonomischen und sozialen Leben sollte es ihnen ermöglicht werden, die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse selbst in die Hand zu nehmen.

Empirische Forschung in der Analyse des feministischen Materialismus

Lisa Y. Haller: Wir wollten uns nun nochmals stärker empirischen Fragen zuwenden. Welche Aussagen über aktuelle Geschlechterbeziehungen und ihre Verflochtenheit in soziale und ökonomische Verhältnisse lassen sich anhand deiner empirischen Studien treffen?

Sarah Speck: In der Studie *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist* (Koppetsch und Speck 2015) ging es wesentlich um die Frage, ob und auf welche Weise sich durch Transformationen im Kapitalismus auch die Geschlechterverhältnisse verändern, anders gesagt, wie sich der Wandel der Erwerbswelt auf die Geschlechterordnung auswirkt. Wenn das Ernährermodell erodiert, Arbeit weiter prekariert wird und damit auch traditionell männliche Berufe durch die ökonomischen Entwicklungen unsicher werden und umgekehrt Frauen immer mehr Bildungserfolge aufweisen, was passiert dann eigentlich? Übernehmen Männer dann mehr Sorgearbeit? Bekommen Frauen einen Machtzugewinn in heterosexuellen Beziehungen?

Lisa Y. Haller: Das männliche Familiernährermodell ist nach wie vor, nicht nur in Bezug auf die Vergabe von Sozialleistungen, kaum angetastet, und daher auch empirisch weiter sehr wirkungsmächtig – vor allem in Deutschland.

Sarah Speck: Ja, aber die Prekarisierung der Erwerbswelt und ökonomische Krisen haben in den letzten Dekaden statistisch, in Deutschland wie überall, zu einer wachsenden Zahl von Familien geführt, in denen die Frau das alleinige oder das größere Einkommen bezieht. Wir haben heterosexuelle Familiernährerinnen-Paare milieuvergleichend untersucht. Und was sich in unserem Material ganz deutlich zeigt, ist die Eigenlogik, die Trägheit von Geschlechtervorstellungen, manifesten und latenten Männlichkeits- und Weiblichkeitsnormen. Und dass die subjektiven Ausdeutungen von Geschlecht dazu führen, dass sich die Geschlechterverhältnisse nicht einfach aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten modernisieren, sondern dass sich hier große Beharrungskräfte zeigen. Um diese Beharrungskräfte zu ergründen, braucht es aus meiner Sicht, und das habe ich vorhin mit Rückgriff auf die Kritisch-theoretische Tradition zu skizzieren versucht, neben einem ökonomiekritischen auch einen kultur- und einen subjekttheoretischen Zugang, also eine Analyse von Leitbildern und kulturellen Verhandlungen von Geschlecht wie von affektiven Mustern und psychischen Strukturen und einen Begriff und ein Verständnis der Vermittlung unterschiedlicher Dimensionen des Sozialen. Im Anschluss an diese Studie habe ich während der Covid-Pandemie mit Lilian Hümmel und Bea Ricke eine weitere durchgeführt, die stark auf den Theorien sozialer Reproduktion basiert. Erkenntnisleitend war die Frage, wie das sogenannte Private und Reproduktionsarbeiten im Kontext der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie reorganisiert werden

und welche sozialen Differenzierungslinien sich in diesem Zusammenhang zeigen. Zu unseren Befunden habe ich vorhin schon etwas gesagt. Aktuell beginne ich mit anderen Kolleg:innen eine Studie zu Verschwörungstheorien und zur Bedeutung von Geschlecht darin. Dieses Projekt mutet auf den ersten Blick zwar gar nicht so materialistisch an. Aber es geht hier in der Tradition von Kritischer Theorie und den Autoritarismus-Studien auch um die ideologischen Bearbeitungsweisen eines krisenhaften Gesamtzusammenhangs. Denn uns stellt sich gegenwärtig auch die Frage, warum Geschlecht und geschlechterpolitische Fragen in autoritären, reaktionären, radikal-rechten politischen Projekten eine derart große Rolle spielen. Natürlich kann man sagen: Das war doch schon immer so, der Bezug auf die traditionale Geschlechterordnung hat für die Rechten eine spezifische Funktion, sie flaggt eine spezifische moralische Orientierung aus und so weiter. Aber ich glaube, dahinter steckt noch mehr. So würde ich sagen, dass die Geschlechterpolitiken und traditionellen Entwürfe der Rechten, bei denen auch Frauen eine zentrale Rolle spielen, für viele attraktiv erscheinen, weil sie eine Antwort auf die jetzige Krisenkonstellation formulieren, nämlich die einer totalen Überlastung und Überforderung in neoliberalen prekären Strukturen. Und auch die Resouveränisierungsangebote und kulturellen Versuche der Restaurierung überholt erscheinender Männlichkeitsmuster im Kontext rechter politischer Formationen oder der Manosphere im digitalen Raum sind als ideologische Bearbeitung von Widersprüchen in der Gegenwart zu verstehen. Dies verbindet die drei Projekte letztlich auch: ein Fokus auf Widersprüche; ein mikrosoziologisches Hineinzoomen in die Probleme und ihre Bearbeitung in konkreten Lebenswelten, zumal materialistisch-feministische Perspektiven oft eine makrostrukturelle Vogelperspektive einnehmen: Produktionssphäre und Reproduktionssphäre, Strukturen der Ausbeutung und so weiter. Aber wie sich diese Strukturen konkret in den Alltag übersetzen, wie umkämpft sie sind, dass sie sich in verschiedenen Milieus unterschiedlich zeigen und bearbeitet werden, das sehen wir erst in der Mikroperspektive. Zum Beispiel *wie* Männlichkeit resouveränisiert wird, wenn der Mann nicht mehr der Familienernährer ist. Dafür braucht es meines Erachtens empirische Forschung.

Christina Engelmann: Was ich an eurer Familienernährerinnen-Studie interessant fand, ist der Nachweis, wie sich in den von euch untersuchten konkreten Geschlechterarrangements Widersprüche manifestieren, die auf Krisen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verweisen. Ihr stellt in der Studie sehr

anschaulich die Mechanismen heraus, durch die sich vergeschlechtlichte Ungleichheiten trotz des umfassenden Einbezugs von Frauen in die Lohnarbeit fortschreiben und wie dies zu neuen Konflikten in den Paarbeziehungen und zu veränderten Formen der Gewalt- und Machtausübung führt. Könntest du noch genauer darauf eingehen, was eine materialistisch-feministische Perspektive an diesen Widersprüchen erschließen kann?

Sarah Speck: Mir scheint hier zentral, dass materialistisch-feministische Analysen sich der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse stellen müssen. Dazu gehört, genau zu verstehen, was sich wo verändert hat. Und es gibt in der Tat eine Reihe von Verschiebungen und eben doch auch ganz stabile Muster. Zu diesen gehören die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Tatsache, dass weiblich subjektiviert Personen, in der Regel die Haus- und Sorgearbeit übernehmen, egal unter welchen Umständen – selbst wenn sie die Ernährerinnen in einer Familie oder Paarbeziehung sind und die höheren beruflichen Belastungen haben. Interessant ist hier nun, warum das so ist und auf welche Weise dies geschieht. Du hattest Gewalt genannt: Wir wissen aus quantitativen Studien, dass vor allem Frauen in Konstellationen, in denen sie ein höheres Einkommen oder höheren beruflichen Status haben, auch einem größeren Risiko ausgesetzt sind, Gewalt zu erfahren. Und dies ist in jedem Fall als Mittel oder Versuch der Aufrechterhaltung von Macht seitens von Männern zu verstehen. In unserer Studie haben sich jedoch weitere und unterschiedliche Weisen des Stuserhalts gezeigt: eine offene Zurschaustellung von Dominanz und Überlegenheit von Männern, trotz ihres prekären Status. Aber in akademischen Milieus mit Gleichheitsanspruch waren es doch etwas subtilere Strategien der Abwertung des beruflichen Erfolgs, etwa mittels eines Karrierevorwurfs und der Unterstellung, die Partnerin wäre so überambitioniert und unentspannt. Neben solchen Machttechniken haben wir uns jedoch auch die Frage gestellt, inwieweit Frauen Anteil an der Aufrechterhaltung dieser Ordnung haben. Was unsere Studie zeigen kann, sind Momente einer Dialektik der Emanzipation: Selbst hochgebildete, gleichheitsorientierte Paare bringen traditionelle Muster der Arbeitsteilung hervor, und zwar nicht trotz, sondern aufgrund von Gleichheitsvorstellungen. Der Grund für diese normative Paradoxie sind spezifische Ausdeutungen von Gleichheit, die sich auf gleiche Möglichkeiten zur individuellen Selbstverwirklichung beziehen und die Arbeit im »Privaten« erneut abwerten, unsichtbar machen und der Verhandlung entziehen. Zudem wurde deutlich, dass wir, um die Beharrungskräfte zu ergünden, auch Begehrensstrukturen

in den Blick nehmen müssen: Die Geschlechterordnung ist auch in Affekten tief verankert, nur so lässt sich der Ausspruch einer Gesprächspartnerin verstehen: »Wenn mein Mann nur noch Hausmann wäre, hätte ich ein Sexyness-Problem«.

Lisa Y. Haller: Du arbeitest in deinen empirischen Studien ja gerne mit dem Milieuansatz. Welche Vorteile hat dieser Milieuansatz deiner Meinung nach gegenüber der Klassenanalyse?

Sarah Speck: Der Milieuansatz, auf den wir in der Studie rekurren, entstammt dem Bourdieuschen Klassenkonzept. Dort spielen Wertorientierungen eine große Rolle, außerdem Modi und Mechanismen sozialer Distinktion. In meinen Studien geht es ebenfalls um Distinktionsmuster, um verschiedene Ausdeutungen von Arbeit und um unterschiedliche Reproduktions- und Beziehungsweisen innerhalb der Gesellschaft. Ich glaube, das hat sich in dem, was ich ausgeführt habe, schon angedeutet

Praxisausblick, soziale Kämpfe des materialistischen Feminismus und seine Utopien

Christina Engelmann: Wir wollen abschließend auf Implikationen einer materialistisch-feministischen Gesellschaftsanalyse für die politische Praxis zu sprechen kommen. In einem Gespräch im AK Gender, Kinship, Sexuality² hattest du kürzlich darauf hingewiesen, dass intersektionale Analysen oftmals zwar Verflechtungen zwischen verschiedenen Formen der Unterdrückung aufzuzeigen vermögen, dabei jedoch viele Fragen unbeantwortet lassen, etwa den Hintergrund dieser Ungleichheiten in den sozialen Zusammenhängen nicht mitreflektieren. Aus einer materialistisch-feministischen Perspektive richtet sich der Blick demgegenüber auf das geschichtliche Gewordensein solcher Differenzierungen und auf die mit ihnen einhergehenden sozialen Hierarchien: Wie werden diese Differenzen durch die Struktur kapitalistischer Produktion und Reproduktion hervorgebracht, wer

2 Im Arbeitskreis Gender, Kinship, Sexuality am Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität Frankfurt findet ein regelmäßiger Austausch über aktuelle Arbeiten im Bereich kritisch-feministischer Gesellschaftstheorie und empirischer Geschlechterforschung statt. <www.ifs.uni-frankfurt.de/arbeitskreisdetails/gender-kinship-sexuality.html>.

profitiert von ihnen und wer wird durch sie systematisch ausgebeutet, unterdrückt und ausgeschlossen? Interessant sind hier unter anderem die von dir bereits angesprochenen feministischen Kritiken am extraktivistischen Kapitalismus. Diese Kritiken stellen heraus, wie extraktive Ökonomien aufgrund der extrem gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen, unter denen der Rohstoffabbau betrieben wird, eine vergeschlechtlichte Arbeitsteilung befördern, mit ökonomischen Abhängigkeiten von Frauen, häuslicher und sexueller Gewalt einhergehen und zudem eine massive Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen bewirken. In solchen feministisch-materialistischen Gegenwartsanalysen zeigt sich, wie eng geopolitische Interessen mit den Akkumulationsinteressen globaler Konzerne verflochten sind, während die in den Regionen lebenden Menschen mit massiven ökologischen Verwerfungen zu kämpfen haben, von denen wiederum vor allem Frauen in ihrer alltäglichen Reproduktionsarbeit betroffen sind. Die in diesem Kontext verstärkt geführten Kämpfe von Frauen um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen verweisen auf den engen Zusammenhang zwischen den globalen Eigentums- und Machtverhältnissen und politischer Handlungsmacht. Und diese Kämpfe verdeutlichen gleichzeitig, dass es einen wichtigen Unterschied macht, ob Personen über die Rahmenbedingungen unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse entscheiden, die aus ihnen Profit schlagen wollen, oder aber die Beteiligten selbst.

Sarah Speck: Absolut. Wenn ich dich jetzt richtig verstehe, dann sind es diese großen Fragen von Macht- und Eigentumsverhältnissen, die zentral über die Rahmenbedingungen entscheiden, in denen wir uns bewegen. Das sehe ich ganz genauso. Der gesellschaftliche Rahmen ist hier extrem relevant, ebenso wie die vorherrschenden Zwänge, die unsere Möglichkeiten, auch die politischen, stark vorbestimmen. Deshalb glaube ich auch, ohne Kapitalismusanalyse kommt man gesellschaftstheoretisch nicht weit. Gleichzeitig würde ich davor warnen, in eine Art von Hauptwiderspruchsdenken zu kommen. Vielmehr muss es darum gehen zu verstehen, dass verschiedene Modi der Herrschaft ineinandergreifen, um das Bestehende aufrechtzuerhalten. Entsprechend bedarf es auch verschiedener Kämpfe um ein besseres Leben. Und diese Kämpfe sind nicht immer leicht zu vereinen, manchmal stehen sie sogar gegeneinander.

Christina Engelmann: Vorhin hatte ich auf die proletarische Frauenbewegung verwiesen, die sich als Teil eines antikapitalistischen Kampfes verstanden und gleichzeitig betont hat, wie wichtig eigene Organisationsformen sind,

solange Frauen im bestehenden System benachteiligt und mehrfachbelastet sind. Ausgehend von den Alltagserfahrungen der proletarischen Frauen sind sie daher auch für besondere Anliegen, unter anderem für spezielle Unterstützungsangebote für Mütter und Kinder und für die gesellschaftliche Organisation von Reproduktionsarbeit, eingetreten. Dass also in solchen sozialen Kämpfen wieder Differenzen eingeholt werden, steht gar nicht im Widerspruch zu der Annahme, dass uns ein gemeinsames Interesse verbindet, die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse zu verändern. Unsere Frage mit Blick auf eine emanzipatorische Praxis war, wie sich diese verschiedenen Kämpfe für ein besseres Leben miteinander verbinden lassen, damit wir nicht gegeneinander kämpfen, sondern gemeinsam.

Sarah Speck: Genau. Ein wichtiger Schritt wäre, einerseits Projekte auszumachen, in denen das bereits gelungen ist oder aktuell gelingt, und andererseits danach zu fragen, wo genau die Spaltungslinien liegen. An diesem Punkt wird oftmals die Opposition von Identitäts- und Klassenpolitik aufgerufen. Aus meiner Sicht hängt hier schon viel an der Frage, wer diese Gegenüberstellung konstatiert und aus welchen Gründen. Gleichzeitig ist es wichtig, konkret zu schauen, worum es in den spezifischen Kämpfen geht. Zum Beispiel finde ich den Identitätspolitik-Begriff nicht hilfreich, weil er in verschiedenen Kontexten völlig unterschiedlich (miss-)verstanden wird und daher nur in die Irre führen kann. Wenn etwa ausgedrückt werden soll, dass bestimmte Akteurinnen Kämpfe als Frauen oder entlang von rassistischer Diskriminierung oder geschlechtlicher Selbstbestimmung praktizieren, dann wird das meistens unter dem Schlagwort Identitätspolitik verhandelt und den Kämpfen damit unterschwellig abgesprochen, eine Relevanz für die Lebensbedingungen vieler oder aller zu haben. Dagegen haben gerade die neueren feministischen Bewegungen sehr klar gemacht, dass es ihnen um das gute Leben für alle geht. In den Debatten im Kontext dieser politischen Formationen wurde zudem oftmals für einen strategischen Essentialismus argumentiert, also dafür, eine strategische politische Position einzunehmen, der es gerade nicht um Identität geht, sondern um soziale Positionen und um Differenzen, die Ergebnis von Herrschaft sind. Demzufolge geht es diesen Kämpfen im Kern nicht um die Verfestigung einer bestimmten Identität, wie es in vielen anerkennungstheoretischen Deutungen verstanden wird, sondern, in meiner Lesart, um eine Kritik an gesellschaftlichen Differenzierungs- und Spaltungsprozessen, die eine bestimmte Funktion erfüllen, nämlich die Absicherung von Strukturen der Ausbeutung und der Herrschaft –

und um die Zurückweisung dieser Differenzen, und zwar von einer bestimmten Position aus: von spezifischen Erfahrungen als Frau, als queere Person, als Person of Color, die rassistische Diskriminierung erfährt. Tatsächlich gibt es auch immer wieder Konstellationen, in denen Bündnisse gelingen, zum Beispiel in den großen feministischen Mobilisierungen im globalen Süden, in Argentinien etwa. Wenn Verónica Gago für einen transversalen Feminismus plädiert, in dem Kämpfe gegen Prekarität und um Wohnraum, Kämpfe gegen Ausbeutung und Extraktivismus, gegen repressive Migrationsregime sowie Kämpfe gegen Sexismus, Gewalt gegen Frauen, »Travas« und Queers zusammengehen, dann deshalb, weil sie Teil des gleichen, nämlich herrschaftskritischen Projekts sind. Die Frage ist: Warum gelingt es immer wieder nicht; was braucht es, damit eine solche transversale Politik entsteht? Und da, finde ich, müssen sich durchaus auch die Formationen, die oft unter Identitätspolitik gefasst werden, kritisch selbst befragen, genauso wie sich Akteure aus dem Kontext von Klassenpolitiken kritisch selbst befragen müssen. Bündnisse schaffen zu können, keine Spaltungen zu reproduzieren, finde ich ganz wesentlich. Wenngleich das natürlich kompliziert ist. Und vor allem sollten keine naiven, vermeintlich herrschaftskritischen Bündnisse geschlossen werden, in denen islamistische Mörderbanden kurzerhand zu Allies oder zur Avantgarde im Kampf gegen globale Herrschaftsstrukturen erklärt werden.

Lisa Y. Haller: Zum Schluss eine Frage zu deinen Utopien. Wären wir eine große, schlagkräftige Bewegung, was würde passieren? Was würden wir auf die tagespolitische Agenda setzen?

Sarah Speck: Das finde ich ein interessantes Gedankenexperiment. Denn es wäre wirklich gut, aus diesen Abwehrkämpfen rauszukommen, in denen wir angesichts der bestehenden rechten Mobilisierungen gerade stecken. Das sind ja zum Teil Kämpfe darum, auch nur das Bestehende zu erhalten, die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs zum Beispiel, Gleichstellungspolitik, Geschlechterforschung et cetera. Aus diesem Modus rauszukommen, wäre der erste Schritt, um überhaupt wieder eine fordernde Position einnehmen zu können und über grundlegend alternative Entwürfe nachzudenken. Ich glaube, es fällt mir schwer zu sagen, wir konzentrieren uns jetzt auf diesen einen Punkt, zum Beispiel auf die Bekämpfung von Gewalt, so wichtig dieses Thema ist. Denn eigentlich muss es darum gehen, wieder eine Politik für ein gutes Leben zu formulieren. Für ein gutes Leben in allen Di-

mensionen. Und da sind wir wieder bei materialistischen feministischen Perspektiven, die immer argumentiert haben: Wir müssen verstehen, dass eine gute Gesellschaft jene ist, die andere Beziehungsweisen und andere (Für-)Sorge und Versorgung ermöglicht. Und wir müssen um Zeit kämpfen, wir müssen um ein sicheres Leben kämpfen. Sicherheit müssen wir wieder als linken Topos begreifen im Sinne von: dass unser Leben sicher ist, dass das Leben unserer lieben Menschen sicher ist, dass wir wissen, wo wir wohnen können, dass wir genug zu essen haben, dass wir uns bewegen können, wie wir wollen und wohin wir wollen, dass wir Zeit haben, andere Beziehungen zu leben und so zu leben und zu lieben, wie wir es uns wünschen. Und von dieser ganz breiten Utopie ausgehend bedeutet das für die Gegenwart natürlich Kämpfe für Wohnraum, für andere Städte, für weniger Arbeit, für mehr Zeit, für ein radikal anderes Verhältnis zur Natur, gegen Gewalt in all ihren Ausprägungen, und all diese Kämpfe laufen zusammen. Ich denke, so maximal muss das feministische Projekt sein. Und genau diese Radikalität war immer eine Stärke von feministischen Bewegungen, ebenso wie das utopische Potenzial, das sie freigesetzt haben, die Kreativität, das Überschreitende zu formulieren. Solch ein Modus wäre das Ziel, wenn wir tatsächlich eine Bewegung von großer Stärke wären und nicht mehr in kräftezehrenden Abwehrkämpfen gegen das immer Gleiche verfangen. Es gibt ja nicht zufällig diesen Demospruch »I can't believe I have to protest this shit again« – müssen wir das allen Ernstes schon wieder verteidigen?! Eure Frage inspiriert mich dazu, in diese Richtung weiterzudenken.

Literatur

Koppetsch, Cornelia und Sarah Speck 2015: Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten. Berlin: Suhrkamp.

Zur Frage eines Schwarzen feministischen Materialismus heute

Interview mit *Vanessa Wills*

»Schwarze Marxistinnen über Race, Gender und Klasse«

Forum kritische Wissenschaften (FkW): In deinem neuen Buchprojekt beschäftigst du dich mit Schwarzen Feministinnen, die als Theoretikerinnen und politische Aktivistinnen in einer marxistischen Tradition stehen. Wie bist du auf dieses Projekt gekommen? Würdest du sagen, dass es eine innere Verbindung zwischen Schwarzen feministischen und marxistischen Theorien gibt?

Vanessa Wills: Ich arbeite gegenwärtig an einem Buchprojekt mit dem Arbeitstitel »Schwarze Marxistinnen über Race, Gender und Klasse«. Angeregt wurde es unter anderem durch die Debatten, die in den vergangenen Jahrzehnten zwischen Intersektionalitätstheoretiker:innen, Kritischen Theoretiker:innen und marxistischen Wissenschaftler:innen über den Zusammenhang von klassenspezifischer ökonomischer Ausbeutung und identitätsbedingten Unterdrückungsverhältnissen wie Rassismus und Sexismus geführt wurden. Mir fiel auf, dass Kritiken an marxistischen Theorien über identitätsbedingte Unterdrückung oft von einem Zerrbild des Marxismus als einer Art vulgären Klassenreduktionismus ausgehen. Ein seltsamer Umstand angesichts der langen und lebendigen Tradition radikaler Schwarzer Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen, die sich der Marx'schen Analyse gerade deswegen zugewandt haben, weil sie ihres Erachtens die besten Erklärungen für Sexismus und Rassismus und deren Bekämpfung bietet. Deshalb wollte ich mich intensiver mit dem Denken von Frauen wie Claudia Jones und Angela Davis auseinandersetzen: Mit ihrer These von der »Triple Oppression« [Dreifachunterdrückung] versuchte Jones zu beschreiben, wie Schwarze Frauen aus der Arbeiter:innenklasse als Schwarze, als Frauen und als Arbeiterinnen unterdrückt werden (Jones 1949); die theoretischen Arbei-

ten von Angela Davis wiederum sind eine der wichtigsten Quellen für die derzeit in den USA aktive Bewegung zur Abschaffung der Polizei, werden aber von englischsprachigen Philosoph:innen erschreckend wenig rezipiert. Ich fand es einfach ziemlich seltsam, dass dieser ganze Diskurs über die Beziehungen zwischen Race, Gender und Klasse sowie über Identität existiert, ohne dass er die Arbeit Schwarzer Marxistinnen, die ihre Theorien aus einer Perspektive des klassenbewussten politischen Engagements entwickelt haben, in nennenswertem Umfang berücksichtigt.

Wie der Zusammenhang zwischen Schwarzen feministischen und marxistischen Theorien im Einzelnen aussieht und wie weitreichend er ist, sind allerdings genau die Fragen, mit denen ich im Rahmen meines Projekts noch ringe. Es ist heute tendenziell üblich, jede Frau, die sich gegen weibliche Unterdrückung aufgelehnt hat, rückwirkend als Feministin zu betrachten. Wenn wir unter »Feminist:in« einfach eine Person verstehen, die eine Gleichbehandlung der Geschlechter fordert, dann ist der scheinbare Anachronismus, all diese Frauen aus der Vergangenheit unter dem Label des Feminismus zu vereinen, völlig unbedenklich. Selbstverständlich sind sie in diesem Sinne »feministisch«. Doch in wissenschaftlichen Settings ist normalerweise mehr damit gemeint, und zwar oft, dass es eine mindestens zum Teil von der ökonomischen Entwicklung einer Gesellschaft unabhängige geschlechtsspezifische Unterdrückung gibt, die vielleicht sogar als unausweichliche Folge des menschlichen Geschlechterunterschieds angesehen wird. Genau so etwas muss eine Theorie wie der Marxismus, dem zufolge alle Aspekte des menschlichen Gesellschaftslebens historisch geworden und vollständig durch Handlungen bedingt sind, die Menschen zur Sicherung ihrer Subsistenz vollziehen, natürlich ablehnen. Außerdem gibt es unter Schwarzen Frauen in den Vereinigten Staaten eine Tradition, die das Etikett »Feminismus« ausdrücklich ablehnten, weil es aus ihrer Sicht für einen rassistischen »weißen Feminismus« steht: Dessen Vorstellung, dass *Männer von Natur aus* und *notwendigerweise* eine Gefahr für Frauen seien, schien nämlich paradoxerweise die Gefahr zu betonen, die *Schwarze* Männer angeblich für *weiße* Frauen darstellen – mit so berüchtigten Folgen wie der Lynchjustiz und anderen Arten von weißem Terrorismus gegen Schwarze Menschen.

Critical Race Theory und Marx

FkW: Aktuelle politische Debatten, bei denen es keineswegs nur die rechten Parteien sind, die Migration zum Hauptproblem wohlfahrtsstaatlicher Politik erklären, zeigen erneut, wie Arbeiter:innen gegeneinander ausgespielt werden. In Anlehnung an W. E. B. Du Bois' Konzept der »White Supremacy« [Vorherrschaft oder »Überlegenheit« der Weißen] hast du darauf hingewiesen, dass weiße Arbeiter:innen mitnichten von einer Diskriminierung ihrer Schwarzen Genoss:innen profitieren, sondern dass wir hier eine politische Strategie am Werk sehen, die ihre gemeinsamen Interessen zu vernebeln und sie dadurch zu spalten versucht. Inwiefern kann dieser analytische Ansatz als eine produktive Verschmelzung von marxistischem Denken und Critical Race Theory gelten – im Gegensatz zur wechselseitigen Abschottung dieser beiden theoretischen Traditionen, die man so häufig beobachten kann?

Vanessa Wills: Meine Arbeit über rassistische Unterdrückung in den Vereinigten Staaten stützt sich stark auf Du Bois' Buch *Black Reconstruction* (1935), in dem er das Konzept des »öffentlichen und politischen Lohns« vorstellt, den weiße Arbeiter:innen als Gegenleistung für ihre Beteiligung an der White Supremacy erhalten. Im Kontext eines rassistischen Systems der White Supremacy profitiert man von einer Kategorisierung als »weiß«. Das lässt aber die Frage unbeantwortet, ob es nicht für alle, die Weißen eingeschlossen, besser wäre, wenn dieses rassistische System der White Supremacy gar nicht existierte.

Ein Gefängnis ist hierfür eine gute Analogie. Um in einem Gefängnis für Ordnung zu sorgen, bedienen sich die Gefängniswärter oft einer Gefängnisenhierarchie, die den Gefangenen am oberen Ende der Hierarchie Privilegien gewährt; wenn diese das System akzeptieren und stützen und gegenüber ihren Mitgefangenen am unteren Ende der Hierarchie die Ordnung durchsetzen, bleiben sie obenauf. Wir können feststellen, dass es eine Hierarchie gibt, und wir können sogar erkennen, dass ein System der Privilegien existiert und dass einige Leute von ihrer Stellung in der Hierarchie profitieren. Dem widerspricht jedoch nicht die Annahme, dass *jede:r Gefangene*, egal, wo er oder sie sich in der Gefängnisenhierarchie befindet, in einer wesentlich besseren Lage sein könnte, wenn es kein Gefängnis gäbe und er oder sie frei wäre. Ich glaube, dass White Supremacy für Menschen aus der Arbeiter:innenklasse so funktioniert. Während eine einflussreiche Version der Critical Race Theory

White Supremacy beschreibt als »ein System, durch das sich Weiße gegenseitig helfen« (Delgado und Stefancic 2001: 79), habe ich zu zeigen versucht, dass sich White Supremacy viel besser als ein System charakterisieren lässt, durch das sich Weiße gegenseitig Leid zufügen, obwohl das Gegenteil der Fall zu sein scheint. Es ist einer der Mechanismen, mit dessen Hilfe die weiße Elite arme Weiße oder weiße Arbeiter:innen auf die White Supremacy einswört – auf ein System, das die kapitalistische Ausbeutung aufrechterhält, ohne die es Armen und Arbeiter:innen aller ›Rassen‹ wesentlich besser ginge. Für arme und/oder zur Arbeiter:innenklasse gehörige weiße Rassist:innen wird hier keineswegs das Element von Wahlmöglichkeit und Handlungsmacht geleugnet, allerdings bedeutet es, dass wir uns den gesamten Kontext, innerhalb dessen Handlungsmacht ausgeübt wird, vor Augen halten müssen, wenn wir die Ursachen von White Supremacy und Rassismus gegen Schwarze verstehen und eine Strategie zu ihrer Bekämpfung entwickeln wollen.

Aus dieser Perspektive wird klar, warum sich mindestens einige Spielarten der marxistischen Theoriebildung und gewisse Varianten der Critical Race Theory gut ergänzen, weil nämlich Erstere ihren Schwerpunkt auf eine methodologisch holistische Systemanalyse legen, während Letztere auf heilsame Art die unmittelbare Erfahrung von Unterdrückung betonen. Doch wie weit dieses Ergänzungsverhältnis geht wird auch davon abhängen, ob man sich darauf einigen kann, dass eine rassistische Psychologie das historisch gewordene Produkt der menschlichen Bemühungen ist, mit der Welt zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung zu interagieren, und dass man diese Psychologie letztlich überwinden können. Das ist genau der Punkt, an dem sich bestimmte Formen der Critical Race Theory am schärfsten von marxistischen Erklärungen unterscheiden. Die interessantesten Gespräche über die Race-Frage aber sind gewiss dort zu erwarten, wo sich Ansätze der Critical Race Theory und marxistische Ansätze miteinander verbinden lassen.

Feministisch-materialistische Ansätze

FkW: In deinem Artikel *What Could It Mean to Say, »Capitalism Causes Sexism and Racism«?* [Was kann es bedeuten zu sagen: »Der Kapitalismus verursacht Sexismus und Rassismus«?] setzt du dich mit dem Vorwurf des Klassenreduk-

tionismus auseinander und zeigt, dass ein marxistisches Verständnis des Zusammenhangs von Kapitalismus, Rassismus und Sexismus in keiner Weise dazu nötig, identitätsspezifische Unterdrückung nur als »Epiphänomen« klassenbedingter Ausbeutung zu begreifen. Könntest du etwas genauer ausführen, was du damit meinst, dass ein angemessenes Verständnis dieses Zusammenhangs zeigen werde, »wie grundlegend der Kampf gegen eines dieser Phänomene für den Kampf gegen jedes der beiden anderen ist« (Wills 2018: 232)? So haben wir uns zum Beispiel gefragt, wie du deine Auffassungen über das Verhältnis von Klasse, Gender und Race mit dem Konzept der Intersektionalität in Verbindung bringen würdest.

Vanessa Wills: Ich argumentiere dafür, dass *kausale* Priorität an sich – etwa die Vorstellung, dass die Ideen und Praktiken einer bestimmten Gesellschaft nichts anderes sein können als mögliche Folgen ihres materiellen, ökonomischen Unterbaus – uns noch nicht vorschreibt, in welcher Reihenfolge wir die gesellschaftlichen Probleme in einem bestimmten Moment zu adressieren haben.

Wenn du blutüberströmt zu mir kommst und mir erklärst, dass du dir die Verletzung an einem deiner defekten Küchengeräte zugezogen hast, dann lasse ich dich nicht (während ich einen Reparaturdienst für das Küchengerät rufe) mit den Worten verbluten: »Nein, nein – der Mixer war die Ursache für deine Wunde, also kümmern wir uns erst um ihn und anschließend um dich. Du musst dich gedulden, bis du an der Reihe bist.« Noch weniger werde ich dir versichern, dass deine Wunde von allein heilen wird, sobald der Mixer erst einmal repariert ist, dass ich mich, mit anderen Worten, um deine Wunde überhaupt nicht zu kümmern brauche. Nein, wenn du verletzt bist, wenn du leidest, wenn du dringend auf Hilfe angewiesen bist, dann behandle ich deine Wunde sofort. Andererseits weiß ich aber auch, dass du dich, wenn wir den kaputten Mixer nicht austauschen, wieder und wieder an dem defekten Gerät verletzen wirst, weil es schließlich die Ursache für deine Verletzungen ist. Ich kann dir einen Verband nach dem nächsten anlegen, doch wenn wir den Mixer nie loswerden, dann bleibt das eine Sisyphusarbeit. Wir müssen uns also sowohl über die akute Verletzung als auch über die ihr zugrunde liegende Ursache Gedanken machen.

Ich führe dieses Gedankenspiel an, um zu zeigen, was wir in Wirklichkeit alle schon wissen: dass kausale Priorität nicht in jedem individuellen Fall festlegt, was zu einem bestimmten Zeitpunkt jeweils oberste Priorität hat. Ich kann der Überzeugung sein (und bin es auch), dass der Kapitalismus der

Grund für unsere größten Schwierigkeiten ist, *und zugleich* davon überzeugt sein, dass es im Falle eines rassistischen Genozids an einem vulnerablen und unterdrückten Volk grotesk und verwerflich wäre, zu fordern, dass wir *erst* den Kapitalismus beseitigen müssen und dass dieses Volk dann irgendwann später an die Reihe und in den Genuss unserer Solidarität und Fürsorge kommt. Das Problem ist der Kapitalismus – aber der Kapitalismus als eine besondere Form, wie wir Menschen die ökonomischen Verhältnisse innerhalb und mittels unterdrückerischer Systeme wie Rassismus und Sexismus organisieren. Einer der Mechanismen des Kapitalismus besteht darin, die Arbeiter:innenschaft zu spalten und die Lebensbedingungen einiger Arbeiter:innen sogar noch schlimmer, gefährlicher und elender zu machen, als sie es ohnehin schon sind. Also kann es keinen »Kampf gegen den Kapitalismus« geben, ohne auch diese Dinge zu bekämpfen. Sonst kämpfen wir nur gegen Begriffe, gegen Gespenster.

Unter der Überschrift »Intersektionalitätstheorie« finden sich viele interessante Arbeiten, ich selbst betrachte mich aber eigentlich nicht als Intersektionalitätstheoretikerin. Der Grund dafür ist, dass Intersektionalitätstheoretiker:innen in der Regel ausdrücklich die Vorstellung ablehnen, dass eine der Unterdrückungskategorien die gesellschaftliche Realität grundlegender und weitreichender beeinflusst als die anderen. Das ist zwar meines Erachtens relativ einleuchtend, solange wir versuchen, die gelebte Erfahrung von Unterdrückung zu beschreiben (eine wichtige Aufgabe!) – weniger plausibel allerdings, wenn wir darüber hinaus erklären möchten, welches die Ursachen und Gründe für diese gelebte Erfahrung sind (hier folge ich einer Einsicht der marxistischen Soziologin Martha E. Gimenez). Ich halte »Klasse« nicht für eine Identität unter beliebig vielen anderen, und die Erfahrung des Unterdrücktwerdens betrachte ich als einen historisch gewordenen und menschengemachten Aspekt des menschlichen Soziallebens. Wenn er aber von Menschen gemacht, das heißt: produziert wurde, dann fällt er in den Bereich einer allgemeinen Theorie der menschlichen Produktion. Es stellt sich heraus, dass unsere produzierende Tätigkeit unter den Bedingungen des Kapitalismus im Großen und Ganzen mit den Anforderungen des Kapitals im Einklang steht. Und das Kapital ist wesentlich auf Arbeitsteilung angewiesen sowie auf eine Aufteilung der Menschen in diejenigen, denen die Produktionsmittel gehören, und diejenigen, die ihre Arbeitskraft gegen Lohn verkaufen. Aus diesem Grund wird der Kategorie der Klasse besondere Aufmerksamkeit zuteil, nicht etwa, weil es sich schlimmer anfühlen würde, wegen seiner Klasse unterdrückt zu werden als wegen seiner Race. Auf der »Klasse«

liegt das besondere Augenmerk, weil sie von so zentraler Bedeutung ist für die Erklärung, wie Menschen das menschliche Leben – einschließlich seiner rassistischen und geschlechtsbedingten Unterdrückungen – produzieren.

FkW: Wenn wir uns eine der dominanten Strömungen des liberalen Feminismus ansehen – den sogenannten Girl-Boss-Feminismus –, dann wird deutlich, dass zumindest einige Frauen stark von der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation profitieren. Man könnte also denken, dass die Personen, die Vorteile aus der kapitalistischen Produktionsweise ziehen, austauschbar sind. Wie kann uns eine feministisch-materialistische Perspektive hier helfen, die Gründe für anhaltende Ungleichheiten und gesellschaftliche Phänomene wie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Überausbeutung zu erfassen?

Vanessa Wills: Diese Frage berührt in gewissem Sinne den wichtigsten Grund, warum ich meine Arbeit normalerweise nicht als »feministisch« bezeichne, obwohl sie ganz offensichtlich Gemeinsamkeiten mit Traditionen des sozialistischen Feminismus aufweist. Der Feminismus wird (vereinfachend gesagt) oft so dargestellt, als sei er mit der These verbunden, dass im Kapitalismus alle Frauen von der weiblichen Emanzipation profitieren würden – eine Vorstellung, die nach meiner Überzeugung offensichtlich falsch ist. Nehmen wir die Ermordung der indigenen honduranischen Umweltschützerin und Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres. Sie wurde 2016 ermordet, nach Jahren der Bedrohung und Einschüchterung durch das honduranische Militär, das 2009 nach einem Militärputsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten in Honduras an die Macht gekommen war. Hillary Clinton brüstete sich damit, diesen Coup während ihrer Zeit als US-Außenministerin befördert, legitimiert und ermöglicht zu haben. Das scheint mir ein typisches Beispiel von Girl-Boss-Feminismus zu sein. Ich gehe nicht davon aus, dass es so etwas wie ein universelles Set von »Fraueninteressen« gibt, das diejenigen von Clinton und Cáceres einfach aufgrund ihrer gemeinsamen Identität als »Frauen« vereinen würde. Clinton hielt es im Interesse ihrer Klasse offenbar für geboten, sich an der Niederschlagung der unabhängigen Selbstorganisation armer und lohnarbeitender Frauen in Honduras zu beteiligen: nicht etwa weil sie verwirrt gewesen wäre oder sich über ihre Interessen getäuscht hätte, sondern gerade weil sie eine überaus brillante und fähige Verfechterin des amerikanischen Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus ist. Die Interessen dieser beiden Frauen – einer zur bürgerlichen Elite

gehörenden Frau wie Clinton und einer indigenen, zur Arbeiter:innenklasse gehörenden Frau in Honduras – stehen nun wirklich in eklatantem Widerspruch zueinander, mit vorhersehbaren Folgen für die unterdrückten Interessen. Gewiss ist es für mich keine Genugtuung, dass diejenige, die Bomben abwirft, eine Frau ist oder Schwarz oder ... Mir erscheint das obszön, auch wenn ich irgendwie nachvollziehen kann, wie andere vernünftige Menschen genießen können, was sie als Schlag gegen das Patriarchat oder Ähnliches interpretieren.

Doch selbst vor diesem Hintergrund glaube ich ohne Weiteres, dass es viele zur Elite gehörige Frauen mit ihrem persönlichen, subjektiven Engagement für die weibliche Emanzipation außerordentlich ernst meinen. Abgesehen von den offensichtlichsten Beispielen für misogynie, rechtsextreme, reaktionäre Frauen der herrschenden Klasse, empfinden manche bürgerlichen Frauen wahre affektive Solidarität, den echten Wunsch nach einem Bund mit allen Frauen und wirkliche Freude über den Erfolg anderer Frauen. Doch die ehrlichste und authentischste Version eines solchen bürgerlich-feministischen Engagements kommt darin zum Ausdruck, dass man die Befreiung der Frauen eben als deren Fähigkeit definiert, erfolgreiche Kapitalistinnen und Führerinnen der »Gesellschaft« (und das heißt: kapitalistischer Institutionen) zu werden. So gesehen wäre alles, was die Existenz einer kapitalistischen Aufstiegsleiter gefährdet, intrinsisch schlecht und eine Beschränkung der Freiheit von Frauen. In einer Gesellschaft, die Personalität und Individualität in Abhängigkeit von der Fähigkeit definiert, Industriemogul:in zu werden, hat das sogar eine gewisse Plausibilität.

Aus einer bürgerlichen Perspektive ist die Befreiung der Frauen also an die Umstände geknüpft, die bürgerliches Frausein ermöglichen – mit keinem Lösungsangebot für das Problem, dass diese Umstände, die bürgerliches Frausein ermöglichen, genau die Umstände sind, die eine Unterdrückung und Ausbeutung armer, lohnarbeitender Frauen unvermeidlich machen. Die Grenzen des bourgeoisen Feminismus bestehen gerade darin, dass bürgerliche Frauen zwar unbestreitbar signifikante Fortschritte beim »Durchbrechen der gläsernen Decke« erzielen können, eine umfassende Abschaffung des Sexismus, dem sie ausgesetzt sind, aber Maßnahmen erfordern würde, die auch zu einer Befreiung der armen und lohnarbeitenden Frauen führen würden, von deren Arbeit ihr Reichtum abhängig ist. Der bürgerliche Feminismus gibt sich folglich damit zufrieden, ein paar Risse in die Glasdecke zu sprengen, durch die einige wenige Frauen bis ganz nach oben aufsteigen können. Er ist aber nicht imstande, die Unterdrückung der Frauen als kollektives so-

ziales Problem zu lösen. Selbst seine Fähigkeit, bürgerliche Frauen von den schädlichen Folgen sexistischer Unterdrückung zu befreien, ist ziemlich begrenzt, wie viele von ihnen sicherlich zugeben werden.

Was tun? Ziele für das politische Engagement heute

FkW: In deinem wunderbaren Vortrag auf der Berliner Tagung *The Futures of Marx* hast du dafür plädiert, im Rahmen unserer Kämpfe für eine bessere Gesellschaft keine Hoffnung daran zu verschwenden, dass führende Politiker:innen oder Menschen in ökonomischen Machtpositionen eine grundlegende Abkehr von der katastrophalen Produktionsweise, die die Grundlagen unseres Lebens zu zerstören droht, bewirken könnten. Diesen Gedanken hast du unter Verweis auf die Marx'sche Idee erläutert, dass die transformative Praxis von denjenigen ausgehen muss, die ein materielles Interesse an der Veränderung des Status quo haben und dass »Druck von der Gesellschaft« unerlässlich ist. Könntest du diesen Gedanken noch etwas weiter ausführen, besonders im Hinblick darauf, welche Folgen das für unser politisches Engagement heute hätte?

Vanessa Wills: Ich habe dabei an eine Stelle aus dem *Kapital* gedacht, wo Marx schreibt: »Après moi le déluge! ist der Wahlruf jedes Kapitalisten und jeder Kapitalistennation. Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird« (Marx 1975: 285).

Bürgerliche Kritiker:innen des Marxismus neigen dazu, Marx' Theorie so zu interpretieren, dass sich die »deterministischen historischen Gesetze« auf der einen Seite und die menschliche Spontaneität und Freiheit auf der anderen gegenüberstehen. Sie übersehen, dass die Gesetze der historischen Entwicklung, die Marx beschrieben hat, nichts anderes sind als eine Theorie der Verwirklichung wahrhaft freier und selbstbestimmter menschlicher Handlungsmacht. Eine erfolgreiche Massenbewegung von Menschen, die sich jener Ressourcen bemächtigen, die sie brauchen, um leben, prosperieren und frei sein zu können, wird aus Sicht des Kapitals wie eine unerbittliche Gewalt aussehen – ein deterministisches Gesetz, das Kapitalisten gegen ihren Willen zwingt, aufzugeben, was sie lieber behalten würden. Aus Sicht der Massen aber ist die Übernahme der Kontrolle über die Produkte ihrer Arbeit ein Akt

historischer Handlungsmacht und Selbstverwirklichung. Was bürgerliche Kritiker:innen oft als Marx' »starrten Determinismus« zu verabscheuen scheinen, ist sein Insistieren darauf, dass es unter günstigen Umständen die Massen sind, die über die Zukunft der Menschheit entscheiden werden.

Was die Folgen für unser politisches Engagement heute angeht, so ist, glaube ich, die Versuchung groß, über die Ziellosigkeit linker und Arbeiter:innenbewegungen überall auf der Welt zu verzweifeln und darauf zu hoffen, dass uns die bürgerliche Klasse rettet. Das ist, nach meiner Auffassung, in einigen der exzentrischeren Beispiele des neueren Klimaaktivismus zu beobachten. Wenn Arbeiter:innenbewegungen scheinbar überall auf dem Rückzug sind, kann man schon auf die Idee kommen, dass sich die einzig wahren Subjekte gesellschaftlichen Wandels unter den Bewunderern Van Goghs oder unter Opernliebhaberinnen finden. Natürlich genießen viele Arbeitende (wie auch ich) solche Dinge! Doch sie sind es nicht, die Klimaaktivist:innen dort zu finden hoffen; vielmehr spekulieren sie darauf, die Herzen und Köpfe von Ölbaronen zu gewinnen, damit sie endlich »aufwachen«. Das wird aber nicht geschehen. Die Ölbarone sind nämlich schon wach und verstehen nur allzu gut, dass ihre wirtschaftlichen Interessen dem allgemeinmenschlichen Interesse, auf einem nachhaltigen Planeten zu leben, diametral entgegengesetzt sind.

Ähnliches ist in den Vereinigten Staaten zu beobachten im Hinblick auf die Art und Weise, wie sich die Linke zu den politischen Parteien verhält. Ein paar Jahre nach der Wahl Obamas wurde in der Linken mit Überraschung und Wut zur Kenntnis genommen, dass Obama den sogenannten Krieg gegen den Terror weiter eskalierte. Darüber hätte man sich eigentlich nicht wundern dürfen, denn Obama und die restliche Führungsriege der Demokratischen Partei hatten ausdrücklich geschworen, den »Krieg gegen den Terror« zu *gewinnen*. Viele Aktivist:innen haben sich dennoch der Illusion hingeeben, dass die militaristische, bürgerliche Demokratische Partei so etwas wie eine Versicherung gegen die schlimmsten Auswüchse des amerikanischen Imperialismus wäre. Statt die offene Konfrontation mit den kriegstreiberischen Eliten zu suchen, haben sich linke Aktivist:innen deshalb darauf beschränkt, als deren Juniorpartner:innen zu fungieren.

Wenn ich über Politik spreche, nennen mich die Leute manchmal eine Optimistin, weil ich glaube, dass die Zukunft viel rosiger sein kann als unsere Gegenwart. Und in diesem Sinne bin ich in der Tat eine Optimistin. Überhaupt nicht optimistisch schätze ich allerdings die Fähigkeit der bürgerlichen Institutionen ein, uns in diese Zukunft zu führen. Und obwohl mir

der desorientierte und desorganisierte Zustand, in dem sich die Arbeiter:innenbewegungen augenblicklich befinden, klar vor Augen steht, glaube ich doch andererseits, dass es nicht zu spät ist: Viele der schlimmsten Verwüstungen, die der Kapitalismus für die Zukunft der Menschheit noch auf Lager hat, lassen sich abwenden. Die gute Nachricht ist, dass es tatsächlich ein gesellschaftliches Element gibt mit dem Potenzial, sich in ein selbstbewusstes historisches Subjekt zu verwandeln, das unsere Spezies in eine bessere Zukunft führen und die Erde zu einem nachhaltigeren Planeten für alle Lebewesen machen kann. Die schlechte Nachricht ist, dass es keinen Plan B gibt, keine Abkürzung für die mühsame Arbeit, unabhängige antikapitalistische, antiimperialistische, linke Bewegungen zu organisieren und wiederaufzubauen. Der weltweite Aufstieg neofaschistischer Bewegungen macht heute noch einmal deutlich, was schon immer klar war: Wir stehen vor der Wahl zwischen Sozialismus und Barbarei!

Aus dem Englischen übersetzt von Bettina Engels

Literatur

- Delgado, Richard und Jean Stefancic 2001: *Critical Race Theory: An Introduction*. New York: New York University Press.
- Du Bois, W. E. B. 1935: *Black Reconstruction: An Essay Toward a History of the Part Which Black Folk Played in the Attempt to Reconstruct Democracy in America, 1860–1880*. New York: Harcourt, Brace and Howe.
- Jones, Claudia 1949: *An End to the Neglect of the Problems of the Negro Woman!*, in: *Political Affairs*, 6–19.
- Marx, Karl 1975 [1867]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, in: *Marx-Engels-Werke. Band 23*. Berlin: Dietz.
- Wills, Vanessa 2018: *What Could It Mean to Say, »Capitalism Causes Sexism and Racism«?*, in: *Philosophical Topics* 46(2), 229–246.

Zu den Autor:innen

Melinda Cooper ist Professorin an der Research School of Social Sciences der Australian National University. Zu ihren Veröffentlichungen zählen: *Family Values. Between Neoliberalism and the New Social Conservatism*. New York: Zone Books 2017; *Counterrevolution. Extravagance and Austerity in Public Finance*. New York: Zone Books 2024.

Christina Engelmann promoviert am Institut für Sozialforschung mit einer sozialphilosophischen Arbeit zur Kritik des liberalen Freiheitsbegriffs und arbeitet an der Justus-Liebig-Universität Gießen zu Clara Zetkin und der proletarischen Frauenbewegung. Zuletzt erschien von ihr: »[...] aus eigener Kraft befreien.« Clara Zetkin über die politische Arbeit der Zhenotdel unter muslimischen Frauen im Kaukasus, in: *Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte* 80(1) 2024, 59–82.

Kristen R. Ghodsee ist Professorin für Russland- und Osteuropastudien und Mitglied der Graduiertengruppe für Ethnografie an der University of Pennsylvania, Philadelphia. Sie ist Autorin von bislang zwölf Büchern, die insgesamt in 19 Sprachen übersetzt wurden; jüngst ist von ihr erschienen: *Everyday Utopia. What 2000 Years of Wild Experiences Can Teach Us about the Good Life*. New York: Simon & Schuster 2023. Neben ihrer akademischen Arbeit hat sie zahlreiche Artikel für Zeitungen wie *The New York Times*, *The Washington Post*, *The New Republic*, *Die Tageszeitung* und *Le Monde Diplomatique* verfasst.

Lisa Yashodhara Haller befasst sich in ihren empirischen Studien mit den Vermittlungszusammenhängen zwischen der staatlichen Steuerung der kapitalistischen Wirtschaft und vermeintlich ganz privaten Entscheidungen des Alltags. Als Autorin einer Vielzahl von Büchern schreibt sie rund um das Thema Kapitalismus, Sozialpolitik und Geschlecht. Veröffentlichungen u. a.:

Feministischer Materialismus (gemeinsam mit Friederike Beier), in: Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer und Inga Nüthen (Hg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Opladen, Berlin und Toronto: Barbara Budrich 2024, 109–120.

Franziska Haug ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund »Queer Literatures and Cultures under Socialism« an der Universität Regensburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen: DDR-Literatur, Materialismus, Geschlechtertheorie, Pop und Antisemitismus. Veröffentlichungen u. a.: »No Pride in Israeli Apartheid«? Zur Funktion des Antisemitismus in queerfeministischen Diskursen, in: Stefan Vennmann, Anne-Maika Krüger und Felix Kronau (Hg.): Warum Antisemitismus? Zur Politik der Judenfeindschaft im Spannungsfeld von Kollektiv und Subjekt. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2024, 208–220.

Anastassija Kostan ist Doktorandin der Soziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Mitglied im CNRS-Forschungsverbund »Internet, IA et Société« sowie im Editorial Team der Fachzeitschrift *Big Data & Society*. Veröffentlichungen u. a.: Die epistemische Gewalt KI-basierter Gesichtserkennung. Wie ein codierter Blick neue Formen der technologisierten Subalternität erschafft, in: Sebastian Schleidgen, Orsolya Friedrich und Andreas Wolkenstein (Hg.): Bedeutung und Implikationen epistemischer Ungerechtigkeit. Baden-Baden: Tectum 2023, 253–276.

Sarah Mühlbacher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familien- und Jugendsoziologie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Veröffentlichungen u. a.: Recht und Sorge. Eine kritische Soziologie zur Teilhabe von Kindern. Frankfurt a. M. und New York: Campus 2024.

Luki Schmitz geht – am Schreibtisch des Institut für Soziologie an der Goethe-Universität, auf Sofas und im Austausch mit Vielen/Gefährt:innen – unterschiedlichen Themen gesellschaftlicher Transformation nach: Commons und Commoning, Utopie, Energiewende sowie der Bedeutung von (queerem) Erinnern für Gegenwärtiges und Zukünftiges. Veröffentlichungen u. a.: Commoning als Rhizom denken – Normative Orientierungspunkte für

gutes Leben, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft 13(2), 64–79.

Sarah Speck ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung an der Goethe-Universität sowie Mitglied des Kollegiums und stellvertretende Direktorin des Instituts für Sozialforschung. Veröffentlichungen u. a.: Vom Umschlag der Emanzipation. Wandel und Fortbestand der Geschlechter- und Reproduktionsverhältnisse, in: Karin Stögner und Alexandra Colligs (Hg.): Kritische Theorie und Feminismus. Berlin: Suhrkamp 2022.

Vanessa Wills ist Philosophin, politische Bildungsarbeiterin und Aktivistin. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der George Washington University sowie Mitbegründerin und Redakteurin des *Spectre Journal*, einer halbjährlich erscheinenden Zeitschrift für marxistische Theorie, Strategie und Analyse. Veröffentlichungen u. a.: Marx's Ethical Vision, Oxford: Oxford University Press 2024.

Lou Zucker ist Journalistin und Autorin. Sie ist freiberuflich unter anderem für die *taz*, *Zeit Campus Online*, *jetzt.de* und den *Deutschlandfunk* tätig und hat als Redakteurin für *neues deutschland*, *Supernova*, *bento*, *Der Spiegel* und *taz nord* gearbeitet. Für die *taz* schreibt sie die Kolumne »hot und hysterisch«. Veröffentlichungen u. a.: Clara Zetkin – Eine rote Feministin. Berlin: Das Neue Berlin 2021.

Das *Forum kritischer Wissenschaften* (FkW) ist ein status- und fachbereichsübergreifender Verein, der sich für die institutionelle Verstetigung kritischer Forschung und Lehre an der Goethe-Universität Frankfurt einsetzt. Hierzu fördert das Forum die disziplinenübergreifende Zusammenarbeit in diesem Bereich, organisiert regelmäßig Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt auf kritischen Gegenwartsanalysen und unterstützt studentische und hochschulpolitische Initiativen, die sich gegen die zunehmende Marginalisierung gesellschaftskritischer Theorie und Forschung an den Hochschulen einsetzen.

